Donnerstag, 28. März 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 74 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Dialog:** Durch den wiederaufgenommenen Dialog der beiden Großmächte entsteht nach Ansicht von SPD-Chef Brandt für die „europäische und deutsche Friedenspolitik" ein vergleichbares Umfeld wie Ende der sechziger Jahre. (WELT-Gespräch S. 4)

**Asyl:** Die Bildung einer Expertenkommission, die eine Änderung des im Grundgesetz verankerten Asylrechts erörtern soll, schlägt Berlins Innensenator Lummer vor. Fachleute könnten das Asyl-Problem „unbefangener diskutieren als Politiker".

**Medien:** Die Kirchen wollen sich bei den Neuen Medien Einfluß sichern, ohne selbst als Programmgestalter auftreten zu müssen. Das wurde auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie in Tutzing klar. (S. 4)

**Umwelt:** Der von der SPD angeregte Versuch, in einem Spitzengespräch der Bundestagsfraktionen zu mehr Gemeinsamkeit in Fragen des Umweltschutzes zu kommen, ist gescheitert. Eine Fortsetzung der Gespräche wurde nicht vereinbart.

**Rückruf:** Die dänische Regierung will kraft ihrer gesetzlichen Vollmachten die 300 000 streikenden Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft am Montag an ihre Arbeitsplätze zurückbeordern. Darauf einigten sich Regierung und die Opposition. (S. 5)

**Beagle:** Argentinien hat den Beagle-Vertrag unterzeichnet. Er war unter Vermittlung des Vatikans mit Chile ausgehandelt worden.

**Namibia:** Die Ende 1983 in Windhuk konstituierte „Vielparteien-Konferenz" will eine Übergangsregierung bilden. Die südafrikanische Regierung wurde gebeten, die dazu notwendigen Gesetze zu verabschieden.

**Namensliste übergeben:** Vierzig Jahre nach Kriegsende hat Moskau eine Liste mit Namen von 347 Franzosen an die französische Regierung übergeben, die auf dem Friedhof Kisanow östlich von Moskau begraben sind. Damit erteilte Moskau erstmals Auskunft über das Schicksal von rund tausend Franzosen, die in den Wirren der Nachkriegsjahre in der UdSSR verschollen waren.

### ZITAT DES TAGES



„Der Umgang mit der modernen Elektronik muß für das weibliche Geschlecht so selbstverständlich werden wie die Hausarbeit an der Nähmaschine."

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (S. 24) FOTO: SVEN SIMON

### WIRTSCHAFT

**Stahlsubventionen:** Die EG-Wirtschafts- und Sozialminister haben sich in Brüssel auf eine Verlängerung und Erhöhung von Beihilfen für Stahlunternehmen in der EG für das laufende Jahr geeinigt. Generell sollen Subventionen zur Restrukturierung von Stahlunternehmen bis Ende des Jahres erhöht werden. (S. 13)

**Volkswagen:** Wegen der guten Nachfrage für Golf- und Jetta-Modelle will der VW-Konzern etwa 1000 neue Mitarbeiter einstellen. Die Neueinstellungen sollen hauptsächlich das VW-Stammwerk in Wolfsburg betreffen.

**RGW:** Die europäischen Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) haben 1984 mit der Bundesrepublik Deutschland einen Umsatz von 43,7 Milliarden DM erreicht. (S. 13)

**Börse:** Verunsichert durch die Dollarentwicklung kam es gestern an den Aktienmärkten zu einem Kursrutsch. Der Rentenmarkt war fest. WELT-Aktienindex 173,9 (176,6). BHF-Rentenindex 100,847 (100,707). Performance Index 99,770 (99,603). Dollarmittelkurs 3,1623 (3,2316) Mark. Goldpreis pro Feinunze 330,40 (323,75) Dollar.



### KULTUR

**Hörspielpreis:** Für ihr Stück „Nachtschatten" ist Friederike Roth mit dem Hörspielpreis der Kriegsblinden – dem wichtigsten deutschen Preis in dieser Sparte – ausgezeichnet worden. Zweitplaciertes Stück war „Frau Zarik" von Ludwig Fels. (S. 23)

**„Dämonen":** Sieben Jahre nach der Inangriffnahme eines in jedem Sinne kühnen Projekts konnte der sowjetische Regisseur Jurij Ljubimow, der aus der UdSSR ausgebürgerte frühere Direktor des Taganka-Theaters, seine „Dämonen" endlich realisieren. (S. 23)

### SPORT

**Eishockey:** ARD und ZDF wollen von der WM in Prag (17. 4. bis 3. 5.) alle Spiele der deutschen Mannschaft und die Begegnung UdSSR – CSSR live übertragen.

**Motorsport:** Der 55 Jahre alte Stirling Moss, vor 27 Jahren Vizeweltmeister in der Formel 1, wird bei seinem Comeback in den USA einen Porsche 944 fahren. (S. 10)

### AUS ALLER WELT

**Erfindungsfreudig:** Erfreuliche Leistungsfähigkeit wird den Erfindern vom Deutschen Patentamt bescheinigt. Sorgen bereiten dem Amt jedoch die Leistungen in der Mikroelektronik. (S. 24)

**Abgasuntersuchung:** Alle Autos mit Benzinmotoren müssen ab April zur Abgassonderuntersuchung (ASU). Die Untersuchung muß spätestens in dem Monat durchgeführt werden, der auf der Prüfplakette für die Hauptuntersuchung steht.

**Wetter:** Wechselnd bewölkt, einzelne Schneeschauer. 1 bis 5 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Bonn läßt sich jetzt bei der SDI-Forschung alles offen

## Einladung zur Beteiligung wird erst nach Treffen Kohl / Reagan beantwortet

kie./rmc. Bonn

Die Bundesregierung hat sich alle Möglichkeiten für eine Beteiligung an dem Forschungsprogramm für die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) Präsident Reagans offengehalten. Die vom Bundessicherheitsrat verabschiedete und gestern veröffentlichte Stellungnahme zu den amerikanischen Plänen für die Entwicklung einer Weltraumverteidigung bleibt damit hinter Erklärungen Bundeskanzler Kohls zurück. Noch auf der Wehrkundetagung am 8. Februar in München hatte der Kanzler von einem „erheblichen technologischen Innovationsschub" in den USA gesprochen, der mit der SDI-Forschung verbunden sei, und hinzugefügt: „Ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Verbündeten dürfte nicht technologisch abgehängt werden."

Auf dem CDU-Parteitag in Essen in der vergangenen Woche bekräftigte Kohl die „Offenhaltung" der Entscheidung über die SDI-Verwirklichung und fügte den Satz hinzu: „Je mehr es in Genf gelingen sollte, die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West einschneidend zu reduzieren, desto überflüssiger könnte es werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren."

Gestern ergab sich: Die Bundesregierung wird den Brief von US-Verteidigungsminister Weinberger, der die offizielle Einladung Washingtons an die Verbündeten enthält, „Prüfungsgepräche" über eine Beteiligung an dem amerikanischen SDI-Forschungsprogramm zu führen, erst nach dem Treffen von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Reagan am 2. Mai beantworten.

Regierungskreise in Bonn weisen jetzt darauf hin, daß auch in Washington erst im Herbst Sicherheit über den weiteren Weg des Programms herrschen werde. Bis dahin will die US-Regierung entscheiden, wie sie die von zehn Firmenkonsortien bis zum Juni vorgelegten Projektentwürfe bewerten soll und in welcher Form danach eine ausländische Beteiligung ins Auge gefaßt werden kann. Washington hat neben den NATO-Verbündeten auch Australien, Japan und Israel mit einer Einladung zur SDI-Mitarbeit bedacht.

In der Stellungnahme der Bundesregierung wird begrüßt, daß über alle Themen im Zusammenhang mit dem amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf intensive Konsultationen zwischen den USA und den Bündnispartnern stattfinden sollen. Aus Bonner Sicht ist dies „unverzichtbar" und unterstreicht, welche Bedeutung die USA der Übereinstimmung mit ihren Bündnispartnern beimessen.

Auch erklärt die Bundesregierung ihre Bereitschaft, „die ökonomischen und technologischen Aspekte des SDI-Forschungsprogrammes kontinuierlich verfolgen und bewerten" zu wollen. In Bonn erinnert man bereits vereinbarte Verhandlungsziele für Genf: einen Rüstungswettlauf im Weltraum und auf der Erde zu verhindern beziehungsweise zu beenden und die strategische Stabilität zu festigen und die strategischen und Mittelstreckenwaffen drastisch zu redu-

● Fortsetzung Seite 12

# Bonn verhandelt nicht über Elbgrenze

## Windelen: Von SPD-Gutachten zuerst aus Ost-Berlin erfahren / „Mehr als eine Stilfrage"

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), sieht auch nach der Lektüre des von der SPD in Auftrag gegebenen „Gutachtens" zur Elbgrenzfrage keinen Anlaß für einen Positionswechsel gegenüber der „DDR". In einem WELT-Gespräch sagte Windelen, Bonn werde mit Ost-Berlin „keine Verhandlungen über den Grenzverlauf an der Elbe führen". Hierzu gebe es „keinen Auftrag". Die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR" könnten nur „feststellen", was die Siegermächte im September 1944 vereinbart hätten. „Wir kommen nach langen Prüfungen zu dem Ergebnis, daß die Siegermächte von einem Verlauf der Elbgrenze am Nordostufer ausgegangen sind."

Wenn es hierüber keine Verständigung mit der „DDR" geben sollte, „dann ist dies kein nationales Unglück", meinte Windelen. „Dann würde man, wie in der Frage der Staatsbürgerschaft, den Dissens feststellen und versuchen, darunter pragmatische Lösungen zu finden". In diesem Zusammenhang erinnerte Windelen an die Erklärung von SED-Generalsekretär Honecker vom 13. März 1983, man solle „icht jene Fragen, die man im Augenblick nicht lösen könne, in den Vordergrund stellen, sondern diejenigen Fragen in Angriff nehmen, die uns helfen, ein Stück in der Entwicklung voranzukommen".

„Bestürzt" äußerte sich Windelen in dem WELT-Gespräch darüber, daß die SPD „eine gutachtliche Äußerung vorgelegt hat, die den bisherigen Rechtsstandpunkt der DDR zur Elbefrage bekräftigt". Es sei schon „befremdlich" gewesen, daß der Bundestagsabgeordnete Jansen, der das Gutachten veröffentlicht habe, „sich im Juni 1984 die notwendigen Informationen während der Fahrt mit einem Patrouillenboot der DDR beschafft". Windelen: „Diese Informationen sind deutlich in die gutachtliche Äußerung eingeflossen. Ich hätte es begrüßt, wenn der Abgeordnete Jansen sich auch über die Rechtsposition der Bundesregierung informiert hätte."

Windelen teilte mit, das Gutachten sei ihm erst am 27. März zugänglich gemacht worden. Es sei am Tag zuvor an ihn abgeschickt worden. „Meine bisherige Information mußte ich im wesentlichen der ausführlichen und detaillierten Berichterstattung im SED-Zentralorgan Neues Deutschland entnehmen, das offensichtlich besser bedient wurde als die eigene Bundesregierung." Dies sei „mehr als eine Stilfrage".

Windelen äußerte sich zugleich zum Inhalt des Gutachtens, das der Berliner Professor Dieter Schröder im Auftrag der SPD vorgelegt hat. Das Gutachten „stellt zutreffend fest, daß sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR nicht berechtigt sind, eine Grenze festzulegen". Andererseits komme es zu der Auffassung, „daß die Vermutung, wonach die Grenzziehung in der Elbe-Mitte gewollt sein sollte, den Gegebenheiten am nächsten kommt". Windelen: „Das heißt, auch das Gutachten kommt keineswegs zu einem eindeutigen Ergebnis. Insofern ist es unverständlich, daß die Bundesregierung von der SPD in dieser apodiktischen Form aufgefordert wird, die Rechtsposition der DDR zu übernehmen."

Offenbar seien dem Gutachter die

■ Fortsetzung Seite 12

# USA überlassen Dollar dem Markt

## „Kurs reflektiert wirtschaftliche Überlegenheit" / Europa soll Wachstum beschleunigen

H.-A. SIEBERT, Washington

Die USA werden den Dollar auch weiterhin den Marktkräften überlassen, ob er überbewertet ist oder nicht. Währungs- und geldpolitische Eingriffe sind nicht geplant, die den Kurs künstlich drücken würden. Dieser Schluß läßt sich aus drei parallelen Entwicklungen ziehen:

1. Vor Journalisten wiederholte Präsident Reagan seinen Standpunkt, daß die Dollarstärke ausschließlich die konjunkturelle und wirtschaftliche Überlegenheit der Vereinigten Staaten gegenüber den anderen Industriestaaten reflektiere. Priorität hätten nicht monetäre Reformen; vielmehr müßten Westeuropa und Japan bessere Wachstumsvoraussetzungen schaffen.

2. In einem gesetzlich vorgeschriebenen Bericht an den Kongreß hat das US-Finanzministerium administrierte Wechselkurse, beispielsweise in Form fester Bandbreiten, mit dem Hinweis abgelehnt, sie beeinträchtigten die Möglichkeit der USA und anderer großer Nationen, ein kräftiges Wirtschaftswachstum bei hoher Preisstabilität zu erreichen.

3. Das Offen-Markt-Komitee des Federal Reserve System soll in seiner Dienstag-Sitzung mehrheitlich gegen eine Geldausweitung votiert haben, und zwar im Hinblick auf einen wieder beschleunigten Konjunkturaufschwung im zweiten Quartal. Die Zentralbank steht unter dem starken Druck konservativer Kritiker, die nach der bisherigen Geldaufblähung eine Reinflationierung befürchten. Das würde jedoch höhere Zinsen bedeuten.

Für Präsident Reagan fährt der Zug bereits in Richtung eines steileren Konjunkturverlaufs in Übersee, nachdem „die Erholung Amerikas bei unseren Handelspartnern stimulierend gewirkt hat". Ihre Wiederbelebung sei der beste Weg, eine Anpassung der Paritäten herbeizuführen. Einen niedrigeren Dollarkurs nannte Reagan „vorteilhaft für uns alle, da unser Land sowohl wirtschaftliche Erholungen als auch wirtschaftliche Unannehmlichkeiten exportieren kann".

Folgt man der Treasury, dann „stellen administrierte Wechselkurse keine praktische Alternative zum flexiblen System dar". Die scharfen Ausschläge in den Währungsbeziehungen in den vergangenen zehn Jahren seien hauptsächlich das Ergebnis „eines turbulenten weltwirtschaftlichen und politischen Umfeldes". Das 1973 offiziell eingeführte Floating habe einen nützlichen Beitrag zum Anpassungsprozeß sowie zur Aufrechterhaltung des Welthandels und der internationalen Investitionen geleistet.

Auch angesichts des Bonner Wirtschaftsgipfels sieht es nicht aus, als würde Ronald Reagan seine wirtschaftspolitischen Prinzipien aufgeben. Keine Chance hat das von Frankreich befürwortete „Bretton Woods II"; die 1983 auf dem Williamsburg-Gipfel beschlossene Währungsstudie wird erst, wie es heißt, Mitte dieses Jahres fertiggestellt sein.

# Weizsäcker trifft Präsident Reagan

Co. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird am Montag anläßlich der Feierlichkeiten im Weißen Haus und im Senat zum 90. Geburtstag des früheren amerikanischen Hohen Kommissars in Deutschland, McCloy, auch mit Präsident Reagan zusammentreffen.

Weizsäcker betrachtet seinen 24stündigen Kurzbesuch als eine Demonstration, um McCloy zu ehren und die deutsch-amerikanische Freundschaft zu unterstreichen. McCloy, so hieß es im Bundespräsidialamt, habe nach Kriegsende Vertrauen in die Deutschen gesetzt und damit den Boden für die spätere Partnerschaft bereitet.

Die Reise spiegelt auch den Wunsch des Bundespräsidenten, nicht nur aufwendige Staatsvisiten zu absolvieren, sondern gelegentlich – wie er dies schon in Österreich und Italien getan hat – den Kontakt zu Freunden zu intensivieren.

# Dritter Sieg für Präsident Reagan

DW. Washington

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat am Dienstag abend mit der knappen Mehrheit von 219 zu 213 Stimmen die Produktion weiterer 21 MX-Raketen gebilligt. Für die endgültige Freigabe der 1,5 Milliarden Dollar für diesen Zweck ist eine zweite Abstimmung erforderlich, die für heute angesetzt ist. Der Senat hat bereits zweimal für die MX-Rakete gestimmt.

Präsident Reagan hatte sich erneut persönlich und intensiv um eine Mehrheit für die MX-Rakete bemüht, die mit zehn Atomsprengköpfen bestückt werden kann und eine Reichweite von mehr als 13 000 Kilometer hat. Insgesamt sollen 100 MX-Raketen stationiert werden. Der US-Präsident hatte Max Kampelman, den Chefunterhändler bei den Genfer Gesprächen mit der Sowjetunion, nach Washington gerufen, um schwankende Abgeordnete zu überzeugen.

Seite 2: Präsidialrepublik
Seite 12: Erfolg für Genf

# Informatik ohne Numerus clausus

p. p. Bonn

Das überlaufene Studienfach Informatik wird nicht mit einem Numerus clausus belegt. Diese Entscheidung fällten die Bundesländer gestern im Verwaltungsrat der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS); allerdings gegen die Stimmen Hamburgs und Berlins. Das Offenhalten dieses Studiengangs, in dem sich derzeit rund 4600 Studienanfänger auf nicht einmal 2500 „regulären" Studienplätzen drängen, war dadurch möglich geworden, daß sich Bund und Länder zu einem gemeinsamen Notprogramm verabredet haben. Während die Länder vor allem über Kooperation mit der Wirtschaft und Aufstockung der personellen Ausstattung für eine Entspannung sorgen wollen, wird sich der Bund auf die bauliche und sachliche Erweiterung konzentrieren. Erstes Ziel wird es sein, die rund 20 Prozent freien Professoren-Stellen zu besetzen.

Seite 4: Kein Numerus clausus

## DER KOMMENTAR

# Die Einladung

HERBERT KREMP

Die Einladung der USA an verbündete und befreundete Länder, sich an den Forschungen für die Weltraum-Defensive zu beteiligen, eröffnet eine militärische und eine wirtschaftliche Perspektive. Technologisch sind die Amerikaner in der Lage, allein an dem Projekt zu arbeiten. Die großen Summen, die eingesetzt werden, sprechen für Engagement und Optimismus. Die Sowjets haben verstanden.

Hinter dem Wunsch, Partner zu finden, stehen politische Gründe. Washington will die Verbündeten beteiligen, weil ein System zur Abwehr von ballistischen Offensivwaffen das gültige Strategie-Bild verändert. Die Abschreckung verlagert sich – nach der Theorie – von der Fähigkeit zur Vernichtung auf die Fähigkeit zur Abwehr. Das wirft Fragen auf, die den Radius des Schutzschildes und die Balance der konventionellen Streitkräfte in Europa betreffen. Der Bundeskanzler hat vor der Wehrkundetagung darauf hingewiesen.

Aktueller ist jedoch die wirtschaftliche Perspektive. Das Projekt treibt die technologische Entwicklung mit Raketen-Schubkraft an. Der militärische Teil ist vom zivilen ökonomischen Aspekt nicht zu trennen. Die Japaner haben begriffen. In deutschen Stellungnahmen taucht die Mahnung auf, Europa dürfe technologisch nicht „abgekoppelt" werden. Das ist ein etwas weltferner Spruch. Der technologische Prozeß und seine wirtschaftlichen Folgen in den USA sind „Selbstläufer". Sie beruhen auf unternehmerischen Interessen. Das Weltraum-Projekt regt Forschung und Produkt-Markt an. Wer sich an der Modernisierung beteiligen will, muß mitziehen. Die Deutschen stehen vor einer Herausforderung.

Die USA setzen ganze Stäbe in Bewegung, um die Verbündeten über die strategischen und technologischen Perspektiven zu unterrichten. Sie stoßen auf Interesse, aber auch auf Ängstlichkeit. Die Bundesregierung hatte sich zunächst die Beteiligung an der Implementierung der Weltraumdefensive vorbehalten, zögert jetzt aber offenbar auch bei der Entscheidung, ob man an der Forschungs-Phase mitwirken solle oder nicht. Die Sowjets sind dagegen. Aber Forschung und Unternehmen sind frei. Die technologische Zusammenarbeit wirft Fragen auf, die geklärt werden müssen. Wichtiger ist jedoch der Gesichtspunkt, daß sich die Amerikaner bei der Verfolgung des Projekts von niemandem aufhalten lassen werden. Natürlich auch von denen nicht, die sich alles offenhalten.

# Rote Brigaden erschießen Hochschullehrer

F. M. Rom

Nach den linksterroristischen Anschlägen der vergangenen Monate in Deutschland, Frankreich, Belgien und Portugal haben auch in Italien die Roten Brigaden mit einem Mord die von der römischen Regierung seit längerem gezeigte Gefahr eines Wiederauflebens des politischen Terrors in Europa unterstrichen.

Zwei Jugendliche, von denen der eine mit einer Maschinenpistole, der andere mit einer Pistole bewaffnet war, erschossen gestern in Rom den 43jährigen Hochschullehrer und Gewerkschaftsberater Ezio Tarantelli. Am Tatort auf dem Universitätsgelände hinterließen sie mehrere Flugblätter der Roten Brigaden.

Tarantelli war Professor für Wirtschaftspolitik an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität. Außerdem war er als Leiter des wirtschaftlichen Studienzentrums des christdemokratischen Freien Gewerkschaftsverbandes CISL der führende wirtschaftliche Berater dieser Arbeitnehmerorganisation. Vor zwei Jahren hatte er sich mit einem nach ihm benannten Projekt zur Abbremsung der gleitenden Lohnskala landesweit einen Namen gemacht. Das Projekt bildete die Grundlage eines von den Unternehmern und den nichtkommunistischen Gewerkschaften akzeptierten, von der kommunistisch geführten CGIL jedoch scharf abgelehnten Gesetzesdekrets der Regierung. 1984 wurde danach die Höhe der als Inflationsausgleich zu gewährenden Lohnzuschläge im voraus festgelegt und an der projektierten Inflationsrate ausgerichtet.

# Schwarz-Schilling gibt Differenzen mit Bangemann zu

pje. Bonn

Als einen „bedeutsamen Schritt in Richtung Liberalisierung des Endgerätemarktes" hat Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling die Entscheidung gewertet, daß neben der Post künftig auch Privatunternehmen multifunktionale Bildschirm-Telefone (Multitel) anbieten sollen. Damit werde wie schon beim schnurlosen Telefon nun auch in einem weiteren wachstumsstarken Endgeräte-Sektor das Postmonopol nicht ausgedehnt. Mit Multitel kann man telefonieren und andere schmalbandige Dienste wie Bildschirmtext in Anspruch nehmen.

Schwarz-Schilling machte aber zugleich deutlich, daß in der Frage eines begrenzten Monopols der Post am Endgerätemarkt bislang „ein Einvernehmen mit Bundeswirtschaftsminister Bangemann nicht herzustellen" gewesen sei. Bangemann verlange, daß die Post bei allen neuen Endgeräten etwa in den Bereichen Telex, Teletex, Telefax oder Bildschirmtelefon auf das Monopol verzichte. Das aber würde die Post „zum Verlierer" machen und zudem die Arbeit der gerade eingesetzten Regierungskommission präjudizieren, die Vorschläge zur Neuordnung des Endgerätemarktes und zum Anbieterverhalten der Post erarbeiten soll. Gegen eine liberalere Gestaltung des Monopols werde sich die Post nicht wehren, betonte Schwarz-Schilling.

Mit der Entscheidung, Multitel auch privaten Anbietern zu öffnen, sollten insbesondere der mittelständischen Wirtschaft neue Chancen am Markt eröffnet werden. Das Gerät ist etwa ab Jahresmitte lieferbar.

# Warschau startet neue Kampagne gegen die Kirche

## Katholische Journalisten verhaftet / Streiks in Warschau

DW. Warschau

In einem Grundstzartikel, der von mehreren polnischen Zeitungen nachgedruckt wurde, forderte das Parteiorgan „Trybuna Ludu" gestern die Führung der katholischen Kirche des Landes auf, Schritte gegen „politisierende Priester" zu unternehmen. Die Kirchen würden in Versammlungssäle verwandelt, in denen auch nichtgläubige Gegner des Sozialismus zu Wort kämen. „Trybuna Ludu" verurteilte „lärmende Kreise, die weiter den Mord an einem Priester zur Hetze gegen die Führung ausnutzen wollen".

Am Vortage dieser Pressekampagne hatte der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban scharfe Kritik an den „politischen Aktivitäten" von „extremistischen" Priestern geübt. Urban bemängelte, daß die Kirchenführung sich von politischen Predigten nicht distanziere. Eine Begegnung zwischen General Jaruzelski und Kardinal Glemp stehe nicht an.

Urban bestätigte die Inhaftierung von drei Journalisten der katholischen Zeitung „Polaniec Warmii" in Allenstein. Sie müßten unter der Anklage, Falschinformationen verbreitet zu haben, mit einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren rechnen. Die drei Journalisten Lubieniecki, Kulakowski und Kurowski seien seit dem 22. Februar in Untersuchungshaft, teilte Urban mit. Erst am 24. März jedoch war ihre Verhaftung durch eine Veröffentlichung in der katholischen Zeitung „Przeglad Katolicki" bekannt geworden. Die drei seien nach der Beschlagnahme von „Solidarität-Schriften" in ihrer Wohnung festgenommen worden.

Urban dementierte westliche Presseberichte über Warnstreiks in Warschauer Fabriken. Nach eigenen Angaben hatten am Dienstag 200 Arbeiter der Rosa-Luxemburg-Lampenfabrik, die Lohnerhöhungen forderten, die Arbeit für vier Stunden niedergelegt, nach einer Mitteilung von „Solidarität" der fünfte Ausstand seit dem 28. Februar. Auf einem Parteikongreß forderte ZK-Sekretär Glowczyk zur Beachtung der von Arbeitern kommenden Kritik und zu angemessener Lohnzahlung auf.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Etikettenschwindel*

Von Gerd Brüggemann

Mit dem Kabinettsbeschluß über die Teilprivatisierung einer Reihe von Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, schickt die Regierung sich nach langem Zögern an, ein Wahlversprechen einzulösen. Oder doch nicht? Wer sich an die Ankündigung von Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom Mai 1983 erinnert, „den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurückzuführen", die wirtschaftlichen Aktivitäten des Bundes mithin, wo nötig und möglich, zu privatisieren, muß die Pläne, die das Kabinett jetzt verabschiedet hat, als unzureichend bezeichnen.

Das gilt nicht nur, weil das für eine Privatisierung nach allgemeiner Ansicht am ehesten geeignete Unternehmen, die Lufthansa, auf der Liste vorerst nur unter dem Vorbehalt einer Zustimmung der CSU steht, deren Abneigung dagegen bekannt ist, sondern mehr noch, weil die geplante Entstaatlichung in der jetzt vorgesehenen Weise mehr ein Versprechen als eine ernste Absicht ist. Schon die Vokabel Teilprivatisierung führt in die Irre. Denn hier kann es eigentlich nur ein Entweder-Oder, aber kein Sowohl-Als-auch geben.

Wenn bei staatlichen Banken beispielsweise der Bundesanteil auf 51 Prozent, bei der Lufthansa gar nur auf 55 Prozent verringert werden soll, kann kaum noch (oder schon) von einer Privatisierung gesprochen werden – was immer auch für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellt werden mag. Die Aufnahme auch privater Kapitalgeber in eine ansonsten staatlich beherrschte Gesellschaft ist keine Privatisierung, jedenfalls keine, wie sie von dieser Regierung erwartet werden durfte.

Es mag ja sein, daß die Bundesregierung für ihr Tun oder, genauer, für ihr Nichttun gute Gründe hat, obwohl sie nicht zu erkennen sind – und wo sie genannt werden, wie im Falle der Lufthansa, fadenscheinig bleiben. Um eine Rückführung der staatlichen Aufgaben auf ihren Kern handelt es sich nicht. Daß es gegen die Privatisierung von Bundesunternehmen Widerstände gibt – bei der Opposition, bei den Gewerkschaften und in den eigenen Reihen –, kann die Regierung doch nicht überrascht haben. Mit mutigen Entschlüssen ließen sie sich möglicherweise überwinden. Nicht aber mit Etikettenschwindel, wie Bonn ihn hier betreibt.

## *Vor den Kasernen*

Von Carl Gustaf Ströhm

Einige Leute glauben, daß man im Kampf für den Frieden gegen unsere eigenen bewaffneten Streitkräfte kämpfen muß. Hier handelt es sich um eine unkritische Verpflanzung der Friedensbewegung auf unseren Boden." Diese Worte stammen von einem hohen KP-Funktionär, dem Parteisekretär der Landeshauptstadt Ljubljana (Laibach) in der jugoslawischen Teilrepublik Slowenien, Joze Smole. Er fügte hinzu, die internationale Lage sei derart gefährlich, daß Jugoslawien weiterhin seine Armee stärken müsse.

Grund für diese Mahnung ist eine besonders in den nördlichen und westlichen Gebieten Jugoslawiens – also im hochentwickelten Teil des Landes – zu beobachtende pazifistische Welle, von der auch die kommunistische Jugendorganisation, ja sogar ein Teil der Partei ergriffen ist. Dabei spielt nicht nur die Verbindung zu Westeuropa eine Rolle. Zum Teil ist sie auch eine Folge der Berichterstattung der jugoslawischen Medien.

Denn in den jugoslawischen kommunistischen Zeitungen sind sämtliche „Friedensmärsche" und Sitzstreiks vor US-Stützpunkten in der Bundesrepublik mit Wohlwollen für die Demonstranten registriert und kommentiert worden. Was in Westeuropa „links" und „pazifistisch" ist, genießt aus ideologisch begreiflichen, aber logisch unbegreiflichen Gründen die Sympathie der jugoslawischen Meinungsmacher.

Jetzt allerdings schlägt dies alles zurück. Man kann eben nicht einen selektiven Pazifismus für die anderen propagieren, ohne daß die eigene junge Generation Gefallen daran findet. Im übrigen ist das jugoslawische Problem nicht isoliert, sondern typisch: auch in anderen östlichen Staaten greift die Besorgnis um sich, daß der Pazifismus leider auch auf der falschen Seite, nämlich der kommunistischen, sein Haupt erhebe. Erich Honecker hat einige der Friedensfreunde schon dorthin geschickt, wo die einzigen Kasernentore sind, die man seiner Ansicht nach blockieren darf. Und wenn Petra Kelly ihre Ankündigung, nach Ost-Berlin umzusiedeln, verwirklicht, wird auch sie darüber belehrt werden, was man nicht verpflanzen darf – weder kritisch noch unkritisch.

## *Ohne Auto in Atlantis*

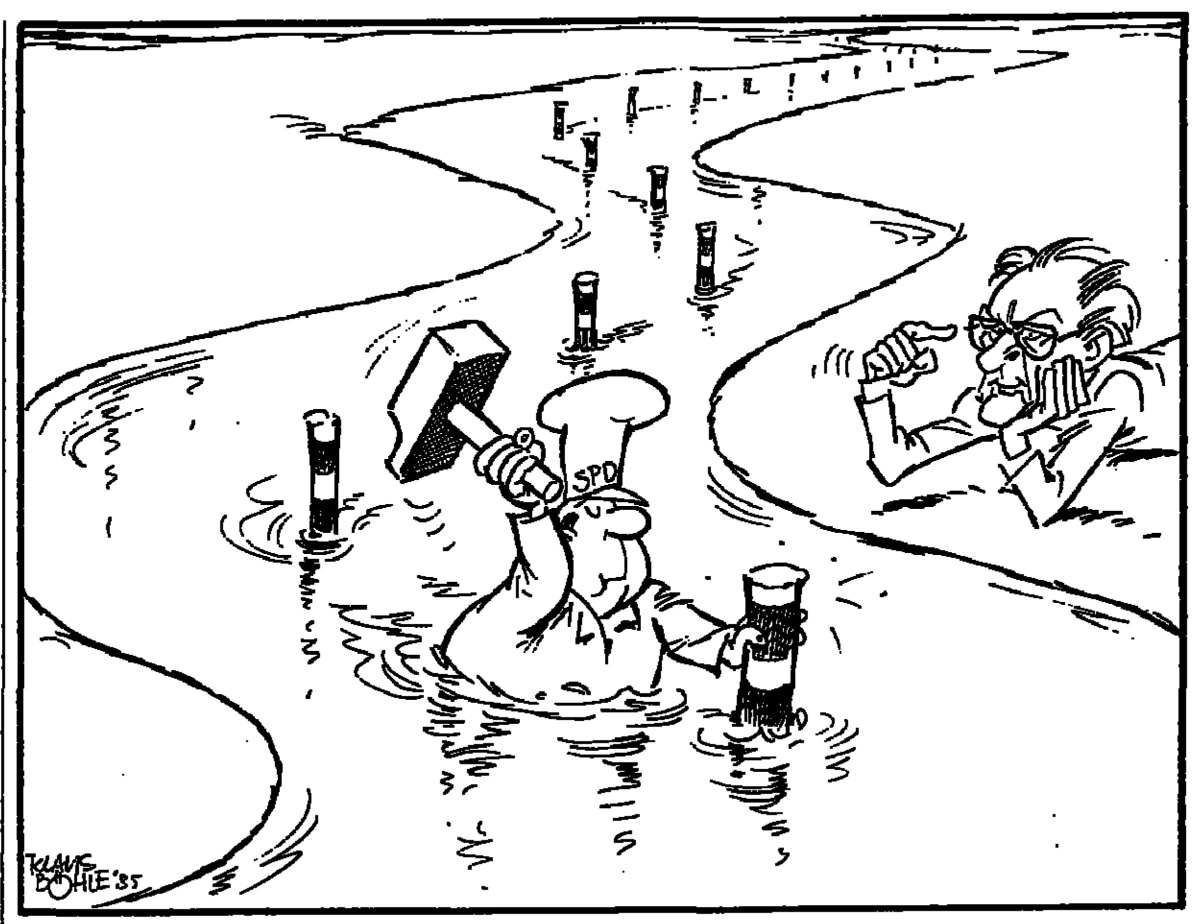
Von Joachim Neander

Unser Zeitalter prahlt gelegentlich mit seinen Utopien. Von Politikern verlangt man den „Mut zur Utopie", sogar zur „konkreten Utopie". In Schulaufsätzen dürfen – oder müssen – junge Menschen schildern, wie sie sich eine Welt ihrer Wünsche und Ängste vorstellen. Utopisches dringt bis ins Triviale vor; in Filme, Comics, Computerspiele. Da erschreckt einen sst der Gedanke, die Nachwelt könne uns eines Tages nicht nach unserer Realität, sondern nach unseren Utopien beurteilen. Was käme da für ein Verdikt heraus?

Solche Fragen tauchen auf, wenn man unvermutet auf Trivial-Utopien der jüngeren Vergangenheit stößt, einer Vergangenheit, die man eigentlich ganz gut zu kennen glaubte. Da findet sich in einem Kalender des Jahres 1926 eine Verlagsanzeige für einen „großen Zukunftsroman" mit dem Titel „Alis-Atlantis", in dem ein längst vergessener Erfolgsautor namens Heinrich Inführ seinen Lesern – historisch immerhin genau in der Mitte zwischen dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Machtergreifung Hitlers – in damaliger Science-fiction-Manier eine Zukunft hinmalt, die sie offenbar als wünsch- und vorstellbar empfanden.

Die Werbeanzeige schildert den Inhalt: „Ein steirischer Ingenieur entdeckt auf dem Grunde des Atlantischen Ozeans im sagenhaften Lande Atlantis ungeheure Goldschätze. Deutschland erhält dieses Land als Kolonie zugesprochen. Große Seeschlacht ohne Blutvergießen im Ozean. Deutschland und Amerika Hand in Hand. Frankreichs Niederlage und somit die Rettung Deutschlands vom Versailler Vertrag."

Wie weit diese abstruse Utopie nicht nur von der Wirklichkeit von heute, sondern auch von der von damals entfernt war, das kommt einem im Rückblick, keine sechzig Jahre danach, beinahe schon unglaublich vor. Der politische Wiederaufstieg Deutschlands durch Goldfunde auf dem Meeresboden oder „die große Seeschlacht ohne Blutvergießen" mit dem endgültigen Sieg über den französischen Erbfeind – vielleicht wird das den Leuten in weiteren sechzig Jahren nicht viel komischer vorkommen als utopische Vorstellungen von heute, wie etwa die „autofreie Stadt" oder eine Gärtnerwelt ohne Industrie.




„Mehr zur Mitte, Genosse!" KLAUS BÖHLE

# Die Präsidialrepublik

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Fasziniert beobachten die Europäer, wie Präsident Reagan sein MX-Programm im Kongreß, Senat wie Repräsentantenhaus, durchpaukt. In der Alten Welt halten ihn viele für einen Teufelskerl, der Unmögliches möglich macht. In der Neuen Welt sieht man den Sieg des Präsidenten differenzierter, als Produkt des verfassungsmäßigen Kräftespiels zwischen dem Mann, der Staatspräsident, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte in einer Person ist, und dem Kongreß, der den Präsidenten nach dem Grundsatz zu überwachen hat, daß im Zweifel Kontrolle der Macht wichtiger sei als die Handlungsfähigkeit der Administration. So haben es vor zweihundert Jahren die Verfassungsväter gewollt. In einem Punkt sind sich aber Alte und Neue Welt einig: In den westlichen Demokratien ist es ungeheuer schwer geworden, auf dem Rüstungssektor, der letzten Endes über die globale Machtverteilung zwischen West und Ost entscheidet, das Notwendige gegen die öffentliche Meinung durchzusetzen.

In der Sache geht es bei der MX-Entscheidung weniger um den konkreten strategischen Wert dieser Raketen als um ihre psychologische Durchschlagskraft in der Weltpolitik, genauer: im Verhältnis der beiden Supermächte. Hätte das Urteil über den unmittelbar militärischen Rang den Ausschlag gegeben, so hätten sich die Demokraten wohl mit ihrem Argument behauptet, die Stationierung der MX-Raketen in alten, sowjetischem Beschuß ausgesetzten Silos mache die Milliarden-Investition sinnlos. Gegen diese These ließ der Präsident seine Wunderwaffe aufmarschieren, seinen Verhandlungskapitän in Genf. Es zeugt von Reagans listiger Klugheit, daß er einen Demokraten als Chef-Unterhändler entsandt hat. Demokrat Kampelman setzte die Demokraten im Repräsentantenhaus mit der Aussage außer Gefecht, daß ein Njet zur MX ihm die Füße vom Genfer Verhandlungsboden wegschlüge.

Daraus können die stets argwöhnischen Europäer schließen, daß nicht der Krieg das Generalthema des Präsidenten ist, sondern der nächste Schritt zur globalen Rüstungsbalance. Sie bildet die Voraussetzung eines jeden Fortschritts zu einer gesicherten Friedensordnung. In diesem Zusammenhang können die Europäer die Philosophie Reagans gar nicht ernst genug nehmen, wonach es darauf ankommt, die Sowjets mit dem amerikanischen SDI-Programm davon zu überzeugen, daß es sich lohne, auf eine Verteidigung umzuschwenken, die den Gegner nicht mit Offensivwaffen bedroht.

Schwankende Abgeordnete haben in diesen Tagen ihren Präsidenten als einen Mann erlebt, der sie per Telefon notfalls bis ins Schlafzimmer verfolgte, um sie auf MX-Kurs zu trimmen. Mit Erfolg, wie man sieht. 61 demokratische Abgeordnete pfiffen auf ihre Fraktionsführung und liefen ins Lager des Präsidenten über. Freilich gilt das nur für diese eine Sachfrage. Andererseits ließen 21 Republikaner ihren Mann an der Staatsspitze im Stich.

Den Europäern mag Reagan als raffinierter Lobbyist seiner eigenen Politik erscheinen; in Wirklichkeit offenbart sich im spannungsgeladenen Ablauf der MX-Entscheidung der kapitale Unterschied zwischen der amerikanischen Präsidialrepublik und den parlamentarischen Republiken im freien Europa. Die Gewaltenteilung zwischen gesetzgebender und vollziehender Gewalt beruht in den USA darauf, daß der Kongreß den Präsidenten nicht mit einem Mißtrauensvotum stürzen kann (außer durch Verurteilung bei Hochverrat oder kriminellen Verfehlungen) und daß der Präsident das Parlament nicht nach Hause schicken kann. In Konsequenz des inneren Gesetzes der Verfassung, Kontrolle der Macht sei wichtiger als Handlungsfähigkeit, können der Kongreß und der Präsident sich gegenseitig blockieren. Folglich kann die Gewaltenteilung in unauflösbare Gegnerschaft umschlagen. Aus diesem Grund legen die US-Präsidenten größten Wert auf Überparteilichkeit ihrer Außenpolitik. Die MX-Abstimmungen in beiden Häusern demonstrieren, zu welchen Gratwanderungen der Präsident gezwungen sein kann.



Kontrolle der Macht ist wichtiger als Handlungsfähigkeit: Capitol
FOTO: HENNING CHRISTOPH

Reagan hätte diese innenpolitische Kraftprobe schwerlich bestanden, hätte er nicht schon in seiner ersten Amtszeit eine gewaltige Leistung vollbracht. Nach den Vietnam-Erfahrungen hatte der Kongreß dem Präsidenten die außenpolitischen Kompetenzen streitig gemacht. Das war auch eine Reaktion auf die außenpolitische Machtfülle, die Nixon ausgeübt hatte. Erst den Überredungskünsten und dem Alters-Charme Reagans ist es gelungen, den Präsidenten wieder in die Vorhand zu bringen. Gleichwohl war er noch vor einem Jahr bei einem MX-Beschluß um zwei Stimmen unterlegen. Daß er diesmal das Blatt wenden konnte, liegt nicht zuletzt daran, daß der Kontinent zwischen Atlantik und Pazifik mit der überzeugenden Wiederwahl Reagans eine glänzende Erneuerung seiner staatlichen Union erlebt hat.

Die Wahl des Präsidenten ist der einzige gemeinsame politische Akt aller US-Bürger – und aus diesem Grund auch ein Volksfest. So erklärt sich auch die Schwäche der Parteien in den USA. Das System der Primaries (Vorwahlen) entkleidet sie der Bedeutung, die sie im parlamentarischen System der europäischen Demokratien haben.

Das europäische Publikum mag es verblüffen, wie wenig im Kongreß die Fraktionsdisziplin gilt. Im Grunde ist das nicht verwunderlich. Das Wahlsystem, vor allem aber die kontinentgleiche Ausdehnung der Vereinigten Staaten von Amerika – sie sind mit 9 363 000 Quadratkilometern fast so groß wie Europa bis zum Ural mit 10 531 000 Quadratkilometern – bewirken, daß die regionalen Interessen vorherrschen. (Wir erleben es ja bis zum Überdruß, wie in Europa die regionalen Interessen immer wieder über alle Vernunft obsiegen.) Es ist die Aufgabe des Präsidenten, das Gemeinsame der Republik nicht nur zu verkörpern, sondern durchzusetzen. Reagan ist ein Präsident von seltener Integrationskraft.

## IM GESPRÄCH Helmut Spengler

# Einfach die Bibel

Von Henk Ohnesorge

Wir sind der Ideologien und der ewigen Reproduktionen von Feindbildern müde und suchen nach Dienern und Pragmatikern des Friedens." Dieser Satz aus seiner Antrittspredigt als neuer Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau kennzeichnet Helmut Spengler: Offen den Problemen zugewandt, aber gegen Konfrontation um der Konfrontation willen.



Kirchenpräsident von Hessen und Nassau: Spengler FOTO: AP

Helmut Spengler, der im Herbst mit 130 von 208 Stimmen für acht Jahre zum neuen Oberhaupt gewählt wurde, läßt sich nicht leicht einordnen. Er setzt sich für politische Diakonie dort ein, wo sie ihm nach sorgfältiger Prüfung geboten erscheint. Gleichzeitig aber vertritt er den Standpunkt, Kirche dürfe sich keinesfalls als Ersatzpartei verstehen, und warnt sie davor, „religiöse Rückgratverstärkung bestehender politischer Programme oder alternativer Konzepte zu sein".

Der 1931 in Wetzlar geborene Theologe, der seit 1972 Stellvertreter des Kirchenpräsidenten, seines Vorgängers Helmut Hild, war, orientiert sich in Fragen der politischen Ethik an der Lehre Luthers von den zwei Reichen, die er jedoch nicht als radikale Trennung des weltlichen und des kirchlichen Bereichs versteht. Die Kirche müsse eindeutig sagen, daß Gott den Krieg und den Hunger nicht wolle. Die Kirche müsse dem Menschen aber auch sagen, daß er ohne Kompromisse nicht leben kann. Derer bedarf Hessen und Nassau mit 1500 Pfarrern und 2,1 Millionen Mitgliedern: In den letzten Jahren ist sie immer wieder – hier sei nur an die Auseinandersetzung um die Startbahn West erinnert – in die Schlagzeilen geraten. Vielleicht noch stärker als in anderen Landeskirchen ist hier die Polarisierung.

Spengler ist vom Pietismus geformt, aber er hat entscheidende Impulse während seines Studiums in Bethel und Marburg von den Gedanken Karl Barths und Rudolf Bultmanns bekommen. Unter dem Einfluß seines baltischen Lehrers Girgensohn wandte er sich der Meditation und Psychologie zu, absolvierte am Frankfurter Sigmund-Freud-Institut eine Ausbildung über „konkrete Seelsorge". Für ihn ist das Anliegen, das Wort der Bibel und ihre Botschaft für den Menschen unserer Tage verstehbar zu machen, von höchster Aktualität. Eines seiner Anliegen ist, auch mit Kirchenfernen über den Glauben ins Gespräch zu kommen.

Spengler gehört zur Theologischen Arbeitsgemeinschaft, die sich gegen die Gleichsetzung christlichen Glaubens mit bloßer Mitmenschlichkeit wendet. Dies schließt jedoch nicht aus, daß für ihn Zuwendung und Hilfe für Behinderte, Kranke aller Art, Einsame, Benachteiligte, Ausländer, gegen Hunger und Ungerechtigkeit als Aufgabe kirchlichen Handelns für ihn selbstverständlich und unverzichtbar sind.

Der neue Kirchenpräsident, Vater von vier Kindern, gilt als Mann der Mitte, der zuhören kann. Er versteht sich als Pazifist, aber er wendet sich dagegen, wenn behauptet wird, Pazifismus sei das deutlichere Zeichen christlichen Verhaltens. Einen besonderen Schwerpunkt will Spengler auf Seelsorge legen, auf die Vermittlung der Sicherheit, „daß wir nicht Angst vor den Menschen haben, sondern uns einfach auf das Bibelwort verlassen".

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### DIE RHEINPFALZ

**Die Ludwigshafener Zeitung merkt zum Rechnungshofgesetz an:**

Es gibt gute Gründe, die Spitze der Kontrollinstitution Bundesrechnungshof auf eine breite parlamentarische Basis zu stellen. Daß jedenfalls die bisherige Praxis, die Finanzkontrolleure ausschließlich durch die Bundesregierung zu besetzen, eine denkbar schlechte Lösung ist, wird von niemandem ernsthaft bestritten. Die Vorstellung – die ja bisher Praxis ist –, da suchten sich die Kontrollierten ihre Kontrolleure selbst aus, ist so abenteuerlich, daß nicht einleuchten will, warum nicht schon früher Änderungen durchgesetzt wurden. Offenbar haben Regierende stets befürchtet, daß ihre Möglichkeiten, Macht und Posten zu verteilen, beeinträchtigt würden. Nun endlich hat das Bonner Kabinett einen Gesetzentwurf über den Bundesrechnungshof beschlossen, der zumindest einen großen Teil der kritischen Einwände berücksichtigt. Nicht mehr die Regierung, sondern das Parlament soll künftig über die Wahl der Amtsspitze entscheiden. Formal werden damit die Wünsche der Abgeordneten erfüllt, aber in der Praxis bleibt eben doch der Verdacht, die Parlamentsmehrheit werde einen Kandidaten, den die von ihr getragene Regierung präsentiert, vielleicht doch auch nach anderen Kriterien gewichten und bewerten, als allein seine Eignung für den Präsidentenstuhl des Bundesrechnungshofes zu prüfen.

### Basler Zeitung

**Sie schreibt zur Ablehnung einer von den USA gewünschten Kreditsperre für Nicaragua:**

Die USA führen einen mehr oder weniger offenen Krieg gegen das sandinistische Nicaragua und wollen dieses Land unter anderem wirtschaftlich isolieren. Zu diesem Zweck möchten sie insbesondere den Kredithahn der Interamerikanischen Entwicklungsbank zudrehen. Die Schweiz hat sich diesem Ansinnen in zwar indirekter und verklausulierter Form, aber doch deutlich genug widersetzt ... Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit, daß nicht nur die von manchen Entwicklungsländern in internationalen Organisationen betriebene „Verpolitisierung" der internationalen Zusammenarbeit schadet, sondern neuerdings auch die recht hemdsärmelige Politik der Amerikaner.

### LIBERATION

**Das Pariser Blatt zieht einen Vergleich:**

Es ist nicht verbrieft, daß das heutige Frankreich weniger schlecht abschneiden würde als das Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre, wenn es eine Art Alkoholtest des Rassismus gäbe. Es handelt sich dabei um den latenten, spontanen Rassismus. Aber der politische Apparat in Frankreich ... ist unendlich viel gesünder als der von Weimar.

# Den Politikern zuliebe auf Atomminen verzichtet

Die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO / Von Rüdiger Moniac

In überraschend schnell erreichter Harmonie ist die Tagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Luxemburg beendet worden. Und das trotz eines der heikelsten Themen, mit denen sich die Verteidigungsminister der Allianz je beschäftigen mußten: Es ging um die Verringerung der taktischen Nuklearwaffen (TNF). 1400 nukleare Sprengkörper sollen aus dem Gesamtbestand des TNF-Potentials aus West-Europa zurückgezogen werden. Das beschloß die NATO im Herbst 1983 in Montebello.

Auszuführen ist der Auftrag durch den Obersten Befehlshaber für Europa, General Rogers. Er hat ihn inzwischen befolgt und dafür eine umfangreiche Studie durch seinen Stab Shape fertigen lassen, mehr als 200 Seiten Umfang soll sie haben. Was sie im einzelnen enthält, gehört zu den bestgehüteten Geheimnisssen der Allianz. Warum das so ist, ist klar: Wer die Einzelheiten dieser Rogers-Studie kennt, kann sich ein Urteil darüber bilden, in welcher Form die NATO im Falle eines Krieges mit ihren Atomwaffen auf einen Angriff antworten würde. Dies aber darf der Warschauer Pakt nicht erfahren, sonst gelänge ihm eine Risikoschätzung und eine Bewertung der für ihn zu erwartenden Schäden. Die NATO-Strategie geht jedoch davon aus, daß die Gegenseite darüber im Ungewissen ist. Dieses Ziel bleibt wohl gewahrt, auch wenn in Luxemburg in groben Umrissen bekannt wurde, was Rogers als Ergebnis der Shape-Arbeiten den Ministern vortrug. Generell lassen sich daraus einige Tendenzen ableiten:

1) Die NATO geht den Weg konsequent weiter, den sie mit dem Doppelbeschluß einschlug. Ihre Nuklearoptionen dehnen sich auf größere Reichweiten aus. Nicht nur die Gebiete Polens, der „DDR" und der Tschechoslowakei werden in die geheimen Zielkataloge aufgenommen, sondern auch solche in der Sowjetunion selbst.

2) Dieser Absicht entsprechend dünnt die Allianz die Nuklearoptionen mit kürzeren Reichweiten aus, obwohl sie nicht völlig auf sie verzichtet.

3) Von zwei Optionen aber will sie künftig völlig lassen, einmal von einer Luftverteidigung mit nuklearen Sprengkörpern, und zum zweiten von der Möglichkeit, mit Hilfe von nuklearen Sprengmitteln im Gelände Sperren herzustellen. Das eine macht mehr Sinn als das andere. Denn mit der Ausmusterung der inzwischen völlig veralteten Boden-Luft-Rakete vom Typ „Nike/Hercules" und ihrer Ersetzung durch das konventionell bewaffnete System „Patriot" sind atomare Sprengkörper zur Bekämpfung von in Pulks anfliegenden Bombern – eine völlig überholte und heutigen „Kriegsbildern" kaum entsprechende Vorstellung – nicht mehr erforderlich.

Anders verhält es sich mit Rogers' Entschluß, alle diese Minen, die ADM (Atomic Demolution Munition) genannt werden, aus dem TNF-Arsenal zurückziehen zu lassen. In dichtbesiedelten Zonen wie denen Mitteleuropas sind sie zwar für die Verteidigung durch das Sperren von Gelände mehr und mehr ungeeignet. Dies gilt aber nicht für Regionen wie karstige Gebirgszüge in Thrazien oder in der Osttürkei. Besonders hart an der Grenze zur Sowjetunion in Anatolien gäbe es Geländestücke, in denen sich die Sperrung durch die sogenannte Atomminen, die in jüngster Zeit mit dem so bizarren wie falschen Ausdruck „Rucksack-Bomben" belegt wurden, anböte. Aber auch diese Option will die NATO streichen. Dies erscheint als ein von der Politik diktiertes Opfer, das General Rogers wohl nur deshalb brachte, weil er meint, auch ohne diese Möglichkeit als Militärplaner auszukommen. Andererseits erwirkte er dadurch bei allen Verteidigungsministern dermaßen viel Zufriedenheit, daß auch deshalb schon der Verzicht auf ADM angemessen erscheinen will.

Vom deutschen Boden sollen alle ADM schon innerhalb des nächsten Jahres zurückgezogen werden. Für andere Arten Atomsprengkörper wird der Reduzierungsprozeß später anlaufen. Bis 1988 soll das Gesamtprogramm abgeschlossen sein. Dann wird die Allianz in Europa noch über 4600 nukleare Gefechtsköpfe verfügen, ein Potential, wie es so klein seit Jahrzehnten nicht mehr war. Der deutsche Kanzler und sein Verteidigungsminister haben damit recht zu sagen, daß ihre Formel vom „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" sich allmählich durchsetzt.

Das jetzt von Rogers vorgeschlagene Reduzierungsprogramm wird innerhalb der nächsten Monate vom NATO-Generalsekretär mit den betroffenen Regierungen abzustimmen sein. Dabei mag es dann noch einige Spannungen geben. Denn im Zuge dieser Verringerungsschritte verfolgt Rogers die Absicht, die nuklearen Sprengkörper künftig im Verhältnis zu den Trägern und den Regionen besser zu verteilen, als das noch heute der Fall ist. Durch die Korrektur des „maldeployment" werden die Depots auf deutschem Boden nochmals leerer werden.

# Janos Kadar – ein Meister der relativen Selbständigkeit

**Er hat es geschafft, Vertrauen und Ansehen zu gewinnen – nicht nur bei den Ungarn, sondern auch in Moskau und im Westen: Person und Politik des Janos Kadar fallen aus dem Rahmen kommunistischer Herrschaften.**

Von CARL G. STRÖHM

Janos Kadar, seit 29 Jahren Parteichef der ungarischen Kommunisten, mag keinen Pomp um seine Person. Auch diesmal, auf dem 13. Parteitag in Budapest, trägt er – im Gegensatz zu manchen seiner kommunistischen Amtskollegen – weder Orden noch Parteiabzeichen auf dem schlichten grauen Anzug. Es gibt aus den Reihen der über 900 Delegierten keine stehenden Ovationen, und keine Sprechchöre für ihn – nur freundlichen Applaus. Trotzdem spürt man, daß er immer noch der unbestrittene „Chef" ist, auch wenn sich sieben Jahrzehnte mit ihren für ihn persönlich wie für sein Land oft schlimmen Erfahrungen in sein Gesicht eingegraben haben.

Behutsamkeit charakterisiert den Mann, der im Zeichen der Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956 an die Spitze der KP trat. Damals galt sein Name als Synonym für Unterordnung und auch Unterdrückung im Zeichen der sowjetischen Militärmacht. Heute ist Kadar auch für jene, die ihn vor drei Jahrzehnten bekämpften, zu einem Garanten für die relative Eigenständigkeit und die relative Liberalität seines Landes geworden.

In seiner Rede meint er, man müsse „umsichtig und bedachtsam" in der Tagespolitik verfahren. Das sind für einen kommunistischen Parteiführer ungewöhnliche Ausdrücke. Aber Kadar – der persönlich alle Höhen und Tiefen einer kommunistischen Karriere durchmachte, einschließlich Verfolgung und Mißhandlung in kommunistischen Gefängnissen der Stalin-Zeit – ist für solche ungewöhnlichen Formulierungen bekannt.

Anfang der 60er Jahre, als den Ungarn der Schrecken des niedergeschlagenen Aufstandes noch im Leibe steckte, prägte er das Wort: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns" – womit er das bisher geltende manichäische, totalitäre Weltbild durchbrach und den latenten Bürgerkrieg zwischen Partei und weiten Schichten der Bevölkerung beendete. Heute ist Ungarn das einzige kommunistische Land, in dem gewisse Personen, die nach den Budapester „Ereignissen" als Konterrevolutionäre eingesperrt waren, akzeptiert werden. Und sie werden sogar geehrt, wenn sie inzwischen gestorben sein sollten.

Manches aus jenen Tagen, in denen der Stalinismus reagierte, ist auch heute noch tabu. Manches aber wird offen diskutiert. Es gibt bemerkenswerte Bücher und Filme über die Stalin-Ära. *Allerdings* – wie in der Politik, in der Wirtschaft und im gesamten Leben des Landes sind hier deutliche Grenzen gesetzt. Man weiß, wie weit man gehen darf – jedenfalls ist das bis jetzt so. Kadar selber meinte vor dem Parteikongreß, die Intellektuellen und Schriftsteller sollten sich doch weniger mit den Geheimnissen der 50er Jahre als vielmehr mit der ungarischen Räterepublik von 1919 beschäftigen, die „ganz ohne Hilfe sowjetischer Soldaten" zustande gekommen sei.

Hier spürt man bei ihm die Sorge um die historische Legitimität jener Staatsform, deren Existenz in Ungarn zweimal durch das Eingreifen sowjetischer Armeen gesichert werden mußte: 1945 und 1956. In gewissem Sinne steht Kadar aber auch hier in der Tradition seines Landes, dem Niederlagen und Demütigungen nicht erspart geblieben sind, das aber – nicht zuletzt durch den angeborenen Pragmatismus und das Geschick seiner Bewohner – sich immer wieder zu erheben wußte.

Durch das Akzeptieren von Tatsachen, die nun einmal nicht zu ändern waren, wurde auch nach 1956 möglich, was anfangs niemand glauben wollte. Heute hat Kadar es fertiggebracht, bei den Sowjets Vertrauen zu genießen, in seinem eigenen Volk als eine Art „Vater des Vaterlandes" und Garant einer gemäßigten Politik zu gelten – und auch im Westen in hohem Ansehen zu stehen.

Auf dem Parteikongreß attackierte Kadar zwar die „amerikanischen Imperialisten" und ihr Konzept des „Krieges der Sterne" – aber gleichzeitig quillt Budapest über von amerikanischen Touristen – und auf Straßenbahnzügen der ungarischen Hauptstadt prangt beziehungsvoll die Reklametafel: „Mit Pan American direkt von Budapest nach San Francisco". Irgendwie haben es die Ungarn geschafft, die ideologische „Treue zur Sowjetunion" mit *stets* besser werdenden Beziehungen zum Westen zu kombinieren.

Während der Parteikongreß unter dem roten Banner und einem Lenin-Porträt tagt, floriert in Ungarn das private Kleingewerbe, sind die Geschäfte voll von Waren und Lebensmitteln. Gerade wurde das erste private Hotel in der Hauptstadt eröffnet – bis jetzt einmalig für ein kommunistisches Land. In einer Budapester Zeitschrift werden westliche Ausländer sogar aufgefordert, in Ungarn ähnlich wie in der Schweiz anonyme Nummernkonten in harten Devisen anzulegen.

Dennoch hat auch das ungarische Modell – von dem offizielle ungarische Sprecher immer wieder betonen, es sei eigentlich gar keines – seine schweren Probleme. Die wirtschaftliche Liberalisierung hat zu beträchtlichen Einkommensdifferenzen geführt, die von manchen Parteikadern sehr kritisch betrachtet werden. Es gibt heute in Ungarn Forint-Millionäre, Privatpersonen mit luxuriösen Villen und einem Monatseinkommen von 40 000 Forint und darüber. Und es gibt den Industriearbeiter, der mit 4000 bis 6000 Forint oder weniger eine Familie durchbringen muß. Es gibt viele Menschen, vor allem Rentner, die von weniger als 2000 Forint im Monat leben müssen (etwa 120 Mark). Der Budapester Parteisekretär Karoly Grosz – ein Mann, dem eine große politische Zukunft vorausgesagt wird – sprach vor den Parteitagsdelegierten davon, daß sich die „politische Toleranz der Bevölkerung" vermindere und sagte: „Es gibt Angst und Unsicherheit vor der Zukunft."

War das eine verdeckte Kritik am Kadar-Kurs, an den Wirtschaftsreformen, die auch soziale Ungleichheit und Gegensätze zwischen arm und reich gebracht haben? Die Ungarn brauchen Zeit, um ihre Reformen zu verwirklichen – und sie brauchen zumindest die Duldung durch den „großen Bruder" im Osten. Der Parteichef ahnt, daß dieser Parteitag der letzte sein könnte, der ihn an der Spitze sieht. In fünf Jahren nähert er sich dem 80. Lebensjahr.

Werden die neuen energischen Herren im Kreml Verständnis für osteuropäische Eigenheiten und Sonderwünsche haben? Kadar wird nicht heute oder morgen, wohl aber in absehbarer Zukunft seinen Hof an Jüngere übergeben. Dann beginnt für Ungarn ein neues Kapitel – und viele spüren deshalb schon heute ein gewisses Unbehagen.

Auch ohne Personenkult ein Chef: Janos Kadar vor dem 13. Parteitag
FOTO: AP



Ein Opfer der schleichenden Ölpest: Die Bedrohung kommt von See und nicht von Land, meinen die Gegner eines Nationalparks Wattenmeer
FOTO: PETER STEINHAGEN

# „Wenn es um die Freiheit geht ..."

**„Nationalpark Wattenmeer" heißt das Projekt der Kieler Landesregierung. Mit 265 000 Hektar soll er der größte in Mitteleuropa werden, knapp ein Drittel davon absolute Tabu-Zone. Die Menschen an der Küste sind alles andere als begeistert.**

Von PETER STEINHAGEN

Ich bin hier praktisch auf dem Watt geboren. Hier habe ich gefischt und die Seehunde betreut. Künftig geht das nicht mehr." Helmuth Grimsmann aus Süderhöft an der Westküste Eiderstedts schüttelt beim Blick über den Deich den Kopf. Da hinten, wo stahlgrau die Nordsee in der untergehenden Sonne blinkt, wird er bald nicht mehr hindürfen, weil an dieser Stelle vor dem grünen Seedeich die „Schutzzone 1" eingerichtet werden soll. „Absolutes Betretungsverbot" heißt es dazu im Gesetzentwurf der Landesregierung.

Das Deichvorland der Tümlauer Bucht beispielsweise, in Generationen dem Meer abgerungen, befestigt und begrünt soll nun teilweise Tabuland werden. Grimsmann versteht die Welt nicht mehr. Der 74jährige Seehundaufseher kennt hier jede Muschelbank und weiß mehr über Watt und Wurm als mancher Professor. „Das Gesetz hilft dem bedrohten Wattenmeer nicht wesentlich", meint er. „Da draußen passiert es, da wird ein Lebensraum zerstört."

Der alte Mann meint die Umweltsünder auf der Nordsee. Sie machen das Meer kaputt, sagt er. Wobei das immer häufiger an die Strände treibende Öl noch am harmlosesten ist. Weil aber der Öldreck alljährlich Auslöser eines massenhaften Seevogelsterbens ist, steht er im Kreuzfeuer. Die Verklappung von Chemikalienabfällen mit behördlicher Genehmigung, die Müllbeseitigung im Meer und die Schmutzfrachten der Flüsse geraten dabei zunehmend aus dem Blickfeld, meinen Vogelschützer wie Norbert Kempf von der Schutzstation Wattenmeer, die das Naturschutzgebiet rund um den Leuchtturm Westerheversand betreut.

Diese Abfälle aber und die verschlechterte Ernährungslage haben bei den Seehunden zu unendlichem Leid geführt. Offene Bauchwunden, Geschwüre an Hals und Kopf quälen viele der Tiere auf ihren Sandbänken im Flachmeer vor Schleswig-Holstein. „Mit dem Nordseewasser stimmt etwas nicht mehr. Die Bedrohung kommt von See und nicht von Land." Da ist man sich an der Küste ganz sicher.

Szenenwechsel: 30 Kilometer weiter südlich, Landkreis Dithmarschen, plattes Land, grüner Deich. Dann wieder plattes Land, bis am Horizont Nordsee und Himmel verschmelzen. Man erspäht die Kugelbake von Trischen, einer unter Naturschutz stehenden, einmaligen Vogelinsel. Im Hochsommer mausern hier über 100 000 flug- und fluchtunfähige Gänse, weitere 100 000 der Wattvogelarten Kiebitzregenpfeifer, Schnepfen, Knutts und Alpenstrandläufer rasten und ruhen in den Watten.

Ein Paradies auf „goldenem" Boden – buchstäblich, denn unter Trischen wurde reichlich Erdöl gefunden. 75 Millionen Tonnen, ein Drittel davon gilt als förderbar, ein Millionengeschäft im Wattenmeer. Die Landesregierung hat grünes Licht für ein Pilotprojekt zur Förderung gegeben, per Ausnahmegenehmigung. Sonst darf nämlich in dem geplanten Nationalpark weder gesprengt noch gebohrt werden. Nationalpark und Erdölförderung. Paßt das zusammen?" fragen nun die Küstenmenschen.

„Die Friesen haben dickes Blut. Das kommt nicht so schnell in Wallungen. Aber wenn es um die Freiheit geht, dann gibt es Krach." Paul Hermann von Holdt, einer von den knapp 150 Menschen, die auf der nur 550 Hektar großen Hallig Hooge wohnen, ist sich da ganz sicher. „An Land können die Menschen ausweichen. Hier brauchen wir das Watt als freien Bewegungsraum." Eben dieser Freiraum wird aber nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn erst einmal im Wattengebiet vor der Hallig die Schutzzone Wirklichkeit geworden ist.

Dann fürchten viele Halligmenschen den „Ausverkauf von innen", wie sie es nennen. „Ein Häuschen im Nationalpark – einmalig auf der Welt", so oder ähnlich sehen sie die werbeträchtigen Schlagzeilen gewandter Immobilienhändler. Die Preise würden ins Unerschwingliche steigen, die ursprüngliche Bevölkerung könnte nicht mithalten. Ob ein „Paradies der Millionäre", die nur im Sommer da sind, wenn der Halligflieder blüht, den kleinen Eilanden im Meer hilft, bezweifeln sie.

Der zu erwartende Aufschwung des Massentourismus freut zwar jetzt schon die Fremdenverkehrsmanager, große Teile der Bevölkerung schreckt jedoch die Vision. Allemal die Naturschützer. Schon heute sind die Kapazitäten nahezu erschöpft. Neue Menschenmengen aber bedeuten neue Belastungen, Autoabgase, Blechlawinen, Abwässer, Lärm und mehr Beton. Die Regierung freilich argumentiert, durch das Projekt wurden die Touristenströme besser gelenkt und die Gefahren der Verschmutzung reduziert.

So starke Sätze wie „Wir leben in Nordfriesland so gut mit der Naturschutzverordnung, weil keiner sich um ihre Durchführung kümmert", von dem nordfriesischen Bundestagsabgeordneten Peter Harry Carstensen (CDU) will man heute lieber nichts mehr hören. Den Schutz des Wattenmeers wollen die Friesen. Nur glauben sie, daß ihnen ein paar Jahrhunderte härtester und leidvoller Auseinandersetzung mit der See wenn schon keine Reichtümer, so doch einen großen Vorsprung an Wissen über das Meer beschert haben. Und wenn man dieses Wissen mit in die Planungen einbezogen hätte, so heißt es vielerorts, wenn sich die Kieler Regierung mit Deichgraf und Wattenjäger, mit Kutterfischer und Halligbauer zusammengesetzt hätte – es wäre heute einfacher gewesen für alle Beteiligten.

Statt dessen führen die Friesen einen Zweifrontenkrieg. Im Westen gegen die Nordsee, gegen den „Blanken Hans", der ihnen das gerade gewonnene Land immer wieder zu entreißen droht. Im Osten gegen die Kieler Landesregierung unter Uwe Barschel. Fast überall treffen die Nationalpark-Pläne auf Ablehnung. Selbst Grüne und Naturschützer möchten das Konzept nicht mittragen.

„Fremdbestimmung" lautet ein Schlagwort, und es ist ein Schreckgespenst für die Friesen geworden. „Wenn erst einmal ein Landesamt mit den hohen Herrn bestimmt, wann wir wo wie lange über den Deich sehen dürfen", dann sei man Sklave im eigenen Land. „Wenn das Gesetz wird, dann läuft hier noch so mancher gegen die Plattschaufel", kommentiert Fiede Nissen von der Hallig Langeneß.

Daß politischer Flurschaden angerichtet wurde, ist für so manchen CDU-Kommunalpolitiker an der Küste ebenso sicher wie Ebbe und Flut. Viele sehen schon heute mit ängstlicher Spannung dem 3. März 1986 entgegen. Dann ist Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, und dann werden auch die Friesen wieder zur Urne gebeten.

# Kein Numerus clausus für das Fach Informatik

**Erleichterung in Bonn / Nixdorf: 500 Ausbildungsplätze**

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Mit Erleichterung ist gestern im Bonner Bundesbildungsministerium die Entscheidung der Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) aufgenommen worden, gegen die Stimmen von Berlin und Hamburg das zukunftsträchtige Fach Informatik nicht über den Numerus clausus abzuschotten. In einer ersten Reaktion sprach Ministerin Dorothee Wilms davon, daß damit „der Bedeutung dieses Studiengangs Rechnung getragen worden ist, der eine Schlüsselstellung für die weitere Entwicklung von Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund eines zunehmend härteren Wettbewerbs auf den internationalen Märkten hat".

Die Entscheidung der im entscheidenden ZVS-Verwaltungsrat sitzenden Länder-Vertreter, trotz des dringenden Wunsches der Hochschulen den Studiengang weiterhin offenzuhalten, war vor allem durch die Zusage von Hilfen des Bundes erleichtert worden. Über das Hochschulbauförderungsgesetz sollen die räumlichen Voraussetzungen verbessert, durch zusätzliche – auch finanzielle – Anreize mehr befähigte Informatik-Absolventen zum Bleiben an den Universitäten motiviert werden.

Dazu gehören beispielsweise auch Auslandsstipendien für USA und Japan sowie die „Herausnahme der Informatik aus der Absenkung der Eingangsbesoldung" im öffentlichen Dienst. Außerdem sollen – auch durch Bundesmittel – Lehraufträge an Forscher aus den Großforschungseinrichtungen sowie an Honorarprofessoren aus der Wirtschaft vergeben werden. Mit rund 25 Millionen Mark soll in den kommenden sechs Jahren über das staatliche „Computer-Investitionsprogramm" (CIP) die „apparative Ausstattung" der Hochschulen verbessert werden.

Das noch relativ junge Studienfach ist unter dem rapide anwachsenden Studentenberg in den vergangenen Jahren praktisch in die Knie gegangen. Lag die Studienanfängerzahl im Jahre 1979 noch bei 2000, so ist sie bis 1984 auf rund 4600 angeschnellt. Zwar gilt unverändert das „Ausbauziel" von 4000 Studienplätzen, doch liegt die tatsächliche Zahl immer noch bei nicht einmal 2500 regulären Plätzen. Von den knapp 800 Planstellen für wissenschaftliches Personal sind rund 250 für C2- bis C4-Professoren vorgesehen. Aber mangels ausreichendem, qualifiziertem Nachwuchs sind hiervon etwa 20 Prozent nicht besetzt. Frau Wilms sieht sich jedenfalls nach der ZVS-Entscheidung in ihrer Auffassung auch von den Ländern bestätigt, daß „die Gefahr der Abwanderung von Nachwuchs und damit unmittelbar verbunden die Gefahr weiterer Qualitätseinbußen an den Hochschulen" durch einen Numerus clausus „eher vergrößert" worden wäre.

Zu der angestrebten engeren Verzahnung der Hochschulen mit der Wirtschaft bei der Ausbildung der Studenten gehört auch die jetzt zwischen Nordrhein-Westfalen und dem deutschen Computer-Fabrikanten Nixdorf vereinbarte Zusammenarbeit. Nachdem dieses Bundesland in der jüngsten Vergangenheit die Studienplätze für Informatik erheblich reduziert hatte, ist nun mit Nixdorf verabredet worden, daß das Paderborner Unternehmen rund 500 Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Studenten zur Verfügung stellen wird. Nixdorf will darüberhinaus zehn bis 15 Experten seiner Firma für Lehraufträge freistellen. Verhandlungen zwischen dem Unternehmen und der Gesamthochschule Paderborn sind bereits eingeleitet worden.

# Brandt: Neue Chance für Europa

**WELT-Gespräch / SPD-Chef setzt auf Gipfeltreffen von Reagan und Gorbatschow**

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sieht durch den wiederaufgenommenen Dialog der beiden Großmächte für die „europäische, für die deutsche Friedenspolitik" ein vergleichbares Umfeld wie Ende der sechziger Jahre entstehen. In einem WELT-Gespräch zählte der ehemalige Bundeskanzler in diesem Zusammenhang die Deutschlandpolitik auch mit als einen „Bereich der nationalen Verantwortung" auf, über den Opposition und Regierung „miteinander reden müssen, um dann festzustellen, inwieweit stimmt man überein".

Ähnlich wie vor rund 20 Jahren bekämen die Europäer durch die neu entstehende „Verhandlungsphase einen etwas besseren Rahmen dafür, daß die Osteuropäer – ohne auf zu viele Hindernisse zu stoßen – wieder über diffizile Fragen mit uns reden können".

## Anlaß für Hoffnung

Er sei zwar „nicht überoptimistisch, was die Genfer Verhandlungen angeht", aber er setze – „ohne damit jetzt zu große Erwartungen zu verknüpfen" – Hoffnungen auf ein Treffen des neuen Sowjetführers Gorbatschow mit US-Präsident Reagan: „Was soll eigentlich dagegen sprechen, daß der neue Chef in Moskau im Herbst zu den Vereinten Nationen geht? Auch Reagan hat ja schon gesagt, daß das vielleicht eine gute Gelegenheit wäre, miteinander zu sprechen. Dies halte ich für wichtig: Daß die sich kennenlernen und eben nicht nur Papiere austauschen, sondern über die Absichten, die sie haben, über die Möglichkeiten, die sie sehen, gründlich selbst miteinander reden."

„Wenn man von den beiden handelnden Personen ausgeht", sagte Brandt – dem aus einer neuen Generation stammenden Gorbatschow und Reagan, der als Friedenspräsident in die Geschichte eingehen wolle –, dann „könnte man zu einer beherrscht-optimistischen, Hoffnung weckenden Einschätzung kommen". Aber außer dem jeweiligen politischen Umfeld beider Politiker gebe es auch noch eine zeitliche Komponente: „Präsident Reagan ist stark bis zum Herbst 1986. Dann wird ein neuer Kongreß gewählt, und meine amerikanischen Freunde sagen mir, daß dies eher eine Stärkung der anderen Partei bringen wird. Auf diese Möglichkeit stellen sich ja auch schon weltpolitische Gegenspieler ein." Er zitierte den „amerikanischen Slang", daß „ein Präsident, der den Kongreß nicht hinter sich hat, in der Mitte der Wahlperiode eine ‚lame duck', eine lahme Ente ist". Brandt: „Insofern messe ich der Phase bis Herbst 1986 besonders große Bedeutung bei."

Er wolle „kein Miesmacher sein", sagte der SPD-Chef, aber es gebe natürlich noch ein weiteres Problem, daß die Möglichkeiten weltpolitischer Fortschritte behindere: „Solange eine der beiden Weltmächte glaubt, sie könne unverwundbar werden oder, was dasselbe bedeutet, für einen langen Zeitraum die entscheidende militärische Überlegenheit erzielen, solange ist es schwer, zurande zu kommen." Insgesamt setze er jedoch eher auf die sich abzeichnenden Chancen, auch für eine „zweite Phase deutscher Friedenspolitik". Das „vorige Mal" sei es „so gewesen, daß ein nicht zu ungünstiges Klima zwischen Washington und Moskau es uns möglich gemacht hat, unsere Beziehungen zu den östlichen Nachbarn auf das Niveau unserer westlichen Nachbarn anzuheben, zu einer Normalisierung mit den Besonderheiten, die sich aus der deutschen Lage aus dem Krieg ergaben".

Es sei gelungen, „in den letzten Jahren der sehr verschlechterten Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten" auch auf dem Feld der innerdeutschen Beziehungen „nicht alles kaputtgehen zu lassen, sondern Handel und noch ein bißchen mehr lebendig zu erhalten". Auch die KVAE-Konferenz in Stockholm, über die man vor einem Jahr noch gesagt habe, „das führt wohl zu gar nichts", erwecke inzwischen wieder den Eindruck, „als könnten die ein paar Fortschritte machen". Die von Brandt anvisierte zweite Phase der Ostpolitik muß nach seinen Worten mehr sein als eine einfache „Fortschreibung bei den praktischen Verbindungen": Es stehe jetzt die Frage an, „die noch keiner bündig beantworten kann, ob sich aus einer neuen Verhandlungsphase zwischen den Weltmächten auch eine Chance dafür ergeben wird, daß zwischen den sehr unterschiedlichen Staaten in Europa, zwischen Ost und West auch etwas Gründlicheres zu Fragen der europäischen Sicherheit entwickelt werden kann".

## „Dialog lebendig halten"

Zu den innenpolitischen Folgerungen zählt Brandt, daß die SPD „nicht einfach daneben stehen und schadenfroh zusehen kann, wie der gegenwärtige Kanzler von einem Teil seiner eigenen Leute bedrängt wird, wie der Bundesaußenminister von einigen Bundestagsabgeordneten angegangen wird". Seine Partei müsse vielmehr, „so gut sie es kann, dafür sorgen, daß vernünftige Vertragspolitik nicht nur gerettet und bestätigt wird, sondern daß man dem auch etwas hinzufügt, so gut das möglich ist".

In den vergangenen Jahren, sagte der SPD-Vorsitzende, ohne dies ausdrücklich auf die Kanzlerschaft Kohls einzuschränken, sei „meiner Meinung nach in der Ost- und Deutschlandpolitik ohnehin vieles nur zur Routine geworden, auch nicht gut genug durchdacht". Was die SPD jetzt tue, „hat eigentlich den Sinn, der deutschen Politik im Ganzen dabei zu helfen, daß unser Dialog mit den Partnern lebendig bleibt". Dabei bedeute „nationale Verantwortung das Gegenteil von Verkleistern". Es sei „eine Form, sich selbst eine Richtung zu weisen und andere herauszufordern, sich auseinanderzusetzen".

# Volkswagenwerk stellt 1000 neue Mitarbeiter ein

dl. **Wolfsburg**

Der Vorstand der Volkswagenwerk AG hat die Einstellung von 1000 Mitarbeitern beschlossen. Nach Angaben aus Wolfsburg soll damit unverzüglich begonnen werden. Die sehr gute Nachfrage vor allem nach den Modellen „Golf" und „Jetta" macht die Personalaufstockung erforderlich. Auf die Zahl der Neueinstellungen wirkt sich aber auch die neue Arbeitszeitregelung aus. Zur Zeit sind in den sechs inländischen Volkswagenwerken 116 108 Mitarbeiter beschäftigt. Der größte Teil der Neueinstellungen ist für das VW-Werk Wolfsburg vorgesehen. Die Personalzahl soll aber auch in den Werken Salzgitter, Kassel und Braunschweig aufgestockt werden. Wie bereits bei Neueinstellungen im vergangenen Jahr werden ausschließlich Arbeitslose aus der Umgebung der Werke berücksichtigt werden. Außerdem verlautete aus Wolfsburg, man rechne für die kommenden Monate bei der Volkswagenwerk AG mit einem positiven Absatzverlauf.

# „DDR"-Presse zitiert Tass zu Todesschuß

hrk. **Berlin**

Die Zeitungen in der „DDR" haben gestern zum ersten Mal über die tödlichen Schüsse eines sowjetischen Wachsoldaten auf einen amerikanischen Offizier in der Nähe von Ludwigslust berichtet – 24 Stunden nachdem die in West-Berlin erscheinende kommunistische Zeitung „Wahrheit" den Zwischenfall gemeldet hatte. Einheitlich übernahmen die „DDR"-Medien auf ihren Titelseiten eine Darstellung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass. Dabei erfuhren die Leser in der „DDR" zum ersten Mal ausführlich etwas über die Rechtsgrundlage der Arbeit der alliierten Militärmissionen. Bislang war deren Existenz in der „DDR"-Öffentlichkeit zwar notgedrungen hingenommen, aber gegenüber der eigenen Bevölkerung nicht näher begründet worden. In der Schilderung wird den USA die Verantwortung für den Tod des amerikanischen Offiziers gegeben. Er habe eine „Spionageoperation" in einem deutlich gezeichneten militärischen Sperrgebiet ausgeführt.

# *Die Kirchen wollen bei neuen Medien mitreden*

PETER SCHMALZ, **Tutzing**

Bei den Neuen Medien wollen sich die evangelische und die katholische Kirche Einfluß und Präsenz sichern, ohne selbst als Programmgestalter auftreten zu müssen. Zum Abschluß einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing zum „Start in die Satellitenzukunft" bekräftigten Vertreter beider Konfessionen die gemeinsame Forderung, bei privaten Rundfunk- und Fernsehprogrammen ähnlich berücksichtigt zu werden wie im öffentlich-rechtlichen System.

Dieser Präsenz-Anspruch, der angemeldet ist, müsse festgeschrieben werden, „damit er nicht auf Zufälligkeiten beruht", betonte der Fernsehbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hans-Wolfgang Heßler. Ihm pflichtete Reinhold Jacobi von der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz uneingeschränkt bei: „In den neuen Programmen sollte die Kirche eine ähnliche Berücksichtigung finden wie in den öffentlich-rechtlichen." Heßler brachte die Forderung auf die Formel: „Präsenz ohne Funktion des Programmveranstalters."

Der evangelische Medienexperte begründet die Zurückhaltung der Kirchen vor Eigenproduktionen mit dem Hinweis auf die besondere Stellung der Glaubensgemeinschaften: „Wir sind eine gesellschaftliche Gruppe – aber auch mehr, denn zugleich stehen wir über ihnen. Würden wir als Programmanbieter auftreten, wären wir nicht mehr das, was wir jetzt sind." Ein Vertreter privater Programmanbieter warnte darauf die Kirche, sie könnten sich durch das harsche Nein „ausschließen, ohne ausgeschlossen zu sein".

Doch die Kirchen zeigen sich in der Praxis flexibler, als ihre Postamente erkennen lassen. Heßler räumte ein, man habe, weil in diesem Bereich derzeit „alles im Fluß ist", sich auf eine zweijährige Experimentierphase eingelassen und beteiligte sich beim Bayerischen Rundfunk an einem Programmversuch. Die Kosten dafür werden je zur Hälfte von der Kirche und vom Funk aufgebracht. Die Finanzierung eines Kirchenprogramms über Werbung schlossen die Kirchenvertreter aus: „Das geht nicht."

Günter Struve als Geschäftsführer der in Essen ansässigen Westfilm-Medien kritisierte diese Haltung als „gar zu undurchsichtig": Eigentlich gar kein eigenes Kirchenprogramm, wenn aber doch ein wenig, dann nur mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Ihm entgegnete Heßler, die Kirche habe nicht nur ein Interesse, in Funk und Fernsehen präsent zu bleiben, sondern auch daran, wer sie präsentiere. Er räumte allerdings ein, sich vorstellen zu können, „daß über eine vernünftige Kooperation mit den Privaten nachgedacht wird".

Tatsächlich wird bereits mehr als nur nachgedacht: Die evangelische Kirche ist seit geraumer Zeit in Gesprächen mit dem SAT-I-Konsortium, von denen Heßler erwartet, sie könnten in der zweiten Hälfte des Jahres zu einer „Einigung oder einem gewissen Verständnis" führen.

Einmütig forderten Heßler und Jacobi die „Achtung und Beachtung" der Sonn- und Feiertage, räumten jedoch ein, daß ein Werbeverbot an diesen Tagen gerade wegen der technischen Satellitenentwicklung möglicherweise auf längere Sicht nicht zu halten ist. Gemeinsam stehen sie auch zu dem Verlangen nach einer „funktionsfähigen und kontinuierlichen Programmkontrolle" (Jacobi) durch ähnliche Organe wie bei den bisherigen Anstalten. In diesen Gremien müßten die Kirchen vertreten sein.

# Narjes: München mehr Planstellen als die EG

T.W. KRAUEL, **Brüssel**

Die „sogenannte deutsche Alleingangsthese" in der Frage des abgasarmen Autos ist nach den Worten des deutschen EG-Kommissars Karl-Heinz Narjes „natürlich eine mit dem Vertragstext in dieser Form nicht zu vereinbarende These".

Gegenüber 51 Volontären des Axel-Springer-Verlages, die in Brüssel die EG-Kommission und das NATO-Hauptquartier besuchten, betonte Narjes, daß die gesamte europäische Automobilindustrie sich mit dem Konzept des „Dreiliter-Autos 2000" bereits auf dem Wege zu einem abgasarmen Fahrzeug befunden habe, „lange bevor die deutsche Diskussion losging". Diese Strategie habe neben den „selbstgemachten Schlagworten" in der Öffentlichkeit überhaupt keine Erwähnung gefunden. Zudem sei zu honorieren, daß beispielsweise die französische Regierung vor zwei Jahren die Absatzsteigerung deutscher Firmen während der Streiks in der französischen Autoindustrie ohne Gegenmaßnahmen hingenommen habe.

Narjes wie auch EG-Kommissar Alois Pfeiffer und der Ständige Vertreter bei der EG, Gisbert Poensgen, hoben hervor, daß die europäischen Agrarprobleme keineswegs Ergebnis der „EG-Bürokratie" darstellten. Die Stadtverwaltung München verfüge über mehr Planstellen als die EG. „Personalmangel ist unser Problem", stellte Narjes kategorisch fest.

In der NATO verwies der Erste Stellvertretende Oberbefehlshaber des NATO-Bereiches Europa, der britische General Edward Burgess, auf die unvermindert bestehende Notwendigkeit zur Standardisierung der Waffen und des logistischen Potentials. Dem SDI-Programm begegneten Burgess und andere Gesprächspartner mit vorsichtiger Zurückhaltung.

# Blüm fordert Opfer von allen Beteiligten

**Zehn-Punkte-Programm vor Konzertierter Aktion erläutert**

PETER JENTSCH, **Bonn**

Mit einem kurz- und mittelfristig zu realisierendem Gesamtkonzept, auf das sich Medizinbetrieb und Gesetzgeber verständigen sollen, will Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Krankenversicherung ohne höhere Beitragslasten für die Versicherten finanzierbar erhalten.

Vor der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen lehnte er gestern „kurzatmige Eingriffe und Überraschungsangriffe" des Gesetzgebers ab. Er machte aber zugleich deutlich, daß angesichts des Defizits der Kassen von mehr als drei Milliarden Mark kurzfristig durch Empfehlungen dieser Sitzung die Ausgabensteigerungen in diesem und im nächsten Jahr unter der Entwicklung der Grundlohnsumme bleiben müßten.

„Wir können in der Gesundheitspolitik nicht so tun, als gingen uns die 2,6 Millionen Arbeitslosen mit ihren Familien nichts an," sagte Blüm. Der Medizinbetrieb sei „keine Insel, fernab von jeglichen Erfordernissen der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und schon gar kein Selbstbedienungsladen". Alle Beteiligten müßten zu Opfern bereit sein.

In einem Zehn-Punkte-Programm umriß Blüm die Grundsätze seines Konzepts, das auch langfristig der Erhaltung der Beitragsstabilität diene. Danach soll der Zuwachs der Gesundheitsausgaben auf die medizinische Notwendigkeit überprüft und die gesetzliche Krankenversicherung auf sozial- und gesundheitspolitisch notwendige Leistungen begrenzt werden.

Die Versicherten sollen besser über Gesundheitsgefahren und Kosten, die sie verursachen, aufgeklärt werden und mehr Verantwortung für sich selbst übernehmen.

Blüm sprach sich weiter für verstärkten Wettbewerb im Medizinbetrieb aus, wobei er eine rein marktwirtschaftliche Steuerung ablehnte. Er machte aber deutlich, daß auch Möglichkeiten der Selbstbeteiligung sorgfältig geprüft werden müßten. Auch den Krankenkassen will er die Möglichkeit bieten, neue Leistungsformen zu erproben. Schließlich sollen Sachverständige die gesundheitspolitische Entwicklung analysieren und Lösungen zum Abbau der Überversorgung (Stichwort Ärzteschwemme) vorschlagen.

Krankenkassen, Ärzte und Zahnärzte gaben ihre Bereitschaft zu erkennen, daß sie sowohl die Honorare wie die Menge der Leistungen von Mitte des Jahres an im Rahmen der Grundlohnsummenentwicklung halten wollen. Damit würden die Ausgaben der Krankenkassen die Einnahmen nicht übersteigen. Zugleich hoben Ärzte und Kassen hervor, daß sie bis zum Jahresende einen wirksamen Preisvergleich bei Arzneimitteln und damit eine kostengünstigere Verordnung ermöglichen und den Einsatz medizinisch-technischer Großgeräte wirtschaftlicher gestalten wollen.

In der Frage der Steuerung der Ärzteschwemme verwiesen die Krankenkassen auf zwei Gutachten (Prof. Blumenwitz und Prof. Wannagat/Gitter), wonach eine beschränkte Zulassungssperre zur kassenärztlichen Versorgung und eine pauschalierte Vergütung verfassungskonform sind. Auch die Einführung einer Altersgrenze für Ärzte sei zulässig.

Die Kassen forderten den Arbeitsminister auf, entsprechende gesetzgeberische Möglichkeiten zu schaffen, um Qualität und Wirtschaftlichkeit der ärztlichen Versorgung sichern zu können.

# Kulturaustausch Rom–Ost-Berlin

hrk. **Berlin**

Rund drei Wochen vor dem für die zweite Aprilhälfte vereinbarten Staatsbesuch von Erich Honecker in Rom – vorgesehen ist auch eine Privataudienz beim Papst – wird die Reise derzeit intensiv vorbereitet. „DDR"-Botschafter Hans Voß und der italienische Staatssekretär Bruno Corti unterzeichneten in Rom eine Vereinbarung über einen intensiven kulturellen und wissenschaftlichen Austausch, die zunächst bis 1987 gelten soll. Damit wird zugleich die Eröffnung von Kulturzentren in Rom und Ost-Berlin vorbereitet. Das umfangreiche Papier zeigt, mit welcher Ausdauer die „DDR" daran arbeitet, die Beziehungen zum NATO-Land Italien auszubauen und im Vorfeld des Honecker-Besuchs ein politisch günstiges Klima im Besucherland zu schaffen. Honeckers Reise nach Rom ist nach den Besuchen in Österreich und Japan seine dritte Visite im westlichen Ausland.

# Schwere Vorwürfe gegen Egon Franke

hey, **Bonn**

Das Verhalten und Vorgehen der nordrhein-westfälischen Justiz und des SPD-Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel im Fall des ehemaligen Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (SPD), ist von der CDU-Bundestagsabgeordneten Lieselotte Berger scharf kritisiert worden. Die Parlamentarierin bezeichnete es gestern als „unverständlich", warum sich die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Franke und seinen früheren Ministerialdirektor Edgar Hirt, die wegen Veruntreuung von 5,6 Millionen Mark angeklagt sind, „so lange verzögert hat". Gleichzeitig wies sie darauf hin, „mit welcher Eile und Publizität" die Bonner Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen den damaligen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) im Zusammenhang mit der Flick-Affäre betrieben habe.

Frau Berger widersprach auch Frankes Erklärung, die verschwundenen Millionen-Beträge seien für humanitäre Zwecke und besonders für den Freikauf von „DDR"-Häftlingen verwandt worden. Denn für derartige, mit Ost-Berlin vereinbarte Vorgänge „lagen und liegen ordnungsgemäß geführte Akten mit klaren Belegen vor". Lieselotte Berger: „Die über fünf Millionen, die fehlen, sind mit Sicherheit nicht in die DDR geflossen."

# *Taschenrechner und ein Loblied auf einen Amerikaner*

DIETER DOSE, **Berlin**

„Vorfristig" läuft auf der Elbewerft in Boizenburg ein Fahrgastschiff vom Stapel. Im Bezirk Gera werden 110 Industrieroboter zusätzlich produziert, und in Groß Nieköhr (Mecklenburg) geben die Kühe mehr Milch. Patente für 218 Erfindungen haben „Forscherkollektive" im Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) angemeldet.

Die FDJ macht's möglich. In allen „DDR"-Zeitungen bildete die Berichterstattung über die Bezirksdelegiertenkonferenzen ein Schwerpunktthema. Kaum Kritisches, nur Erfolgreiches war zu vermelden.

„Die Beratungen zeigten, daß es immer mehr FDJ-Kollektive verstehen, auf alle Jugendlichen auszustrahlen", lobt das „Neue Deutschland". Das „ND" verweist aber auch darauf, daß die Jugend Wünsche hat: Sinnvollere Freizeitgestaltung, interessantere Veranstaltungen in den Jugendklubs und mehr Jugendtanz ...

Im FDJ-Organ „Junge Welt" wird eine ganze Seite dem Loblied auf den Konzernchef der amerikanischen Occidental Petroleum, neuntgrößter Erdölkonzern des Landes, gewidmet. Aus der Überschrift erfahren die Leser schon, warum ausnahmsweise ein Kapitalist gefeiert wird: „Ein Millionär, den Lenin Genosse nannte."

Die Rede ist vom Amerikaner Dr. Armand Hammer (86). Sein Lebensziel ist nicht, Geld zu machen. „Zuallererst möchte ich Frieden in der Welt sehen", zitiert ihn die „Junge Welt" und hebt hervor: „Es gibt keinen anderen USA-Konzernchef, der alle USA-Präsidenten seit Hoover und die meisten sowjetischen Führer seit Lenin persönlich kannte und die friedliche Koexistenz so zur Maxime seines Lebens gemacht hat wie Dr. Armand Hammer."

Kennengelernt haben sich der Millionär, der er laut eigener Aussage damals schon war, und Lenin 1923 in Moskau. Neun Jahre weilte Hammer als Geschäftsmann in der Sowjetunion. Was Hammer von anderen Konzernbossen unterscheidet, beschreibt das FDJ-Blatt so: „Kapitalisten, die den größten Teil ihres Geldes für wohltätige Zwecke sowie für die Erhaltung des Friedens, zur Unterstützung von Kunst und Kultur geben, sind in jenem Land (die USA) wahrlich nicht die Norm. Genosse war Mr. Hammer allerdings nie.

Vertrauter wird den Lesern der „Jungen Welt" sein, was in einer anderen Ausgabe unter „einige inhaltliche Anregungen für die Diskussionsgrundlage und die Aussprache in eurer FDJ-Gruppe" firmiert.

## AUS DER PRESSE VON DRÜBEN

Kleiner Auszug der Anregungen:

- Wir beschließen Maßnahmen, um die Exportverpflichtungen in die Sowjetunion jederzeit zuverlässig und in hoher Qualität zu erfüllen.
- Wir stellen uns neue Ziele beim Erlernen der russischen Sprache.
- Wir sehen uns gemeinsam einen sowjetischen Film an oder lesen ein sowjetisches Buch und diskutieren darüber.

Verständlich, daß man sich in der „DDR" danach sehnt, daß endlich der 8. Mai vorbei ist und das politische Trommelfeuer in den Medien abflaut, obwohl dann ja sicher der XI. SED-Parteitag (1986) neue Munition liefert ...

Gewöhnlich geht es in der „DDR" stehts bergauf. Um eine rückläufige Entwicklung sorgt sich das Fachblatt „Unterhaltungskunst". Die Zahl der Jugendtanzkapellen in Ost-Berlin hat sich seit 1980 Jahr für Jahr verringert – nur 67 gibt es noch. Aber die stünden auch nur auf dem Papier, „denn jede zweite dieser Amateurbands hat weniger als drei Auftritte im Monat". Gründe werden verschiedene aufgezählt, vor allem aber die „Obermacht" der Diskotheken angeprangert, „die den Jugendtanz als billiger, wendiger und unproblematischer Konkurrent beherrschen".

So ändern sich die Zeiten. Der „Neuen Zeit" (CDU-Organ) ist zu entnehmen, daß ab September an den allgemeinbildenden Oberschulen ab 7. Klasse Taschenrechner als Lehrmittel eingeführt werden. Dabei ist es noch gar nicht lange her, daß die Oma aus dem Westen bei der Einreise in die „DDR" Kopf und Kragen riskierte, wenn sie bei der Grenzkontrolle mit einem Taschenrechner für den Ost-Enkel erwischt wurde.

Allerdings ist es nun nicht so, daß die Eltern der betreffenden Schüler einfach in den nächsten Laden gehen und den Taschenrechner kaufen. Die Prozedur mag den Leser im Westen an die Nachkriegsjahre mit Bezugsscheinen erinnern. Die „Neue Zeit" beschreibt sie so: „Der Verkauf der Schulrechner im Einzelhandel beginnt für die Schüler der zukünftigen 7. Klasse ab Mai 1985, um allen Elternhäusern die Möglichkeit zu geben, den Kauf bereits vor Ferienbeginn zu tätigen. Gegen Vorlage eines in der Schule ausgegebenen Bestellscheines kann der Schulrechner zu einem Preis von 123 Mark in Fachverkaufsstellen für Rundfunk und Fernsehen erworben werden."

Immerhin: Auch andere im Besitz der Schüler befindliche Taschenrechner, sofern sie nicht programmierbar sind, werden im Unterricht zugelassen ...

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

# Terror in El Salvador nimmt vor der Wahl zu

**Mehrheit für Christdemokraten fraglich / Test für Duarte**

WERNER THOMAS. Miami

Die Parlaments- und Kommunalwahlen in El Salvador am kommenden Sonntag sind für Präsident José Napoleon Duarte ein wichtiger Test.

Der Wahlausgang wird zeigen, wie das Volk Duartes Arbeit einschätzt, der seit dem 1. Juni 1984 das Land regiert. Für die nächsten vier Jahre geht es auch darum, wieviel Einfluß dem christdemokratischen Politiker und seiner Partei bleiben wird, um das angestrebte Reformprogramm durchzusetzen. Mit gezielten Anschlägen hat die Guerrilla der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) in den Wochen vor der Wahl versucht, den Wahlprozeß zu stören.

Die Konstellation ist wie schon bei der Präsidentenwahl 1984 und der Wahl der Verfassunggebenden Nationalversammlung 1982: Wichtigste Gegner der Christdemokratischen Partei (PDC) sind die Rechtsparteien, vor allem die von Ex-Major Roberto d'Aubuisson geführte Nationale Republikanische Allianz (Arena). Die Linke nimmt wieder nicht teil.

Die Christdemokraten kontrollierten bisher mit 24 der 60 Sitze nicht das Parlament. Meist stimmten jedoch die beiden Abgeordneten der sozialdemokratischen Acción Democrática (AD) mit ihnen. D'Aubuissons Arena und die Partei der Nationalen Vesöhnung (PCN) verfügte über die Mehrheit.

Ein trickreiches Gesetz, das Duarte verhindern wollte, wird den rechten Parteien wahrscheinlich helfen, ihre dominierende Position zu verteidigen: Sie dürfen sich auf den Stimmzetteln separat aufführen lassen. Bei der Auszählung werden ihre Stimmen jedoch addiert. Vergeblich legte der Präsident sein Veto gegen dieses Koalitionssystem ein. Das Oberste Gericht entschied gegen ihn.

## Balanceakt geht weiter

Obwohl Duarte gern Umfragen des Gallup-Instituts erwähnt, die den Christdemokraten eine Mehrheit voraussagen, wollen die meisten politischen Beobachter nicht dran glauben. „Der Präsident muß seinen Balanceakt fortsetzen", meint ein westeuropäischer Diplomat. Er tut dies seit seiner Amtsübernahme zwischen den extremen linken und rechten Kräften. Da die Polarisierung zunimmt, kann es für ihn schwieriger werden, Kurs zu halten.

Die etwa 7000 Rebellen der FMLN sind heute weiter denn je von der Machtübernahme, ihrem eigentlichen Ziel, entfernt. Militärisch hat sich das Bild zugunsten der Regierungstruppen verschoben. Viele Offiziere sprechen heute von der Möglichkeit eines militärischen Sieges. Sie führen die „Wende" auf die dramatische Erhöhung der amerikanischen Militärhilfe zurück, die von 35 Millionen Dollar im Jahr 1981 auf 196 Millionen Dollar 1984 stieg.

Die FMLN-Partisanen operieren plötzlich wieder in kleineren Gruppen und konzentrieren sich auf den Stadtterrorismus, was die Situation der Duarte-Regierung nicht erleichtert.

Seit Anfang dieses Jahres wurden zwei Bürgermeister der Arena-Partei Opfer von Attentaten: Armee-Sprecher Ricardo Cienfuegos (43), ein Oberstleutnant, und der General im Ruhestand José Alberto Medrano (66). Medrano gilt als einer der Gründer der rechten Todesschwadrone. Zu den Attentaten bekannte sich die „Carla Elisabeth Ramirez-Front", eine radikale Splittergruppe der marxistischen Rebellen.

## Stimmzettel verwahrt

Häufig stürmen Rebellen-Gruppen in kleine Ortschaften und zerstören die Bürgermeisterämter und die Archive. Aus diesem Grund läßt die Wahlbehörde die Stimmzettel an besonders gesicherten Plätzen aufbewahren und erst in der Nacht zum Sonntag verteilen. Zugenommen haben weiter die Sabotageaktionen gegen wirtschaftliche Einrichtungen.

Fast täglich zerstören die Partisanen Leistungsmasten oder setzen öffentliche Busse in Brand. Sie vernichten in der gerade zu Ende gegangenen Erntesaison Kaffee, Baumwolle und Zuckerrohr, die wichtigsten Devisenbringer des Landes. Kaffeeverarbeitungsunternehmen wurden überfallen und zerstört.

Auch der Terror von rechts nimmt zu. Die Todesschwadronen treten wieder verstärkt in Aktion. Im Januar registrierte die Menschenrechtsorganisation der katholischen Kirche 14 Opfer dieser Gruppen. Duarte versichert jedoch, daß seine Regierung alles tun werde, um eine neue Welle des rechten Terrors zu verhindern.

Ernst nimmt der Präsident die Absicht der rechten Parteien, ihn in die institutionelle Isolation zu treiben. Wenn Roberto d'Aubuisson und seine PCN-Partner weiterhin das Parlament und die Gerichte kontrollieren, sind Duarte die Hände gebunden. Besonders schlecht steht es dann um die Friedensverhandlungen mit den FMLN-Rebellen, die von der Arena als „Kapitulation" verurteilt werden und auch innerhalb des Offizierskorps auf wachsende Kritik stoßen.

Duarte sieht die Situation heute selbst weit skeptischer als im Oktober 1984, als er in der kleinen Kirche der Ortschaft La Palma eine Guerrilla-Delegation getroffen hatte. Beide Seiten betonten damals ihre Bereitschaft für eine friedliche Lösung und beschworen den „Geist von La Palma". Das zweite Gespräch, sechs Wochen später, endete frostig, weil die Rebellen „Maximalforderungen" (Duarte) stellten, eine Macht-Beteiligung. Duarte beschuldigte die andere Seite, lediglich einen „taktischen Dialog" zu führen. (SAD)

# Kopenhagen will Streik durch Gesetz beenden. Gewerkschaften protestieren

**Forderungen nur teilweise erfüllt / Folgen des Ausstands treffen Aalborg besonders hart**

H.-J. SCHILDE/DW. Oslo

Die dänische Regierung wird den Streik der etwa 300 000 Arbeitnehmer der Privatwirtschaft mit einem Gesetzespaket beenden und gleichzeitig den für den 1. April angekündigten Arbeitskampf von mehr als 100 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch vor dessen Beginn stoppen.

Darauf haben sich die vier Parteien der Regierungskoalition und die Radikalliberalen geeinigt. Die Minderheitsregierung, die sich aus Konservativen, Liberalen, dem Zentrum sowie der Christlichen Volkspartei zusammensetzt, braucht die zehn Stimmen der Radikalliberalen, um im Parlament die notwendige Mehrheit zu erhalten. Der Gesetzesvorschlag wurde gestern im Parlament eingebracht. Am Sonntag wird es zu einer Sondersitzung zusammenkommen, um darüber in dritter und letzter Lesung zu entscheiden. So könnte der Streik am Montag beendet werden.

Der Eingriff der Regierung in den Streik sieht Einkommensverbesserungen von zwei Prozent und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden vor. Diese Regelung wird jedoch erst 1986 wirksam. Außerdem werden die Bezieher von jährlichen Einkommen von mehr als 150 000 Kronen (etwa 42 000 Mark) zum Zwangssparen verpflichtet. Rund 250 000 Steuerpflichtige werden davon betroffen sein.

Die Gewerkschaften hatten eine 35-Stunden-Woche sowie eine Lohnerhöhung von zehn Prozent gefordert. Für morgen haben sie aus Protest gegen den politischen Eingriff der Regierung Schlüter zu einer Großkundgebung in Kopenhagen aufgerufen.

Zu einer militanten Auseinandersetzung, einer der wenigen, die diesen größten Arbeitskonflikt Dänemarks seit zwölf Jahren prägten, kam es, als streikende Arbeiter das „Tagesschau"-Studio stürmten und die laufende Sendung mit dem Zwischenruf „Kein Streikabbruch durch die Regierung" störten.

Die größten Belastungen des Arbeitskampfes hatte in den ersten Tagen die Großstadt Aalborg zu tragen. Mehr als 80 000 Bewohner der Stadt und ihrer Umgebung waren von der Fernheizung abgetrennt. Der Arzt Henrik Hamburger schlug Alarm. „Mich würde es nicht wundern, wenn wir bei einer Fortsetzung des Streiks in unserer Stadt Todesfälle erleben", sagte er. Bei Zimmertemperaturen zwischen zwölf und 14 Grad müssen bereits viele ältere Leute im Bett bleiben, um sich überhaupt warmhalten zu können.

Vergeblich hat Aalborgs Bürgermeister Kaj Kjaer die Arbeiter des Kraftwerkes Nordkraft gebeten, die Arbeit wieder aufzunehmen. 70 000 Bürger, so meint er in seinem Appell an die Metallarbeitergewerkschaft, müssen ohne Heizung und Warmwasser leben. „Geht wieder zur Arbeit." Der Appell blieb bisher ohne Erfolg.

Auch in der Stadt Randers gibt es Probleme. Das Kohlenkraftwerk hat nur noch bis heute Vorräte. Auf dem Flughafen Kopenhagens ruhte nahezu der gesamte Flugverkehr. Zu Behinderungen kam es im innerdänischen Fährverkehr. 16 000 Schlachter sind ohne Arbeit, weil kein Vieh mehr in die Schlachtereibetriebe transportiert wird. Die gesamte Fischereiindustrie liegt brach.

Bis zum Wochenende rechnet die Wirtschaft mit einem Verlust von umgerechnet 200 Millionen Mark. Das Tagesstreikgeld ist den hohen dänischen Gehältern angemessen: 300 Dänische Kronen für die Streikenden pro Tag bar auf die Hand.

Bis heute bestätigt der Streik allerdings auch: Die etwa fünf Millionen Dänen haben den höchsten Bierkonsum der Welt. Die Vorratslager der großen Brauereien sind leer. Denn nach „Hochrechnungen" haben die Dänen sich für umgerechnet 60 Millionen Mark mit Bier eingedeckt.

Vor dem Streik erlebte Dänemarks Wirtschaft endlich den Aufschwung. Die Arbeitslosigkeit unter Metallarbeitern beträgt 30 000, die Industrieinvestierungen stiegen mit 30 Prozent an.

Man spricht von einem Wachstum des Bruttonationalproduktes von drei Prozent. Das sind angenehme Aussichten bei einer Staatsverschuldung von 100 Milliarden Dänenkronen, davon fast 70 Prozent in US-Dollar. Dänemarks Wirtschaft hat durch den hohen Dollar-Kurs den Export in die USA wesentlich verstärkt. Eben darum haben die Arbeitgeber so unnachgiebig auf die Lohnforderung der Gewerkschaften reagiert.

# Zwangspsychiatrie auch in CSSR?

KNA/DW. Prag

Bestürzung darüber, daß nun auch in der CSSR die Psychiatrie als Waffe im Kampf gegen Andersdenkende eingesetzt werde, hat in einem gestern in Wien veröffentlichten Schreiben an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Gustav Husak die Nationalleitung der katholischen Arbeiterjugend Österreichs geäußert. Sie bezog sich damit auf den Fall des jungen Katholiken Jan Pukalik, der wegen der Sammlung von Unterschriften gegen die Aufstellung von Atomraketen vom Bezirkssenat der mährischen Stadt Blansko für „geistig abnorm" erklärt und zwangsweise in eine Anstalt eingewiesen worden sein soll. Bisher waren derartige Zwangseinweisungen aus der CSSR nicht bekannt geworden. Im Kampf gegen die katholische Kirche bediente sich die Regierung vorzugsweise Verhören und Verhaftungen. Sie läßt Pfarrstellen und Bischofsstühle unbesetzt und versucht, durch die Förderung der von Rom nicht anerkannten Priesterorganisation „Pacem in terris", einen Keil in den Klerus des Landes zu treiben.

# In Den Haag Kritik am Papst

KNA/DW. Den Haag

Auch der niederländische Premierminister Ruud Lubbers hat jetzt die Anerkennung Israels durch den Vatikan gefordert. Dieser Schritt sei mehr als notwendig, erklärte der Politiker in Den Haag und bedauerte, daß diese „Unterlassung" des Vatikans zur Weigerung der drei jüdischen Gemeinschaften in den Niederlanden geführt habe, mit Papst Johannes Paul II. während dessen für Mai geplanten Pastoralbesuches zusammenzutreffen. Die jüdische Gemeinschaft in den Niederlanden hatte diese Forderung bereits Anfang des Jahres zur Bedingung für ein Treffen gemacht. Außerdem hatte sie ein Schuldbekenntnis des Papstes über die Mitverantwortung der katholischen Kirche an den Judenverfolgungen im Laufe der Jahrhunderte und insbesondere zum Ausbleiben einer öffentlichen Stellungnahme des Vatikans zur Judenvernichtung durch die Nazis im Zweiten Weltkrieg verlangt. Der israelische Premierminister Shimon Peres hatte dagegen empfohlen, die Einladung des Papstes ohne weiteres zu akzeptieren.

# Entschuldigung bei Südkorea

AFP, Seoul

Die Volksrepublik China hat sich bei der südkoreanischen Regierung offiziell dafür entschuldigt, daß chinesische Kriegsschiffe auf der Suche nach dem steuerlos im Gelben Meer treibenden Torpedoboot in der vergangenen Woche in südkoreanische Hoheitsgewässer eingedrungen sind. Dies teilte gestern der stellvertretende südkoreanische Außenminister Han mit. Er legte Wert auf die Feststellung, daß China mit der Verletzung von Hoheitsgewässern die Souveränität Südkoreas anerkannt habe.

Die Regierungen in Peking und Seoul unterhalten keine diplomatischen Beziehungen. Die Entschuldigung wurde dem südkoreanischen Generalkonsul in Hongkong ausgehändigt und trägt die Unterschrift des stellvertretenden Direktors für diplomatische Angelegenheiten des dortigen Büros der chinesischen Nachrichtenagentur „Neues China", das die Funktion einer diplomatischen Mission wahrnimmt. Die Rückgabe des Schnellbootes, mit dem auch alle 19 Besatzungsmitglieder nach China zurückkehren, ist für heute vorgesehen.

# *Noch immer fühlen sich die Korsen kolonisiert*

Von A. GRAF KAGENECK

Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg, so berichtet François Giacobbi, war auf Korsika die Anteilnahme an einer Kantonalwahl und ihrem Ergebnis so hoch wie in diesem Jahr. 87 Prozent der eingeschriebenen Wähler im Norden, nur drei Prozent weniger im Süden gingen zu den Urnen.

Als die neu gewählten Generalräte der beiden korsischen Departements ihre Vorsitzenden wählen mußten, waren die Säle in Bastia und Ajaccio berstend voll von Bürgern, die ihre neuen Landesherren sehen wollten. „Das war der schlagendste Beweis dafür, daß das korsische Volk bei Frankreich bleiben möchte", sagt Giacobbi.

Der links-radikale Senator ist zum 14. Mal zum Vorsitzenden des Generalrats des Departements Ober-Korsika gewählt worden. Sein „Rivale" im Süden, der Gaullist José Rossi, ist dagegen ein politisches Küken. Giacobbi ist eine Institution, wie der Gaullist Rocca-Serra oder Charles Ornano, der unabhängige Bürgermeister von Ajaccio.

Sie alle vertreten ihre Insel in Paris im Senat oder der Nationalversammlung, kennen die Nöte ihrer Landsleute, wissen mit List, Beharrungsvermögen und Kompromiß Vorteile für die Insel zu erreichen. Sie sind sozusagen Felsen in der Brandung der Autonomie- und Unabhängigkeitsbestrebungen einiger Hitzköpfe, und genießen das absolute Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Korsen. Die Frage, was aus der Insel einmal werden soll, beherrscht weiter den Alltag dieses 280 000 Seelen großen Völkchens aus knorrigen Individualisten.

Die Sache mit den Bomben ist nämlich keineswegs ausgestanden. Zwar haben die Anschläge im vergangenen Jahr zum ersten Mal abgenommen, und das ist zweifellos der geschickteren Aktion der Polizei unter Sonderkommissar Broussard (inzwischen wieder nach Paris zurückversetzt) zuzuschreiben.

## Einschüchterung wirkt

Aber es kracht immer noch, vor Banken, Reisebüros, Polizeirevieren, Geschäften und Ferienhäusern. Opfer sind immer Festlandfranzosen oder Korsen, die der „Kollaboration mit der Kolonialmacht" verdächtigt werden.

Nichts ist einfacher, als nach der „hit-and-run"-Taktik zu verfahren und ein Paket Plastiksprengstoff auf einer Fensterbank oder vor einer Tür abzulegen. Das Leben setzt man nicht aufs Spiel, ja kaum die Freiheit. Denn die Zahl der Verhafteten bleibt gering. Der Korse ist ein sehr schweigsamer Menschenschlag. Und wer riskiert schon, sein Haus in die Luft fliegen zu sehen?

Die Freischärler der Nationalen Korsischen Befreiungsfront (FNLC) wissen einzuschüchtern. An zerstörten Häusern an der Küste zwischen Caleri und St. Florent läßt sich das ablesen.

Die Bombenattentate haben zwar abgenommen, die Verbrechen sind dagegen erschreckend hochgeschnellt. Nachrichten über Banküberfälle, schweren Raub und Diebstahl häufen sich auf den Lokalseiten des „Corse Matin". Daß auch hinter der gewöhnlichen Kriminalität die verbotene FNLC steht kann nur vermutet werden.

## Nicht nur Radikale

Was ist es, was die Flamme der „Independenzia" immer wieder schürt? Diejenigen, die nächtens ein „IFF" (i francesi fiori = die Franzosen raus!) auf die Hauswände schmieren oder den Namen eines Flusses oder Ortes vom französischen ins korsische umschreiben, sind ja nicht alle Mitglieder der Befreiungsfront. Und die vielen gemäßigten Gruppen und Parteien, die mehr Autonomie verlangen, träumen ja nicht von einem unabhängigen korsischen Staat, der nie alleine lebensfähig wäre mit seinem Wein, seinem Öl und seinem Tourismus. Die Zentrale in Paris hat viele Fehler gemacht und macht sie, trotz der spürbar gewordenen „Dezentralisierung", zum Teil weiter.

Die Korsen müssen sich in der Tat „kolonisiert" fühlen, wenn eines der ältesten Versprechen, die Tarife für Schiff und Flugzeug den internen französischen Tarifen anzugleichen, immer noch nicht erfüllt ist. Warum muß der Korse 30 Prozent mehr für eine Passage von Nizza nach Ajaccio zahlen als der Franzose, der von Nizza nach Marseille fährt oder nach Paris fliegt? Warum wird das Gepäck korsischer Passagiere extra berechnet?

Warum fielen verhältnismäßig mehr Korsen als Festlandsfranzosen in allen Kriegen, die Frankreich in diesem Jahrhundert führte? Und warum hat man ihnen in den sechziger Jahren 50 000 Algerienfranzosen als Läuse ins Fell gesetzt, die intensiv Weinbau betrieben und alle Preise durcheinander brachten?

So wundert es nicht, wenn die „korsische Nationalflagge", der schwarze Mohrenkopf mit der Kopfbinde auf weißem Grund, heute ungescholten von Kirchen, Postämtern und Seglermasten weht. Man läßt die Korsen gewähren, und ist in Paris froh, daß es noch nicht zu irischen oder baskischen Verhältnissen gekommen ist. Vielleicht sind die Korsen einfach weiser. Wie weise sie sind, haben sie bei den Kantonalwahlen gezeigt. Sie wählten einen Radikalsozialisten für den Norden und einen Gaullisten für den Süden. So bleibt das innere Gleichgewicht gewahrt.

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## *Reden ohne Vollmacht?*

Dem Widerspruch von Enno v. Loewenstern gegen das Bekenntnis „*unsere Schuld*" im „*Wort zum Frieden*" der Evangelischen Kirchen in beiden Teilen Deutschlands kann ein bibelgläubiger evangelischer Christ nur zustimmen.

In wessen Vollmacht bekennt eigentlich Bischof Lohse „unsere Schuld"? Aller Christen in Deutschland? Aller Mitglieder der Evangelischen Kirche *in der Bundesrepublik*? Aller Deutschen? Auch der nach 1945 geborenen? Auch derer, zu denen der Unterzeichner gehört, die unter Einsatz ihres Lebens dem Gewaltregime Hitlers Widerstand geleistet haben und von der Gestapo in ein Konzentrationslager gesperrt wurden? Die Antwort lautet: Bischof Lohse spricht ohne Vollmacht.

Mit Sicherheit kann Bischof Lohse sich für die Behauptung „unsere Schuld" nicht auf eine Vollmacht Gottes berufen. Das von der Teilung betroffene Deutschland und seine Menschen sind keine vor Gott schuldige Person. Die auf dem Sündenfall im Paradies beruhende sogenannte „Erbsünde" der biblischen Glaubens*lehre war vor dem Dritten Reich und* vor dem deutschen Volk in der Welt. Diese angeborene Sündhaftigkeit liegt in der Natur eines jeden einzelnen Menschen, sei er Deutscher oder was immer, nicht eines Volkes. Das wird schon im Alten Testament an vielen Stellen gesagt, z. B. 5. *Mose*, 24,16: „Die Väter sollen nicht für ihre Kinder noch die Kinder für die Väter sterben, sondern ein jeder soll für seine Sünde sterben". Scheinbar abweichende Stellen besagen nur, daß die Sünden der einzelnen überhand nehmen oder daß die Folgen der Sünden einzelner andere mit treffen, nicht daß das Volk als Gruppeneinheit schuldig sei. Im übrigen ist das, was vom Volk Israel als „auserwählten Volk" Gottes gesagt wird, auf das deutsche Volk nicht übertragbar.

Für den christlichen Glauben des Neuen Testaments kommt es allein darauf an, daß durch Geburt, Lehre, Opfertod und Auferstehung seines Sohnes Jesu Christi Gott jeden sündigen, d. h. vor ihm schuldigen einzelnen Menschen von seiner Schuld erlöst hat, wenn er sich im Glauben zu *Jesus Christus bekennt und ihm* nachfolgt. Für eine besondere Schuld von Deutschen und die politische Teilung Deutschlands als deren Folge läßt sich aus Gottes Erlösungsbotschaft nichts ableiten.

Die von Bischof Lohse vertretene Auffassung beruht auf einer heillosen Vermengung von überweltlichem christlichen Glauben und innerweltlicher Politik. Sie führt zu der schlimmen Konsequenz, daß dem deutschen Volk das allen Völkern zustehende Recht der freien Selbstbestimmung abgesprochen wird und es unter Berufung auf eine falsche Schuldbehauptung mit antichristlichen Herrschaftszielen politisch niedergehalten und ausgenommen werden kann.

*Professor Dr. E. Wolf,*
*Marburg*

*

Nachdem das Dritte Reich glücklich vorbei war, hat die evangelische Kirche einen wunderschönen Aufruf erlassen, in welchem sie sich angeklagt hat, nicht brennend genug geliebt und *nicht mutig genug bekannt* zu haben. Eine solche Erklärung – abgegeben, nachdem die Gefahr vorüber war – mag vielleicht manchem etwas wohlfeil erscheinen, sie hat aber leider die Wirkung, für die Zukunft gewisse Maßstäbe zu setzen. Und so mag sich denn die Kirche fragen lassen, *ob sie* heute, angesichts der menschenverachtenden Praxis gewisser totalitärer Systeme „brennend genug liebt" und „mutig genug bekennt" oder ob sie nicht – etwa in dem „Wort zum Frieden" – ein wenig zuviel Diplomatie aufwendet, um bei den Mächtigen ja nicht anzuecken.

*Dr. F. Herbst,*
*Bonn 1*

## *Eine Tatsache*

Haben unsere Politiker wirklich nichts Besseres zu tun, als über die sogenannte Auschwitz-Lüge zu debattieren? Auschwitz ist doch eine Tatsache, ebenso wie Dresden, Hiroshima, Katyn und *schließlich auch* Golgatha Tatsachen sind.

Aber Tatsachen zu leugnen ist schlichtweg Dummheit. Kann man denn Dummheit unter Strafe stellen?

*R. Gerlach,*
*Giessen*

## *Nichts als Luft*

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

natürlich ist es ein Skandal, daß der DFB einer Europameisterschaft, unter Ausschluß Berlins, zustimmt. Aber überraschend ist es doch eigentlich nicht. Die Herren vom DFB haben wohl nur Fußball im Kopf? Und ein Fußball enthält, wie jeder weiß, nichts anderes als Luft.

*Mit freundlichen Grüßen*
*W. H. Deussen,*
*Eltville*

## *Japans Haltung*

**„Auch Japan blickt zurück"; WELT vom 20. März**

Zu den umfassenden Darlegungen unseres ehemaligen Botschafters in Tokio, G. Diehl, einige, die jüngere Geschichte Japans bezeichnende Einzelheiten, Pendant zu unserer augenblicklichen bundesdeutschen Auseinandersetzung um unsere ostdeutschen Gebiete:

Im Februar 1981 hielt der japanische Ministerpräsident Suzuki auf einer *Großkundgebung* – Verein für Rückführung der Heimatgebiete – die Festansprache und forderte von der Sowjetunion die Rückgabe der vier vor Hokaido liegenden, von den Sowjets annektierten Inseln. In Jalta war Stalin für einen Kriegseintritt gegen Japan dieses Inselreich zugesprochen worden. An der Veranstaltung nahmen Mitglieder des Kabinetts, Abgeordnete und Vertreter aller Parteien teil.

Eine im Anschluß an die Kundgebung eingeleitete Unterschriftenaktion zwecks „Rückgewinnung der besetzten Heimatländer" erbrachte in kurzer Zeit 15 Millionen Unterschriften. Die Größe dieser zurückgeforderten „Heimatländer" entspricht etwa der Größe unseres Saargebietes (2567 Quadratkilometer). Das Inselgebiet kam im japanisch-russischen Handelsvertrag (7.2.1855) an Japan.

Zum Vergleich: Die deutschen Ostprovinzen umfaßten ein Gebiet, das einer Größe von der Gesamtfläche von Belgien, Holland, Luxemburg und der Schweiz zusammen entspricht (114 300 Quadratkilometer).

Bei Unterhaltungen mit japanischen Studenten, die man auf den auch von *Japan verlorenen* Krieg hinwies, erhielt man die stereotype Antwort: „Es war nur schlecht, den Krieg zu verlieren, nicht zu beginnen."

*Dr. E. Lipok,*
*Jandelsbrunn*

## *Ohne Information*

**„Suizid-Broschüre sorgt für große Aufregung"; WELT vom 21. März**

Statt über die Deutsche Gesellschaft für Humanes Sterben (DGHS) mit Ausdrücken wie „geheimbündlerische Interessengemeinschaft zum Vertrieb von Todesrezepten" herzuziehen, hätte Herr Aumiller besser zur eigenen Unterrichtung direkt bei der DGHS (Postfach 110529, 8900 Augsburg) Informationsmaterial anfordern sollen. Es wäre ihm kostenlos zugesandt worden und hätte ihn nach aufmerksamem Lesen davor bewahrt, leichtfertig über Probleme zu schreiben, von denen er zwar von anderen Leuten gehört, die er aber aus eigener Konfrontation nicht kennt und über die er sich allenfalls nur einseitig informiert hat.

So heißt es in seinem Artikel vom 21. März, in dem pathetischen Stil, wie er Verbandsfunktionären eigen ist: „Menschenwürdiges Sterben ist allem voran eine Herausforderung für das ärztliche Selbstverständnis und Handeln. Die DGHS kann der Ärzteschaft die Entscheidung über humane oder inhumane Sterbehilfe nicht abnehmen, keine Ideologie kann das."

Abgesehen davon, daß unklar ist, was sich Herr Aumiller beim Hinschreiben der Wortkombination „inhumane Sterbehilfe" gedacht haben könnte, ist es klar, daß die DGHS „der Ärzteschaft" keine Entscheidung über Sterbehilfe abnehmen *kann; denn da hat „die Ärzteschaft"* überhaupt nichts zu entscheiden.

Es ist der einzelne Arzt, der sich da vor Entscheidungen gestellt sieht, wie: Soll ich Sterbehilfe leisten? Folge ich meinem Gewissen und tue es, zerrt mich vielleicht ein Staatsanwalt durch einige Strafprozesse, wie den Arzt Dr. Wittig in Krefeld. Und wenn der Staatsanwalt nichts unternimmt, sind es vielleicht mißgünstige Kollegen, die gegen mich ein Standesverfahren beantragen, wie es dem Professor Hackethal widerfahren ist, damit mir die Berufserlaubnis entzogen werden soll.

Alles, was mit Sterbehilfe zusammenhängt, geschieht in einer juristischen Grauzone. Deshalb bemühen sich auch schon viele Ärzte, über die DGHS praktikable gesetzliche Regelungen zu erreichen, um die Sterbehilfe aus ihrer juristischen Grauzone herauszuholen. Diese Notwendigkeit sollten endlich auch die Funktionäre der Ärzteverbände einsehen und von der Vorstellung Abschied nehmen, es könne alles so unklar bleiben, wie es ist. Es könnte ihrem Ansehen doch nur nützen, wenn auch sie sich mit der DGHS gemeinsam um eine vernünftige Gesetzesreform bemühten.

*A. Ernst,*
*Bad Waldsee*

## Wort des Tages

» Der Zweck der Selbstdisziplin ist nicht, die Freiheit zu zerstören, sondern sie zu vervollkommnen. Freiheit bedeutet nicht das Recht, alles zu tun, was man mag, sondern was man sollte. «

Fulton J. Sheen, amerik. Theologe (1895–1977)

# Personalien

### UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Albrecht Dold** von der Universität Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Mathematik mit dem Schwerpunkt Topologie an der Freien Universität Berlin erhalten. Die Stelle ist mit *der Funktion eines ständigen wis*senschaftlichen Mitgliedes am Wissenschaftskolleg zu Berlin verknüpft.

### ABSCHIED

**Hertha Engelbrecht**, Senatsdirektorin und Dienststellenleiterin der Landesvertretung Hamburg in *Bonn, verläßt nach 27jähriger* Tätigkeit in diesem Hause den Dienst und wurde gestern vom Hamburger Bürgermeister **Alfons Pawelczyk** in den Ruhestand entlassen. Im Laufe ihrer Tätigkeit hat die promovierte Juristin und akademisch geprüfte Übersetzerin insgesamt acht Hamburger Bevollmächtigten zugearbeitet. Ihren Dienst bei der Freien und Hansestadt begann sie im August 1949 als Referendarin am Hanseatischen Oberlandesgericht.

### GEBURTSTAG

Der Heidelberger Ordinarius für Semitistik und Islamwissenschaft und einer der beiden Direktoren des Seminars für Sprachen und Kulturen des Vorderen Orients, Professor **Anton Schall**, feiert am 1. April seinen 65. Geburtstag. Schall stammt aus Rottenburg am Neckar. Er gehört zu den Jahrgängen, die im Zweiten Weltkrieg die größten Opfer bringen mußten, und wurde selbst schwer verwundet. Nach dem Krieg studierte er Klassische Philologie und Orientalistik. Nach seiner Promotion 1948 habilitierte er sich 1956 in Tübingen. 1959 wur*de er zum außerordentlichen, und* 1966 zum ordentlichen Professor für Semitistik und Islamwissenschaft an der Universität Heidelberg ernannt. Damit waren ihm zwei Fächer anvertraut, von denen schon eines kaum von einem einzelnen überschaut werden kann. Doch Professor Schall hat sich sogar noch mit europäischen und außereuropäischen Sprachen beschäftigt, die zu keinem dieser beiden Fächer gehören. Durch diese ungewöhnliche Breite konnte er manche Verbindungen aufdecken, die bis dahin verborgen geblieben waren. Das wissenschaftliche Werk von Anton Schall hat seine Schwerpunkte im Aramäischen, Äthiopischen und Arabischen.

### AUSZEICHNUNGEN

Das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist in „Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste" dem Leiter des jüdischen Dokumenta*tionszentrums in Wien*, **Simon Wiesenthal**, verliehen worden. In einem Glückwunschtelegramm von Bundeskanzler **Helmut Kohl** unterstreicht dieser, die Bundesrepublik Deutschland ehre damit einen Mann, der stets für die Versöhnung von Juden und Deutschen eingetreten sei.

*

Der Leiter des Evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr in Bonn, Militärgeneraldekan **Reinhard Gramm** (55), ist mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Damit werden die Aktivitäten des Theologen um das Miteinander von Soldaten und evangelischer Kirche ebenso gewürdigt wie seine besonderen Verdienste bei der Heranziehung und Einführung neuer Militärseelsorger.

*

Der ehemalige Richter am Bundesgerichtshof, **Richard Spiegel**, ist mit der Goldmedaille der Bruderhilfe-Preise für Verkehrssicherheit ausgezeichnet worden. Spiegel ist seit 12 Jahren Präsident des Deutschen Verkehrsgerichtstags. Nach der Überzeugung der Bruderhilfe-Akademie ist es Spiegels Initiative zu verdanken, daß der Schutz von Kindern, älteren Menschen und Behinderten in der Straßenverkehrsordnung hohe Priorität hat. Die Bruderhilfe, eine Selbsthilfe-Einrichtung für Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter beider Konfessionen, zeichnete mit der Silbermedaille den Berliner Unternehmensberater **Lothar Geppert** aus; Bronze erhielt der Polizeikommissar **Wolfgang Bermes** aus Schwelm.

# Die Swissair-Karawane in den Mittleren Osten.

Willkommen
in unserer
schnellen Karawane,
z. B. am Mittwoch
nach Bagdad.

Oder am Donnerstag
und Sonntag
über Istanbul
nach Teheran.

Oder am Mittwoch
und Sonntag
nach Kuwait.

Oder am Montag
und Donnerstag
nach Jeddah.

Oder am Montag
und Mittwoch
nach Riyadh.

Oder am Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag nach
Dhahran.

Oder am Dienstag,
Donnerstag und
Sonntag
über Dhahran
nach Abu Dhabi.

Oder am Mittwoch
und Sonntag
über Kuwait
nach Dubai.

Eigentlich ist die abgebildete Karawane von Grossraumflugzeugen DC-10 viel zu klein. Die meisten Handelszentren im Mittleren Osten fliegen wir nämlich von der Schweiz aus nicht nur nonstop an, sondern auch an mehreren Tagen der Woche. (Der Sommerflugplan ist gültig ab 31. 3. 1985.)

Dass ein Swissair-Flug über die Schweiz in den Mittleren Osten zudem äusserst angenehm und bequem ist, spüren Sie daran, dass Sie an den meisten Startflughäfen bereits die Einsteigekarte für Ihren Weiterflug erhalten. So brauchen Sie sich während Ihrer ganzen Reise weder um irgendwelche Formalitäten noch um Ihr Gepäck zu kümmern. Ganz zu schweigen von unserem Service an Bord, der von vorne bis hinten die schweizerische Gastfreundschaft repräsentiert.

Karawanen haben sich eben nicht nur dem Tempo, sondern auch den Komfortwünschen ihrer Reisegäste angepasst.

*Die Swissair oder Ihr IATA-Reisebüro gibt Ihnen gerne alle weiteren Auskünfte.*




GGK

Das Erscheinungsbild der Baumschäden in unseren Städten reicht vom vorzeitigen Vergilben der Belaubung bis hin zum Absterben der gesamten Straßenbepflanzung. Die Zahl der resistenten Baumsorten schrumpft, etliche Arten scheiden für Anpflanzungen aus. Gartenbauamtsleiter haben jetzt Wege zur sinnvollen Abhilfe aufgezeigt

# Neugezüchtete Baumarten sollen das Grün der Städte erhalten

Von H. de LA CHEVALLERIE

Straßenbäume sind nicht nur dem sauren Regen ausgesetzt, sondern leiden noch vielmehr unter standorttypischen Mangelerscheinungen. In erster Linie ist es der fehlende Boden: Sehr oft steht der Baum in Beton- und Asphaltflächen eingezwängt, der Boden wird durch ständiges Befahren oder Begehen verdichtet oder durch Streusalze und Öle vergiftet.

Als Folge leidet die Pflanze unter akutem Wasser-, Luft- und Nährstoffmangel. Hinzu kommen Einwirkungen durch Emissionen, starke Strahlungen, Hitze, Winde und den Erscheinungen eines unnatürlichen Stadtklimas. Sekundärschäden, verursacht durch pilzliche und tierische Erreger, die sich an den geschwächten Bäumen wegen ihrer nachlassenden Widerstandskraft gütlich tun, geben vielen von ihnen den Rest.

Straßenbäume können ohne gärtnerische Hilfe nicht mehr existieren. Auch sind längst nicht alle Baumarten und -sorten für jeden Standort geeignet. Die Gartenbauamtsleiter müssen also von Stadt zu Stadt und oft von Straße zu Straße ganz unterschiedliche Entscheidungen treffen.

## Schmalkronige Bäume für enge Straßenzüge

Trotzdem hat sich eine nun seit zehn Jahren wirkende Arbeitsgruppe in der „Ständigen Konferenz der Gartenbauamtsleiter beim Deutschen Städtetag" zum Ziel gesetzt, einige generelle Grundsätze für die Baumartenwahl in den Städten zu erarbeiten.

Maßgebende Kriterien für die Beurteilung sind dabei die morphologischen und physiologischen Eigenschaften der Bäume wie Wuchskraft, Wurzel-, Stamm- und Kronenbildung, ihre Standortansprüche an Klima, Boden und Wasser, der gärtnerische Pflegeaufwand, ihre Lebenserwartung, Widerstandsfähigkeit gegen Umweltbelastungen aller Art, Verkehrssicherheit, usw.

Die 1984 auf der Gartenbauamtsleiterkonferenz eingebrachte Liste enthält 129 Baumarten, beziehungsweise -sorten, darunter auch viele Züchtungen, deren angezüchtete Eigenschaften Umweltunbilden wettmachen sollen. Typische Züchtungen sind zum Beispiel neue Ulmensorten, wie die Holländische Ulme „Lobel" oder die Sorte „Sapporo Gold", die nach bisherigen Erkenntnissen resistent gegen die gefürchtete Ulmenkrankheit sein soll, eine Seuche, der bereits Zehntausende von Ulmen in unseren Städten zum Opfer gefallen sind.

Ein anderes Zuchtziel ist es, möglichst schmalkronige Bäume zu erhalten, weil in den oft engen Straßen breite Kronen sehr bald gestutzt werden müßten. Zu den Neuheiten, die in der 1984 von der Konferenz verabschiedeten Liste als erfolgversprechend aufgeführt sind, gehört unter anderem ein sehr schmalkronig wachsender Fächerbaum, der Ginkgo biloba „Fastigiata", oder eine ebenfalls sehr schlank wachsende Robinie, die Robinia pseudoacacia „Monophylla Fastigiata".

Heute gibt es kaum noch Baumarten, die bei all den genannten Negativfaktoren als frei von Folgekrankheiten und immun gegen das trockene Stadtklima angesehen werden können. Die jahrelangen „Renner" auf der Baumliste, die Platane und in jüngerer Zeit auch die Robinie, beide wegen ihrer Herkunft aus trockenen Gebieten (Südeuropa beziehungsweise (Nordamerika/Mexiko) bestens geeignet für die überwärmten Standorte in der Stadt, und auch sonst anspruchslos und widerstandsfähig, werden in jüngster Zeit von Krankheiten befallen, die Schlimmes befürchten lassen.

So macht den Robinien seit kurzer Zeit ein bisher nicht aufgetauchter Pilz zu schaffen, der ähnlich wie bei den Ulmen die Leitungsbahnen verstopft und die Bäume zum Absterben bringt. Zum Glück taucht dieser Erreger bisher nur örtlich begrenzt auf. Zunehmende Sorgen bereiten jedoch die an Platanen auftretende Platanenwelke (Gloeosporium nervisequium) und der sogenannte Platanenkrebs (Gnomonia platani). Gegenmittel sind bis heute nicht bekannt.

So schrumpft die Zahl der Baumarten, die in der Baumliste für die Städte das Prädikat „gut geeignet" erhalten haben, aus den unterschiedlichsten Gründen immer weiter zusammen.

## „Gut geeignet" gilt auch nicht mehr für Platanen

Von den 129 Stadtbaumarten und -sorten haben nur noch 13 diese höchste Auszeichnung. Es sind dies vier verschiedene Robinienarten oder -sorten, ferner der Ginkgo biloba und die genannte Züchtung „Fastigiata", der falsche Christusdorn (Gleditsia triaconthos), eine Eschenzüchtung Fraxinus exelsior „Westhof's Glorie", der Baumhasel (Corylus colurna), der japanische Schnurbaum (Sophora japonica), die Kaiserlinde (Tilia vulgaris „Pallida") und die Stieleiche (Quercus robur).

35 Baumarten erhielten das Prädikat „genügend", darunter der Berg- und Spitzahorn, einige Eschen- und Lindenarten, nun auch die Platane, einige Eichenarten und der aus China eingewanderte Götterbaum. Alle anderen Bäume mußten bereits als nur noch „bedingt" oder als gar nicht mehr geeignet für das Leben in der Stadt eingestuft werden.

Gartenbaudirektor Hildebert de la Chevallerie, Leiter des Grünflächenamtes in Wiesbaden, ist Obmann der Ständigen Konferenz der Gartenbauamtsleiter im deutschen Städtetag.

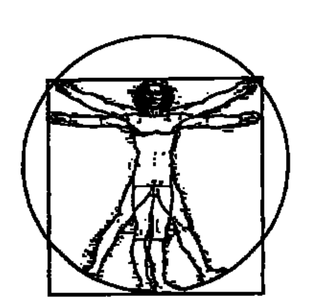
## NOTIZEN

### Kopfnicken genügt

**Bonn** (D.T.) – Ein Produzent von Supermicros hat ein Gerät auf den Markt gebracht, NOD (engl.= Kopfnicken) genannt, daß die LED-Technologie zwischen Benutzer und Computer benutzt. Eine markstückgroße Platte von reflektierendem Material, vom Benutzer getragen, ist die einzige Verbindung zum Menschen. Über Bewegungen werden Reflektionen erkannt und in Cursorbewegungen umgesetzt. Der NOD kann an jeden Computer mit RS-232 Schnittstelle angeschlossen werden.

### Chemiker und Umwelt

**Frankfurt** (D.W.) – Eine intensivere Einbeziehung des wissenschaftlichen Sachverstands der Chemiker in die Behandlung von Umweltproblemen hat das Exekutiv-Komitee der Föderation Europäischer Chemischer Gesellschaften gefordert. Die Chemie sei dazu prädestiniert, sowohl an der Aufklärung, als auch an Lösungsvorschlägen aktueller Umweltphänomene mitzuwirken. Eine ausreichende Besetzung einschlägiger Institutionen mit Chemikern sei deshalb dringend geboten.

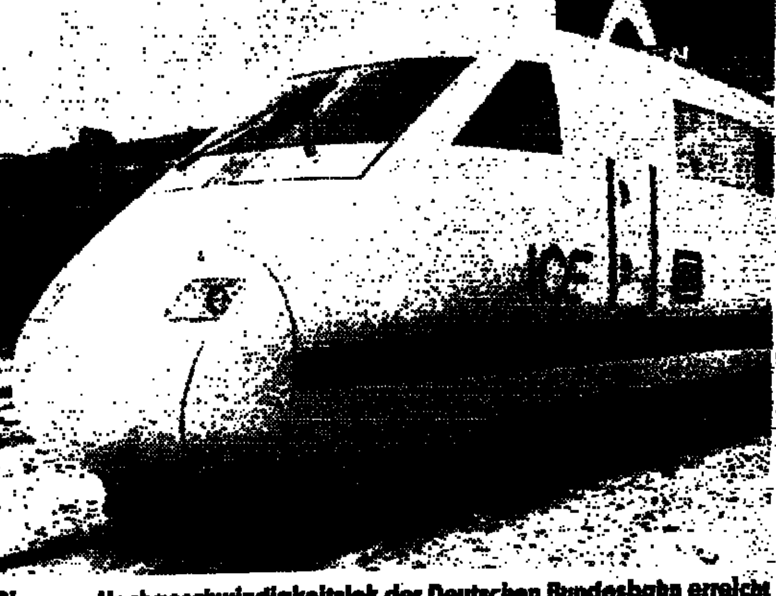


### Mit Hochdruck saniert

**Essen** (dpa/VWD) – Für die Sanierung schadhafter Betonbauten, hat jetzt die Atlas Copco GmbH eine neue Technik entwickelt. Bei dem Verfahren – „Conjet" genannt – werden Roboter und Hochdruckpumpe eingesetzt, um den brüchigen Beton mittels Wasserstrahl unter einem Druck bis zu 1200 bar aufzulockern und wegzuspülen. Der dabei unbeschädigt gebliebene Beton habe danach eine rauhe Oberfläche und sei durch Neuauflagen sanierungsfähig. Die neue Technik sei 40mal schneller als herkömmliche Methoden.

# Pfeilschnell rollt der IC auf leisen Sohlen

Von DIETER THIERBACH



Die neue Hochgeschwindigkeitslok der Deutschen Bundesbahn erreicht Spitzengeschwindigkeiten um 350 km/h. Eine Großzahl technischer Innovationen sorgt zudem für geringere Umweltbelastungen FOTO: AP

Nach mehrjähriger Grundlagenforschung stehen die Signale der Schienenfahrzeugindustrie jetzt auf Grün. Der „Zug der Zukunft" kann nach zweijähriger Bauzeit auf seine Jungfernfahrt gehen.

Prunkstück ist zweifellos die im Fachjargon „Triebkopf" genannte, aerodynamisch gestaltete Hochleistungslokomotive mit der Baureihenbezeichnung 410 für den Hochgeschwindigkeits-Versuchszug „Intercity Experimental" (ICE).

Als Vorläufer der zukünftigen Intercity-Generation ist er jetzt der Deutschen Bundesbahn übergeben worden. Zwei Triebköpfe, je einer an den Zugenden, bilden zusammen mit den speziell für den ICE entwickelten Reisezugwagen den Vorläufer für die Hochgeschwindigkeitszüge der 90er Jahre.

Beim Betriebseinsatz soll bis zu 250 km/h schnell gefahren werden, bei Versuchsfahrten sind Geschwindigkeiten bis zu 350 km/h angepeilt. Da man erkannt hat, daß nur ein attraktives, wirtschaftliches Verkehrssystem mit anderen Verkehrsträgern erfolgreich konkurrieren kann, soll der ICE neben hohen Reisegeschwindigkeiten außerdem umweltfreundlich und energiesparend betrieben werden.

## Ruhesitz mit Telefonanlage

Gegenüber dem mit Erfolg in Frankreich eingesetzten TGV (Train à Grande Vitesse) zeichnet sich der ICE durch eine wesentlich höhere Komfortstufe aus. Schließlich erhoffen sich die Konstrukteure vom ICE einen geringeren Energiebedarf und einen niedrigeren Schienen- und Räderverschleiß; die Unterhaltungskosten für Fahrzeug und Strecke sind in den Kalkulationen äußerst niedrig angesetzt worden.

Die völlig neugestalteten Wagen versprechen eine Menge an Bequemlichkeit: In der ersten Klasse gibt's mehr Platz: Drei Reise- bzw. Ruhesitze sind pro Sitzreihe vorgesehen. Abgetrennte Garderobe und gesonderte Gepäckablage dienen ebenfalls dem Komfort. An jedem Platz ist neben der allgemeinen Lichtleiste eine Leselampe angebracht, dazu Rufschalter für den Zugbegleiter, Kopfhörer für Musik und Reiseinformationen, Sonnen-Jalousetten und sogar moderne Tastentelefone direkt an den Einzelplätzen mit Gebühren-Abbuchung über Wertkarte.

Konferenzabteil, Videoanlage, Verteilung von Tageszeitungen, Bildschirmtextzentrale, Fußbodenheizung, Klimaanlage, Laufschilder mit den wichtigsten Verkehrsinformationen sowie Sitze nach modernen, ergonometrischen Gesichtspunkten sollen das Bahn-Reisen zu einem Komfort-Erlebnis werden lassen.

Vier mit Drehstrom gespeiste Motoren von jeweils 1050 kW Leistung versorgen jeden der beiden Triebköpfe. Die Leistungs-Umsetzung, die damit verbundenen umfangreichen Steuer-, Überwachungs- und Sicherheitseinrichtungen stellten große Anforderungen an die Entwicklung und zwangen zu extremen Leichtbaumaßnahmen.

Der Fahrzeugkasten aus Stahlleichtbauweise ist gegenüber einer konventionellen Lokomotive zwar 7,5 m länger, wiegt aber weniger. Um Gewicht zu sparen, wurden für nichttragende Bauteile in großem Umfang auch Aluminium und glasfaserverstärkte Kunststoffe verwendet.

Einzig und allein die Aerodynamik bestimmt die äußere Formgebung des Triebkopfs. Ziel war es, den Luftwiderstand und damit den Energieverbrauch drastisch zu reduzieren und unliebsame Druckstöße bei Zugbegegnungen oder Tunneleinfahrten zu minimieren.

Die Bremsanlage umfaßt drei unabhängige Systeme: Im Regelfall wird die Generatorbremse verwendet, die die Bewegungsenergie über die als Generatoren geschaltete Fahrmotoren in elektrische Energie umwandelt, ins Netz zurückspeist und so anderweitig nutzt.

## Steuerung per Glasfaser

Ein völlig neuartiges Bremssystem stellt die lineare Wirbelstrombremse dar, die verschleißfrei direkt auf die Schienen wirkt. Sie erzielt ihre Bremswirkung durch die in einem 7 mm breiten Luftspalt zwischen Fahrzeugmagneten und Schiene erzeugten Wirbelströme.

Das dritte Bremssystem bildet die Scheibenbremse mit drei Bremsscheiben pro Achse. Eine Bremssteuerung auf Mikroprozessorbasis gewährleistet stetige Kontrolle, bedarfsorientierten Einsatz und Koordination aller Bremssysteme.

Ebenfalls neu sind die Wagenübergänge, die eine aerodynamisch glatte und ruckdichte Verbindung zwischen den Teilfahrzeugen des Triebzugs herstellen. Mit Hilfe eines Glasfaserkabels als Lichtwellenleiter erfolgt die für die Fahr- und Bremssteuerung notwendige Datenübertragung zwischen den Einzelfahrzeugen des Zugverbands.

# Wo die Reformen wie Wellen verebben

## Jiří Kosta über Wirtschaftsprobleme des Sozialismus

Als Jiří Kosta, einer der Reformökonomen in der Ära Dubcek und Mitarbeiter Ota Šiks, vor 15 Jahren den neuen Lehrstuhl für sozialistische Wirtschaftssysteme in Frankfurt übernahm, drängten linke Studenten in seine Vorlesungen. Sozialistische Alternativen waren gefragt, aber wenig hinterfragt. Zeitweilig hatte der dem realen Sozialismus nach der Intervention Moskaus entflohene Professor Mühe, die „negativen Erfahrungen des Realsozialismus sowjetischen Typs zu vermitteln, die den ursprünglich emanzipatorischen Zielen der sozialistischen Bewegung zuwiderlaufen".

Kostas damals erfolgreicher methodischer Ansatz, das Auseinanderklaffen zwischen Idee und Verwirklichung nicht nur theoretisch, sondern zugleich anhand der Wirtschaftsleistung zu verdeutlichen, zieht sich

*Jiří Kosta:*
**Wirtschaftsprobleme des realen Sozialismus**
Bund Verlag, Köln. 272 S., 28 Mark.

auch durch eine neue Veröffentlichung, mit der er den Weg des Realsozialismus nachzeichnet und ihn auf seine Reformtendenzen abklopft. Auf eine kritische Zusammenfassung, was Marx und Engels und ihre Nachfolger eigentlich beabsichtigten, folgen Exkurse über die Entstehungsgeschichte der beiden Giganten, der Sowjetunion und auch Chinas, allerdings nur in seiner maoistischen Variante. Die auf die Funktionsstörungen der rigiden Planwirtschaft und des Zentralismus zugespitzte exemplarische Beschreibung einer Ökonomie ohne Marktelemente dient Kosta dabei als Maß für den Grad der Abweichung in den Staaten Osteuropas, vor allem aber, um das Prager Reformmodell besser hervorzuheben.

Die verknappten, doch verständlich geschriebenen Überblicke können heutigen Studenten Aufschluß über eine Diskussion geben, die leider an den Universitäten vernachlässigt wird. Kostas vergleichende Lageberichte zu Osteuropa mit einer Charakterisierung der Reformversuche und der wirtschaftlichen Ergebnisse liefern zudem den Hintergrund für die jüngsten mehr oder weniger starken Eigenständigkeitsbestrebungen im „Sowjetblock" und den Möglichkeiten für die Zeit unter Gorbatschow.

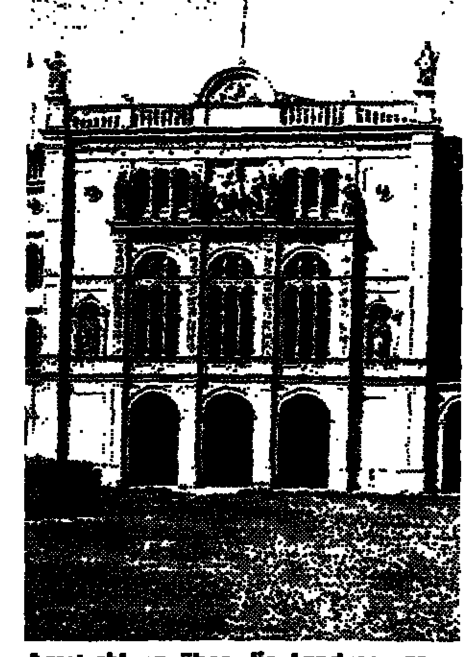
Ungeklärt sind die Ursachen, die in sozialistischen Ländern Reformen wellenartig auf- und niedergehen lassen. Kosta gibt darauf keine einheitliche Antwort. Er geht davon aus, daß Funktionsschwächen des Planungssystems den Reformdruck langfristig verstärken und so Systemreformen in Gang setzen können, kommt aber gleichzeitig zu der Schlußfolgerung, daß der politische Faktor dominiert, ob das nun die Angst vor Machtverlusten der Partei-Bürokratien ist oder, wie im Fall Prags, sich die „Außenpolitik – die Hegemonie der Sowjetunion – als entscheidende Determinante für die Rücknahme der Reform erwies".

Seine Länderstudien lassen ihn zu der Annahme gelangen, „daß die Bereitschaft zu oder die Abneigung gegenüber Reformen durch ein Zusammenspiel wirtschaftlicher und politischer Faktoren bedingt ist". Die damit unterstellte Reformfähigkeit von *Planwirtschaften (Paradebeispiele sind Ungarn und Jugoslawien) wird* durch die Aussage eingeschränkt, das Reformklima in der Sowjetunion sei von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des gesamten Ostblocks. An seine Prognose, die sich seit 1983 abzeichnende wirtschaftliche Erholung in den RGW-Staaten und der UdSSR werde in einen „neuerlichen Rückschlag spätestens gegen Ende des jetzigen Jahrzehnts" einmünden, knüpft er die Hoffnung, daß sich die Probleme vielleicht „erst dann so weit zuspitzen, daß eine radikale Systemreform notwendig wird".

Der Glaube an die Reformierbarkeit zentral geplanter Wirtschaftssysteme ist in jüngster Zeit weniger durch Ungarn als vor allem durch die Wandlungen in China neu belebt worden. Kosta, ein Kenner dieses Reformweges, wiederholt von Peking zur Beratung gebeten, hat dieses Thema in seinem Buch ausgeklammert, vielleicht weil ihm eine Bewertung noch zu früh erschien.

Im Schlußkapitel, in dem er sich mit Optionen für die Bundesrepublik Deutschland beschäftigt – ein Exkurs über wirtschaftsdemokratische Vorstellungen, die sehr theoretisch bleiben –, führt Kosta den „nie dagewesenen Technologieschub" als Argument gegen ein Zuviel an Planung ins Feld. Dabei ist unbestritten, daß die technologische Revolution, an die Europas marktwirtschaftliche Staaten nur mit Mühe Anschluß zu finden suchen, für Osteuropa ein drohendes Debakel ankündigt.

JOHNNY ERLING


**Ausstrahlung über die Landesgrenzen: Eingang zur Königsberger Universität**
FOTO: DIE WELT

# Große Preußen im Buch

Preußen, ausgelöscht auf den Landkarten, durch ein Dekret des Alliierten Kontrollrates für tot erklärt, wird aus dem Schattenreich wieder beschworen mit seiner beispielgebenden Staatsgesinnung, die Pflichttreue und Opferbereitschaft mit Redlichkeit und Toleranz vereinte. Weniger beachtet wurden bisher die vielfältigen anregenden Anstöße auf das deutsche Kulturleben und das Fortwirken in den benachbarten osteuropäischen Ländern, die von dem

Walter Schlusnus (Hrsg.):
**Große Ost- und Westpreußen**
Verlag Köhler + Foltmer, Oldenburg, 304 S., 34 Mark.

preußischen Stammland, Ost- und Westpreußen, ausgegangen sind. Ihre Bedeutung für die Geistesgeschichte Deutschlands wie auch für seine technische und wirtschaftliche Entwicklung sind aus der Überheblichkeit der westlichen Gebiete gegenüber dem vermeintlich „rückständigen" deutschen Osten verkannt worden.

Wer ist sich noch der Leistungen bewußt, die von der Königsberger Universität, der „Albertina" (365 Jahre früher als die Berliner Universität gegründet), in vielen Bereichen vollbracht wurden; nicht nur in der Philosophie mit Kant, sondern auch in der Theologie, der Rechtswissenschaft und den Naturwissenschaften? Als „geistiges Strahlungszentrum" hat die Albertina befruchtend und bildend auf das Geistesleben Osteuropas eingewirkt.

Der Königsberger Jurist von Hippel war – im 18. Jahrhundert – einer der ersten Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Frau, der Danziger Conwentz – Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – Begründer und Organisator des Naturschutzes. So ließen sich noch viele Beispiele für den Beitrag von großen Ost- und Westpreußen zur Entwicklung Deutschlands, die geistige wie die technisch-wirtschaftliche und die politische, anführen – man denke nur an die Rolle Schichaus im Schiffbau oder die Kurt Schumachers in der Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Walter Schlusnus stellt in der zweiten Auflage seines Buches mehr als sechzig (in der ersten Auflage waren es ein Drittel weniger) herausragende Persönlichkeiten mit auf Tatsachen basierenden kurzen Episoden vor, die entscheidende Tage ihres Lebens schildern. Dazu bringt er ihre Biographien in knapper, doch umfassender Form. Diese Biographien – lebendig gemacht durch die vorangestellten Geschichten – geben in ihrer Gesamtheit zugleich einen Einblick in die geschichtliche Entwicklung des preußischen Stammlandes von seinen Anfängen in der Ordenszeit bis zum bitteren Ende in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges – einen Einblick, der, frei von jeder Mythologisierung, auch den kritischen Ton nicht scheut.

HEINZ PENTZLIN

# Endlich von Streitigkeiten der Weimarer Zeit befreit

## Hermann Hellers Staatslehre wird neu diskutiert

Das Werk Hermann Hellers, des 1933 in der spanischen Emigration früh verstorbenen Staats- und Rechtslehrers, ist noch immer hochaktuell. Die von ihm hinterlassene bedeutende Staatslehre gilt als der wichtigste Neubegründungsversuch dieser für Deutschland charakteristischen Wissenschaftsdisziplin. Seine am Beispiel von Weimar entwickelten Thesen zur modernen Demokratieproblematik sind auch aus der heutigen Diskussion nicht wegzudenken. Schließlich hat er, der in der Weimarer Zeit leidenschaftlich um die Aussöhnung von Sozialdemokratie und Nation kämpfte, als ein Vater des demokratischen Sozialismus seinen festen Platz.

Die im vorliegenden Band vereinigten Beiträge sind keineswegs in retrospektiver Absicht geschrieben, sondern versuchen Hellers Thesen im Zusammenhang der aktuellen Erörterungen zu diskutieren. Zwei Beiträge gehen gezielt auf die Lage des sozialen Rechtsstaates in der Bundesrepublik ein: Ilse Staffs bei den Problemen der ökonomischen Globalsteuerung ansetzende Analyse des Wandels seiner Verwirklichungsbedingungen und Jürgen Fijalkowskis Studie über die Weiterentwicklung seiner demokratischen Basis, die von der Möglichkeit einer Auflösung des bisherigen Parteiensystems ihren Ausgang nimmt.

Bei den Interpretationen von Hellers Werk unter seinen spezifischen zeitgeschichtlichen Bedingungen richtet sich das Interesse nicht nur auf den Urheber, sondern es werden auch theoretisch verwandte wie gegensätzliche Positionen diskutiert. Heller wird sozusagen an seinen Antipoden und Konkurrenten gemessen, was nicht zuletzt deshalb nahe lag, weil sein Werk im Unterschied zu dem Kelsens oder auch Carl Schmitts nicht auf einer ähnlich geschlossenen theoretischen Grundkonzeption beruht.

Auch wenn eine Gedächtnisschrift nicht allen Wünschen entsprechen kann, ist es doch zu bedauern, daß eine Konfrontation mit Rudolf Smend fehlt. Nicht nur daß sich Hellers und Smends Wege für einige Zeit gekreuzt haben, Smends Integrationslehre ist auch der bedeutendste Konkurrenzentwurf zu Hellers wirklichkeitswissenschaftlicher Staatslehre. Entschädigt dafür wird man durch Hans-Peter Schneiders Studie über die Beziehungen zwischen Heller und Gustav Radbruch. Dieser erkenntnisbiographisch wichtige Beitrag kreist darum, daß Radbruch, vor 1933 neben Kelsen der bedeutendste Vertreter des Wertrelativismus, der wissenschaftliche und politische Mentor Hellers in dessen Kieler Anfängen gewesen ist; später aber kühlten sich seine freundschaftlichen Beziehungen zu Heller bis zur Entfremdung ab.

Schneider schildert nicht nur das Auf und Ab in den Beziehungen zwischen den beiden, sondern geht auch auf Radbruchs Bedeutung für Hellers theoretische Entwicklung ein. Sein Ergebnis: Die spätere Entfremdung hatte offenbar weniger persönliche als sachliche Gründe, d. h., sie war wesentlich durch Hellers zeitweiligen Antiliberalismus und seine Hinneigung zum „Dezisionismus" Carl Schmitts verschuldet.

Diese These hätte Schneider noch besser begründet, wenn er sich auch auf Hellers umstrittene Habilitationsschrift über Hegel

*Christoph Müller/Ilse Staff (Hrsg.):*
**Der soziale Rechtsstaat**
Gedächtnisschrift für Hermann Heller. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. 759 S., 98 Mark.

und den nationalen Machtstaatsgedanken bezogen hätte: Die hier von Heller unterschiedenen Weltanschauungstypen fußen auf Radbruch, so daß dieser Hellers späteres Eintreten für einen weitgehend ungebundenen Staatsabsolutismus zu Recht auch als die Aufkündigung einer wissenschaftlichen Gesinnungsgemeinschaft auffassen mußte.

Nicht weniger Interesse verdient Christoph Müllers Rekonstruktion von Hellers Kelsen-Kritik. Müller zeigt nicht nur, daß Hellers gereizte Polemik in Kernpunkten auf Mißverständnissen beruht, sondern daß auch sein Werk in einem erheblich größeren Maße, als man gemeinhin annimmt, mit Kelsens Werk vereinbar ist. Damit gelingt es ihm, das heutige Ringen um eine in einem vertieften Verständnis von Staat und Demokratie begründete sozialdemokratische Staatslehre und Reformpolitik von noch immer mitgeschlepptem Streitstoff der Weimarer Zeit zu befreien.

Dieser Versuch, mit Heller über Kelsen hinauszudenken und umgekehrt, dürfte für die heutige Grundsatzdiskussion hilfreicher sein als die von anderen Beiträgen ausgiebig versuchte Rekonstruktion der Hellerschen Marx- und Marxismuskritik, die heute doch etwas abgestanden erscheint.

MANFRED FRIEDRICH

### Barocker Lebensstil

„Der Eiserne" nannten ihn Fliegerkameraden aus dem Ersten Weltkrieg, den Reichsmarschall Hitlers im Zweiten Weltkrieg, Hermann Göring. War er wirklich so? Er schuf Hitler die zeitweilig modernste Luftwaffe der Welt – seltsamerweise ohne klare Konzeption für ihren Kampfauftrag. Er führte das Dasein eines Schlemmers und Barockfürsten, voll Verachtung für die braunen Parteibonzen. Aber selbst da, wo er die besseren Absichten hatte, bei dem Versuch, 1939 den Frieden mit England zu erhalten, bei der möglichen Einführung des ersten Düsenjägers der Welt (1943), fügte er sich in seelischer Hörigkeit Hitler. Im Jahr 1945 befreite ihn Hitlers Selbstmord von seiner Hörigkeit, und die Amerikaner befreiten ihn von seiner Tablettensucht. Vor dem Nürnberger Gericht markierte er, den Tod am Galgen vor Augen, noch einmal „den Eisernen". Wolfgang Paul, ein Kenner deutscher Zeitgeschichte, stellt in seiner soliden Biographie die Frage: **„Wer war Hermann Göring"?** (Bechtle Verlag, München. 368 S., 38 Mark). Viele Fragen finden in diesem Buch eine überzeugende Antwort. Das Rätsel, wer Göring das Gift gab, um sich dem Tod durch den Strang zu entziehen, kann auch Paul nicht lösen.

W. G.

### Auf dem Staatsparkett

„Von Kanzlern und Komödianten, von Parlamentariern und Vaganten, von Menschen und Leuten im Staatstheater Bonn", mit diesem barocken Untertitel hat Helmut Herles ein neues Bonn-Buch herausgebracht. Der Haupttitel **„Fürchtet Euch nicht"** (Neske-Verlag, Pfullingen. 210 S., 26 Mark) leitet zu der Erkenntnis, daß „die da oben" genauso sind wie jeder Bürger im Land auch, was mit prächtigen Vignetten von A–Z nachgewiesen wird. Herles, der über Nestroy promovierte, benutzt eine Regie, bei der sich höchst amüsant etwa unter „B" die „Büchsenspanner" von Bölling bis Boenisch versammmeln, selbstverständlich auch Willy Brandt. Gelegentlich rutscht ein Staatsschauspieler zum Vergnügen des Parketts voll aus, und der Vorhang fällt nach 1000 Anektdoten viel zu früh.

E. N.

### Verhängnisvolles Bündnis

Strengste Geheimhaltung und strikte Einhaltung der Konspiration war die Voraussetzung des Erfolges. Nur etwa ein halbes Dutzend Eingeweihter – so der KP-Chef und Ministerpräsident Klement Gottwaldt und Generalsekretär Rudolf Slánský – wußten, wer sich hinter den Chiffren verbarg. Nicht nur linke und ultralinke Sozialdemokraten, auch solche (wie etwa der stellvertretende Generalsekretär der Sozialdemokratie, Vojta Erban), die zusätzlich ein KP-Mitgliedsbuch besaßen, haben die Liquidierung der traditionsreichen tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihre „Verschmelzung" mit der KP 1948 intensiv vorbereitet. Der in München lebende tschechische Historiker Karel Kaplan hat in seinem Buch **„Das verhängnisvolle Bündnis"** (POL-Verlag, Wuppertal. 280 S., 24 Mark) die Liquidierung der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei auf Grund zahlreicher unbekannter Dokumente und Protokolle nachvollzogen. Eine verdienstvolle Arbeit.

rst

# Nur das Bündnis zieht

## Aus Gerd Ruges Erfahrungen in Washington und Moskau

Es gibt keinen deutschen Journalisten, der ein Buch über aktuelle Probleme des Ost-West-Konfliktes in gleichem Maße auf vor Ort gewonnene Erkenntnisse stützen kann wie Gerd Ruge. Immerhin hat er fast 30 Jahre lang ununterbrochen als Korrespondent der ARD in Washington, Moskau, Peking und Bonn gearbeitet. Zunächst erweckt der Autor den Eindruck, als wolle er sich auf eine kenntnisreiche Darstellung der Interessenkonflikte

Gerd Ruge:
**Zwischen Washington und Moskau**
Europa in der Konfrontation der Supermächte. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 223 S., 28 Mark.

des letzten Jahrzehnts in der Sowjetunion, in den USA und der EG beschränken – und zwar mit manchen Bewertungen, die fast eine entspannungseuphorische Äquidistanz zu den beiden Gegenpolen Moskau und Washington verraten.

Doch dieser anfängliche Eindruck verwischt sich bald. Insbesondere gegen Ende des Buches finden sich ganz klare Bekenntnisse zum Atlantischen Bündnis und nüchterne Kritik am sowjetischen Vorgehen während und nach der Entspannungsperiode. Es gebe keine glaubwürdige europäische Verteidigungsstrategie außerhalb der NATO, Westeuropa dürfe nicht versuchen, die „Schweiz des 2. Weltkrieges" zu werden, und bei allen Vorbehalten gegen die Politik Reagans sei der bei uns aufkommende Antiamerikanismus nicht zu verantworten.

Die Einteilung des Stoffes ist logisch und übersichtlich. An die Schilderung der amerikanischen Außenpolitik seit Carter und die der sowjetischen unter dem alt gewordenen Breschnew und dessen Nachfolgern Andropow und Tschernenko schließen sich Darstellungen der weltpolitischen Konfliktfelder beider Supermächte an.

Den Schluß des Buches bildet eine Analyse der Chancen Europas, sich als eigenständige Kraft zwischen den Supermächten behaupten zu können. Und hier schließlich klingt auch ein stärkeres politisches Engagement des sonst so nüchternen Autors an. Europa müsse endlich größere eigene Beiträge für die Sicherheit des Kontinents erbringen. Erst dann könne es im Atlantischen Bündnis zu einer gerechten Aufteilung von Verantwortung und Kommandogewalt kommen, und es ließe sich auf längere Sicht sogar der völlige Abzug amerikanischer Atomwaffen aus Europa ins Auge fassen.

Voraussetzung für eine derartige Entwicklung sei allerdings die Bereitschaft der Sowjetunion, den Westeuropäern eine eigene atomare Abschreckungsfähigkeit zuzugestehen. Und genau an diesem Punkt wird sich mancher Leser fragen: Wie realistisch ist das?

BERND NIELSEN-STOKKEBY

# Bewegung statt Partei?

## Gerd Langguth untersucht das Phänomen der Grünen

In seinem jüngsten Buch befaßt sich der Direktor der Bundeszentrale für politische Bildung, der 38jährige Philologe Gerd Langguth, wieder einmal mit einem seiner Lieblings- und Spezialthemen: Fragen der jungen Generation, der Protestbewegung, der Bildungspolitik und der Demokratietheorie. Diesmal sind es die Bundestags-Newcomer, die Grünen. Wie ernst er seine Arbeit genommen hat, zeigt sich schon im Untertitel „Von der Bewegung zur Partei?". Der Autor listet sorgsam in acht Kapiteln auf, wie es den Grünen gelungen ist, innerhalb von nicht einmal vier Jahren immerhin mit einem 5,6-Prozent-Ergebnis den Einzug in den Bundestag und sogar in das Europaparlament zu schaffen.

Es ist ein sachliches Buch, das jedem Leser das Ziehen von Schlüssen fast schon zu leicht macht. Aber vielleicht ist gerade das besonders hilfreich angesichts der oft spektakulär präsentierten Vielzahl von Berichten, Veröffentlichungen und Reportagen über die sich auf rund 36 000 Mitglieder stützenden „Exoten" und deren immer wieder unorthodoxes politisches Verhalten und Vorgehen in den Parlamenten oder vor Ort.

Dabei kommt der Arbeit von Langguth nicht zuletzt deshalb ein besonderer Stellenwert zu, weil er den Bundestag aus eigener Erfahrung und direktem Erleben kennt: Von 1976 an war er vier Jahre lang Abgeordneter in Bonn. Für die CDU. Doch diese daraus zu vermutende politische Gegnerschaft zu den Grünen kommt bei ihm nicht zum Ausdruck. Im Gegenteil. Es handelt sich um eine äußerst nüchterne, fast unterkühlte Darstellung von Wegen, Zielen und Strukturen der Grünen. Es sind Ausführungen, die den Politikern der anderen Parteien Anlaß zum Nachdenken geben sollten. Denn schließlich geht es ja auch in der tagesaktuellen Diskussion um die Frage, welche Rolle

Gerd Langguth:
**Der grüne Faktor**
Edition INTERFROM, Zürich. 140 S., 14 Mark.

die von einem ihrer prominentesten Repräsentanten, Otto Schily, immer wieder gern als „Neupartei" bezeichneten Grünen im Parlamentarismus, aber auch in der Politik insgesamt eines Tages einmal spielen könnten.

Nicht umsonst schreibt Langguth: „Die Existenz einer grünen Partei belegt, daß sich in den letzten fünfzehn Jahren eine Systemopposition entwickelt hat, die nicht mehr wie bisher üblich übergangen werden kann." Diese Analyse müßte eigentlich Anlaß genug sein, nicht schulterzuckend zum Alltäglichen zurückzukehren. Langguths Fazit ist „bis auf weiteres" nicht einfach vom Tisch zu wischen.

STEFAN HEYDECK

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden†
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

FUSSBALL / Drei deutsche Stars trafen sich im Spiel FC Metz gegen Girondins Bordeaux (1:1)

# Heimweh treibt Dieter Müller zurück: „Angebot aus der Bundesliga, das ich nicht ausschlagen kann"

MARTIN HÄGELE, Metz

„Prost" sagten die drei Profis und hoben die Weingläser auf den französischen Fußball. „Er ist menschlicher und das Publikum ist fairer als in Deutschland." Da wars Mitternacht in Metz. Morgens um vier mußte der Wirt noch Schampus in der Nachbarschaft holen, in einem Nachtklub. Der Wunsch seiner Gäste war ihm Befehl gewesen.

Legionärstreffen besitzen ihr besonderes, ja sentimentales Flair. Auch unter Fußballprofis. Toni Kurbos (24), der Star des FC Metz, hatte nach dem Schlagerspiel der französischen Liga seinen beiden Landsleuten von Girondins Bordeaux, Dieter Müller und Gernot Rohr eingeladen.

Zur guten Stimmung trug das 1:1 bei. Es hatte keine Verlierer gegeben. Für Frankreichs Top-Team war es ein weiterer Schritt zur Titelverteidigung, für Metz ein wichtiger Punkt in der UEFA-Cup-Rechnung. Aber vom Spiel, von Kurbos' verschossenem Strafstoß, den Hirschberger im Nachschuß verwandelt hatte und vom phantastischen Ausgleichstreffer des kleinen Alain Giresse wurde nicht viel gesprochen. Viel mehr von der Zukunft. Nach drei Jahren im Trikot von Bordeaux liegt sie für Dieter Müller wieder in Deutschland. Mit 31 Jahren fühlt sich der ehemalige Torjäger der Nationalmannschaft, des 1. FC Köln und VfB Stuttgart noch stark genug, zwei Jahre in der Bundesliga anzuhängen. In zwei, drei Wochen werde er seinen neuen Arbeitgeber nennen, so Dieter Müller, „es handelt sich um ein Angebot aus der Bundesliga, das man nicht ausschlagen kann". Müllers Vorteil: Er kann Frankreich ohne Ablöse verlassen.

Das Heimweh treibe ihn und seine Frau zurück, sagt Müller. Nach Enttäuschungen an Rhein und Neckar hat er an der französischen Atlantikküste noch einmal sein Glück gefunden. Doch zum Seßhaft werden reiche es nicht. Selbst der Reiz, mit Weltklasseleuten wie Giresse, Tigana, Battiston und Chalana zusammenzuspielen, vertreibt nicht auf Dauer die Gedanken an die Heimat. Der Mannheimer Gernot Rohr, einst Kofferträger des FC Bayern München, spielt schon ein halbes Fußball-Leben in Bordeaux. Er gehört zu einem Menschenschlag. Rohr hat eine Französin geheiratet, denkt französisch. Und da sich seine Karriere jetzt langsam dem Ende zuneigt, will er zusammen mit Europameister Giresse in Bordeaux eine Fußballschule eröffnen.

Doch bevor der eine an seinen neuen Job und der andere an seinen neuen Klub in der Bundesliga denkt, wollen die beiden Deutschen noch den Europapokal der Landesmeister holen. Das vorweggenommene Endspiel, das Halbfinale zwischen Bordeaux und Juventus Turin, wird immer wieder zum Thema. „Daß ich so etwas noch einmal erreichen würde, das hätte ich mir nie träumen lassen, als ich vor drei Jahren nach Bordeaux kam", sagt Dieter Müller.

Die Geschichte von Toni Kurbos liest sich wie ein modernes Märchen: Gastarbeiterkind aus Stuttgart, mit den Kickers 1979 deutscher A-Jugendmeister, herumgeschubst über Belgien nach Frankreich, über Nacht ein Star im Land des Europameisters. Sein Tor sicherte den Lothringern 1984 zum erstenmal den französischen Pokal, mit fünf Treffern schoß er den FC Barcelona aus dem Europacup. Der kleine Schwabe ist in Lothringen ein Volksheld.

Mit allen negativen Begleiterscheinungen. Nach dem Spiel gegen Bordeaux gratulieren ihm immer wieder Anhänger des FC Metz zu seinem neuen Vertrag. Den hat er zwar noch nicht unterschrieben, doch Carlo Molinare, der Präsident seines Klubs, streut diese Meldung seit Tagen in den französischen Blättern. Um auf diese Art andere Klubs von Kurbos abzuschrecken. Denn hinter Toni sind viele her. Er hat eine Offerte aus Saragossa vorliegen, jede Menge *Spielervermittler wollen mit dem* Mittelstürmer den großen Reibach machen. Mit Stuttgarts Geschäftsführer Schäfer hat Kurbos nicht nur einmal Kaffee getrunken. Mit Kaiserslautern hat er sich getroffen und Uwe Klimaschefski lädt das Ehepaar Kurbos oft nach Saarbrücken ein.

Aber noch weiß Toni nicht, wohin sein Weg führt. Immer stärker reizt ihn die Herausforderung, seinen Wert nicht nur in der Fremde zu beweisen. Sein Wunsch: auch einmal in der Heimat anerkannt zu werden.

## SPORT-NACHRICHTEN

### Eishockey live

**Berlin** (dpa) – Die beiden Fernsehanstalten ARD und ZDF werden mit zahlreichen Live-Übertragungen und Zusammenfassungen von der Eishockey-Weltmeisterschaft berichten, die vom 17. April bis 3. Mai in Prag stattfindet.

### Zicos Gehalt gepfändet

**Udine** (dpa) – Der brasilianische Fußball-Profi Zico, der beim italienischen Erstliga-Klub FC Udinese spielt, steht weiterhin im Verdacht *des illegalen Devisenexports und der* Steuerhinterziehung. Zwei Drittel seines Gehalts wurden jetzt vom Untersuchungsrichter gepfändet.

### In der zweiten Runde

**Palm Beach Gardens** (sid) – Die für den TV Reutlingen spielende Schweizerin Petra Jauch-Delhees hat die zweite Runde des mit 100 000 Dollar dotierten Damen-Tennis-Turniers in Palm Beach Gardens (US-Bundesstaat Florida) erreicht. Die deutsche Ranglisten-Neunte schlug die an Nummer vier gesetzte Amerikanerin Camille Benjamin mit 7:5, 6:2.

### Juantorenas Abschied

**Havana** (dpa) – Die kubanischen Leichtahtleten Alberto Juantorena und Silvio Leonard wollen am kommenden Wochenende während eines Sportfestes in Havana ihren Abschied vom Wettkampfsport bekanntgeben. Juantorena war Olympiasieger über 400 und 800 Meter in Montreal 1976, und Leonard gehörte in den siebziger Jahren zu den Weltbesten 100- und 200-Meter-Sprintern.

### Italiener für München

**Zürich** (sid) – Die Schiedsrichterkommission der Europäischen Fußball-Union hat den Italiener Paolo Bergamo für die Leitung des Halbfinal-Hinspiels im Europapokal der Pokalsieger Bayern München – EC Everton am 10. April nominiert. Das Rückspiel am 24. April wird der Schwede Erik Frederiksson leiten.

### Balzis nach Hamburg

**Hamburg** (sid) – Der 19 Jahre alte Amateur-Spieler Rolf Balzis wechselt für zwei Jahre vom Fußball-Zweitliga-Klub Kickers Offenbach zum Hamburger SV.

## ZAHLEN

**FUSSBALL**

**DFB-Pokal**, Viertelfinale: Leverkusen – Bayern München 1:3. – 2. Liga: Hertha BSC – Stuttgarter Kickers 1:3. – Länderspiel: England – Irland 2:1. – U 23: Schweiz – Deutschland 0:0.

**TENNIS**

**Grand-Prix-Turnier** in Tunis, 1. Runde: Elter (Deutschland) – Benhabiles (Frankreich) 5:7, 6:2, 7:5, Keretic (Deutschland) – Ducan (England) 6:3, 5:7, 4:5, Ducan aufgegeben, Schwaier (Deutschland) – Soudani (Tunesien) 6:2, 6:1, Freund (Deutschland) – Limberger (Schweden) 6:7, 6:3, 7:5.

**EISHOCKEY**

**B-WM** in der Schweiz: Schweiz – Polen 2:2.

## STAND ● PUNKT / *Bayern-Tanz*

Einen Tanz auf drei Hochzeiten hat schon so mancher bereut, der sich für unwiderstehlich hielt. Der FC Bayern München befindet sich derzeit in solch einer Situation: nationaler Pokal (Halbfinale erreicht), Europapokal (ebenfalls im Halbfinale) und selbstverständlich Kampf um die deutsche Meisterschaft. Gibt es auch bei den Bayern ein böses Erwachen, ein Ende aller herrlichen Träume? So wie sich die Bayern im Pokal-Viertelfinale gegen Bayer Leverkusen (3:1) präsentierten, fällt es allerdings schwer, daran zu glauben, daß diese Mannschaft am Ende mit leeren Händen dastehen soll.

Prioritäten gebe es nicht, sagte Trainer Udo Lattek in Leverkusen. Man nehme alles, wie es kommt. Einfach drauflos spielen, heiße die Devise. Da die Münchener sich der eigenen Stärke bewußt sind, muß da etwas bei herumspringen. Udo Lattek hat deshalb gut reden. Jetzt besitzt die Mannschaft ein „Faustpfand" (Lattek). Der Halbfinalgegner Mönchengladbach müßte im eigenen Olympiastadion zu schlagen sein. Im Finale gegen Uerdingen oder Saarbrücken auf neutralem Platz (Berlin) stehen die Chancen für die Bayern ebenfalls nicht schlecht. Es müßte schon verdammt haarig kommen, wenn es mit einem der drei Ziele nicht klappen sollte.

Von der Spielanlage her, vom Einsatz, von der Kaltschnäuzigkeit und Abgeklärtheit stehen die Bayern derzeit hierzulande mindestens eine halbe Klasse über der Konkurrenz. Ihnen ist es gelungen, in den letzten Jahren sich so gezielt zu verstärken, daß Udo Lattek aus dem vollen schöpfen kann. Ob Eder, Willmer, Matthäus, Kögl oder Wohlfarth – wirkliche Fehleinkäufe waren nicht dabei. Deshalb dürfen sich die Bayern auch viel ausrechnen. DW

MOTORSPORT / Je oller, desto doller?

# 55 Jahre alter Stirling Moss fährt Rennen mit Porsche

KLAUS BLUME, Bonn

Die Nachricht erstaunt: Der Engländer Stirling Moss, 55 Jahre alt, vor 27 Jahren Vize-Weltmeister in der Formel 1, vor 23 Jahren vom aktiven Rennsport zurückgetreten, wird in den USA ein Comeback als Auto-Rennfahrer versuchen. Je oller, desto doller? „Man darf über die, die in diesem Alter so etwas tun, nicht herfallen und sagen: die dürfen das nicht mehr", sagt der Freiburger Sportmediziner und Rennsport-Experte Georg Huber.

Wenn man Hubers Thesen folgt, so ist das, was Moss tun wird, eine überaus normale Sache. Huber spricht aus Erfahrung: „Wenn man mit der Gesundheit nicht gesündigt hat, geht das nämlich alles noch im Alter. Die Reaktionsfähigkeit verliert man auch nicht, schließlich geschieht auch bei einem schnellen Rennen vieles unwillkürlich, und das ist gleichzeitig für den älteren Fahrer eine Schutzfunktion. Es entsteht also eine Sperre zur Risikobereitschaft. Wenn einer *der älteren Herren beim Rennen sterben* sollte, dann sagen sich die anderen älteren Semester: der ist auf dem Feld der Ehre gestorben – und weiter geht es."

Stirling Moss, obwohl bereits 55 Jahre alt, gilt als top-fit. Mit den Autorennen hat der frühere Mercedes-Werksfahrer ohnehin nie ganz aufgehört. Wo auch immer ein Rennen auf historischen Renn- und Sportfahrzeugen bestritten werden konnte, war Moss dabei – und stets war er dabei sehr schnell. Denn diese Rennen, bei denen es in sechs Läufen sogar um eine Europameisterschaft geht, werden nicht im Oldtimer-Schneckentempo ausgetragen. *Moss jagte im* Porsche, im Lola, im Chevron, im Ferrari oder im Cooper über die Pisten. Der Schweizer Peter Niffeler, Organisator und Aktiver bei solchen Veranstaltungen, sagt: „Die alten Rennautos haben die gleiche Endgeschwindigkeit wie die heutigen Fahrzeuge, jedenfalls wenn es geradeaus geht. Sie sind aber auf alle Fälle viel schwerer zu bewegen als ein Auto von heute. Wenn Stirling Moss jetzt auf einen Porsche 944 umsteigt, warum nicht? Der Wagen ist doch zehnmal leichter zu fahren als ein alter Lola".

Das sagte sich auch der früherere englische Grand-Prix-Fahrer Innes Ireland (55), als er nach einem geeigneten und prominenten Partner für eine neue Rennserie mit Serienfahrzeugen in den USA suchte. Ireland, der in Kalifornien lebt, Redakteur einer amerikanischen Motorfachzeitschrift ist, gehört zu den Initiatoren der „24 Stunden von Melson Ledges" im amerikanischen Bundesstaat Ohio. Im vorigen Jahr, als die Amerikaner Busby und Knoop auf einem Porsche 944 mit 41 Runden Vorsprung gewannen, war Ireland mit einem FIAT X19 auch mit von der Partie.

Das Rennen von Melson Ledges findet auf *einer Rennstrecke* statt, die eigentlich gar keine ist: Es gibt Schotter und Schlaglöcher aber keine Leitplanken. Porsche-Sprecher Manfred Jantke, 1984 selber am Rennen beteiligt: „Es gibt nichts besseres als Produktvergleich. Dort fährt alles, vom



**Vor 27 Jahren Vize-Weltmeister: Stirling Moss.** FOTO: DPA

Maserati-Sportwagen bis zur schweren amerikanischen Limousine." Inzwischen ist die Veranstaltung von Melson Ledges in Amerika beinahe schon so populär wie die berühmten 500 Meilen von Indianapolis.

So wurde aus diesem Rennen eine gesamte Serie – unter Federführung des Herrenmagazins „Playboy." Und weil man für eine solche Rennserie auch zugkräftige Fahrer braucht, kam Ireland auf die Idee, seinen alten Freund Stirling Moss zu fragen, ob er nicht wieder richtige Autorennen fahren wolle. Moss wollte, und so kümmerte man sich um ein konkurrenzfähiges Auto. Es wird ein Porsche 944 mit Saugmotor sein, den amerikanischen Bestimmungen entsprechend mit Katalysator.

Ausrüster des Teams Moss/Ireland ist die Firma Brumos-Porsche in Jacksonville (Florida), und die gilt im amerikanischen Motorsport als feinste Adresse. Denn Brumos-Porsche gehört Deborah Gregg, der Witwe des noch immer populären ehemaligen amerikanischen Porsche-Rennfahrers Peter Gregg.

Auf der Suche nach realen Utopien: *Denkmodelle für das Leben im Jahr 2000*

# Wenn die Zukunft Gegenwart wird

Kaum 15 Jahre trennen uns noch vom Jahr 2000. Zahlreiche Entwicklungen, die die ersten Jahrzehnte nach diesem magischen Datum prägen könnten, sind bereits vorgezeichnet und erkennbar: Verbunden mit einem wahrscheinlichen Rückgang der Einwohnerzahlen in unseren Breiten ist die Alterslast-Quote im Steigen begriffen.

Die schnell schrumpfende Zahl an Erwerbspersonen verändert die Arbeit nach Inhalt und Umfang. Neue Technologien zeichnen sich ab. Ihre Auswirkungen indes sind unbestimmt. Wohin uns die Umwelt-Engpässe führen werden, wissen wir nicht; Rüstungsspirale und Wertewandel bleiben die großen Unbekannten.

Professionelle Zukunftsforscher entwerfen in kühnen Zügen „Wunsch-Szenarien": Die Zähmung der Technik ist gelungen; die Entwicklung einer lebensfreundlichen Umwelt gemeistert. Verbesserte, zum Teil neue Modelle für die Steuerung *der politschen und wirtschaftlichen* Systeme sind gefunden; die Städte sind zum größten Teil Baustellen, sie werden zu „biosensiblen" Lebensräumen umgestaltet.

In den westlichen Ländern dominieren die negativen Perspektiven. Die Zukunft macht vielen Angst, läßt Orientierungslosigkeit befürchten. Pessimismus und Passivität sind die Folgen. Ob heißdiskutierte Prognosen, wie die spektakulären Berichte des „Club of Rome" oder „Global 2000" dazu beitragen können, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, bleibt fraglich. Als Bestandsaufnahme ist ihr Einfluß unschätzbar.

Futurologen befinden sich ständig auf der Suche nach „realen Utopien", sie produzieren mit großer Vehemenz Denkmodelle für das Leben im nächsten Jahrtausend. Modelle, die neue technische, ökonomische, soziale und politische Möglichkeiten nutzen. Was aber ist wirklich gefragt? Innovationen? Ja. Auch kostenlose Rezepte gegen Zukunftängste. Vor allem aber Hilfestellungen vor einer Grundangst: Dem vermeintlichen Verlust von Positionen, die im Grunde schon gar nicht mehr bestehen.

**Aus Forschung und Technik: Die Welt im Jahre 2001 – ZDF, 21.00 Uhr**

Als „Stadt der Wissenschaft" aus dem Boden gestampft, soll Tsukuba City bei Tokio einen gigantischen Ausblick auf's neue Jahrtausend geben. Ob die ausgestellte Superexponate tatsächlich den Schleier lüften können, bleibt fraglich. Die Ausstellung unter dem Leitthema „Wohnen und Umwelt – Wissenschaft und Technologie im Dienste des Menschen" mutet sehr personenbezogen an. Allein mit Mammut-Video-Shows ist heute nun mal kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Der Spieltrieb dominiert allemal, der Gradmesser für einen Ausblick in Richtung „Technopolis" schlägt nicht so richtig aus. Der Begriff Weltausstellung scheint dann doch etwas hochgegriffen. „Japan präsentiert sich der Welt" – das wäre als Untertitel zur „Expo '85" angebrachter.

Ob Schlagworte wie „Künstliche Intelligenz" oder „Weltraum" über kurz oder lang das gigantische Rennen um die Wissenschaft der Zukunft machen werden, haben spätere Generationen zu befinden. Ob unsere Welt dann so ausssieht, wie es Stanley Kubrick in seinem schon zum Kultfilm gewordenen Epos „2001 – Odyssee im Weltraum" beschreibt?

Es scheint so, daß ein engmaschiges Netz von Supercomputern, wie jetzt in den USA installiert, den technologischen und naturwissenschaftlichen Fortschritt ankurbelt.

Astrophysiker Larry Smar, der eines dieser Computerzentren an der Universität von Illinois leiten wird meint dazu lapidar: „Das gesamte Universum läßt sich in diese Maschine packen – von der ‚Ursuppe', aus der sich Sterne und Galaxien entwikkeln, bis hin zum kleinsten Elementarteilchen".

Carl Friedrich von Weizsäcker sieht die Zukunft ungewisser als je zuvor an: „Früher enthielt die Prognose, die Welt werde so bleiben wie sie ist, stets ein großes Stück Wahrheit; heute ist sie manifest falsch. Aber *wie* die Welt werden wird, ist schwer zu wissen."

DIETER THIERBACH

## KRITIK

### *Große Welt in der Provinz*

Wär' nur der neue Kulturdezernent Dr. Weinholtz nicht gewesen, muß Intendant Settler anfangs gedacht haben, als der ihm damit kam, frischen Wind ins verknöcherte **Stadttheater** (ZDF) zu bringen – eine Erfindung von Fritz Raab, der seinen gleichnamigen Roman als TV-Spiel zurechtmachte – eine rundherum hübsche Geschichte, die Regisseur Thomas Fantl daraus gebaut hat.

Denn gegen seinen konservativen (Un-)Willen beauftragt Settler (Wolfgang Kieling) *dann doch seine beiden* Dramaturgen mit Heiklem, das zu allerlei internen und nicht so internen Reibereien und Wirrungen führt. Sie sollen ein Stück über ein Frauenhaus inszenieren bzw. ein Musical mit Rockband, nackten Schenkeln und Flitterkram. Und Settler, der am liebsten alles hinwerfen will, muß am Ende erleben, daß sein treues Publikum so starrsinnig und träge gar nicht ist: das neue Konzept kommt an.

Das war runde Unterhaltung, hier mit gründlichem Blick hinter die Kulissen und Schreibtische, da mit Nebenhandlungen, die alles liefern, was solch ein Stück braucht: Kommunalkolorit, ein bißchen Liebe nach Probenschluß, ein Gesicht zum Einprägen (Regina Sattler als Jungaktrice Ira) und ein paar Seitenhiebe auf naßforsche Journalisten und eigenmächtige Drehbuchumschreiber – große Welt in kleinem Provinzmaßstab, mit kleinen Parzellen für Nachdenklichkeiten: die leibhaftige Leiterin eines Bonner Frauenhauses fühlt sich durch die Aufführung des Stückes um ihre Arbeit gebracht und klagt, und der Ehrgeiz des Herrn Dezernenten wird von Settler/Kieling am Ende bedenkenswert aus dem Lot gebracht.

Eine gute Besetzung (Peter Aust als Weinholtz, Antje Hagen, Renate Küster, Camilla Herbst, Joseline Gassen) garantierte für solide 100 Minuten bei einem Thema, das man in mehreren Ebenen sehen kann, unter *anderem auch in diesem: Habe Mut*, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. ALEXANDER SCHMITZ

## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

*Nur über die Sender des ZDF*
**10.00 heute**
**10.05 Schwarz Rot Gold:** Nicht schießen
**11.35 Umschau**
**11.55 Anruf genügt**
**12.55 Presseschau**
**13.00 heute**

### ARD

**8.58 Aus dem Bundestag**
*Debatte zur sozialen Lage der Soldaten und Regierungserklärung und Aussprache zum EG-Kompromiß über umweltfreundliche Autos*
**16.00 Tagesschau**
**16.10 Zu Gast ...**
Anni Anderson und Maurice Dean
Mit dem Orchester Rolf Rosemeier
**16.55 Denkste!?**
Was eß' ich, wenn ich satt bin?
Fernsehspiel von Peter Bauhaus
Da sie ihre Kameraden des öfteren als „fette Frieda" bezeichnen, fühlt sich die füllige Friederike aus der Gemeinschaft ausgeschlossen und zieht sich immer mehr zurück. Doch eines Tages lernt das korpulente Mädchen eine ebenfalls recht stämmige Nachbarin kennen.
**17.50 Tagesschau**
Dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
Anschl. Der 7. Sinn
**20.18 Gesucht wird ...**
eine 100-Millionen-Mark-Spende
Dokumentation von Wolfgang Korruhn
**21.00 Die Krimistunde**
Geschichten für Kenner
Der Gemeinschaftsanschluß / Der Mühe Lohn / Die Prise Muskat macht's / Zwei Fliegen mit einer Klappe
**22.00 Titel, Thesen, Temperamente**
Ein Kulturmagazin
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Neunzig verweht**
Der Schriftsteller Ernst Jünger
Eine Dokumentation von Udo Pillokat
**23.45 Tagesschau**

### ZDF

**16.00 heute**
***16.04 Elternsache: Grundschule***
6. Folge: Elternmitwirkung
Anschl. heute-Schlagzeilen
**16.35 Meine Mutter, deine Mutter**
Da sowohl Jill als auch Hillary zum Cheerleader ernannt werden wollen, geraten die beiden Mädchen in heftigen Streit. Die Mütter wollen sich zwar nicht einmischen, greifen dann aber doch ihren Sprößlingen unter die Arme, was natürlich zu einer Konfrontation zwischen den Müttern führt.
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
**17.50 Der Seewolf**
Nach einem Gespräch erinnert sich Humphrey van Weyden wehmütig an gemeinsame Jugenderlebnisse mit Larsen. Die beiden Freunde erlebten seinerzeit viele gemeinsame Abenteuer, die den „behüteten" Humphrey entscheidend prägten.
Dazw. heute-Schlagzeilen
**19.00 heute**
**19.30 Circus**
Mit Freddy Quinn
**21.00 Aus Forschung und Technik**
Die Welt im Jahre 2001
Joachim Bublath berichtet aus Japan über die erste Wissenschafts- und Technologie-Messe „Expo 85", die einen Einblick in die technische Zukunft unserer Welt gewährt.
**21.45 heute-journal**
**22.05 5 nach 10**
„20 Jahre alt und kein Job"
Jugenarbeitslosigkeit in Europa
Gesprächsleitung: Horst Schättle
Anschl. heute

### III.

**WEST**
**19.00 Aktuelle Stunde**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Die Nacht hat tausend Augen**
Amerikanischer Spielfilm (1948)
Nach einem Roman von Cornell Woolrich
**21.30 Cornell Woolrich: Lieblingsfarbe Schwarz (2)**
**21.45 Landesspiegel**
Die Harmlosen – Grüne in den Räten
**22.15 Das Neue Frankfurt (2)**
**23.00 Nachtstudio Spätausgabe**
Ruhrgebiet – Kulturgebiet
**23.45 Tips für Leser**
Jürgen Theobaldy – Lyrik und Prosa
**23.55 Letzte Nachrichten**

**NORD**
**19.15 13 Monate Sonne**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Das kleine Teehaus**
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Glenn Ford, Marlon Brando u. a.
Regie: Daniel Mann
**22.15 Kultur aktuell: Musikvideos**
*Moderation: Manfred Eichel*
**23.05 Jazz-Fest Berlin 1983**
Sangam und Charlie Mariano
**0.05 Nachrichten**

**HESSEN**
**18.30 Auskunft**
Arbeitszeitverkürzung in der betrieblichen Praxis
**19.05 Autoreport**
**19.20 Kaiserwalzer**
*Amerikanischer Spielfilm (1947)*
Mit Bing Crosby u. a.
Regie: Billy Wilder
**21.05 Kulturkalender**
**21.30 Drei aktuell**
**21.45 Bild der Woche**
**21.55 Blickpunkt Ausland**
Der Aufstand der Kanaken
Unabhängigkeit für Neukaledonien?
**22.40 Die Zitadelle (5)**

**SÜDWEST**
**18.30 Telekolleg II**
*Nur für Baden-Württemberg:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
**19.00 Abendschau**
*Nur für das Saarland:*
**19.00 Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm:*
**19.25 Nachrichten**
**19.30 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (5)**
**20.30 Familie am Bildschirm (5)**
**21.00 Notenschlüssel**
Hans Werner Henze im Gespräch mit Peter Wapnewski
*Nur für Baden-Württemberg:*
**21.45 Rudolf Steiner zum 60. Geburtstag**
**22.30 Letzte Nachrichten**
*Nur für Rheinland-Pfalz:*
**21.45 Kultur-Kalender**
**22.30 Landtag aktuell**
*Nur für das Saarland:*
**21.45 St. Wendeler Land (3)**
Vom Ostertal nach St. Wendel

**BAYERN**
**19.00 Johann Sebastian Bach**
2. Bist du bei mir
**20.30 Bildteppiche von Anemone Schneck-Steidl**
**20.45 Ich will *Pfarrer werden***
**21.30 Rundschau**
**21.45 Z. E. N.**
**21.50 Movie, Movie**
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Regie: Stanley Donen
**23.30 Rundschau**
**23.35 Actualités**

# *Galopp: Schwache Wett-Umsätze in Dortmund*

Ottmar Albertus Hugo Schrayvogel ist von der 22. Großen Strafkammer der Landgerichts Hamburg zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt worden. Schrayvogels Ehefrau Gisela hatte die Stute Wendy, mit der Achaz von Buchwaldt 1982 das Springderby in Hamburg gewann, zur Verfügung gestellt.

Im Galopprennsport gab Schrayvogel ein kurzes Besitzer-Gastspiel am Stall des Trainers Wöhler in Bremen, 1983 lief der Hengst Nouveau Roi in den Rennfarben der Schrayvogel-Gattin sogar im Derby von Hamburg-Horn. Schrayvogel sitzt seit Herbst 1983 in Untersuchungshaft. Die Richter kamen zu dem Ergebnis, daß er sich des fortgesetzten, *schweren Betruges an der* Iduna-Versicherung schuldig gemacht hat. Zu den Zeugen im Verfahren gehörte auch der ehemalige Braunschweiger Fußball-Präsident Hans Jäcker, der als Geschäftsführer des von Schrayvogel für 18 Millionen Mark von der Iduna-Versicherung erworbenen Kurhotels Carolineum in Bad Karlshafen mit den Schrayvogel-Methoden Bekanntschaft machte (Die WELT berichtete am 31. 12. 1983).

*

An fünf Orten fanden am letzten Wochenende Galopprennen statt. Die Umsätze an den Wettschaltern waren unterschiedlich, in einem Fall aber *besorgniserregend: Dortmund* schaffte am Sonntag in neun Rennen nur 611 490 Mark. Der neugeschaffene Conti-Pokal, das frühere Moormann-Rennen, war gut besetzt, wurde aber sowohl vom Sponsor, einem großen Versicherungskonzern, als auch vom Rennverein schlecht „verkauft". Dem Dortmunder Umsatz abträglich war auch der vorgeschaltete Mülheimer Freitag-Renntag (Umsatz bei acht Rennen: 418 515 Mark). Am Raffelberg war man der Übertragung des Fußball-Europapokalspiels von München in Rom ausgewichen. Den höchsten Umsatz schaffte Frankfurt am Sonntag in zehn Rennen mit 825 737 Mark, Hannover mußte sich nach neun Rennen mit 480 447 Mark zufriedengeben. Für den Neusser Samstagrenntag waren 598 535 Mark in acht Rennen eine unerwartete Bilanz.

*

Höhepunkt des Programms am Wochenende ist das Orakel der Dreijährigen am Sonntag in Mülheim/Ruhr. Der Hengst Pfauenruf, frischer Sieger im Orsini-Rennen, wird von Ex-Champion Manfred Hofer geritten. Züchter des im Eifel-Gestüt Pfauenhof aufgewachsenen Hengstes ist Jürgen Börner, ein früherer Mitarbeiter im Gestüt. Er tauschte sein Fohlen Pfauenruf gegen die Mutterstute Goldprinzess. Pfauenruf hat allerdings keine Derby-Nennung. Große Hoffnungen macht man sich dagegen im Stall von Trainer Jupp Kappel in Krefeld für den Hengst Ephialtes. Aber: sein eigenwilliger Besitzer Egon Wanke aus Wien will dem Derby-Favoriten Lirung aus dem Gestüt Fährhof (einem Bruder des Vorjahres-Derbysieger Lagunas) bis zum Derby am 7. Juli aus dem Wege gehen. Lirungs Debüt ist für das Henckel-Rennen am 19. Mai in Gelsenkirchen vorgesehen, Ephialtes debütiert am Sonntag im Mülheimer Orakel.

*

Einen ungewöhnlichen Sponsor fand der kürzlich mit erheblichen Gegenstimmen und Enthaltungen neugewählte Hannoveraner Rennvereins-Präsident, Rechtsanwalt *Frank Ritter*. Der TÜV-Hannover stellt 15 000 Mark für ein Rennen zur Verfügung. Die Maßnahme gilt einer allgemeinen PR-Aktion zum Umweltschutz. KLAUS GÖNTZSCHE

## SAT 1

**13.30 Solid Gold**
(amerikanische Hitparade)
**14.00 Die Waltons**
Die Einsiedlerin
**15.00 Siebstel**
Tricky Töne mit Knister
Aufnahmetricks und Geräuscheffekte mit dem Kassettenrekorder
**15.30 Musicbox**
Videoclips und Infos aus der Popszene
**16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern**
Die Glocke der Kindheit
**17.00 Simon Templar**
S. T. und der Tourist
**18.00 Fauna Iberica**
oder Regionalprogramm
**18.30 APF blick:**
Nachrichten und Quiz
**18.45 Duell im Dschungel**
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Dana Andrews u. a.
Regie: George Marshall
**20.30 B. A. D. Cats (6)**
Tödliches Vermächtnis
Anschl. Video-Spaß
**21.30 APF blick:**
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
**22.15 Edgar Wallace: Das Geheimnis der weißen Nonne**
Englischer Spielfilm (1966)
Mit Stewart Granger, Brigitte Horney, Eddi Arent u. a.
Regie: Cyril Frankel
Die Nonne Clare wird in einem Kloster tot aufgefunden. Sie war die letzte, die mit dem Polizeibeamten Thompson gesprochen hatte – der im gleichen Kloster kurz zuvor ermordet worden war. Oberinspektor Smith nimmt die Ermittlungen auf.
**23.45 APF blick:**
Letzte Nachrichten

## 3SAT

**17.00 Sportreport-Sonderangebot**
Fußball-WM-Qualifikationsspiele, u. a. Deutschland–Malta
**18.00 Bilder aus Deutschland**
**19.00 heute**
**19.30 Derrick**
Tod des Trompeters
**20.30 Rundschau**
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
**21.15 Zeit im Bild 2**
**21.45 Frühstück am Corcovado**
Die österreichische Brasilien-Expedition von 1817
**22.30 denkmal**
Ein kulturelles Ratespiel
**23.30 3SAT-Nachrichten**

# quattro. Komplettes Programm.

Jetzt ist der permanente Allradantrieb vom viermaligen Weltmeister in jeder Audi Modellreihe zu haben. Denn was Audi an überlegenen Rallye-Siegen und Titeln erringt, das kommt stets den Serienfahrzeugen und damit auch Ihnen zugute. Sich für ein quattro-Modell von Audi zu entscheiden heißt, eins der mobilsten Autos unserer Zeit zu fahren. Mit hohen Sicherheitsreserven, beispielhaftem Fahrverhalten und enormer Zugkraft. Im Winter wie im Sommer sind Sie mit quattro permanent im Vorteil.

**Audi 80 quattro.**
Der preiswerteste Einstieg in die quattro Klasse: die Vierzylinder-66-kW-(90-PS-)Vergaserversion mit Fünfgang-Schaltgetriebe, ab 26.485,– DM (unverbindliche Preisempfehlung ab Werk). Das noch sportlichere Modell: der **Audi 80 GTE quattro** mit 82-kW-(112-PS-)Vierzylinder-Einspritzmotor.

**Audi 90 quattro.**
Die dynamische, kompakte Limousine mit der exklusiven reichhaltigen Ausstattung und dem kraftvollen 100-kW-(136-PS-)Fünfzylinder-Einspritzmotor.

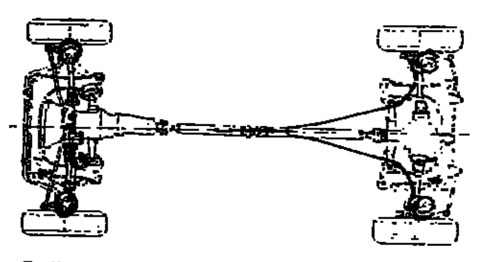
**Audi Coupé quattro.**
Das einzige Coupé der Welt mit einem Fünfzylinder-Einspritzmotor (100 kW/136 PS). Sportliches Temperament, gepaart mit einem außergewöhnlichen Raumkomfort.

**Audi 100/100 Avant quattro.**
Viel Raum, Komfort und Kraft. Beide quattro-Modelle mit 66-kW-(90-PS-)Vierzylinder-Vergasermotor. Und beide als sportliche CS-Version mit dem besonders temperamentvollen 101-kW-(138-PS-)Fünfzylinder-Einspritzmotor.

**Audi 200/200 Avant quattro.**
Der eine präsentiert sich als Luxus-Limousine mit überragender Ausstattung, der andere als Verbindung von extravaganter Limousine und Coupé. Beide enorm leistungsstark durch das 134 kW (182 PS) starke Fünfzylinder-Turbotriebwerk. Beide serienmäßig mit Anti-Blockier-System (ABS).

**Audi quattro.**
Das Vorbild für alle quattro-Modelle. Einzigartig im Gesamtkonzept: die wegweisende Hochleistungs-Fahrwerkstechnik mit serienmäßigem ABS, die exklusive, sportliche Ausstattung, das 147 kW (200 PS) starke Fünfzylinder-Turbotriebwerk.

**Audi Sport quattro.**
Eins der technisch faszinierendsten Serienautos unserer Zeit, für den professionellen Rallye-Sport und den sportlich ambitionierten Privatfahrer. Einzigartig das Fünfzylinder-Turbotriebwerk der 4. Generation aus Leichtmetall, 225 kW (306 PS). Von 0 auf 100 km/h in nur 4,9 Sekunden.



Selbstverständlich bieten wir Ihnen maßgeschneiderte Möglichkeiten der Schadstoffreduzierung.
Erfahren Sie es selbst: wo andere abschalten, bleibt quattro im Vorteil.
Bei Ihrem V.A.G Partner.







Vorsprung durch Technik.

# Zhao warnt vor „blindem Wachstumseifer“

AFP/DW. Peking

Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang hat in seinem Rechenschaftsbericht zur Eröffnung der diesjährigen Plenarsitzung des Nationalen Volkskongresses den Reformkurs bekräftigt, aber auch nachdrücklich vor einem „blinden Wachstumseifer“ gewarnt. „Was wir gegenwärtig betonen müssen, ist mehr ein höheres qualitatives Wachstum als übermäßig hohe Wachstumsziffern“, hob er gestern in Peking in seiner fast ausschließlich wirtschaftspolitischen Themen gewidmeten Rede hervor.

Zhao würdigte dabei die positive Entwicklung der chinesischen Wirtschaft seit den vor sechs Jahren eingeleiteten Reformen und betonte die Einschränkung der dirigistischen Staatsplanung sowie die Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Formen. Vor den rund 2700 Delegierten, die in den kommenden zwei Wochen den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsplan, sowie den Staatshaushalt für 1985 verabschieden wollen, kündigte Zhao die Fortsetzung der Öffnung zum westlichen Ausland und eine Liberalisierung des Preis- und Lohnsystems an. Zugleich wandte er sich gegen die „ungesunden“ Nebenerscheinungen der Reformpolitik, vor allem die Korruption.

Die chinesische Agrar- und Industrieproduktion sei 1984 um 14,2 Prozent gegenüber 1983 gewachsen, berichtete Zhao den Delegierten. Dabei sei sowohl das staatliche Einkommen um zwölf Prozent als auch das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Städter um 12,5 Prozent auf 608 Yuan (rund 720 Mark) gestiegen. Das Einkommen der Bauern habe sich 1984 um 14,7 Prozent auf 355 Yuan (rund 420 Mark) erhöht.

In seiner Einleitung hatte der 66jährige Ministerpräsident den unabhängigen Kurs der chinesischen Außenpolitik bekräftigt. Unter dem Applaus der Delegierten rühmte er den Hongkong-Vertrag, den die Delegierten offiziell billigen sollen, als Modell für eine Verhandlungslösung internationaler Streitigkeiten, das auch für die Wiedervereinigung mit Taiwan einen „machtvollen Anstoß“ geben werde.

# Bush: Im Kreml vorerst nur ein Wandel des Stils

## Bemerkenswerte Personenbeschreibung Gorbatschows

MANFRED SCHELL, Bonn

Der amerikanische Vizepräsident Bush hat in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, eine bemerkenswerte „Personenbeschreibung“ des neuen sowjetischen Parteichefs Gorbatschow gegeben. Bush hatte Gorbatschow anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für Tschernenko in Moskau getroffen. Bei der Begegnung mit Waigel im Weißen Haus sprach Bush von einem „bedeutenden Generationswechsel“ im Kreml, der aber bisher „nur im Stil, nicht jedoch in der Substanz“ der sowjetischen Politik Ausdruck finde. Er hoffe, so betonte Bush, daß ein „neues Herangehen an die Substanz“ folgen werde. Im Politbüro müßten noch einige Plätze besetzt werden. Bush schilderte in dem Gespräch mit Waigel den neuen sowjetischen Parteivorsitzenden als einen Mann, „mit dem man Meinungen leicht austauschen kann“. Gorbatschow sei ein „eindrucksvoller Ideenverkäufer“. In diesem Zusammenhang äußerte Bush Besorgnisse, Erklärungen Gorbatschows zur Friedensthematik könnten, weil er eloquent sei, in Europa mehr Eindruck machen als dies in den vergangenen drei Jahren den „alten Männern“ in Moskau gelungen sei. Deshalb müsse sorgfältig darauf geachtet werden, daß durch solche zu erwartenden Erklärungen Gorbatschows keine weiterreichende Distanz zwischen Europa und den USA entstehe.

Bei einem Mittagessen, das zu Ehren von Waigel gegeben worden war und an dem unter anderem Paul Nitze, Richard Burt und der frühere Botschafter in Bonn, Kenneth Rush, teilgenommen hatten, war übereinstimmend die Einschätzung vorgetragen worden, daß Gorbatschow, was seinen politischen Handlungsspielraum betreffe, nur wenig Bewegungsmöglichkeiten habe. Er sei von den Älteren gewählt worden und diese würden auch bis auf weiteres den politischen Kurs bestimmen. Auf eine kurzfristige Änderung der Politik des Kreml zu hoffen, wäre eine Illusion.

Bei der Begegnung mit Bush waren die Ereignisse auf Grenada und in Nicaragua weitere Themen. Bush sagte Waigel, auf Grenada seien Dokumente sichergestellt worden, die eindeutig und auch den Umfang der Präsenz von Kuba, der „DDR“, Nordkorea und von Nicaragua belegten. Offensichtlich vor dem Hintergrund, daß die damalige amerikanische Intervention auch Diskussionen im Bonner Regierungslager ausgelöst hatte, forderte Bush dazu auf, die deutsche Botschaft „sollte sich diese Dokumente zeigen lassen“. Waigel verwies darauf, daß die CSU das Eingreifen der amerikanischen Soldaten auf Grenada von Anfang an für richtig gehalten habe. Was die Situation in Nicaragua betrifft, so kam Waigel nach der Begegnung mit Bush zu dem Ergebnis, die USA würden sich mit den dortigen Verhältnissen „nicht abfinden“, sondern ihre Möglichkeiten aufbieten, um „andere Kräfte zu unterstützen“. Bush habe sich hierzu sehr kritisch und dezidiert geäußert und darauf verwiesen, daß die Junta in Nicaragua nach eigenem Bekunden ein marxistisch-leninistisches System aufbauen wolle. Er stelle deshalb die Frage an manche im Westen, wieso sie zu der Meinung gelangten, in Nicaragua werde eine Demokratie errichtet. Tatsache sei, daß die dortigen Machthaber versuchten, die gesamte Region „instabil“ zu machen.

Wiederholt, so sagte Waigel, sei er während seines Aufenthaltes in den USA mit dem Stichwort „Europessimismus“ konfrontiert worden. Viele sachkundige Amerikaner schüttelten den Kopf über die pessimistischen Töne in Europa und verstünden nicht, warum die Aufbruchstimmung in den USA nicht auch bei uns zu verzeichnen sei. Auch herrsche in den USA ein gewisses „Unverständnis“ darüber vor, wie in Europa über das Weltraumsystem SDI diskutiert werde. Außenminister Shultz, so sagte Waigel, habe ihm erklärt, die USA wollten bei diesem zunächst auf die Forschungsphase angelegten Projekt die Europäer „nicht nur gut unterrichten, sondern auch eng mit ihnen zusammenarbeiten“.

# Reagan sieht in MX-Votum einen wichtigen Erfolg für Genf

## Ohnmächtig verfolgten die Demokraten die Kampagne des Präsidenten im Kongreß

FRITZ WIRTH, Washington

Nach zehnstündiger Debatte entschied sich das amerikanische Repräsentantenhaus am Dienstag abend mit 219 gegen 213 Stimmen für die Produktion von weiteren 21 Raketen vom Typ MX. Zur endgültigen Freigabe der dafür benötigten 1,5 Milliarden Dollar bedarf es heute einer zweiten Abstimmung. Die Reagan-Administration ist sicher, daß sie auch dabei erfolgreich sein wird. Der Senat hatte bereits in der vergangenen Woche in zwei Abstimmungen mit jeweils 55 gegen 45 Stimmen für diese 21 Raketen entschieden.

Präsident Ronald Reagan nannte das Votum ein „wichtiges und unmißverständliches Signal amerikanischer Einheit und Entschlossenheit. Die heutige Abstimmung war ein Votum für den Frieden, für eine sichere Zukunft und für den Erfolg in Genf.“

Zur Mehrheit waren 217 Stimmen notwendig. Als diese Zahl kurz vor 19 Uhr erreicht wurde, ging ein Jubelschrei durch die Reihen der Republikaner. Bei der letzten MX-Abstimmung 1984 waren sie noch mit einer Mehrheit von zwei Stimmen besiegt worden. Von den 250 anwesenden demokratischen Abgeordneten widersetzten sich 61 der Empfehlung ihres Fraktionsvorstandes und schwenkten ins Lager des Präsidenten über. Auf der anderen Seite stimmten 24 Republikaner gegen die MX.

### Spannung bis zur letzten Minute

Es war eine erbitterte, teilweise emotionale und scharfzüngige Debatte. Die Argumente selbst waren während der langen Debatte im Kongreß zu abgegriffen, um noch intellektuelle Höhenflüge zu gestatten. Dennoch lag bis zur letzten Minute Spannung über der Szene. Die Spekulationen um Überläufer und der Druck auf jene Unentschlossenen, die zwischen einem „Ja“ und einem „Nein“ schwankten, war physisch spürbar. Einige wurden bis ins Repräsentantenhaus von Telefonanrufen verfolgt.

Washington erlebte ohne Zweifel die größte Lobby-Kampagne der vergangenen Jahrzehnte, und in vorderster Front kämpfte der Präsident selbst. Er hatte am Montag Busladungen von Abgeordneten ins Weiße Haus bringen lassen, um sie dort ins Gebet zu nehmen. Die hartnäckigsten MX-Gegner der Republikanischen Partei wurden am Dienstag morgen vom Präsidenten noch einmal zu sich zum Frühstück gebeten.

Die demokratische Führung des Repräsentantenhauses schaute dieser Kampagne Reagans teils zornig, teils bewundernd und schließlich ohnmächtig zu. Sie unternahm in den letzten Stunden vor der Abstimmung keine Anstrengungen mehr, ihre MX-Dissidenten zurückzugewinnen.

Außer dem Präsidenten waren zwei Demokraten die Schlüsselfiguren dieser Abstimmungsschlacht: Max Kampelman, der Chef-Unterhändler der US-Delegation bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, und Les Aspin, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses. Die Entscheidung Reagans, Kampelman vorübergehend aus Genf abzuziehen und ihn zum Stimmenfang für die MX auf dem Kapitol einzusetzen, erwies sich als ein wirksamer, aber auch hochnotwendiger Schachzug.

Eine Reihe von unentschlossenen Abgeordneten gab zu, durch Kampelman zu einer Ja-Stimme überzeugt worden zu sein. Kampelmans wichtigstes Argument: „Ein Votum gegen die MX wird unsere Verhandlungspolitik in Genf schwächen. Es wird darüber hinaus zu einer Verzögerung der Verhandlungen durch die Sowjets führen, die abwarten werden, was sie sonst noch ohne eigene Zugeständnisse erreichen können. Sie würden versucht sein abzuwarten, ob noch weitere reife Äpfel für sie vom Baum fallen.“

Die Arbeit Kampelmans war schließlich so effektiv, daß sie eine neue parlamentarische Vokabel gebar. Abstimmungsüberläufer mußten sich nachsagen lassen, sie seien „gekampelmant“ worden. Les Aspin schließlich gab als Schlußredner der Debatte Kampelman und dem Präsidenten Schützenhilfe: „Die Aufgabe des Kongresses ist es, den Präsidenten zu unterstützen, wenn er recht hat, und ihn zu stoppen, wo er falsch liegt. In diesem Falle hat er recht.“

Die demokratische Führung befand sich in einem spürbaren Dilemma. Sie steht – das wurde im letzten Wahlkampf deutlich – bei den Wählern in dem Ruf, die Verteidigung und Sicherheit des Landes nicht so ernst zu nehmen wie Reagan und seine Republikaner. Ein Votum gegen die MX hätte sie in Gefahr gebracht, für einen etwaigen Verhandlungsmißerfolg der Genfer Gespräche verantwortlich gemacht zu werden.

### Schwache Argumente der MX-Gegner

Einige Beobachter glauben, daß die Sprecher des Repräsentantenhauses, „Tip“ O'Neill, und Richard Gephardt, die den demokratischen Widerstand organisiert hatten, angesichts dieser Perspektiven am Ende den Mut verloren in den letzten Stunden gegen die MX-Überläufer aus der eigenen Fraktion keine Wendemanöver mehr unternahmen.

Die Argumente der MX-Gegner wurden schließlich immer verzweifelter. Sie konzentrierten sich dabei vor allem auf die Verwundbarkeit dieser Raketen in den überalteten „Minuteman“-Silos. Les AuCoin aus Oregon behauptete: „Diese Rakete ist so ungeschützt, wie es einst unsere Flotte in Pearl Harbour war. Sie lädt den Gegner geradezu zur Attacke ein.“ Vic Fazio aus Kalifornien nannte die MX das „Glaskinn der amerikanischen Nuklearstrategie“.

Als schwerste Hürde für die MX-Gegner erwies sich am Ende jedoch die Koppelung dieser Rakete mit den Abrüstungsverhandlungen in Genf, was den Abgeordneten Carl Schumer aus New York zu dem Stoßseufzer veranlaßte: „Es ist ja nicht mehr so, daß die MX ein Handelsobjekt für Genf ist. Genf ist vielmehr zum Handelsobjekt für die MX geworden.“

# Jetzt Waffen aus Peking für Teheran?

rtr/DW. London

Israels Ministerpräsident Shimon Peres hat nach einem Bericht der Fachzeitschrift „Jane's Defence Weekly“ den Stopp aller Waffenlieferungen an Iran angeordnet. Peres habe dies in der Sorge getan, daß die von Israel gelieferten Waffen in die Hände schiitischer Milizionäre in Libanon gelangen könnten. Die Entscheidung des israelischen Regierungschefs sei auch davon beeinflußt worden, daß Irak in jüngster Zeit Interesse an engeren Beziehungen zu gemäßigten arabischen Staaten wie Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien zeige. Israel betrachtete bislang den seit 54 Monaten andauernden Golfkrieg als Schwächung der Möglichkeiten arabischer Staaten zu einem Angriff auf Israel.

Wie die britische Tageszeitung „Times“ gestern berichtete, soll Iran mit der Volksrepublik China einen auf zwei Jahre laufenden Vertrag über Waffenlieferungen abgeschlossen haben. Die „Times“, die sich auf einen Bericht der in London erscheinenden arabischen Zeitung „at-taqir“ berief, schrieb, das Waffengroßgeschäft solle einen Umfang von 1,6 Milliarden Dollar erreichen. Dies wäre die größte Waffenlieferung, die seit der Amtsübernahme Khomeinis 1979 zwischen Iran und einem anderen Land abgeschlossen wurde.

In dem Vertrag sei die Lieferung von chinesischen Nachbauten russischer Waffen vorgesehen, darunter zwölf Shen-Yang-F6-Kampfflugzeuge (Kopie der MiG 19) und 200 T-59-Panzer (Kopie des sowjetischen T 54). Ebenso soll die Lieferung von SAM-2- und SAM-7-Raketen vereinbart worden sein. Der iranisch-chinesische Vertrag könnte es Teheran ermöglichen, auf seiner „unflexiblen“ Haltung gegenüber Friedensverhandlungen zu beharren.

# Erwägt Craxi doch Gipfelverschiebung?

DW. Rom

Die Beratungen der Außenminister über die Süderweiterung der EG müssen nach Auffassung des italienischen Regierungschefs und amtierenden EG-Ratspräsidenten Bettino Craxi noch vor dem Europäischen Gipfeltreffen abgeschlossen sein, das morgen in Brüssel beginnt. In einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft stellte Craxi diese Forderung in den Vordergrund; er betonte, die Regierungschefs sollten sich dann zu Beginn ihrer Sitzung vorrangig mit dem geplanten integrierten Mittelmeerprogramm befassen.

In dem gestern in Rom veröffentlichten Schreiben stellte der EG-Ratspräsident nicht ausdrücklich eine Verschiebung des EG-Gipfels in Aussicht. In Rom hieß es jedoch gleichzeitig, Craxi erwäge einen solchen Schritt, falls die EG-Außenminister heute erneut keine Einigung über den Beitritt Spaniens und Portugals erzielen sollten.



# Bonn läßt sich alles offen

● Fortsetzung von Seite 1

zieren. Die Forschungen der USA sowie der Sowjetunion auf dem Gebiet neuer Raketenabwehrsysteme und die Probleme der Anti-Satellitenwaffen sollen in kooperative Lösungen einmünden. Die Skepsis Bonns gegenüber einer möglichen deutschen Forschungsbeteiligung wird aus dem Satz eines hohen Regierungsbeamten deutlich, der sagte: „Wir wollen nicht auf das falsche Pferd steigen, wenn wir überhaupt auf eines steigen.“

Die Stellungnahme der Bundesregierung zum SDI-Forschungsprogramm ist unabhängig vom Besuch einer US-Regierungsdelegation zustande gekommen, die gestern zwei Parlamentsausschüsse und die zuständige Arbeitsgruppe der Regierung über den bisherigen Stand des Projektes unterrichtete. Diese Delegation, angeführt von Unterstaatssekretär Robert Dean, war auf Einladung des Bundestages an den Rhein gekommen. Zu ihr gehörte auch der SDI-Projektleiter, General Abrahamson.

Das Kanzleramt nutzte die Gelegenheit ihrer Anwesenheit in Bonn und bat die Delegation deshalb auch zu einem Treffen mit der Arbeitsgruppe der Bundesregierung. Sie wird von Ministerialdirektor Teltschick vom Kanzleramt geleitet und versammelt Experten aus den Ressorts Auswärtiges, Verteidigung, Forschung, Wirtschaft und Finanzen. Von dieser Arbeitsgruppe war auch die jetzt von der Bundesregierung veröffentlichte Stellungnahme zu den amerikanischen SDI-Forschungsplänen vorbereitet worden.

Einen „vorbildlichen Umgang mit Verbündeten“ nannte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Rühe, im Gespräch mit der WELT die sich über Stunden hinziehende Unterrichtung der Bundestagsausschüssen für Verteidigung und Auswärtiges durch die amerikanische Expertengruppe. Unterstaatssekretär Dean, Chef des politisch-militärischen Büros im Außenministerium und der Leiter des amerikanischen SDI-Projekts, General Abrahamson, müssen die Mehrzahl der Abgeordneten nach allen verfügbaren Informationen vor allem von folgenden Punkten, die sie zum Teil mit Geheimmaterial untermauerten, überzeugt haben: Die Sowjets betreiben seit Jahren antiballistische Forschungen, für den Boden- und den Weltraumbereich, die in Grenzfällen sogar bis an Stationierung von Defensivsystemen heranreichen. So stellt das im sibirischen Kranojarsk angesiedelte sowjetische Großradar nach allen Erkenntnissen über seine Lenkbefähigung einen deutlichen Verstoß gegen den noch gültigen ABM-Vertrag aus dem Jahre 1972 dar.

Die Amerikaner machen sich große Sorgen, daß sich diese Forschungen, vermehrt um Maßnahmen im Zivilschutz und bei der Härtung von Kommandobunkern, mit der wachsenden Erstschlagskapazität des sowjetischen offensiven Arsenals verbinden und damit zu einem unüberwindlichen Angriffs- und Abwehrpotential Moskaus führen. Die der Union angehörenden Parlamentarier äußerten sich entschieden zugunsten einer europäischen Beteiligung an der SDI-Forschung.

# Bonn: Elbgrenze bleibt tabu

■ Fortsetzung von Seite 1

„Rechtsgründe, aus denen heraus die Bundesregierung zu einer anderen Betrachtung gekommen ist, nicht bekannt“. Jedenfalls sei dem Gutachten „eine Würdigung dieser Rechtsgründe nicht zu entnehmen“. Windelen: „Das Gutachten baut im wesentlichen auf den Überlegungen der DDR auf.“ Die Bundesregierung ihrerseits habe ihre Rechtsauffassung der „DDR bereits Ende Februar in der Grenzkommission dargelegt“. Ost-Berlin habe, wie dies nicht anders zu erwarten gewesen sei, „dieser Darlegung widersprochen und sie hat ihre eigene Vorstellung gegenübergestellt“.

Die „Aktion“ der SPD nannte Windelen „ausgesprochen schädlich“ für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Windelen: „Ich finde es bestürzend, daß die SPD nunmehr die Verhandlungen über pragmatische Lösungen mit der DDR, die wir selbst wollen und die wir im Bereich des Umweltschutzes eingeleitet haben, abhängig macht von Konzessionen unsererseits in der Grenzfrage.“ Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen qualifizierte dieses Vorgehen so: „Jetzt kommt der unglückliche Herr Jansen ausgerechnet mit einer jener Fragen, die man im Augenblick nicht lösen kann und stellt sie in den Vordergrund, statt diejenigen Fragen mit uns und der DDR in Angriff zu nehmen, die uns helfen, ein Stück in der Entwicklung der Beziehungen voranzukommen.“ Die „Signale“, die Bundeskanzler Kohl und Wirtschaftsminister Bangemann von Honecker bekommen hätten, „deuten darauf hin, daß die DDR bereit ist, im Rahmen ihres Spielraums und ihres Eigeninteresses auf diesem Weg fortzuführen“.

Windelen äußerte die Erwartung, daß die „DDR auch in der Asylantenfrage Entgegenkommen zeigen wird. Diese Frage sei zwischen Kohl und Honecker in Moskau besprochen und hier ist wohl auch eine Prüfung in Aussicht gestellt worden“. Windelen: „Die jetzige Praxis beschwert uns sehr. Wir müssen von der DDR erwarten, daß sie nicht dazu beiträgt, Menschen, die ohne die notwendigen Einreisepapiere nach Europa kommen, ungehindert in andere Länder weiterreisen läßt.

# Kritik an Reagan „abenteuerlich“

DW. Bonn

Als „geradezu abenteuerlich“ hat der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn die Kritik des stellvertretenden Direktors des deutschen Informationszentrums in New York, Hans Wiessman, an dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan bezeichnet. Wiessman, persönlicher Referent des früheren Regierungssprechers Bölling, hatte im Hinblick auf Äußerungen Reagans, daß sich nur noch wenige Deutsche an den Zweiten Weltkrieg erinnern könnten, erklärt, der Präsident habe sich von Emotionen hinreißen lassen.

Das deutsche Informationszentrum, bei dem Wiessman tätig ist, untersteht der deutschen Botschaft in Washington und damit dem Auswärtigen Amt. Graf Huyn erklärte, es sei unglaublich, daß eine positive Äußerung Reagans zu Deutschland von einem Angehörigen des Auswärtigen Amtes öffentlich kritisiert werde. Er stellte die Frage, wer Wiessman auf diesen Posten gehoben habe. Personelle Konsequenzen müßten gezogen werden.

# CDU-Wirtschaftsrat ein Berufsverband

dpa, Köln

Der Wirtschaftsrat der CDU e. V. mit Sitz in Bonn, in dem nahezu alle bedeutenden Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland Mitglied sind, ist steuerlich als Berufsverband anzusehen. Dies hat der Erste Senat des Finanzgerichts Köln entschieden. Mit diesem Urteil entschied das Finanzgericht einen Rechtsstreit zwischen dem Finanzamt Bonn und dem im Bonner Vereinsregister eingetragenen Verein, der keine Unterorganisation der CDU ist. Das Urteil bedeutet für den Wirtschaftsrat, daß er zum Teil von der Umsatzsteuer befreit wird. (AZ: 330/82 U)

## Blankes Entsetzen

**J. G.** – Von den letzten Bundesgenossen, den Belgiern, Holländern und Briten, verlassen, gab die Bundesregierung durch ihren Wirtschaftsminister auf der EG-Ministerratssitzung in der Nacht zum Mittwoch ein folgenschweres Placet. Im letzten Aufgalopp der nun „verbindlich" mit dem Auslauf dieses Jahres endenden Subventionslawine dürfen die Staatsgelder in die Stahlindustrien der EG-Nachbarn, voran in Frankreich und Italien, von 20 auf 30 Milliarden DM aufgestockt werden. Dies ohne Auflagen für weiteren Kapazitätsabbau.

Blankes Entsetzen erfaßt ob solchen „Europa-Friedens" die im Vergleich zu ihren Nachbarn lächerlich dürftig subventionierten deutschen Stahlproduzenten. Mit dem Linsengericht, daß die von ihnen nie gewollte und in der EG nun auf die Irrsinns-Summe von fast 110 Milliarden Mark anschwellende Subventionslawine denn doch endlich gestoppt werde, sind sie zu Recht nicht zufrieden. Subventionen, die jetzt bis zu mehr als der Hälfte des Umsatzes reichen, werden natürlich auf Jahre hinaus den subventionsfrei Tüchtigen in aussichtslose Lage bringen.

Dies meint der deutsche Stahlproduzentenverband mit seinem Kommentar, die Bundesregierung „mußte sich im klaren sein, daß sie den deutschen Unternehmen nun einen Ausgleich verschaffen muß". Der kann jetzt nur noch in „Abwehr-Subventionen" zum Schutz deutscher Arbeitsplätze bestehen. Eine schreckliche Vision, die allenfalls durch weitere Konjunkturerholung des Stahlgeschäfts gemildert werden kann.

## Preispolitik

**J.Sch.** (Paris) – Die Preispolitik der französischen Regierung orientiert sich weniger an ihren allgemeinen Liberalisierungsbekenntnissen als am amtlichen Lebenshaltungskostenindex. Um ihn zu entlasten, wurden zuletzt die Benzinpreise freigegeben. Wo es keine Konkurrenz gibt, bleiben die Preise behördlich reglementiert. Unter dieser Voraussetzung sollen bis zur Jahresmitte Dreiviertel aller Industriegüterpreise von den Produzenten frei festgesetzt werden können (gegenwärtig sind es etwas mehr als die Hälfte). An der generellen Blockierung der Handelsspannen wird sich dagegen vorerst nichts ändern. So blieb der französische Handel auch auf seiner Generalversammlung mit den Liberalisierungsforderungen ungehört. Auch die Oppositionsführer Barre und Chirac zeigten der Versammlung die Grenzen der Preisfreiheit auf. Schließlich besteht in Frankreich die Gefahr, daß nach einer Preisfreigabe in Erwartung des nächsten Preisstopps die Margen übermäßig erhöht werden. So war es schon unter dem sogenannten liberalen Regime.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Stahlsubventionen dürfen erhöht werden

# Deutsche Unternehmen sprechen von verschärfter Wettbewerbsverzerrung

W. HADLER/J. GEHLHOFF, **Brüssel/Düsseldorf**

Die EG-Regierungen dürfen ihre Subventionen für die Stahlindustrie nochmals aufstocken. Dies haben die Wirtschaftsminister nach längeren Beratungen in Brüssel vereinbart. Sie bekräftigten jedoch einen früheren Beschluß nach dem alle Beihilfen Ende 1985 auslaufen müssen. Den USA drohten sie mit Maßnahmen falls sie die europäischen Röhrenlieferungen durch einseitige Interpretation des Abkommens einschränken.

Der Beihilfenkompromiß beendet einen seit vielen Monaten schwelenden Streit. Während die Bundesregierung zusätzliche Subventionen zunächst nur unter der Bedingung zulassen wollte, daß sich die begünstigten Stahlunternehmen klar zu einem weiteren Kapazitätsabbau verpflichten, hatten Frankreich, Italien, Belgien und Luxemburg die Aufstockung der 1983 genehmigten Beihilfen als eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg ihrer Umstrukturierungsbemühungen gefordert.

Im Rat stand Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann vor der Wahl, entweder die Partnerländer in die Illegalität zu zwingen oder die zusätzlichen Beihilfen zu sanktionieren und durch eine Reihe von Bedingungen wenigstens erträglicher zu machen.

Der Kompromiß schafft vor allem der EG-Kommission Entscheidungsspielraum. Sie muß bei der Genehmigung der Beihilfen gewährleisten, daß die im „Beihilfen-Kodex" der EG von 1981 aufgestellten Voraussetzungen erfüllt sind. Alle Subventionen müssen zum Beispiel dem Ziel dienen durch den Abbau veralteter Kapazitäten die Lebensfähigkeit der Unternehmen zu sichern. Die zusätzlichen Zahlungen dürfen nur zur finanziellen Restrukturierung der Unternehmen und für soziale Zwecke verwendet werden, nicht aber zu Preissenkungen für die eigenen Produkte.

Die Kommission kann also, wenn sie dies für geboten hält, zusätzliche Kapazitätsstillegungen verlangen. Allerdings hat sich Frankreichs Industrieministerin Edith Cresson durch eine Klausel in dem Kompromißpapier zumindest kurzfristig gegen entsprechende Auflagen gewappnet. Der zusätzliche Kapazitätsabbau dürfe nicht die in Gang befindlichen Umstrukturierungsprogramme stören, heißt es darin. Frau Cresson machte geltend, daß Frankreichs Programm zur Sanierung der Stahlindustrie in den kommenden drei Jahren bereits zu einem Abbau von rund 40 Prozent der bisherigen Arbeitsplätze führe.

Italien hat bei der Kommission die Genehmigung zusätzlicher Beihilfen in Höhe von 4,9 Mrd. DM beantragt, Frankreich von 3,3 Milliarden. Dagegen glauben die Luxemburger mit 558 Millionen, die Belgier mit 400 Mill. DM auszukommen. Der Umstrukturierungsprozeß in der EG macht inzwischen große Fortschritte. So sind von den überschüssigen Kapazitäten von 30 bis 35 Millionen Tonnen bisher 25,3 Millionen Tonnen stillgelegt worden.

In der Erklärung zum Röhrenstreit heißt es: Die Haltung der amerikanischen Administration entspreche weder dem Geist noch dem Buchstaben der früheren Arrangements. „Der Rat unterstreicht mit Entschiedenheit, daß die Gemeinschaft auf das Schärfste auf einseitige ihr aufgezwungene Maßnahmen reagieren würde und ersucht die Kommission unverzüglich jede mögliche Gegenmaßnahme zu untersuchen."

Eine „unerträgliche" Verschärfung der Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Werke nennt die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, den Brüsseler Subventions-Kompromiß. Die Folgen dieser Entscheidung würden die deutschen Unternehmen noch auf Jahre hinaus belasten und Arbeitsplätze kosten, – selbst wenn mit Ende 1985 die Subventionen zu Ende sein sollten.

Unter den durch den neuen Subventionsschub verfälschten Marktbedingungen könne auch die leistungsstarke deutsche Stahlindustrie nicht mehr aus eigener Kraft konkurrieren: „Die Probleme der Stahlindustrie, die in Brüssel hätten gelöst werden müssen, liegen nun in Bonn auf dem Tisch."

DEUTSCHES PATENTAMT

# Die Zahl der nationalen Anmeldungen ist gestiegen

DANKWARD SEITZ, **München**

Der Trend der Patentanmeldungen in der Bundesrepublik Deutscheland signalisiert, daß die technische Leistungsfähigkeit der deutschen Erfinder und der Industrie ungebrochen ist. Wie Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes in München, bei der Vorlage des Jahresberichts 1984 meinte, stellt die Zunahme der Neuzugänge aus dem Inland um ein Prozent auf 31 984 (31 658) Anmeldungen – gegenüber dem Jahr 1980 immerhin ein Plus von knapp zehn Prozent – eine „durchaus beruhigende Zahl" dar.

Noch positiver erscheint die Situation, wenn man berücksichtigt, daß zudem beim Europäischen Patentamt die nationalen Anmeldungen mit rund 7500 um über 12 Prozent zugenommen haben. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der Anträge aus dem Ausland, nach Angaben von Häußer, bei insgesamt 45 209 (47 103) Anmeldungen um weitere 14,3 (10) Prozent auf 13 225 zurückgegangen. Bemerkenswert dabei ist vor allem neben dem erneuten Minus japanischer Anmeldungen von 3,4 (19) Prozent auf 4231 der starke Rückgang aus den USA von 19 (10) Prozent auf 3095. Insgesamt erhöhte sich der deutsche Anteil damit auf 70,7 (67,2) Prozent.

Eine unverändert starke Position bescheinigte Häußer der deutschen Industrie im Maschinenbau (7508 nach 7865 Anmeldungen). Entscheidende Erfolge hatte die Industrie 1984 auf den Gebieten Schadstoffemission bei Großfeuerungsanlagen, während in der Mikroelektronik „erheblicher Nachholbedarf" bestehe.

Häußer vertrat die Ansicht, daß die Qualität der deutschen Entwicklungen gleichwertig zur ausländischen Konkurrenz war. Die größte Innovationskraft entwickelten wieder kleine und mittelständische Unternehmen, von denen etwa 60 Prozent der Anmeldungen kamen. Aufgegliedert nach Bundesländern nimmt Baden-Württemberg die Spitzenstellung vor Berlin und Bayern ein. Größter „Einzelkunde" des Patentamts war wieder die Siemens AG mit über 2000 (1700) Erfindungen.

„Wenn wir uns auch keine Sorgen über unsere Leistungsfähigkeit machen müssen", so könne die Effektivität der Forschung durch umfassendere Informationsmöglichkeiten gesteigert werden. Wegen mangelnder Informationen würden so heute etwa 15 Milliarden Mark von dem gesamten Forschungsmitteln Bonns in Höhe von 50 Milliarden in bereits bekannte Entwicklungen fließen.

Zudem bemängelte Häußer, daß in der Bundesrepublik Erfinder noch immer nicht genügend Unterstützung finden. Da müssen zum einen die Industrie eine größere Bereitschaft zeigen, Entwicklungen unbefangener und schneller anzunehmen. Auf der anderen Seite wäre es notwendig, durch steuerliche und sonstige finanzielle Anerkennungen ein „erfinderfreundliches Klima" zu schaffen.

## Sinneswandel

von CLAUS DERTINGER

Die vom – inzwischen allerdings unterbrochenen – Höhenflug des Dollar verursachte D-Mark-Abwertung macht's möglich, was vorgestern auf dem Bankentag zumindest für die nicht in die Intimgedanken der Bundesbank eingeweihten Banker wie eine Sensation wirkte: Das Drängen des Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl auf eine verstärkte Internationalisierung des deutschen Geld- und Kapitalmarktes.

So überrascht waren die Bankiers, weil es ja die Bundesbank selbst war, die sich aus Sorge um die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik nicht mit dem Gedanken an die Öffnung des deutschen Marktes für manche international längst etablierten neuen Finanzinstrumente anfreunden konnte. Vor allem hat sie mit der Mindestreserve für ausländische Einlagen bei deutschen Banken verhindert, daß die Bundesrepublik mit anderen großen internationalen Finanzzentren erfolgreich konkurrieren konnte.

Der Sinneswandel in Kreisen der Bundesbankspitze, den Pöhl jetzt erstmals öffentlich signalisiert hat, wird von den Bankiers natürlich begrüßt. Denn für ihr Geschäft ist es nur gut, wenn die Bundesrepublik als Finanzplatz auch international an Attraktivität gewinnt.

Für die Notenbank ist die stärkere Einbindung der deutschen Märkte in die internationale Finanzszene freilich kein Selbstzweck. Ihr geht es vielmehr darum, die vom Dollar gedrückte D-Mark wieder zu stärken. Diesen Effekt erhofft sich der Notenbankchef, wenn die D-Mark international nicht nur als Anlagewährung, sondern auch als Transaktionswährung mehr genutzt wird als in der letzten Zeit, in der sie wegen der wachsenden Bedeutung des Dollar wieder etwas in den Hintergrund gedrängt worden ist.

Der erste Schritt in diese Richtung war im letzten Jahr die Abschaffung der Kuponsteuer für ausländische Käufer von D-Mark-Inlandsanleihen. Jetzt denkt die Bundesbank an die Einführung von Finanzinnovationen, die im Ausland üblich sind, zum Beispiel Zerobonds, Zinstermingeschäfte, handelbare Depositenzertifikate und Kreditgeschäfte, die ein Mittelding zwischen Geldmarkt- und Kapitalmarkttransaktionen sind. Pöhl will zwar nicht alles übernehmen, was im Ausland Furore gemacht hat. Aber er möchte verhindern, daß die Bundesrepublik den Anschluß an die internationalen Märkte verliert, daß die D-Mark und das deutsche Bankensystem international wettbewerbsfähig bleiben. Schließlich bleibt ja auch der Bundesbank nicht verborgen, daß Geschäfte, die hier nicht erlaubt sind, einfach ins Ausland abwandern oder daß der so erfinderische Markt andere Schlupflöcher findet, wie Pöhl auf dem Bankentag sagte.

Die Blüte deutscher Banktöchter in Luxemburg ist das beste Beispiel dafür, wie hemmende deutsche Vorschriften Bankaktivitäten ins Ausland abdrängen. Über diesen Platz läuft mittlerweile das Gros des Eurogeschäfts der deutschen Kreditwirtschaft. Der Reiz gerade dieses internationalen Finanzzentrums liegt für die deutschen Banken hauptsächlich in der Mindestreservefreiheit des Einlagengeschäfts.

Viele Eurogeschäfte könnten aber genauso gut über die Bundesrepublik laufen, wenn die Banken hier die gleichen Wettbewerbsbedingungen hätten, wenn also Gelder von Ausländern, die auch an Ausländer wieder ausgeliehen werden, nicht mehr der „Strafsteuer" Mindestreserve unterworfen werden. Eine Verlagerung solcher Geschäfte auf die Banken im Inland würde die Attraktivität des deutschen Marktes sicherlich stärken. Da das Mindestreservethema kein Tabu mehr für die Bundesbank ist, wie Pöhl sagte, besteht nun die Chance, daß die Banken das bekommen, was sie immer schon haben wollten.

Wie weit die Bundesbank bei einer Modifikation der Mindestreserveregelungen geht, bleibt freilich abzuwarten, denn das Thema dürfte innerhalb der Bundesbank nicht ganz unumstritten sein; denn die Geldpolitik würde tangiert, wenn sich die Banken nicht streng an die Grenzen zwischen Geschäften mit rein ausländischen Partner und anderen Geschäften hielten. Aber Umgehungsmöglichkeiten gab es auch jetzt schon. Deshalb sollte die Bundesbank nicht allzu pingelig sein.

## AUF EIN WORT

» Ich bin sicher, daß sich durch die jetzt gegebene Rechtssicherheit die Kaufzurückhaltung relativ kurzfristig lösen wird. Der Wille zur Motorisierung ist nicht nur ungebrochen, im Gegenteil, er hat steigende Tendenz. «

Fritz Haberl, Präsident des Zentralverbandes des Kfz-Gewerbes.
FOTO: DIE WELT

## Schwacher Dollar drückt die Kurse

cd. **Frankfurt**

Die Ängste vor einer Bankenkrise in den USA überschatteten gestern die Finanzmärkte. Sie schwächten das Vertrauen in den Dollar und drückten ihn zeitweilig um fast neun Pfennig auf 3,14 DM. Der amtliche Kurs wurde mit 3,1623 DM notiert, nach 3,2316 am Dienstag. Die Schwäche des Dollars veranlaßte an der deutsche Börse institutionelle Anleger und Spekulanten zu Positionsauflösungen, weil mit niedrigeren Dollarkursen die Supergewinne einer Reihe von Exportunternehmen zurückgehen. Besonders schwach waren die Farbenwerte mit Verlusten bis zu drei Prozent des Kurswertes, ferner Auto- und Stahlaktien sowie einige Banktitel. Dagegen hat sich der Kursaufschwung am Rentenmarkt fortgesetzt.

LAGEBERICHT

# Wohnungsbaunachfrage auf Tiefpunkt von Ende 1981

HEINZ HECK, **Bonn**

Ungeachtet des winterlichen Konjunktureinbruchs bleibt das Wirtschaftsministerium optimistisch: „Nach der Jahreswende hat sich die Aufwärtsbewegung fortgesetzt", heißt es im jüngsten Lagebericht. Wie bereits Mitte März in der vorläufigen Fassung mitgeteilt, lag das Bruttosozialprodukt im letzten Quartal 1984 um 2,9 Prozent über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums und um 1,5 Prozent über dem dritten Quartal 1984. Für 1984 insgesamt wird ein reales Wachstum von 2,6 Prozent gegenüber 1983 ausgewiesen.

Die am Ifo-Konjunkturtest beteiligten Industriefirmen berichteten „über eine spürbare Besserung ihrer Geschäftslage". Die Tendenz der Auftragseingänge zeige weiter nach oben, vor allem bei Ausrüstungsgütern. „Die Inlandsnachfrage stand der positiven Entwicklung der Auslandsbestellungen kaum nach", heißt es. Im einzelnen verbuchten die Investitionsgüterhersteller im Dezember/Januar gegenüber Oktober/November ein Auftragsplus von vier Prozent. Besonders ausgeprägt war die Entwicklung im Maschinenbau und der Elektrotechnik. Die Automobilnachfrage ging dagegen im Januar deutlich zurück, kam aber im Zweimonatsvergleich noch auf zwei Prozent Zunahme.

Die Baunachfrage lag im vierten Quartal preis- und saisonbereinigt sechs Prozent niedriger als im dritten. „Das Niveau der Wohnungsbaunachfrage fiel auf den Tiefpunkt von Ende 1981 zurück", schreibt das Wirtschaftsministerium. Die abwärts gerichtete Tendenz sei darüber hinaus in fast allen Bausparten zu beobachten.

BAURECHT

# Schneider will Stellung der Freien Berufe verbessern

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Jeder soll auf seinem eigenen Grundstück so bauen können, wie es seinen Wünschen und Möglichkeiten entspricht." Bundesbauminister Oscar Schneider hält bestimmte staatliche Anforderungen wie etwa Umweltschutz oder Brandschutz zwar für unabdingbar, „aber die Erfüllung dieser Anforderungen muß nicht in jedem Fall auch vom Staat überprüft werden", sagte Schneider gestern während eines Kongresses der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU in Bonn.

Dies stärke die Position und die Verantwortlichkeit der freiberuflichen Fachplaner, sagte der Minister weiter, denen er allerdings eine ausreichende Haftpflichtversicherung empfahl: Wenn keine Behörde die Planungen mehr nachprüfe, müsse der Planer für eventuelle Fehler selbst einstehen.

Der Minister möchte außerdem eine bessere Verständlichkeit dieser gesetzlichen Anforderungen erreichen, „denn kein Mensch schaut hier mehr durch". Ebenso werde er dafür sorgen, daß Überholtes beseitigt werde wie die Vorschriften über Krankheitserreger aus dem Jahr 1917, wo es heißt, „daß die Räume für Licht überall, namentlich in den Winkeln, leicht zugänglich sind".

Der CDU-Abgeordnete Jürgen Doss plädierte dafür, öffentliche Dienstleistungen soweit wie möglich auf die Freien Berufe zu verlagern: „Ich kenne keinen Bebauungsplan, der besser wäre, nur weil er von einem Beamten im Bauamt entwickelt wurde." Bislang hätten Private große Schwierigkeiten, ihre Leistungsfähigkeit zu beweisen. Dies müsse anders werden, „denn nicht die Freiberufler, sondern die öffentlichen Stellen fürchten den Wettbewerb".

## WIRTSCHAFTS ● JOURNAL

### Zwei Milliarden Mark Leistungsbilanzüberschuß

**Wiesbaden** (dpa/VWD) – Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik hat im Februar 1985 mit einen Überschuß von 1,9 Mrd. DM abgeschlossen, nachdem im Vormonat noch ein revidierter Fehlbetrag von 0,8 Mrd. DM ausgewiesen worden war. Im Februar 1984 hat der Überschuß in der Leistungsbilanz, in die neben dem Außenhandel die Dienstleistungen und Übertragungen eingehen, eine Milliarde DM (revidiert) betragen, teilte das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, gestern mit. Der Überschuß in der Handelsbilanz hat sich im Februar von 2,6 Mrd. auf 4,71 Mrd. DM (4,83 Mrd. DM) erhöht.

### Deutsche Bank: 12 Mark

**Frankfurt** (cd.) – Unverändert bleibt bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt, die Dividende von 12 Mark je Aktie sowie die Dotierung der offenen Rücklagen mit 150 Mill. DM. Der Vorstand soll für fünf Jahre ermächtigt werden bis zu 300 Mill. Dollar Optionsschuldverschreibungen zu begeben. Ferner hat der Aufsichtsrat in seiner gestrigen Sitzung personelle Veränderungen beschlossen: Die Direktoren Gerd Schmitz-Morkramer und Werner Schwilling wurden zu Generalbevollmächtigten ernannt, die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Wilfried Guth und Robert Ehret sollen anstelle von Franz Heinrich Ulrich und Hans Feith in den Aufsichtsrat gewählt werden.

### Weniger Rohölimporte

**Eschborn** (dpa/VWD) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik sind in den ersten beiden Monaten gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 12,5 Prozent auf 10,7 Mill. Tonnen zurückgegangen. Nach vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, sind dafür aufgrund gestiegener Importpreise mit 7,27 Mrd. DM 4,3 Prozent weniger bezahlt worden als im Januar und Februar 1984.

### Exportbeschränkung

**Tokio** (dpa/VWD) – Der japanische Handelsminister Keijiro Murata wird eine neue Obergrenze für japanische Auto-Exporte in die USA festlegen, obwohl US-Präsident Ronald Reagan auf eine Erneuerung des Abkommens über „freiwillige" Beschränkungen verzichtet hatte. Die Grenze wird zwischen 2,2 Mill. und 2,4 Mill. Autos pro Jahr liegen.

### Kanzler-Zusage gefordert

**Düsseldorf** (dpa/VWD) – Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) zu einer verbindlichen Erklärung aufgefordert, daß der Bund auch künftig die Lieferung deutscher Kokskohle an die Stahlindustrie finanziell unterstützt. Der Vertrag zwischen der Ruhrkohle und den Stahlunternehmen, der die Liefer- und Abnahmebedingungen für heimische Kokskohle regelt, läuft 1988 aus.

### Zurückhaltung läßt nach

**Bonn** (dpa/VWD) – Das Kfz-Gewerbe in der Bundesrepublik erwartet, daß sich nach den Brüsseler Beschlüssen zur Einführung schadstoffärmerer Autos die Kaufzurückhaltung auflöst. Dennoch wird bis zum Jahresende mit einem Verkaufsrückgang gegenüber dem Vorjahr von 200 000 Fahrzeugen gerechnet, sagte der Präsident des Zentralverbands des Kraftfahrzeuggewerbes, Fritz Haberl.

### Sondertarife genehmigt

**Berlin** (DW) – Die für den Berlin-Verkehr zuständigen Regierungsbehörden haben die beantragten Familien- und Standby-Tarife für das Jahr 1985 genehmigt. Die Sondertarife gelten vom 1. und 20. April, 29. Juni bis 25. August sowie vom 16. Dezember bis 12. Januar 1986 (ausgenommen 19. bis 22. Dezember und 4. bis 5. Januar).

US-HANDELSMINISTERIUM

# Neue Techniken schaffen auch neue Arbeitsplätze

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Aufgeräumt hat das US-Handelsministerium mit der weitverbreiteten Vorstellung, der technische Fortschritt vernichte Arbeitsplätze. Der Leiter der Abteilung Produktivität, Technologie und Innovation, Unterstaatssekretär Bruce Merrifield, geht davon aus, daß mit jedem neuen Arbeitsplatz im High-Tech-Bereich fünf bis 15 mittlere und einfache Unterstützungsjobs geschaffen werden. Unter „High Tech" fallen nach den Maßstäben der Behörde unter anderem Datenverarbeitung, Kommunikation, Chemikalien, Ingenieurwesen, Plastiks, Biogenetiks und Informatik.

Nach Merrifield verlieren die USA zwar jährlich etwa eine halbe Million Arbeitsplätze in den sogenannten Altindustrien wie beispielsweise Stahl. Neu hinzu kommen jedoch 3,5 Millionen Jobs. Seit dem Ende der Rezession im November 1982 betrug das durchschnittliche Monatsplus mehr als 300 000, wobei Präsident Reagans wirtschaftliches Erholungsgesetz von 1981, das den Unternehmen verbesserte Abschreibungen und Steuervorabzüge bescherte, als Auslöser diente. Damals wurde auch die Besteuerung der Kapitalgewinne auf 20 Prozent reduziert, was zur Bildung von 14 Milliarden Dollar Risikokapital führte.

Mit diesen Zahlen stützt Merrifield die These, daß in den USA eine „Unternehmer-Revolution" ausgebrochen sei: 1983 wurden rund 600 000 Firmen gegründet, 40 000 gingen pleite. 1984 erhöhte sich die Zahl neuer Betriebe auf 650 000, während nur etwa 15 000 schlossen. Laut Merrifield hat der Personal Computer einen Markt geschaffen, auf dem jedes Jahr 100 Mrd. Dollar umgesetzt werden.

OSTHANDEL / DIW: Unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Ländern

# Warenstruktur ist unbefriedigend

PETER WEERTZ, **Berlin**

Der Handel der Bundesrepublik mit den europäischen Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon) hat sich seit 1975 erstmals wieder deutlich belebt. Im Osthandel (ohne innerdeutschen Handel) wuchsen 1984 die Ex- und Importe der Bundesrepublik um elf Prozent auf 43,7 Mrd. DM.

Begünstigt wurde der Handel nach Ansicht des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durch das verstärkte wirtschaftliche Wachstum in Osteuropa und der Bundesrepublik. Freilich hat sich der Handel mit den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt. Die Bundesrepublik ist jedoch für die Sowjetunion und die übrigen osteuropäischen Länder ein wichtiger Partner im Westhandel. Am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik sind die RGW-Länder allerdings nur mit knapp fünf Prozent beteiligt.

Nach Angaben der Berliner Wirtschaftsexperten stiegen 1984 die westdeutschen Exporte in den Ostblock um 2,5 Prozent auf 20,21 Mrd. DM und die Importe um 18,9 Prozent auf 23,49 Mrd. DM. Hierbei übertrafen mit 10,76 Mrd. DM die Exporte in die UdSSR (minus 4,3 Prozent) die Ausfuhr in die übrigen RGW-Länder mit 9,54 Mrd. DM (plus 11,5 Prozent). Gleichzeitig wuchsen die Importe aus der Sowjetunion – zu 81 Prozent Erdöl- und Gaslieferungen – um 21,6 Prozent auf 14,33 Mrd. DM und die der kleineren RGW-Länder um 14,8 Prozent auf 9,16 Mrd. DM.

Überrascht sind die Experten des Instituts über den hohen Überschuß der UdSSR gegenüber westlichen Ländern, der im OECD-Bereich 1984 bis September schon 2,2 Mrd. Dollar betrug. Infolge der Zurückhaltung der Sowjetunion bei den Importen aus westlichen Ländern in den vergangenen Jahren hat Moskau seine Netto-Verschuldung gegenüber dem Westen deutlich reduziert und zugleich Guthaben bei westlichen Banken erhöht. Zum Teil seien diese Guthaben notwendig, um die großen Getreidekäufe finanzieren zu können, vermutet das Institut.

Unbefriedigend ist nach wie vor die Warenstruktur der osteuropäischen Exporte. Der Anteil der Fertigwaren an den Exportgütern mit gut 50 Prozent hat sich zwar erhöht, ist aber noch immer zu gering. Längerfristig hält das Institut mehr konkurrenzfähige Exportgüter für erforderlich. Insgesamt beurteilt das Institut die künftige Entwicklung des Osthandels positiv. Die konsequente Konsolidierungspolitik trage erste Früchte. Die Guthaben der kleineren RGW-Länder bei westlichen Banken sind nach Angaben des DIW bis September 1984 bis auf 21,7 Mrs. Dollar gestiegen.

INVESTITIONEN

## Briten werben um Ausländer

fu, London

Ausländische Unternehmen, die in Großbritannien zu investieren beabsichtigen, werden von der Regierung in London auf keinen Fall in eine bestimmte Gegend des Landes gedrängt. Dies versicherte der Minister für Handel und Industrie, Norman Tebbit, bei der Vorstellung einer gemeinsamen Kampagne von Regierung und Privatwirtschaft, um mehr Auslandsinvestitionen nach Großbritannien zu locken. Firmen aus dem Ausland hätten jede Freiheit, neue Fabriken zu bauen und Arbeitsplätze zu schaffen, wo immer sie wünschten – ohne jede politische Einmischung, meinte Tebbit.

Die Investitionskampagne „Britain means Business" wird bis Ende dieses Jahres laufen. Zum ersten Mal werden dabei alle regionalen Agenturen, die für Investitionen in ihrem Gebiet werben, unter einen Hut gebracht.

Mit der Kampagne, die mit Regierungsmitteln gestützt und von etlichen Unternehmen getragen wird, soll an den Erfolg vom vergangenen Jahr angeknüpft werden, als 285 ausländische Unternehmen sich entschlossen hatten, im Vereinigten Königreich zu investieren. Dies war die bislang höchste Zahl und ein Anstieg gegenüber 1983 um 36 Prozent. Die Firmen investierten an die drei Mrd. Pfund (11,4 Mrd. DM) und schufen 28 000 neue Arbeitsplätze.

## NAMEN

**Wolfgang E. R. Stimpel**, langjähriger Leiter der Pressestelle des Unternehmensbereichs TeKaDe Fernmeldeanlagen der Philips Kommunikations Industrie AG, Nürnberg, vollendet am 29. März das 65. Lebensjahr und tritt in den Ruhestand.

**Walter Beer** (56), geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, ist zum Vorsitzenden des Vorstandes der Bundesknappschaft, Bochum, gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Rudi Nickels** (58), Recklinghausen.

Dr. **Eckard Schütz**, zuvor Geschäftsführer der Memorex GmbH, Frankfurt, ist seit dem 1. Januar 1985 bei der Dolan Consulting, Unternehmensberatung für Personalwirtschaft GmbH, Frankfurt, geschäftsführender Mitgesellschafter.

DEGUSSA / Starker Schub bei den Investitionen – Ok-Tedi-Probleme bringen keine Erschütterungen beim Ertrag

# Gute Chancen für weitere Dividendenerhöhung

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Für den Fall, daß die Ergebnisse im Metall- und Chemiekonzern der Degussa AG, Frankfurt, weiter steigen, schließt Vorstandschef Gert Becker eine weitere Dividendenerhöhung (1983/84: von 9 DM auf 9,50 DM je Aktie) für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) nicht aus. Die Chancen dafür scheinen gut zu stehen. So ist der Konzernumsatz – ohne den Edelmetallhandel, dessen Volumen von starken Preisschwankungen abhängt – in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahrs um 12 Prozent gestiegen. Einschließlich der Edelmetalle wurde das Vorjahresniveau erreicht. Dabei wurden im Chemiegeschäft die Erträge weiter verbessert, im Metallhandel wurde die Lücke des Vorjahres wieder aufgefüllt.

Der bisherige Geschäftsverlauf fiel gut genug aus, „daß wir gelassen in die zweite Geschäftsjahreshälfte gehen", merkt Becker zufrieden an. Und: „Neben angemessener Risikovorsorge und Bedienung des Grundkapitals erlaubt uns die günstige Ertragslage, durch gesteigerte Investitionen das Wachstum unseres Unternehmens zu beschleunigen." Mehr als 400 (1983/84: 288) Mill. DM sollen in diesem und auch im nächsten Geschäftsjahr in die Sachanlagen fließen.

Einen zusätzlichen Ertragsschub hat der Gesetzgeber ausgelöst. Nach einer Änderung des Einkommensteuergesetzes wird es 1984/85 erstmals möglich sein, die Edelmetallvorräte nach der Lifo-(last in – first out)-Methode zu bewerten. Das bisherige Lifo-Verbot hatte zur erheblichen Besteuerung von Scheingewinnen im Falle der teilweise drastischen Edelmetall-Preissteigerungen geführt. Die Ersparnis wird nach Schätzung von Finanzchef Robert Ehrt zweistellige Millionenbeträge „im mittleren Bereich", aber unter 50 Mill. DM ausmachen.

Als Risiko lastet auf der erfreulichen Entwicklung vor allem ein Engagement in dem Kupfer-Gold-Minenprojekt Ok Tedi in Papua-Neuguinea. Klimatische und technische Probleme haben den Erschließungsaufwand hier weitaus höher steigen lassen als geplant.

Ein gestrecktes Konzept, das die weitere Erschließung aus dem Cashflow der bereits angelaufenen Goldproduktion und damit die finanzielle Entlastung der beteiligten Partner (Metallgesellschaft, DEG, Staat Neuguinea, Amoco/USA, BHP/Australien) vorsieht, ist noch in der Diskussion. Doch selbst durch ein endgültiges Scheitern und den damit vollen Eintritt des Risikos „würde unser Abschluß für das Geschäftsjahr zwar beeinflußt, aber trotz der Größenordnung des Projekts nicht in einer Weise, daß eine der Ertragsentwicklung entsprechende Ausschüttung gefährdet wäre", beruhigt Finanzchef Ehrt.

Im vergangenen Geschäftsjahr haben die Umsatzsteigerungen – wiederum ohne Edelmetalle – um 16 und in der Chemie allein sogar um 19 (real 15) Prozent für eine erfreuliche Ertragsentwicklung gesorgt, obwohl der Konzernumsatz insgesamt bei 11 Mrd. DM stagnierte. So nahm der Jahresüberschuß um 22 Prozent auf 110 (90) Mill. DM zu; der Gewinn je Aktie (in dem 36 Mill. DM junge Aktien zur Hälfte berücksichtigt sind) stieg um 17 Prozent auf 30,50 (26) DM.

Auf die Zahl der Arbeitsplätze schlug die Expansion nur teilweise durch: Weltweit beschäftigte die Degussa 22 500 (21 400), im Inland 16 042 (15 440) Mitarbeiter.

| Degussa | 1983/84 | ±% |
|---|---|---|
| Weltumsatz (Mill.DM) | 11 122 | + 0,2 |
| dav. Ausland | 7507 | - 1,9 |
| AG | 9087 | - 1,1 |
| Mitarbeiter | 22 531 | + 5,4 |
| dav. Ausland | 6331 | + 9,5 |
| Brutto-Cash-flow [1] | 505 | + 15,7 |
| Netto-Umsatzrendite(%) | 1 | (0,8) |
| Sachinvestitionen | 287 | + 8,8 |
| Ausschüttung [2] | 51 | + 13,2 |
| Einbeh. Gewinn | 59 | + 31,1 |

[1] nach Ang. d. Unternehmens [2] Anteile Dritter: 0,2 Mill. DM.

GROSSBRITANNIEN / Öffnung des Börsenhandels geplant – Außenstehende können Mehrheit an Maklerfirmen erwerben

# Keine Trennung zwischen Broker und Jobber mehr

WILHELM FURLER, London

Für die Reform der Londoner Börse hat der Börsenvorstand zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Am 4. Juni stimmen die mehr als 4500 Mitglieder der Stock Exchange ab und entscheiden, ob es zu der von der Regierung und vom Chairman der Börse, Sir Nicholas Goodison, angestrebten „Revolution im Finanz-Dienstleistungsbereich" kommen wird oder nicht. Im Zentrum der Reformen steht die Öffnung des Börsenhandels für Außenstehende. In- und ausländische Banken und andere Finanzinstitute sollen die Möglichkeit erhalten, eine Mehrheit von bis zu 100 Prozent an den an der Stock Exchange als Mitglieder tätigen Broker- und Jobberfirmen zu übernehmen.

Bislang schließen Brokerhäuser Wertpapiergschäfte nur auf fremde Rechnung, also nur für ihre Kunden ab; Jobber unterhalten ihre eigenen Wertpapierbestände und wirtschaften auf eigene Rechnung mit den Maklern. Diese strikte Funktionstrennung soll demnächst aufgehoben werden. Sie hat nämlich nicht nur dazu geführt, daß sich ausschließlich diese beiden Gruppen die Pfründe dieses lukrativen Geschäfts teilten und ihre festgesetzten Mindest-Maklercourtagen zu den höchsten in der Welt zählen, sondern auch daß viele dieser Häuser aufgrund der Abschirmung vom Wettbewerb erheblich unterkapitalisiert sind.

Um sich für solch ungewohnten Wettbewerb, nämlich ungehinderter Wertpapierhandel auf eigene Rechnung bei frei aushandelbaren Courtage-Sätzen, entsprechend zu rüsten, hat in den letzten zwölf Monaten unter den Broker- und Jobberhäusern die Suche nach potenten und bereitwilligen Übernahmeinteressenten eingesetzt, die inzwischen zu einer Welle von Zusammenschlüssen zwischen Brokern, Jobbern, Clearing- und Merchant-Banken, Geldhändlern und anderen geführt hat.

Praktisch alle großen britischen Banken haben sich bereits mit Makler- beziehungsweise mit Jobberhäusern liiert, wobei die Beteiligung bislang noch auf maximal 29,9 Prozent beschränkt ist. Den jetzt vom Börsenvorstand vorgelegten Vorschlägen zufolge soll diese Beschränkung mit Wirkung vom März nächsten Jahres aufgehoben werden, so daß dann, wie erwähnt, Beteiligungen von bis zu 100 Prozent an den Broker- und Jobberfirmen der Stock Exchange gehalten werden können. Mit Wirkung von Oktober 1986 soll die bestehende Mindest-Maklergebühr für Wertpapiertransaktionen abgschafft werden.

Darüber hinaus empfiehlt der Börsenvorstand, daß Außenseiter für ihren Zugang zur Stock Exchange bis zu 700 000 Pfund (gut 2,6 Mill. DM) zu zahlen haben, zwei Drittel davon über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg. Praktisch alle Mitgliedsfirmen der Stock Exchange halten heute einen Aktien-Anteil an der Börse. Den Vorschlägen zufolge soll dieser in fünf Anteile aufgeteilt werden, die frei gehandelt werden können und ihren Preis bis zu einer Höchstgrenze von 2000 Pfund selbst finden sollen. Jetzige Börsenmitglieder sollen künftig jeweils 50 Börsenaktien halten, wobei kleineren Firmen ein geringerer Anteil erlaubt werden soll.

Dagegen müssen Börsenmitglieder, die von Außenseitern kontrolliert werden, dem Entwurf des Börsenvorstands zufolge weitere 50 Börsen-Aktien halten, also mindestens 100. Gegebenenfalls wird die Stock-Exchange Aktien zum Preis von je 2000 Pfund herausgegeben. Darüber hinaus müssen von Außenseitern kontrollierte Mitglieder bis zu 500 000 Pfund über einen Zeitraum von nicht mehr als fünf Jahren als Mitgliedsbeitrag abführen. Bei der Abstimmung über Beteiligungen an Börsenmitgliedern genügt eine einfache Abstimmungsmehrheit der gegenwärtigen Börsenmitglieder. Andere Änderungsvorschläge erfordern eine 75prozentige Mehrheit.

Sir Nicholas hat jetzt die Geschäftsführer der Broker- und Jobberhäuser zu einer Versammlung gebeten, um die Gegner der Reform zu überzeugen. Vor allem kleinere Häuser, die bisher nicht in der Lage waren, sich an kapitalkräftige Außenseiter anzulehnen, befürchten, daß sie der angestrebten Liberalisierung zum Opfer fallen. Kritisiert wird aber auch an dem bevorstehenden Konflikt zwischen Anlageberatung und -verwaltung und dem reinen Emissionsgeschäft.

EINWEGVERPACKUNG / Diskussion im Kabinett

# Kompromiß in vier Schritten

HANS BAUMANN, Essen

Die Beratungen haben die Ausschüsse passiert, jetzt muß das Kabinett einen Gesetzentwurf diskutieren, der das Tauziehen um die Einweggebinde der Getränkeindustrie der Bundesrepublik beenden soll. Nach Meinung des Präsidenten des Vereins pro Mehrweg, Werner Zielasko, der gleichzeitig Präsident des Bundesverbandes des deutschen Getränke-Fachgroßhandels ist, wird das Gesetz wohl noch in diesem Jahr erlassen werden können. Mit den entsprechenden Verordnungen könnte es dann Anfang nächsten Jahres in Kraft treten.

Nach Zielasko findet der gefundene Kompromiß bei allen im Bundestag vertretenen Parteien Zustimmung. Ein solcher Kompromiß war notwendig geworden, weil der Gesetzgeber aus grundsätzlichen Erwägungen ein Einweg-Verbot (wie es etwa in Dänemark für Bier praktiziert wird) nicht wollte. Eine Abgabe auf Einweg wäre verwaltungstechnisch kompliziert gewesen, weil der Staat detailliert die Ausgaben aus diesen Einnahmen hätte ausweiten müssen.

So fand man den Ausweg innerhalb der Vorschriften für die Bepfandung von Leergut. Nach Werner Zielasko soll das Ziel der Eindämmung der Einweggebinde in vier Schritten erreicht werden:

1. Es wird die Kennzeichnungspflicht verordnet. Auf den Gebinden muß also deutlich zu lesen sein, daß es sich um Einwegverpackungen handelt.

2. Die Rücknahmepflicht für Einweggebinde (Flaschen und Dosen) wird verordnet.

3. Einweg- und Mehrgebinde sollen künftig in der Bepfandung gleichbehandelt werden. Generell soll das Pfand 30 Pfennig pro Flasche oder Dose betragen. Bisher ist nur die Mehrwegflasche mit einem Pfand von 15 Pfennig je Flasche belastet. Hiermit soll die Benachteiligung der Mehrwegverpackung aufgehoben werden.

4. Eine Verordnung legt fest, daß alle Händler, die Getränke anbieten, auch Mehrwegware führen müssen.

Dieser vierte Punkt wird in der Lebensmittelbranche „Lex Aldi" genannt, weil diese Kette versuchte, getreu ihrer Philosophie vom denkbar kostengünstigsten Umschlag bei kleinem Sortiment in rund 2000 Filialen nur mit Einweggebinden auszukommen. Das Angebot von Albrecht, in zehn Test-Filialen Mehrweg zu erproben und die Ankündigung, nun neben den Filialen Getränkemärkte zu eröffnen, werden als Versuch gewertet, die Verordnung zum Angebot von Mehrweg zu unterlaufen.

Die Ketten Tengelmann und Plus führen bereits Mehrweg. Nach Zielasko versuchten sie zunächst, mit niedrigen Preisen dieses Marktsegment möglichst klein zu halten. Inzwischen sei bei beiden Filialisten erkannt worden, daß Mehrweg sehr wohl ein gutes Geschäft sei, wenn man sich hochpreisig orientiere.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Dannenberg:** 1. F. Westermann, alleiniger Inh. Kaufm. Friedrich-Wilhelm Westermann 2. Rentnerin, vorm. Kauffrau, Wwe. Elfriede Westermann geb. Ordas; **Detmold:** Zalan-Furnier Ges. mbH, bad Salzuflen 1; **Dortmund:** Nedutherm Isolierglas u. verwaltungsges. mbH; **Düren:** Funken Metallbau GmbH; **Essen:** Nachl. d. Norbert Karetta; **Hannover:** Johann Bergmann, Laatzen; Nachl. d. Günther Weinecke; **Heidelberg:** Ferd. Rückforth Nachfolger Grundbesitz- u. Verwaltungsges. mbH; **Hof:** Ingeborg Hambach geb. Badmüller, Geschäftsinhaberin, Hof; **Köln:** EIBA-Wohnungsbau GmbH; **Lampertheim:** Omnia Immobilien u. Kapital-Vermittlungs GmbH, Viernheim; **Lübbecke:** Karl-Heinz Thane, Kaufmann, Rahden; **Mainz:** AGV Allgemeine Grundstücksverwaltung GmbH; **München:** S & L Software GmbH; Reifen-Fingerhut GmbH & Co. KG; Bühler & Hartmann Einrichtungs- u. Accessoires-Vertriebsges. mbH; **Remscheid:** GARANTA Mietgarantie GmbH, Solingen; **Stuttgart:** 1. Deeg GmbH & Co. Heizungsbau KG, Rudersberg 2. Deeg GmbH, Rudersberg-Lindental; **Völklingen:** STA Stahlarmierungs GmbH, Großrosseln; **Wuppertal:** Lindenhof Garten- u. Landschaftsbau GmbH.

**Anschluß-Konkurs eröffnet: Aschaffenburg:** Itec Bekleidungsproduktions- u. Vertriebsges. mbH, Mainaschaff; **Bremen:** Bremer Möbel Groß-Lager GmbH & Co. Einzelhandels KG; **Dortmund:** Helmut Stock, Bautechniker, Bergkamen-Rünthe; **Heidelberg:** Ferdinand Rückforth Nachfolger AG; **Hof:** ebe Gardinen E. Badmüller K.G.; **Mönchengladbach:** Rudolf Schardinel GmbH, Viersen 1.

**Vergleich eröffnet: Bremerhaven:** KG i. Siegbold-Werft Bremerhaven GmbH & Co.

WERZALIT / Im Inland zum Teil Geschäftsrückgang

## US-Tochter wächst kräftig

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Werzalit-Firmengruppe, Oberstenfeld / Württ., bedeutender Hersteller vor allem von Spanholzformteilen, sieht für das Jahr 1985 Licht und Schatten in der Geschäftsentwicklung. Da die Bautätigkeit im Inland weiter zurückgehen dürfte, hat sich das Unternehmen im Sektor der Bauprodukte (z. Balkonverkleidungen und Fassaden) auf einen weiteren Volumensrückgang eingestellt. Besser läuft es hingegen im Geschäft mit Gartentischplatten, einer Sparte, in der Werzalit eine führende Marktposition innehat. Hier rechnet Günter Hegemann, Sprecher der Unternehmensleitung dieses Familienunternehmens, „mit bescheidenen, weiteren Umsatzzuwächsen auf hohem Niveau". Auch bei der US-Tochter Werzalit of America werde sich das kräftige Wachstum der vergangenen Jahre „auf normalem Niveau" weiter fortsetzen.

Da Kostensteigerungen gegenwärtig großenteils nicht im Preis weitergegeben werden könnten, fährt Werzalit ein straffes Kosteneinsparungsprogramm, in das auch ein weiterer Abbau der Belegschaft eingebaut ist.

In 1984 ist der Gruppenumsatz leicht um 1,4 Prozent auf 143 Mill. DM angestiegen. Das kleine Plus resultiert aus dem Zuwachs des Geschäfts mit Sperrholz-Erzeugnissen sowie aus dem kräftigen Wachstum der US-Tochter, die den Umsatz um über 44 Prozent auf nunmehr 27 Mill. DM steigerte. Rückläufig waren dagegen die Umsätze in den Spanholzformteil-Werken Oberstenfeld und Berlin.

Der Exportanteil vergrößerte sich auf 18,4 (12,7) Prozent. Bei relativ günstiger Kostenentwicklung habe man, ohne daß dies präzisiert wurde, eine deutliche Verbesserung der Ertragslage erzielt. Die Gruppe zählt knapp 950 Mitarbeiter. Investiert wurden 18,5 (24) Mill. DM, das sind 110 (155) Prozent der Abschreibungen. Für 1985 sind 15 Mill. DM Investitionen vorgesehen, davon 3,6 Mill. DM im Berliner Werk und 4,4 Mill. DM in USA. Ein neuer Lizenzvertrag wurde mit Indien abgeschlossen, gute Chancen bestehen für eine Lizenzvergabe nach China. Weltweit wurden bislang 22 Lizenzen vergeben.

IMPORTKOHLE / Preisgünstigster Energieträger

## Ohne Versorgungs-Probleme

HANS BAUMANN, Essen

Die Importkohle hat sich in den vergangenen zehn Jahren zu dem mit Abstand preisgünstigsten Energieträger entwickelt. Das sagte Günter Winkelmann, Vorstandsvorsitzender des Vereins Deutscher Kohleimporteure, Hamburg, bei der Vorstellung einer neuen Kampagne für die Kohle aus Drittländern. Nach Winkelmann ergab sich für 1984 bei industrieller Verwendung ein Importkohlepreis von 165 DM je Tonne Steinkohleneinheiten (SKE). Die Preise für heimische Kraftwerkskohle lagen um 70 Prozent, für Erdgas um 135 Prozent, für schweres Heizöl um 140 Prozent und für leichtes Heizöl um 235 Prozent über dem für Drittlandskohle.

Winkelmann weist darauf hin, daß dieser erhebliche Wärmepreisunterschied die Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Energieerzeugung deutlich verbessert. Praxisnahe Kalkulation für industrielle Anwendungsbereiche, bei der jeweils die Wirtschaftlichkeit eines Kohlekessels mit einem Erdgaskessel gleicher Leistung verglichen wird, weist nach seiner Auskunft eine Verringerung der Gesamtjahresbetriebskosten von 23 bis 36 Prozent aus. Die Amortisationszeiten für Kohlefeuerungen betragen damit nur unter zwei bis knapp drei Jahre.

Die abbaubaren Welt-Kohlereserven betragen nach Auskunft des Vereins über 700 Mrd. Tonnen, wovon 60 Prozent in Ländern mit marktwirtschaftlichen Systemen lagern. „Problemlos", so Winkelmann, könnten am wachsenden internationalen Kohlemarkt die für die jeweiligen Prozesse besonders geeigneten Kohlesorten beschafft werden.

Importieren können die Unternehmen, die Wärme oder Prozeßdampf erzeugen, wenn sie nachweisen, daß sie damit Öl oder Gas ersetzen. Die Betreiber von Kraft-Wärmekoppelung (vornehmlich Kraftwerke) können bis 1987 eine Tonne Drittlandskohle beziehen, wenn sie zwei Tonnen Gemeinschaftskohle mehr abnehmen als sie kontrahiert haben. Von 1988 an soll das Verhältnis 1:1 lauten.

PHILIPS / Starke Gewinnbesserung – Im Unterhaltungselektronik-Geschäft „liegt das schwerste hinter uns"

## Eitel Sonnenschein auf vielen Elektro-Märkten

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Über eigenes Erwarten hinaus hat Hollands Elektro-Multi N. V. Philips gloeilampenfabrieken, Eindhoven, 1984 Umsatz wie Gewinn verbessert. Stolz und Hunger auf noch Besseres mischen sich im Kommentar, mit dem Vizepräsident C. J. van der Klugt diesen seit einem Jahrzehnt besten Philips-Abschluß vor der deutschsprachigen Presse in Düsseldorf präsentierte.

Motiv für den Stolz: Glatt verdoppelt gegenüber dem Vorjahr hat Philips die Wachstumsraten des Geschäfts auf 15,7 (7,4) Prozent im Wertumsatz und auf 10 (5) Prozent im Mengenabsatz. Und dabei den Gewinn nach Steuern um drei Viertel mit nun 2,3 (1,5) Prozent Umsatzrendite verbessert. Stattlich auch die Zunahme des Betriebsergebnisses um gar zwei Drittel auf nun 6,5 (6) Prozent des Umsatzes.

Motiv für den Hunger: Umsatzrelationen von 10 Prozent für das Betriebsergebnis und „drei bis vier" Prozent für den Gewinn nach Steuern seien denn doch erforderlich, meint der Vorstand, „um den Fortbestand des Unternehmens zu garantieren und die erforderliche Expansion zu ermöglichen".

In Wahrheit ist dieser weltweit operierende (und nebst nicht konsolidierter Grundig-Beteiligung auch mit etwa 10 Mrd. Gulden Umsatz auf deutschen Fabriken fußende) Konzern solchem Renditeziel schon 1984 näher gekommen, als ausgewiesen wird. Denn den Ertragssegen nutzte man auch für zwei „Sonderfälle": Erstens wurden die Rückstellungen für Umstrukturierungen (zumal in den Konzernbereichen Unterhaltungselektronik und Hausgeräte/Körperpflege) mit weiteren 725 (197) Mill. hfl und abzüglich Sondererträgen auch noch mit 363 (101) Mill. hfl dotiert. Zweitens folgten aus dem vorerst unerwartet verlustreichen Grundig-Engagement („das würden wir jeden Tag erneut eingehen") mit 160 Mill. hfl „Geschäftswert"-Abschreibung und nicht verratener (in gleicher Größenordnung zu schätzender) Beteiligung am 1984er Grundig-Verlust ähnlich hohe Sonderaufwendungen wie beim Nettoaufwand für die Struktur-Rückstellungen. Beides zusammen dürfte die ausgewiesene Betriebsergebnis/Umsatz-Relation um sicherlich 1,5 Prozentpunkte gedrückt haben.

Leisten konnte sich das der Konzern, der den 300 000 Eigentümern seiner „Aktionärsholding" (darunter Deutsche mit 10 Prozent Kapitalanteil) für 1984 die bislang höchste Dividende von 2 (1,80) Gulden je Aktie von 10 hfl Nominalwert ausschütten will, vor allem aus zwei Quellen der generellen Renditeverbesserung. Erstens brachte Nordamerika mit nun 31 (28) Prozent des Weltumsatzes ein mehr als verdoppeltes Betriebsergbnis von 921 (433) Mill. hfl. Zweitens bescherten die „konsumfernen" Konzernbereiche „Professionelle Produkte und Systeme" und „Industriezulieferungen" mit zusammen 48 (45) Prozent Weltumsatz-Anteil einen glänzenden Ertragsanstieg auf 2,8 (1,7) Mrd. hfl Betriebsergebnis.

Von solchem Glanz versöhnt, kommentiert der Vorstand mit Gelassenheit, daß die noch mit 22 (25) Prozent am Weltumsatz beteiligte Unterhaltungselektronik auf einen vergrößerten Betriebsverlust von 416 (194) Mill. hfl kam. Da habe man, wie jeder andere Anbieter auch, 1984 auf dem durch „Lagerabbau zu Schleuderpreisen" geprägten Europa-Markt eben Federn lassen müssen. Doch nach diesem Reinigungsgewitter und dank eigener Rationalisierung liege „nun das Schlimmste hinter uns", werde schon 1985, wie derzeit auch mit Preisfestigung bei Farbfernsehgeräten belegt, die Rückkehr ins Positive bringen.

Auch dies freilich unter dem Vorbehalt, daß weltweit der (zumeist moderate) Konjunkturaufschwung anhält. Nennenswerte Zweifel ob solchen Anhaltens läßt der Philips-Vorstand nicht erkennen. Nordamerika und Südostasien bleiben dabei wohl die Märkte mit den stärksten Wachstumsimpulsen. Dies auch mit Konsequenz für die Arbeitsplätze im alten Europa. Dank Gleichklang von Produktivitätssteigerung (pro Jahr 10 Prozent) und Mengenabsatzplus konnte der Konzern 1984 zwar erstmals wieder seine Gesamtbelegschaft leicht aufstocken; in Europa jedoch sank sie noch um 2600 (6300) auf 212 000 Leute.

| Philips | 1984 | ±% |
|---|---|---|
| Umsatz (Mill. hfl) 1) | 53 804 | + 15,7 |
| Betriebsergebnis | 3473 | + 24,8 |
| in % vom Umsatz | 6,5 | (6,0) |
| davon aus Holland | 594 | + 3,5 |
| Belegschaft | 344 000 | + 0,9 |
| davon in Holland | 68 300 | + 1,5 |
| Sachinvestitionen | 3843 | + 54,3 |
| Sachabschreibungen | 2748 | + 30,0 |
| Gewinn nach Steuern 2) | 1246 | + 76,5 |
| Reingewinn 3) | 1113 | + 66,9 |
| davon in Gewinnrücklage | 686 | + 126,0 |

1) 1 hfl = 0,89 DM. 2) Darin 182 (140) Mill. hfl Gewinnanteile Konzernfremer. 3) Einschließlich 49 (101) Mill. hfl Gewinnanteile bei nicht konsolidierten Beteiligungen und ohne die Gewinnanteile Konzernfremder.

LÖWENBRÄU / Absatzeinbußen in allen drei Bereichen – 65 Prozent des Sortiments sind Spezialbiere

## Im schlechten Umfeld noch ordentlich geschlagen

S. EDENHOFER, München

Die Münchner Löwenbräu AG mußte im abgelaufenen Geschäftsjahr (30. 9.) in allen drei Geschäftsbereichen Absatzeinbußen hinnehmen: Der Hektoliterabsatz ging im Inland um 2,4 Prozent auf 958 560 zurück. Der Export sank von 344 000 auf 332 189 Hektoliter. An Löwenbräu-Lizenzbier wurden weltweit nur noch 2,4 gegenüber 2,6 Mill. Hektoliter verkauft. Vor allem in den USA gingen über 100 000 Hektoliter verloren.

Wegen des hohen Dollarkurses trinken die Amerikaner heute vorzugsweise das nur noch unwesentlich teurere Importbier. Trotzdem hält die Verwaltung die Vergabe von Lizenzen für den richtigen Weg und will an dieser Politik festhalten. Vorstandsvorsitzender Anton Schwarz: „Geschäftspolitische Entscheidungen darf man nicht von kurzfristigen Wechselkursveränderungen abhängig machen."

Den Absatzrückgang im Inland begründet die Löwenbräuverwaltung mit dem in Süddeutschland besonders starken Rückgang des gesamten Bierkonsums (minus 3,3 Prozent). In diesem Umfeld habe sich die Brauerei „noch recht ordentlich" geschlagen.

65 Prozent des Löwenbräusortiments bestehen heute aus Spezialbieren. Weißbier hat einen Anteil von 17 Prozent, Pils von 12 Prozent. Der Pilsanteil stagniert, weil man bei Preisen von 18 Mark für eine Kiste „Der Löwenbräu" an der Obergrenze liege. Trotzdem hält Schwarz eine Bierpreiserhöhung für dringend erforderlich. Schwarz: „Alle brauchen eine solche Preiserhöhung, wegen der Überkapazitäten ist sie aber schwer durchzusetzen."

Der Umsatz der Brauerei ging um 2,7 Prozent auf 208 Mill. DM zurück. Die Zahl der Beschäftigten von 922 auf 875 Mitarbeiter. Die Gewinn- und Verlustrechnung läßt kein klares Bild über die Ertragslage des Unternehmens zu, weil nach einer Betriebsprüfung in der Höhe nicht genau ausgewiesene Steuern dem Unternehmen erstattet wurden. Den Hinweis der Verwaltung, das Unternehmen sei „gesünder als man glaube", stützt der gestiegene Gewinn je Aktie, der 18,11 DM gegenüber 15,60 DM im Vorjahr betrug. Auch der Cash flow hat sich von 28,7 auf 34,8 Mill. DM erhöht.

Der Jahresüberschuß von 1,91 Mill. DM wird für eine Ausschüttung von 16 Prozent Dividende und 3 Prozent Bonus auf 10 Mill. DM Kapital verwendet.

Im laufenden Geschäftsjahr wird es noch zu wichtigen Entscheidungen über den neuen Standort der Löwenbrauerei kommen, die nach einem Vorstandsbeschluß vom 6. November 1984 mit Sudhaus und Verwaltung aus dem Münchner Zentrum nach Neubiberg am Stadtrand ziehen will. Löwenbräu braucht dazu ein Gelände von rund 24 Hektar, wovon in Neubiberg 8 Hektar auf Münchner Boden liegen würden. Damit bliebe Löwenbräu eine Münchner Brauerei. Die Investitionen für den Neubau von Braustätte und Verwaltung inklusive Grundstück werden von der Löwenbräu AG zur Zeit mit 300 Mill. DM inklusive Grundstück angesetzt.

KOLBENSCHMIDT

## Keine Prognose zur Dividende

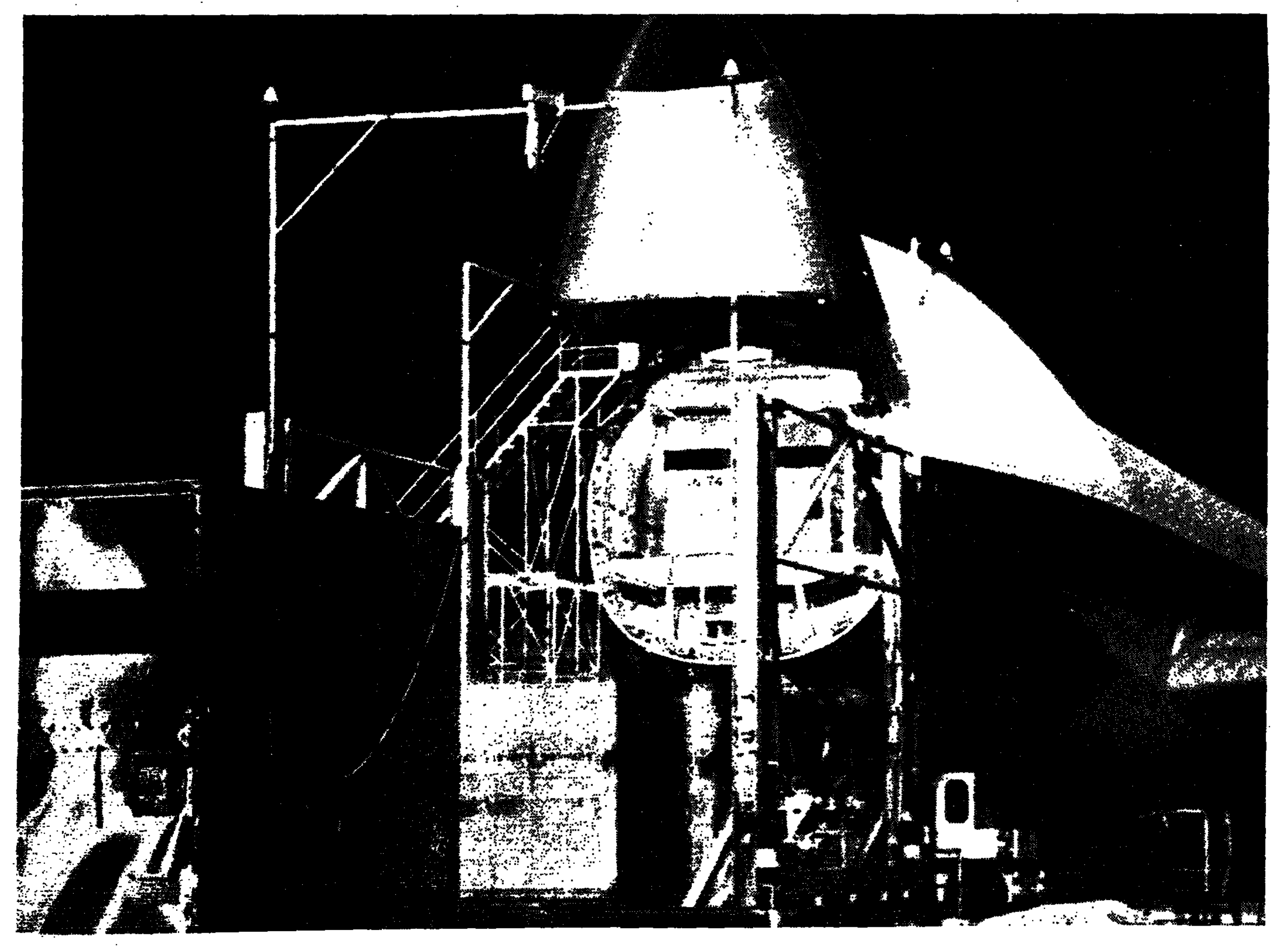
WERNER NEITZEL, Neckarsulm

Auf der ersten Hauptversammlung der Kolbenschmidt AG, Neckarsulm, von der vor Jahresfrist 37,5 Prozent des Aktienkapitals von 80 Mill. DM breit gestreut und an der Börse eingeführt wurden, machten einige Aktionärssprecher aus ihrer Enttäuschung keinen Hehl. Anstoß genommen wurde nicht nur an der Kursentwicklung (die Aktie notierte am Tage vor der Hauptversammlung nur 1 DM über Emissionskurs von 160 DM), sondern auch an den gedämpften Aussagen über die Ertragserwartungen.

Für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) werden 12 Prozent Dividende auf die im Besitz der Metallgesellschaft befindlichen 50 Mill. DM Aktien und 6 Prozent auf die breit gestreuten und für ein halbes Jahr gewinnberechtigten 30 Mill. DM Aktien gezahlt. Vorstandsvorsitzender Otto W. Asbeck lehnte es ab, eine Dividenden prognose für das laufende Geschäftsjahr zu geben. Man rechne mit einer gewissen Beeinträchtigung in der Umsatzentwicklung. Das auch auf dem Gebiet der Herstellung von Motorkolben tätige Unternehmen hat laut Asbeck in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres den Umsatz des Vergleichszeitraums des Vorjahres um „reichlich zehn Prozent" übertroffen.











# Kräftiger Kursrutsch bei den Aktien

## Verkäufe des Berufshandels stießen auf geringe Aufnahme

**DW. – Die deutschen Aktienkurse machten einen kräftigen Rutsch nach unten, ohne daß es dabei zu größeren Umsätzen kam. In erster Linie kam das Material aus Kreisen des Berufshandels, doch blieb die Aufnahmeneigung gering und erwachte überhaupt erst auf deutlich niedrigerem Niveau. Verunsichert hat unter anderem auch die Dollar-Entwicklung. Im Verlauf der zweiten Stunde stabilisierten sich die Kurse auf dem niedrigeren Niveau, aber zu nennenswerten Käufen kam es kaum noch. Damit blieben die Umsätze vergleichsweise klein.**

Von den Farbennachfolgern sanken BASF unter die 200-DM-Marke. Hoechst konnten sich mit 201 DM eben über dieser Marke halten. Ähnlich groß waren die Kursrückgänge bei den Elektro- und Elektronikwerten. Großbanken wurden etwas zurückgenommen. Weniger ausgeprägt waren die Tagesverluste bei den Warenhäusern. Auch Stahlwerte waren stärker rückläufig. In engeren Grenzen hielt sich die Abschwächung bei den Maschinenbauern. Überwiegend knapp behaupten konnten sich Stromversorgungspapiere.

**Frankfurt:** Adt gaben um 2,80 DM und Cassella um 23,90 DM nach. Asko erhöhten um 11 DM und Bankgesellschaft von 1899 um 10 DM. Deutsche Bank verminderten um 8,50 DM und Gestra um 7 DM. Grünzweig & Hartmann gaben um 5 DM nach.

**Düsseldorf:** Audi NSU stockten um 45 DM und Conc. Chemie um 5 DM auf. Schiess verbesserten sich um 2,30 DM und Düwag um 3 DM. Kabel + Metal und Kochs Adler gaben um je 5 DM nach. Thür. Gas verloren 10 DM und Ver. Rumpus 20 DM. Aachen Münchner Bet. verminderten um 11 DM, Allianz Leben um 50 DM und Allianz Vers. um 23 DM.

**Hamburg:** Beiersdorf gaben um 6,50 DM nach. HEW verkehrten zu 92,10 DM und NWK-Vz. zu 167 DM. Phoenix Gummi wurden mit 122 DM bezahlt. Triton schwächten sich um 4 DM ab. Hapag Lloyd konnten sich bei 120 DM gut behaupten.

**Berlin:** Lehmann verbesserten sich um 3 DM und DUB-Schultheiss um 1 DM. Kempinski schwächten sich um 10 DM, Herlitz Vz. um 9 DM, Herlitz St. um 7 DM und Schering um 6,50 DM an. Orenstein gaben um 2,50 DM. Bergmann und Berliner Elektro um je 2 DM nach.

**München:** Etienne Aigner stockten um 4,50 DM und Brau AG Nürnberg um 2 DM auf. Esterer verbesserten sich um 5 DM und Leonische Draht um 4,50 DM. Nachgegeben haben Bay. Lloyd um 7 DM, Hutschenreuther um 5 DM und Süd Chemie um 35 DM.

**Stuttgart:** Audi NSU erhöhten um 70 DM und und Württembergische Cattun um 80 DM. Zeag Zement stockten um 6 DM auf. Porsche waren um 57 DM, Daimler um 11 DM und Mercedes um 8 DM gedrückt. Stuttgarter Hofbräu Vz. ermäßigten sich um 12 DM.

**Nachbörse:** schwach

**WELT-Aktienindex: 175,9 (176,6)**
**WELT-Umsatzindex: 3010 (5390)**

## Optionshandel

Frankfurt: 27. 03. 85
2948 Optionen = 153 500 (86 550) Aktien,
davon 237 Verkaufsoptionen = 12 750 Aktien

**Kaufoptionen:** AEG 4-110/1, 7-100/15, BASF 4-179,65/15, 4-180/16, 4-189,65/13, 4-190/10,3, 4-200/3,8, 7-180/28, Bayer 4-160/27, 4-190/17, 4-200/7,3, 4-210/4, 7-180/36, BBC 7-230/10, 10-230/16, BHF 7-280/8, 7-290/4, Bay. Hypo 7-340/17,25, 7-330/27, 7-330/22, 7-380/7,5, 10-330/15,4, Bekula 10-95/5, BMW 4-380/9, 7-410/9,4, 7-420/5, 10-420/10,6, Bay. Vereinsbk. 7-330/18, Commerzbk. 4-140/28, 4-160/9,4, 4-170/2,4, 4-180/1, 7-170/9,8, Conti 4-120/16,6-13,9, 4-130/5,8-4,3, 4-140/1,4, 7-120/19,6, Daimler 4-660/10,1, 7-700/22, 7-720/18,5, 7-730/10, 10-700/38, Dt. Babcock St. 10-180/20, Deutsche Bk. 4-400/42, 4-420/15, 4-450/4,2, 7-410/40,1, Dresdner Bk. 4-190/4,9, 4-196,5/2,1, 7-186,5/15,6, GHH St. 10-170/60, GHH Vz. 10-150/8, Hoechst 4-180/19, 4-190/10, 4-200/7, 4-210/2,4, 7-190/28, Hoesch 4-100/9,5, 4-106,25/6, 4-110/2,5, 4-120/1,1, 7-110/9, Karstadt 7-220/8,4, 10-220/13,4, KHD 10-230/12, Klöckner 4-65/8,5, 4-70/3, 4-75/1, 7-75/6,8, Lufthansa St. 4-190/6,4, 7-180/26, Lufthansa Vz. 4-180/10, 4-190/3, 7-180/24, Linde 7-420/10, Mercedes 7-600/20, 10-610/32, 10-640/13, Mannesmann 4-160/2,25, 7-160/13, Preussag 7-270/19,8, 7-300/5, RWE St. 7-160/5, 7-170/1,7, 10-160/8, 10-170/4, RWE Vz. 10-170/3,5, Kali + Salz 7-270/10,4, 10-300/4,4, Siemens 4-503,3/30, 7-463,3/70, Thyssen 4-80/22, 4-85/15, 4-90/12, 4-95/5, 4-100/3,9, 4-110/1, 7-85/18, Veba 4-170/11,4, 4-180/2, 4-190/1,4, 7-170/16, VW 4-190/10,9, 4-200/5, 4-210/2, 7-190/22,2, Alcan 4-90/1, 7-95/4,8, 7-100/3,8, 10-100/5,4, Chrysler 4-110/1,1, 7-120/5,2, Elf 7-75/6, 10-80/5, General Motors 10-240/34,5, 10-270/14, IBM 7-450/9,6, 10-470/13, 10-480/9, 10-490/5, Norsk Hydro 7-35/5,3, 10-40/3,6, Philips 7-55/4, 7-60/2, 10-55/6,5, 10-60/3,3, Sony 4-55/3,5, 4-60/1,2, 10-60/4,8, Sperry 4-170/3, 7-170/7,8, 10-170/15,6.

**Verkaufsoptionen:** AEG 7-100/1,4, 7-110/3,2, BASF 7-200/4,5, 7-210/12, 10-200/5, 10-210/13, Bayer 4-210/2, 7-200/2,6, BMW 4-370/1,2, Commerzbk. 4-170/4,7, 7-160/2, Conti 7-130/2,9, 7-140/8, 10-130/3,5, Deutsche Bk. 10-410/5,5, Dresdner Bk. 7-190/4,6, 10-180/2,8, 10-190/5,9, GGH St. 4-160/4,6, 7-160/6,8, Harpener 7-310/2, 10-310/3,5 Hoechst 4-210/9, 10-200/3, Hoesch 7-110/4, 10-100/1, 10-110/4,9, Klöckner 10-75/10, Lufthansa St. 10-190/5,5, Lufthansa Vz. 10-190/5,7, Metallges. 7-250/5, Mannesmann 7-150/0,95, Ruetgers 4-350/19,65, Siemens 7-520/7, 10-500/3,3, Thyssen 4-100/2, 7-100/3,1, 10-95/1,1, Veba 7-180/2,8, VW 4-200/2, 7-200/5,7, Alcan 10-90/4,2, Chrysler 10-100/5,2, 10-110/10, IBM 7-400/9,7, 7-410/18, 7-420/34, 10-420/29, Norsk Hydro 7-35/1,4.

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 3. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 8⅝– 8¾ | 5⅝–5¾ | 5⅛–5⅜ |
| 3 Monate | 9 – 9⅛ | 5⅞–6⅛ | 5⅝–6 |
| 6 Monate | 9⅜– 9½ | 6 –6¼ | 5⅝–6 |
| 12 Monate | 10⅛–10¼ | 6¼–6½ | 5½–5¾ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1605,00 | 2012,10 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1250,00 | 1514,05 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 515,00 | 701,10 |
| 1 £ Sovereign alt | 238,25 | 294,41 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II. | 239,75 | 296,12 |
| 20 belgische Franken | 185,25 | 239,69 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 251,75 | 314,36 |
| 2 südafrikanische Rand | 235,25 | 289,85 |
| Krügerrand neu | 1061,00 | 1249,44 |
| Maple Leaf | 1061,00 | 1249,44 |
| Platin Noble Man | 914,00 | 1081,86 |

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

| | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 Goldmark | 255,75 | 320,6 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 188,00 | 240,54 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 185,75 | 240,36 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 980,75 | 1181,90 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 195,25 | 245,39 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 102,00 | 133,38 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 456,50 | 554,61 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 108,00 | 145,92 |

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

| 27. 3. 85 | Frankfurt. Devisen Geld | Frankfurt. Devisen Brief | Wechs. Ankfs.-Kurs[4] | Frankfurt. Sorten*) Ankauf | Frankfurt. Sorten*) Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York[3]) | 3,1583 | 3,1663 | 3,1396 | 3,11 | 3,21 |
| London[1]) | 3,820 | 3,834 | 3,734 | 3,74 | 3,89 |
| Dublin[1]) | 3,116 | 3,130 | 3,063 | 3,05 | 3,20 |
| Montreal[3]) | 2,3085 | 2,3165 | 2,2821 | 2,28 | 2,38 |
| Amsterd. | 88,385 | 88,605 | 88,235 | 87,50 | 89,50 |
| Zürich | 117,980 | 118,180 | 118,25 | 117,00 | 119,75 |
| Brüssel | 4,964 | 4,984 | 4,917 | 4,85 | 5,05 |
| Paris | 32,640 | 32,800 | 32,305 | 32,00 | 33,75 |
| Kopenh. | 27,905 | 28,025 | 27,645 | 27,25 | 29,00 |
| Oslo | 34,785 | 34,905 | 34,21 | 34,00 | 35,75 |
| Stockh.**) | 34,720 | 35,880 | 34,05 | 33,75 | 35,50 |
| Mailand[2]) **) | 1,564 | 1,574 | 1,537 | 1,53 | 1,63 |
| Wien | 14,207 | 14,247 | 14,189 | 14,12 | 14,35 |
| Madrid**) | 1,794 | 1,804 | 1,768 | 1,74 | 1,96 |
| Lissabon**) | 1,763 | 1,783 | 1,668 | 1,42 | 2,25 |
| Tokio | 1,2460 | 1,2490 | – | 1,22 | 1,28 |
| Helsinki | 48,060 | 48,160 | 47,30 | 47,25 | 49,00 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 3,50 |
| Rio | – | – | – | 0,03 | 0,18 |
| Athen*) **) | 2,285 | 2,339 | – | 1,90 | 2,70 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,2305 | 2,2495 | – | 2,19 | 2,29 |
| Johannesbg.*) | 1,6415 | 1,6605 | – | 1,35 | 1,60 |

Alles in Hundert: [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

## Devisenmärkte

Der angeschlagene US-Dollar fiel am 27. 3. weiter zurück und wurde 2,14 Prozent niedriger mit 3,1623 notiert. Bei hektischem Geschäft wurden am frühen Nachmittag die niedrigsten Umsätze um knapp unter 3,14 registriert. Die Entwicklung des Goldpreises auf 330 US-Dollar läßt erkennen, daß die Basis für die Dollar Baisse in einem gewissen Vertrauensschwund zu suchen ist. Flankiert wurde die Bewegung von schwächeren Dollar-Zinssätzen. Die D-Mark konnte gegenüber den amtlich notierten Währungen größten Teils Kursgewinne erzielen. Die italienische Lira sackte auf das neue historische Tiefst auf 1,569 ab. US-Dollar in: Amsterdam 3,5740; Brüssel 63,63; Paris 9,6550; Mailand 2014,00; Wien 2223,40; Zürich 2,6781; Ir. Pfund/DM 3,123; Pfund/Dollar 1,2102; Pfund/DM 3,827.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 27. März: In D-Mark 2,23663 (Parität 2,24184); in Dollar 0,712077 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 27. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,75; Verkauf 22,75 DM West.

## Devisenterminmarkt

Aufgrund nachgebender Dollar-Zinssätze wurden die Dollar-Deports am 27. März kräftig geschrumpft genannt.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,92/0,82 | 2,60/2,50 | 5,67/5,47 |
| Pfund/Dollar | 0,52/0,50 | 1,23/1,20 | 1,55/1,50 |
| Pfund/DM | 3,40/2,00 | 7,70/6,30 | 12,6011,20 |
| FF/DM | 22/6 | 49/33 | 92/76 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 3.: Tagesgeld 5,40–5,55 Prozent; Monatsgeld 6,00–6,15 Prozent; Dreimonatsgeld 6,20–6,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 3.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 27. 3.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,50 (6,45)–8,00 (6,80)–8,25 (7,05)–8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,50, Rendite 7,37.

# Festverzinsliche freundlicher

**Der Rentenmarkt profitierte an der Mittwochbörse vom rückläufigen Dollar-Kurs. Dadurch wurde die Kaufneigung ein wenig angekurbelt. Die Erwartung sinkender Zinsen führte zu Kurssteigerungen und damit zu rückläufigen Renditen. Dies zeigte sich deutlich am Pfandbriefmarkt, an dem bei vergleichsweise lebhaften Umsätzen Papiere mit zehn Jahren Restlaufzeit jetzt 7,7 und fünfjährige 7,45 Prozent abwerfen. Bei öffentlichen Anleihen und Bundesobligationen stiegen die Kurse am Mittwoch für kürzere und für längere Laufzeiten um etwa 0,35 Prozentpunkte.**

| | | |
|---|---|---|
| M 7 dgl. Pf 20 | 98,75G | 98,75G |
| B 5 Berl.Pfandb. Pf 7 | 102,5G | 102,5 |
| B 7 dgl. Pf 31 | 100G | 100G |
| B 6 dgl. Pf 34 | 98,25G | 98,25G |
| B 6½ dgl. Pf 37 | 99,5G | 99,5G |
| Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1 | 118G | 118G |
| Hn 7 dgl. Pf 80 | 92,25G | 91,25G |
| Hn 7½ dgl. Pf 87 | 97,5G | 97,25G |
| Hn 6 dgl. KS 29 | 84G | 84G |
| Hn 7 dgl. KS 30 | 99,85G | 99,85G |
| D 5 Dt.Centbod. Pf 44 | 120,5G | 120,5G |
| D 5 dgl. Pf 54 | 116G | 116G |
| D 6 dgl. Pf 109 | 83,5G | 83,5G |
| D 6½ dgl. Pf 125 | 91,5G | 91,5G |
| D 6½ dgl. Pf 141 | 93G | 93G |
| D 7 dgl. Pf 143 | 94G | 94G |
| D 7 dgl. KO 113 | 100G | 100G |
| H 5½ DG-Hypobk. Pf 21 | 116G | 116G |
| H 5½ dgl. Pf 58 | 72,7G | 72,7G |
| H 9 dgl. KS 139 | 102,1G | 102G |
| F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216 | 100,4G | 100,4G |
| F 9 dgl. Pf 239 | 103,1G | 102,8G |
| H 5½ DG-Hypobk. KS 9 | 100,3G | 100,3G |
| H 7 dgl. KS 35 | 100,2G | 100G |
| F 5½ Dt.Gen.bk. IS 70 | 95,5G | 95,5G |
| F 6½ dgl. IS 73 | 99G | 99G |
| F 6½ dgl. IS 80 | 100G | 100G |
| F 6 Dgz.Dt.Komm.KO 55-4 | 85G | 85G |
| F 6 dgl. KO 46 | 80G | 80G |
| F 7½ dgl. KO 105 | 99,5G | 99,5G |
| F 9 dgl. KO 129 | 100,05G | 100,05G |
| Hn 6 Dt.Hyp. Hann. Pf 91 | 79,5G | 79,5G |
| Hn 7 dgl. KS 101 | 100,1G | 100,1G |
| Hn 10 dgl. KS 134 | 100G | 100G |
| Hn 8½ dgl. KS 140 | 100G | 100G |
| Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41 | 101,75 | 101,75 |
| Br 4 dgl. Pf 57 | 99G | 99G |
| Br 5 dgl. Pf 87 | 78G | 78G |
| Br 7 dgl. Pf 123 | 97,15G | 97,15G |
| Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74 | 81G | 81G |
| Br 6 dgl. KS 86 | 79,5G | 79,5G |
| Br 6½ dgl. KS 259 | 96,55G | 96,55G |
| F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82 | 76,5G | 76,5G |
| F 5½ dgl. Pf 59 | 83,5G | 83,5G |
| F 6 dgl. Pf 162 | 82,5G | 82,5G |
| B 9 Dt.Pf.Wf.Brl. 482 | 106,3G | 105,6G |
| Br 5½ Dt.Schiffsbk. Pf 62 | 88,9G | 88,9G |
| Br 6½ dgl. Pf 65 | 99,85G | 99,85G |
| Br 6½ dgl. Pf 68 | 97,8G | 97,8G |
| Br 6½ dgl. Pf 74 | 99,75G | 99,75G |
| Br 6½ dgl. Pf 76 | 98,5G | 98,5G |
| Br 6½ dgl. Pf 77 | 95,55G | 95,55G |
| Br 6 dgl. Pf 42 | 99,95G | 99,95G |
| Br 8½ dgl. Pf 47 | 100,95G | 100,95G |
| F 5 Ffl. Hypobk. Pf 66 | 71,75G | 71,75G |
| F 5½ dgl. Pf 53 | 78,3G | 78,3G |
| F 6 dgl. Pf 79 | 78,35 | 78,35 |
| F 6 dgl. Pf 130 | 95,1G | 95,15G |
| F 6½ dgl. Pf 133 | 89,35G | 89,35G |
| H 5 Hbg. Lbk. Pf 2 | 114,5G | 114,5G |
| H 6 dgl. 14 | 95,75G | 95,75G |
| H 6 dgl. 47 | 83G | 82,5G |
| F 5 Helaba Pf 8 | 110,5G | 110,5G |
| F 6 dgl. Pf 80 | 96,75G | 96,75G |
| F 8 dgl. Pf 73 | 101,2G | 101,2G |
| F 4 dgl. KO 5 | 101G | 101G |
| H 6 Hyp.LHbg. Pf 96 | 85 | 85 |
| H 6½ dgl. Pf 80 | 93,4G | 93,4G |
| H 8 dgl. KO 175 | 100,95G | 100,95G |
| H 9 dgl. KO 259 | 101,75G | 101,75G |
| F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4 | 117G | 117G |
| F 5 dgl. Pf 12 | 70G | 70G |
| F 7 dgl. Pf 25 | 97,25G | 97,25G |
| F 6 dgl. KO 30 | 99,95G | 99,95G |
| F 5½ Lbk. Saar Pf 11 | 91,25G | 91,25G |
| F 7 dgl. Pf 12 | 95,5G | 95,5G |
| F 4½ dgl. KO 6 | 100 | 100 |
| F 8½ dgl. KO 81 | 102G | 102G |
| S 8½ LKbK Badw. Pf 8 | 101,5G | 101,5G |
| S 6 dgl. Pf 28 | 93G | 93G |
| S 6 dgl. Pf 49 | 89,5G | 89,5G |
| S 8½ dgl. KS 8 | 101,25G | 101,25G |
| H 6 Lbk.S-Holst. Pf 89 | 86G | 85G |
| H 7 dgl. Pf 97 | 93 | 93G |
| H 6½ dgl. KS 78 | 98G | 98G |
| H 10 dgl. IS 95 | 106,75G | 106,75G |
| H 11½ dgl. IS 96 | 110,75G | 110,75G |
| M 6½ Münch.Hypo.Pf 100 | 88,5G | 88,5G |
| H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24 | 104G | 103,5G |
| H 6½ dgl. Pf 42 | 99,9G | 99,75G |
| Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1 | 98,25G | 98,25G |
| Hn 7½ dgl. Pf 4 | 91,5G | 91,5G |
| Hn 8 dgl. Pf 10 | 100,1G | 100,1G |
| Hn 9 dgl. KO 53 | 100,1G | 100,1G |
| Hn 7½ dgl. IS 6 | 101G | 101G |
| Hn 10 dgl. IS 37 | 100,3G | 100,3G |
| F 5 Pfälz. Hypo. Pf 48 | 116G | 116G |
| F 6 dgl. Pf 58 | 87,6G | 87,6G |
| F 6 dgl. Pf 95 | 81G | 81G |
| F 7 dgl. Pf 114 | 100G | 100G |
| D 5 RW Bodencr.Pf C | 126G | 126G |
| D 5½ dgl. K | 107G | 107G |
| D 4 dgl. Pf 18 | 105G | 105G |
| D 6 dgl. Pf 28 | 95,5G | 95,5G |
| D 6½ dgl. Pf 67 | 86,5G | 86,5G |
| D 5½ dgl. KO 3-E | 126G | 126G |
| D 7½ dgl. KO 77 | 100G | 100G |
| S 5 Rhhyp.Mannh.Pf59 | 110G | 110G |
| S 5½ dgl. Pf 109 | 75G | 75G |
| S 7 dgl. Pf 125 | 99G | 99G |
| S 7 dgl. Pf 128 | 92G | 92G |
| S 8 dgl. Pf 177 | 101,75G | 101,75G |
| S 6 dgl. KS 77 | 82G | 82G |
| Br 5 St.Kr.Ol-Br Pf17 | 124,25G | 124,25G |
| Br 5½ dgl. Pf 24 | 107,75G | 107,75G |
| Br 5 dgl. Pf 36 | 88,45G | 88,45G |
| Br 5½ dgl. Pf 43 | 87,9G | 87,9G |
| Br 6 dgl. Pf 56 | 82G | 82G |
| Br 7 dgl. Pf 61 | 91,35G | 91,35G |
| Br 8 dgl. Pf 70 | 101G | 101G |
| Br 9 dgl. Pf 68 | 100G | 100G |
| H 6 Schiffshyp.Pf 23 | 99,7G | 99,7G |
| M 6 Süddboden Pf 41 | 95G | 95G |
| M 5½ dgl. Pf 57 | 80,75G | 80,75G |
| M 6½ dgl. Pf 143 | 98,25G | 98,25G |
| M 7 dgl. Pf 87 | 97G | 97bG |
| M 7½ dgl. Pf 104 | 99G | 99G |
| M 7 dgl. KS 49 | 96,5G | 96,5G |
| M 7½ dgl. KS 81 | 100,25G | 100,25G |
| M 8 dgl. KS 135 | 101TG | 101TG |
| M 9 dgl. KS 185 | 103G | 103G |
| M 9½ dgl. KS 171 | 104,5TG | 104,5TG |
| M 5 Verbank Nbg.Pf55 | 117,5G | 117,5G |
| M 6 dgl. Pf 95 | 80,5G | 80,5G |
| M 7 dgl. Pf 100 | 100,15G | 100,15G |
| D 8 WestLB Pf 550 | 100,25G | 100,25G |
| D 6½ dgl. Pf 403 | 99,1G | 99,1G |
| D 9½ dgl. Pf 1007 | 107,7G | 107,7G |
| D 8 dgl. Pf 1015 | 101,4T | 101,4T |
| D 7 dgl. KO 556 | 99,95G | 99,95G |
| D 6½ dgl. KS 420 | 98G | 98G |
| D 9½ dgl. KO 1381 | 107,15G | 107,15G |
| D 8½ dgl. KS 1278 | 100,25G | 100,25G |
| D 8 dgl. IS 1517 | 101,35G | 101,35G |
| D 9½ dgl. IS 1520 | 100,05G | 100,05G |
| D 6½ dgl. IS 679 | 97G | 97G |
| D 6 Westf Land.Pf 16 | 98G | 98G |
| D 6½ dgl. Pf 19 | 89G | 89G |
| D 7 dgl. Pf 28 | 94G | 94G |
| D 8½ Westf.Hyp.Pf550 | 100,2G | 100,2G |
| D 9½ dgl. Pf 564 | 102G | 102G |
| D 9½ dgl. KS 294 | 100G | 100G |
| D 9½ dgl. KS 324 | 106,1G | 106,1G |
| S 6 Würt.Hypo.Pf 84 | 78G | 78G |
| S 7 dgl. KS 58 | 100G | 100G |
| S 6½ Würt.Kolo Pf 1 | 92,5G | 92,15G |

## Sonderinstitute

| | | |
|---|---|---|
| D 6 DSLB Pf 28 | 88G | 88G |
| D 6 dgl. Pf 47 | 83,5G | 83,5G |
| D 7 dgl. Pf 63 | 92,5G | 92,5G |
| D 7½ dgl. Pf 99 | 97G | 97G |
| D 8 dgl. Pf 104 | 102G | 102G |
| D 8 dgl. Pf 145 | 101,25G | 101,25G |
| D 5½ dgl. RS 45 | 98,6G | 98,6G |
| D 6 dgl. RS 75 | 97,75G | 97,75bG |
| D 8 dgl. RS 120 | 100,75G | 100,75bG |
| D 8½ dgl. RS 153 | 101,25G | 101,25G |
| D 7 dgl. RS 162 | 98,5G | 98,5G |
| D 9½ dgl. RS 172 | 102,5bG | 102,5G |
| D 9 dgl. RS 186 | 106,25 | 106,25 |
| D 10 dgl. RS 193 | 103G | 103G |
| D 11½ dgl. RS 195 | 104,75G | 104,75G |
| D 8 KfW 78 | 100,7G | 100,7G |
| D 7½ dgl. 79 | 100,5 | 100,1 |
| F 10 Kredit 81 | 111,25G | 111,25G |
| F 8½ Krd.Wied.aufb.82 | 104,65G | 104,65G |
| F 7½ dgl. 83 | 99,9 | 99,75 |
| F 8½ dgl. 83 | 103 | 102,5G |
| D 8 dgl. 84 | 102G | 101,9G |
| F 7½ dgl. 84 | 97,2 | 97,2G |
| F 7½ dgl. 84 I | 99,9G | 99,9G |
| F 7½ dgl. 84 II | 99,6 | 99,6T |
| F 6 Lw.Rent.Bk.RS15 | 98,75 | 98,75G |
| F 6 dgl. RS 16 | 98,7 | 98,7G |
| F 6 dgl. RS 19 | 98G | 98G |
| F 7½ dgl. RS 27 | 100,3G | 100,3G |
| F 6½ dgl. RS 60 | 98,75G | 98,75G |
| F 7 dgl. 94 | 98G | 98G |
| F 7 dgl. 99 | 100G | 100G |
| F 8 dgl. 101 | 101,5G | 101,5G |
| F 7½ dgl. 102 | 100G | 100G |
| F 9½ dgl. 126 | 103,6G | 103,6G |
| D 8 LAG TS 76 | 100,4G | 100,4G |
| D 6½ dgl. TS 77 | 98,6 | 98,6G |
| D 5½ dgl. 78 | 96,2G | 96G |
| D 7 dgl. 79 | 99,6 | 99,6 |

## Industrieanleihen

| | | |
|---|---|---|
| F 6 Bodenwk. 78 | 97,6 | 97,8 |
| F 8 Chem. Hüls 71 | 100,5G | 100,2G |
| F 7¾ Conti Gummi 71 | 100,35G | 100,35G |
| F 5½ HEW 62 | 99,7G | 99,45G |
| F 7½ dgl. 71 | 100G | 100G |
| F 4½ Harpen 59 | 235G | 235G |
| F 7½ Hoesch 71 | 100,1G | 100,1G |
| F 7½ Karstadt 71 | 100,25G | 100,25G |
| F 7½ Kaufhof 71 | 100,5T | 100,5T |
| F 7¾ dgl. 71 | 100,4G | 100,4G |
| F 7½ dgl. 76 | 100,25 | 100,25G |
| F 7½ Klöckner W. 71 | 100,15T | 100,15T |
| F 8 dgl. 72 | -Zhg. | -Zhg. |
| F 6 NWK 61 | 99,4G | 99,2G |
| F 6 dgl. 62 | 98G | 98G |
| F 6 Oa.Don.Krwk. 64 | 96,5G | 96,5G |
| F 6 Rh.Braw. 63 | 87,5G | 97,5G |
| F 6 dgl. 65 | 97T | 97T |
| F 6 RWE 63 | 97,6T | 97,6T |
| F 6 dgl. 65 | 97 | 97T |
| F 7¾ dgl. 71 | 100,75 | 100,75G |
| F 7 dgl. 72 | 99,9 | 99,9 |
| F 6 Rh.-M.-Don. 62 | 98,25G | 98,25G |
| F 6½ dgl. 68 | 100,25G | 100,25G |
| F 8 Schleswag 71 | 100,5T | 100,5T |
| F 7½ Thyssen 71 | 100,25G | 100,25 |
| F 8 dgl. 72 | 100,35T | 100,35G |
| F 7½ dgl. 77 | 100G | 100 |
| F 8 VEW 71 | 100,5T | 100,5T |
| F 6½ dgl. 77 | 98,5 | 98,6G |
| F 7 VW 72 | 100G | 100G |

## Optionsscheine

| | | |
|---|---|---|
| F 11 BASF OverZea82 | 46,7 | 46,7 |
| F BASF 85 | 60,1 | 61,5 |
| F 7½ Bayer Int. Fin. 79 | 69,5 | 72,5 |
| F 10½ dgl. 82 | 80,4 | 82,5 |
| F 7½ BHF Bk.Int.85 | 84 | 85 |
| F 6½ Ciba-Geigy 75 | 1740 | 1770 |
| F 3½ Commerzbk. 78 | 36 | 38 |
| F Commerzbk. 84 | 57 | 59,9 |
| F 7 Commbk.Int.Lux.83 | 42 | 41,6 |
| F Commbk.Int.Lux.84 | 57 | 59,9 |
| F 8½ Degussa 83 | 139,9 | 139 |
| F 4½ Dt.Bk. Comp.77 | 128 | 131 |
| F 3½ Dt. Bk.Int. 83 | 140,2 | 145,5 |
| F 4 Dresd.Bk.Int.83 | 44,5 | 45 |
| F 4 dgl. 83 II | 49,5 | 49,2 |
| F Dresdner Bk. 84 | 60 | 62 |
| F Hanwa 84 | 430T | 430G |
| F 10 Hoechst 75 | 370bG | 370,5 |
| F 6½ dgl. 79 | 72,1 | 75,2 |
| F 8 Hoechst 83 | – | 89,2 |
| F Itoh Fuel 84 | 345T | 345T |
| F 7½ Jap.Syn.Rubber82 | 2105G | 2105 |
| F 5½ Jusco 83 | 2420 | 2450T |
| F Kansai Paint 84 | 615T | 631 |
| F Kaufhof 84 | 45,8 | 45,7 |
| F Linde Int. 84 | 97 | 98 |
| F Mitsubishi 84 | 810bG | 800 |
| F Mitsui 82 | 205 | 200 |
| F Nippon Fluor 84 | 920T | 950T |
| F Preussag 84 | 49,5 | 51,5 |
| F Rhythm W 83 | 1220 | 1190G |
| F 6,875 Schering 83 | 142 | 138 |
| F 7 ¾ Siemens 85 | 283,1 | 290 |
| F Tsumura „A 84 | 450 | 390 |
| F dgl. „B 84 | 480bG | 420 |
| F 4 Veba 83 | 46 | 47,3 |
| F 6½ Wella F. 73 | 715 | 705 |
| F 8½ BASF 74 | 83bG | 85,1 |
| F Bayer 84 | 67,5 | 71 |
| F dgl. 85 | 56 | 55,5 |
| F 5 Conti 84 | 54 | 55,4 |
| F Stumpf 78 | 67bB | 67bB |

## Optionsanleihen

| | | |
|---|---|---|
| F 3 BASF 85 m.O. | 117,75 | 119,5 |
| F 3 dgl. o.O. | 71,4 | 71,35 |
| F 7½ BHF Bk.Int.83 m. O. | 101,5 | 101T |
| F 7½ dgl. 83 o.O. | 79 | 79,25T |
| F 3½ C.Itoh F.84 m.O. | 94 | 94 |
| F 3½ dgl. 84 o. O. | 86,75G | 86,75 |
| F 3½ Cobk.I.78 m.O.DM | 109G | 109G |
| F 3½ dgl. 78 o. O. DM | 93,2 | 92,4 |
| F 4½ CF Dt.Bk.77 m.O. $ | 116,5T | 116,5T |
| F 4½ dgl. 77 o. O. $ | 87 | 87 |
| F 6½ Dt.Bk. 83 m. O. | 104G | 104G |
| F 6½ dgl. 83 o. O. | 75 | 74G |
| F 3½ Dt.Bk. 83 m. O. | 136 | 136 |
| F 3½ dgl. 83 o. O. | 86,75 | 86,45 |
| F 4 Dresdn.Bk. 83 m. O. | 105,75 | 106T |
| F 4 dgl. o. O. | 89,4 | 89,4 |
| F 8 dgl. 84 m. O. | 126T | 126 |
| F 8 dgl. 84 o. O. | 102,9 | 102,75 |
| F 3½ Hanwa 84 m. O. | 95T | 95T |
| F 3½ dgl. 84 o. O. | 88 | 87 |
| F 7½ Jap. Synth. 82 | 200G | 200G |
| F 7½ dgl. 82 o. O. | 100,5G | 100G |
| F 5½ Jusco 83 m. O. | 130,5G | 130,5G |
| F 5½ dgl. 83 o. O. | 95,5 | 95,5 |

# Warenpreise – Termine

**Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee deutliche Abschläge hinnehmen mußte, konnte sich Kakao etwas befestigen.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 26. 3 | 25. 3. |
|---|---|---|
| Mai | 356,50 | 360,50 |
| Juli | 338,50 | 338,25 |
| Sept. | 335,00 | 336,50 |

| Weizen Winnipeg (can. S/t) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Wheat Board cif. | | |
| St. Lawrence 1 CW | 280,90 | 258,74 |
| Amber Durum | 239,24 | 238,14 |

| Roggen Winnipeg (can. S/t) | | |
|---|---|---|
| März | 132,00 | 131,30 |
| Mai | 134,20 | 133,70 |
| Juli | 138,10 | 137,60 |

| Hafer Winnipeg (can. S/t) | | |
|---|---|---|
| März | 136,50 | 137,20 |
| Mai | 134,10 | 134,90 |
| Juli | 132,00 | 132,70 |

| Hafer Chicago (c/bush) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Mai | 171,00 | 171,25 |
| Juli | 168,25 | 167,75 |
| Sept. | 164,25 | 164,00 |

| Mais Chicago (c/bush) | | |
|---|---|---|
| Mai | 278,00 | 278,25 |
| Juli | 278,50 | 278,75 |
| Sept. | 269,75 | 269,50 |

| Gerste Winnipeg (can. S/t) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| März | 138,30 | 138,10 |
| Mai | 137,70 | 137,50 |
| Juli | 132,70 | 132,60 |

## Genußmittel

| Kaffee New York (c/lb) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Mai | 144,50 | 145,98 |
| Juli | 144,75 | 145,99 |
| Sept. | 144,21 | 145,20 |

| Kakao New York (S/t) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Terminkontr. Mai | 2390 | 2365 |
| Juli | 2210 | 2198 |
| Sept. | 2190 | 2175 |
| Umsatz | 2095 | – |

| Zucker New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 März | 3,93 | 3,96 |
| Mai | 4,10 | 4,12 |
| Juli | 4,28 | 4,27 |
| Sept. | 4,40 | 4,43 |
| Okt. | 4,90 | 5,36 |
| Umsatz | 6475 | – |

| Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| | 3,81 | 3,83 |

| Kaffee London (£/t) Robusta- | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Kontrakt März | 2249–2251 | 2265–2285 |
| Mai | 2295–2298 | 2312–2313 |
| Juli | 2337–2340 | 2352–2355 |
| Umsatz | 1920 | 1937 |

| Kakao London (£/t) | | |
|---|---|---|
| Terminkontrakt März | 2014–2016 | 2046–2048 |
| Mai | 2047–2048 | 2072–2073 |
| Juli | 2011–2013 | 2035–2036 |
| Umsatz | 4113 | 2170 |

| Zucker London (S/t), Nr. 6 | | |
|---|---|---|
| Mai | 113,40–113,60 | 114,40–114,60 |
| Aug. | 118,00–118,20 | 118,40–119,00 |
| Okt. | 122,40–122,60 | 123,40–123,80 |
| Umsatz | – | 815 |

| Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-S/100 kg) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| schw. Sarawak spez. | 610,00 | 615,00 |
| weißer Sarawak | 775,00 | 785,00 |
| weißer Muntok | 785,00 | 775,00 |

| Orangensaft New York (c/lb) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Mai | 160,80 | 160,35 |
| Juli | 161,90 | 161,30 |
| Sept. | 161,90 | 161,25 |
| Nov. | 160,15 | 159,90 |
| Jan. | 160,00 | 159,70 |
| Umsatz | 400 | – |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Erdnußöl New York (c/lb) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Südstaaten fob Werk | 44,00 | 43,00 |

| Maisöl New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| US-Mittelweststaaten fob Werk | 33,50 | 31,75 |

| Sojaöl | | |
|---|---|---|
| Chicago (c/lb) Mai | 30,35 | 29,91 |
| Juli | 28,65 | 28,25 |
| Aug. | 27,60 | 27,35 |
| Sept. | 26,65 | 24,60 |
| Okt. | 25,80 | 25,50 |
| Dez. | 24,80 | 24,90 |
| Jan. | 24,82 | 24,70 |

| Baumwollsaatöl New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| Mississippi-Tal fob Werk | 29,50 | 29,50 |

| Schmalz Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| loco lose | 24,00 | 24,00 |
| Choice white hog 4% fr. F. | 20,00 | 20,00 |

| Talg New York (c/lb) | | |
|---|---|---|
| top white | 20,00 | 20,00 |
| fancy | 19,75 | 19,75 |
| bleichfähig | 18,25 | 18,25 |
| yellow max. 10% fr. F. | 17,25 | 17,75 |

| Schweine Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| April | 48,10 | 45,60 |
| Juni | 51,15 | 50,37 |
| Juli | 52,45 | 51,87 |

| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | | |
|---|---|---|
| März | 72,65 | 72,45 |
| Mai | 73,15 | 72,85 |
| Juli | 71,36 | 71,40 |

| Häute Chicago (c/lb) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Ochsen einh. schwere River Northern | 48,50 | 48,50 |
| Kühe einh. schwere River Northern | 39,00 | 39,00 |

| Sojabohnen Chicago (c/bush) | | |
|---|---|---|
| Mai | 607,00 | 611,50 |
| Juli | 615,00 | 619,25 |
| Aug. | 615,50 | 619,25 |
| Sept. | 608,00 | 612,00 |
| Nov. | 610,00 | 608,50 |
| Jan. | 621,00 | 618,00 |
| März | 631,00 | 629,50 |

| Sojaschrot Chicago (S/sht) | | |
|---|---|---|
| Mai | 136,90 | 138,00 |
| Juli | 143,00 | 145,00 |
| Aug. | 148,00 | 148,00 |
| Sept. | 148,20 | 153,00 |
| Okt. | 151,00 | 151,00 |
| Dez. | 156,00 | 156,00 |
| Jan. | 158,00 | 158,30 |

| Leinsaat Winnip. (can. S/t) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| März | 355,00 | 354,00 |
| Mai | 360,40 | 359,50 |
| Juli | 367,50 | 366,50 |

| Kokosöl New York (c/lb) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Westküste fob Werk | – | – |

| Erdnußöl Rotterdam (S/t) | 27. 3. | 26. 3. |
|---|---|---|
| jegl. Herk. cif. | 995,00 | 990,00 |

| Leinöl Rotterdam (S/t) | | |
|---|---|---|
| jegl. Herk. ex Tank | 645,00 | 635,00 |

| Palmöl Rotterdam (S/lgt) | | |
|---|---|---|
| Sumatra cif | 720,00 | 720,00 |

| Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) | | |
|---|---|---|
| roh Niederl. fob Werk | 248,50 | 250,00 |

| Kokosöl Rotterdam (S/lgt) | | |
|---|---|---|
| Philippinen cif | 740,00 | 860,00 |

| Leinsaat Rotterdam (S/t) | | |
|---|---|---|
| Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 294,00 | 290,50 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| März | 67,35 | 67,45 |
| Mai | 65,70 | 65,70 |
| Juli | 65,10 | 65,15 |
| Okt. | 65,25 | 65,17 |
| Dez. | 66,28 | 66,80 |
| März | 66,70 | 66,50 |

| Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis | | |
|---|---|---|
| loco RSS -1: | 41,25 | 41,00 |

| Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2: | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| März | 474–491 | 473–489 |
| Mai | 504–506 | 503–504 |
| Aug. | 526–529 | 525–527 |
| Umsatz | 40 | 17 |

| Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge: | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| März | 54,70 | 54,50 |
| Mai | 54,70 | 54,50 |
| Juli | 54,80 | 54,50 |
| Aug. | 54,90 | 54,50 |
| Umsatz | 0 | 0 |
| Tendenz: stetig | | |

| Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Mai | 617,0–620,0 | 618,0–619,0 |
| Juli | 618,0–620,0 | 620,0–623,0 |
| Okt. | 593,0–600,0 | – |
| Umsatz | 43 | 6 |

| Sisal London (S/t) cif eur. Haupthäfen | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| East African 3 long | 680,00 | 680,00 |
| undergraded: | 570,00 | 570,00 |

| Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| April | 12 633 | 12 768 |
| Mai | 12 580 | 12 722 |

| Kautschuk London (p/kg) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | 67,00–71,00 | 67,00–71,00 |
| April | 71,00–74,00 | 71,00–74,00 |
| Mai | 72,00–75,00 | 72,00–75,00 |
| Juni | 73,00–76,00 | 73,00–76,00 |
| Tendenz: ruhig | | |

| Kautschuk Malaysia (nat. c/kg) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| April | 201,50–202,00 | 200,00–201,00 |
| Mai | 202,75–203,00 | 201,50–202,00 |
| Nr. 2 RSS April | 196,50–197,50 | 195,50–196,50 |
| Nr. 3 RSS April | 193,00–194,00 | 192,00–193,00 |
| Nr. 4 RSS April | 186,50–187,50 | 185,50–186,50 |
| Tendenz: ruhig | | |

| Jute London (£/lgt) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| BWC | – | – |
| BWD | – | – |
| BTC | – | – |
| BTD | – | – |

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

## Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

| | 27. 3. | 26. 3. |
|---|---|---|
| Aluminium: Bas. London | | |
| laufend. Monat | 341,23–341,42 | 349,88–350,09 |
| drittfolg. Monat | 353,30–353,50 | 362,24–362,43 |
| Blei: Basis London | | |
| laufend. Monat | 113,10–113,49 | 115,99–116,18 |
| drittfolg. Monat | 116,55–116,75 | 119,22–119,41 |
| Nickel: Basis London | | |
| laufend. Monat | 1660,12–1663,96 | 1684,73–1686,63 |
| drittfolg. Monat | 1675,48–1677,38 | 1701,94–1703,74 |
| Zink: Basis London | | |
| laufend. Monat | 298,67–299,05 | 294,35–295,11 |
| drittfolg. Monat | 282,57–282,95 | 286,37–286,75 |
| Produz.-Preis | 292,88 | 299,29 |
| Reinzinn 99,9% | 4083–4124 | 4105–4145 |

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 27. 3 | 26. 3. |
|---|---|---|
| Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*) | 452,22–455,48 | 464,35–467,58 |
| Blei in Kabeln | 121,00–122,00 | 123,75–124,75 |
| Aluminium für Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 455,00–456,50 | 455,00–456,50 |
| Vorziehdraht | 464,00–464,50 | 464,00–464,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

## Messingnotierungen

| | 27. 3. | 26. 3. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 422–434 | 431–441 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 468–472 | 475–478 |
| MS 63 | 468–474 | 476–483 |

## Zinn-Preis Penang

| Straits-Zinn | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| ab Werk prompt (Ring./kg) | 29,15 | 29,15 |

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 27. 3. | 26. 3. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 421–433 | 420–428 |
| Leg. 226 | 423–425 | 422–430 |
| Leg. 231 | 455–456 | 455–460 |
| Leg. 233 | 465–466 | 465–470 |

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

## Edelmetalle

| | 27. 3. | 26. 3. |
|---|---|---|
| Platin (DM je g) | 31,608 | 30,56 |
| Gold (DM je kg Feingold) | | |
| Banken-Vkfpr. | 34 000 | 33 280 |
| Rücknahmepr. | 33 250 | 32 530 |
| Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 34 300 | 33 408 |
| Rücknahmepr. | 33 440 | 32 880 |
| verarbeitet | 35 9908 | 35 130 |
| Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg) | 33 490 | 32 815 |
| Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkfpr. | 33 490 | 668,00 |
| Rücknahmepr. | 687,50 | 646,50 |
| verarbeitet | 717,708 | 697,30 |

## Internationale Edelmetalle

| Gold (US-S/Feinunze) | 27. 3. | 26. 3. |
|---|---|---|
| London | | |
| 10.30 | 329,90 | 316,00 |
| 15.00 | 330,40 | 323,75 |
| Zürich mittags | 330,50–331,50 | 315,35–315,85 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 101 750 | 99 750 |
| Silber (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 544,55 | 532,95 |
| 3 Monate | 562,50 | 550,45 |
| 6 Monate | 576,05 | 560,70 |
| 12 Monate | 607,05 | 586,70 |
| Platin (£-Feinunze) London | 26. 3. | 25. 3. |
| fr. Markt | 231,25 | 229,00 |
| Palladium (£-Feinunze) London | | |
| f. Händlerpr. | 96,85 | 95,85 |

| New Yorker Preise | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 337,75 | 314,00 |
| Silber H & H Ankauf | 647,50 | 620,00 |
| Platin fr. Händlerpr. | 253,00–256,50 | 253,00–256,50 |
| Produz.-Preis | 475,00 | 475,00 |
| Palladium fr. Händlerpr. | 112,50–113,50 | 112,50–113,50 |
| Produz.-Preis | 130,00 | 130,00 |
| Silber (c/Feinunze) | | |
| März | 647,60 | 602,30 |
| April | 647,30 | 630,30 |
| Mai | 660,00 | 638,00 |
| Juli | 660,00 | 643,00 |
| Sept. | 672,00 | 604,90 |
| Dez. | 691,00 | 672,00 |
| Jan. | 695,90 | 676,50 |
| Umsatz | – | 14 900 |

## New Yorker Metallbörse

| Kupfer (c/lb) | 26. 3. | 25. 3. |
|---|---|---|
| März | 81,30 | 81,85 |
| April | 81,35 | 82,25 |
| Mai | 81,76 | 82,00 |
| Juli | 82,15 | 82,90 |
| Sept. | 82,50 | 83,00 |
| Dez. | 63,00 | 82,45 |
| Jan. | 63,20 | 82,76 |
| Umsatz | – | |

## Londoner Metallbörse

| | 27. 3. | 26. 3. |
|---|---|---|
| Aluminium (£/t) | | |
| Kasse | 890,00–890,50 | 923,00–924,50 |
| 3 Monate | 921,50–922,00 | 955,00–956,00 |
| Blei (£/t) Kasse | 295,50–296,00 | 303,00–304,00 |
| 3 Monate | 304,00–304,50 | 312,50–313,00 |
| Kupfer Highgrade (£/t) | | |
| mittags Kasse | 1158,5–1159,5 | 1200,0–1201,0 |
| 3 Monate | 1179,0–1180,0 | 1218,5–1219,5 |
| abends Kasse | – | 1200,0–1201,0 |
| 3 Monate | – | 1218,0–1219,0 |
| (Kupfer-Standard) Kasse | 1160,0–1161,0 | 1202,0–1203,0 |
| 3 Monate | 1170,0–1182,0 | 1216,0–1217,0 |
| Zink (£/t) Kasse | 779,00–780,00 | 782,00–783,00 |
| 3 Monate | 737,00–738,00 | 755,00–756,00 |
| Zinn (£/t) Kasse | 9580–9585 | 9805–9815 |
| 3 Monate | 9575–9576 | 9625–9630 |
| Quecksilber S/Fl.) | – | 290–300 |
| Wolfram-Erz (S/T-Einh.) | – | 73–75 |

---

# Peter Hans Heep

* 16. 5. 1922
† 24. 3. 1985

Seit der Gründung trug er mit seiner Kreativität und Dynamik zum Erfolg unseres Unternehmens entscheidend bei. Er wird uns immer ein Vorbild sein. Wir werden ihn nie vergessen.

**Geschäftsleitung und Belegschaft**

**Fruchthansa Grelinger, Haessy und Heep GmbH**

Die Trauerfeier wird gehalten am Freitag, dem 29. 3. 1985, um 14 Uhr in der Friedhofshalle Sürther Straße in Köln-Rodenkirchen.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, statt zugedachter Kränze und Blumen eine Spende zugunsten der Deutschen Krebshilfe e. V., Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 909 090, oder der Deutschen Gesellschaft für Multiple Sklerose e. V., Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 19 001 981, zu überweisen.

---











































## FINANZANZEIGEN

### Vereinigte Deutsche Metallwerke AG

– Wertpapier-Kenn-Nr. 767 700 –

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Mittwoch, dem 8. Mai 1985, 11:30 Uhr im Sitzungssaal der Metallgesellschaft AG, Frankfurt am Main, Reuterweg 14, stattfindenden

Ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Bezüglich der Tagesordnung, der Stimmberechtigung und der Hinterlegung der Aktien verweisen wir auf die Bekanntmachung im Bundesanzeiger Nr. 61 vom 28. März 1985.

Frankfurt am Main, den 14. März 1985

Der Vorstand

Know how in Metall VDM

### Bogenerneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

6 % Hypothekenpfandbriefe Reihe 24 A/O – 237 019 –
8,5 % Hypothekenpfandbriefe Reihe 142 A/O – 237 137 –

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stücknummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Hamburg bzw. Berlin sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und West-Berlin vorgenommen werden.

Hamburg, Berlin, im März 1985

DG HYP Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank · Hypothekenbank der Volksbanken und Raiffeisenbanken

### STADT KOPENHAGEN

**9¼ % Deutsche Mark-Anleihe von 1982/92 – WKN 469 871 / 8 –**

**Auslosung**

Für die Tilgungsrate per 15. Juni 1985 wurden gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 20. März 1985 unter notarieller Aufsicht die Teilschuldverschreibungen der

Serie 3 – WKN 469 873 –

mit den Stücknummern

7 501 – 11 250 zu je DM 1000,–
32 251 – 33 375 zu je DM 5000,–

im Nennbetrag von DM 9 375 000,– ausgelost.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 18. Juni 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel mit Zinsscheinen per 15. Juni 1986 uff. zum Nennbetrag eingelöst.

a) in der Bundesrepublik Deutschland bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

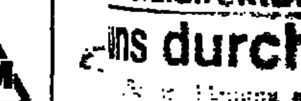
b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:
Privatbanken Aktieselskab
Algemene Bank Nederland N.V.
Banque Paribas
Kredietbank N.V.
Kredietbank S.A. Luxembourgeoise

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 14. Juni 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

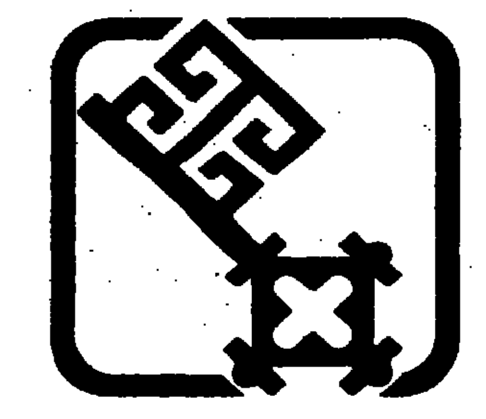
Die am 15. Juni 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Kopenhagen, im März 1985

STADT KOPENHAGEN







# Bremen Plaza

Hillmannplatz 20
2800 Bremen 1
Telefon: (04 21) 1 76 70
Telex: 246 868

## Das Bremen Plaza: Eines der ungewöhnlichsten Hotels in Deutschland wurde eröffnet
## Die neue Attraktion der Hansestadt

Seit Anfang März haben die Bremer eine neue Attraktion: Schon Zehntausende strömten durch Rotunde, Galerie, Flure und sogar Zimmer des neuen Bremen Plaza Hotels am Hillmannplatz im Zentrum der Hansestadt, um „ihr" neues Hotel auch persönlich in Besitz zu nehmen. Horst Trinkus, Vize-Präsident der CP-Hotels für Europa und den Mittleren Osten, und Helmut Herfurth, Generaldirektor des Bremen Plaza, hatten allerdings auch „die Türen weit geöffnet" und freuen sich, daß die Bremer „so ganz ohne Schwellenangst" in den sechsstöckigen geschwungenen Backsteinbau mit dem Innenhof unter einer Lichtkuppel und einer integrierten Ladengalerie kamen und ihn begeistert wieder verließen. Das Haus an den Wallanlagen, übrigens das erste neue Hotel in Bremen seit 12 Jahren, ist Stadtgespräch, und schon vor der offiziellen Eröffnung am 19. März waren die Piano-Bar und die Restaurants Belvedere und Hillmann's Garden im Innenhof mehr als gut besucht.


Horst Trinkus

Auch Hans Grothe, zusammen mit K. Steffens Bauherr und Besitzer dieser für Deutschland einmaligen Hotelanlage, ist stolz: „Das ist das Schönste, was ich bisher gebaut habe." Und er ist ein Mann, der schon Milliarden von Mark verbaut hat mit Großobjekten wie Verwaltungsgebäuden, Kaufhäusern und auch Hotels. Seine Freude an dem fertigen Projekt wird aber auch verständlich, wenn man weiß, daß er selbst Architektur und Kunst studiert hat. So hat er es auch als „besonderen Glücksfall" empfunden, mit der bekannten Architektengruppe Prof. von Gerkhahn, Mark & Partner (sie entwarfen das berühmte Hamburger Hanse Viertel) zusammenzuarbeiten und mit Elke Pumpe-Krüger, nach deren Entwürfen u. a. sogar die Uniformen des Personals passend zur Inneneinrichtung geschneidert wurden. Auch das Management des Canadian Pacific Hotels war während der fünfjährigen Bauzeit von Anfang an in die Planung integriert, denn schon vor Baubeginn war ein langfristiger Mietvertrag abgeschlossen worden. In dieser „perfekten Zusammenarbeit" entstand ein Hotel, das Grothe so beschreibt: „Es ist uns gelungen, die kühle Sachlichkeit, die zu Bremen paßt, mit funktionellem und angenehmem Wohnen mit Flair zu verbinden. Durch den Einfall von Tageslicht in die Hotelhalle wird ein Eindruck von Großzügigkeit, Licht und Luftigkeit vermittelt. Die eleganten Zimmer geben dem Gast die Bequemlichkeit und Gemütlichkeit, die er braucht, und die Ladengalerie mit Boutiquen, Kosmetik- und Frisiersalons, Fitneß-Center und Restaurants machen das Plaza zu einer eigenen kleinen Welt."

Kein Wunder, daß auch Horst Trinkus voll und ganz zufrieden ist mit dem „jüngsten Kind" der Canadian Pacific Hotel-Gruppe, die mit einem Umsatz von etwa einer Milliarde DM 23 Hotels in Canada, Deutschland und Israel besitzt oder betreibt. Die beiden CP-Plaza-Hotels in Hamburg und Frankfurt wurden im Gegensatz zu Bremen erst nach ihrer Fertigstellung von CP übernommen. „In Bremen dagegen konnten wir unsere eigenen Vorstellungen gleich bei der Planung einbringen und sie bis ins Detail verwirklichen." So erklärt es sich, daß der Stil der einzelnen CP-Hotels sehr unterschiedlich ist. „Komfort, Standard und Service allerdings sind überall gleich", sagt Horst Trinkus, seit 10 Jahren bei CP-Hotels, „denn schließlich haben wir fast hundert Jahre Erfahrung im Hotelmanagement."

In der Bundesrepublik sollen, wenn es nach den Vorstellungen des Managements geht, noch weitere CP-Hotels entstehen. „Wunschstädte" sind Düsseldorf, Köln, Stuttgart und München. Die Schwierigkeit bei der Suche sei nur, so Trinkus, eine so optimale Lage wie in Bremen zu finden.

Doch in diesen Wochen konzentriert sich alles auf das „ungewöhnlichste Hotel, das seit vielen Jahren in Deutschland gebaut wurde". Den riesigen Erfolg, den das Haus schon in den ersten Tagen bei den Bremern hatte, wird es sicherlich auch bei den Gästen aus aller Welt haben. Die Namensschilder der Mitarbeiter in den schicken grauen Uniformen jedenfalls versprechen es. Sie tragen den Zusatz: „Ihre Freunde am richtigen Platz".





## Ein Standort mit Tradition: Am Hillmannplatz stand einst Bremens führendes Hotel

Generationen von Bremern waren stolz auf das Hotel Hillmann, das fast hundert Jahre am jetzigen Standort des Bremen Plaza stand und dem Platz seinen Namen gab. Johann Heinrich Hillmann hatte sein Hotel 1847 kurz nach der Einrichtung der Eisenbahnlinie Bremen–Hannover in der Nähe des Bahnhofs eröffnet. Vorausschauend rechnete er auch mit der regen Entwicklung des Schiffahrtverkehrs des Norddeutschen Lloyd zwischen Bremen und Amerika und behielt recht. Sein prächtiges Haus wurde bald zu einem der führenden Hotels Norddeutschlands mit exzellenter Küche. Häufige Gäste waren insbesondere die reichen Amerikaner, die mit den Überseeschiffen anreisten, aber auch die Bremer liebten das Haus und frequentierten es häufig, zum Beispiel um auf der Kaffeeterrasse unter den großen Bäumen des Walls am Herdentor ihren Sonntagskaffee zu nehmen.

Die Blüte des Hotels war jäh zu Ende, als es während eines Bombenangriffs 1944 vollständig zerstört wurde. Versuche, an diesem zentralen und traditionsreichen Platz Bremens wieder Ähnliches aufzubauen, mißlangen. Mehrere Gastronomiebetriebe scheiterten, Läden, die sich in einer nach dem Kriege lieblos aufgebauten Passage eingemietet hatten, zogen sich nach und nach zurück. So blieb der Platz leer und wurde zum „Schandfleck" für die Stadt, bis die glückliche Verbindung zu den Erbauern des Bremen Plaza zustande kam. Die Tradition des Hillmann Hotels soll in jedem Falle fortgesetzt werden, darin sind sich die Betreiber des neuen Plaza einig. So gaben sie nicht nur dem Bistro-Restaurant im Innenhof unter der Lichtkuppel den Namen „Hillmann's Garden", sondern veranstalten zum Beispiel sonntags „Tanztees in Hillmann's Tradition" in der Piano-Bar. Gleich beim erstenmal mußte das Restaurant Belvedere zusätzlich geöffnet werden. So voll war das Haus . . .


**Blick in den Ballsaal (600 qm), der Platz für 500 bis 800 Personen bietet und sich in drei Säle umwandeln läßt.**

## Generaldirektor Helmut Herfurth: „Wir wollen uns durch Leistung profilieren"

„Bei der Planung eines Hotelprojekts", sagt Helmut Herfurth, der Generaldirektor des Bremen Plaza, „sind drei Dinge wichtig: 1. die Lage, 2. die Lage und 3. die Lage." Daß er diesen Satz selbst nicht so ganz ernst nimmt, beweist die – trotz der perfekten Lage des Plaza in Bremen – generalstabsmäßige Planung, mit der er seit Oktober die Endphase vor der Eröffnung am 1. März überwachte. Dabei kümmerte er sich beileibe nicht nur um die große Linie, sondern auch, manchmal zum Entsetzen seiner Mitarbeiter, in Sekundenschnelle um winzigste Details. Er selbst bezeichnet sich als „Eröffnungsmanager", denn er hat während seiner Karriere bei internationalen Hotelketten schon an der Eröffnung von fünf großen Häusern mitgewirkt, zuletzt beim Hyatt in Casablanca.

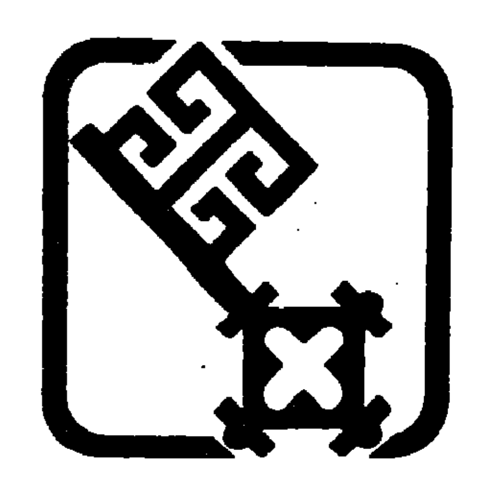
Dieser internationalen Erfahrung entspricht auch die Struktur des Managements im Hause: Jeder einzelne Abteilungsleiter hat so viel Kompetenzen, daß er seinen Kunden und Gesprächspartnern verantwortlich Rede und Antwort stehen kann. „Das macht mich eigentlich entbehrlich", lächelt er, „aber die Präsenz muß man dennoch spüren." So „fordert" er denn auch jeden einzelnen Abteilungsleiter mit täglichen Meetings, mit exakt einzuhaltenden Budgets oder mit der Aufgabe, für jede Abteilung zehn Punkte auszuarbeiten, die das Hotel von der Konkurrenz abheben.

Besonderes Augenmerk richtet er dabei auf die Restauration. „Sie ist die Lokomotive in dieser Umgebung. Wir wollen uns mit unserer Leistung den Bremern gegenüber profilieren. Das Hotel Hillmann war schließlich einmal Mittelpunkt des Lebens hier, deshalb können wir von Anfang an mit Anteilnahme, aber auch mit kritischer Erwartung rechnen." Nach dem Prinzip „Man muß etwas bieten, wenn das Interesse noch voll da ist, nicht erst wenn es erlahmt" hatten Restaurants und Bar schon am Tag der inoffiziellen Eröffnung am 1. März einen exakten „Ablaufplan". Das sind ständige Einrichtungen wie Live-Musik täglich ab 21.00 Uhr in der Piano-Bar oder sonntäglicher Tanztee dort, Jazzfrühschoppen oder Modenschauen und Künstlerdarbietungen an festen Wochentagen in Hillmann's Garden und Business Lunch oder Gourmet-Menü im Restaurant Belvedere.

„Diese Erweiterung des Angebots in Bremen wird allen helfen", sagt Helmut Herfurth. „Wir sind für die Bremer attraktiv, und unsere Hotelgäste werden den Reiz von Bremen und seiner Gastronomie kennenlernen. So können sich alle ergänzen."



**Generaldirektor Helmut Herfurth mit seinem „General in der Küche", Küchenchef Horst Strasser.**



# Bremen Plaza

## Eleganz, perfekte Ausstattung, Liebe zum Detail: Die Inneneinrichtung ist aus einem Guß

Während die Hausfarben der CP-Hotelgruppe Braun/Gold/Weiß sind – man findet sie auf allem gedruckten Material –, dominiert in Bremen ein zartes Grau die Inneneinrichtung des Plaza. Es zieht sich, immer wieder kombiniert mit anderen zarten Tönen, durch das ganze Haus, bis hin zu den Uniformen des Empfangspersonals. Edle Materialien wie Kirschholz und Leder, zum Beispiel für die Stühle mit italienischem Design, ergänzen das stilvolle Interieur. Das Gourmet-Restaurant Belvedere mit Blick auf die Wallanlagen und die berühmte Windmühle ist ganz in Grau/Rosa gehalten, in der eleganten Piano-Bar, die in das Restaurant übergeht, darf es auch ein bißchen Schwarz sein, wiederum passend zu den schicken schwarzen Hosen der Bedienung. Fröhliches Zitronengelb und Blautöne machen müde Gäste morgens zum Frühstück im Bistro-Restaurant Hillmann's Garden munter.

Die 230 Doppel- oder auch als Einzel- nutzbaren Hotelzimmer sind abwechselnd in den Tönen „Lachs, Schilf oder Azalee" gehalten. Ihre luxuriöse Ausstattung ist nicht nur von perfekter Eleganz, sondern gerade hier macht sich die Liebe zum Detail bemerkbar: So findet man nicht nur blühende Topfpflanzen oder Schreibmappen aus echtem Leder vor, sondern auch vom Bauherrn und Architekten persönlich ausgesuchte Originalbilder. Die Minibars enthalten außer dem üblichen Angebot auch Eßbares wie Leberpastete oder Käse, und in jedem Badezimmer ist ein Fön installiert. Die Farbfernseher haben nicht nur Fernbedienung, sondern auch zwei Video-Programme der atlas hotelvideo und einen AFN-Anschluß. Die 35 m² großen Zimmer mit Blick auf die Wallanlagen werden als „Royal Canadian Rooms" angeboten. Der von allen CP-Hotels international eingeführte „Royal Canadian Service" entspricht etwa der „Business Class" der meisten Fluggesellschaften und kommt denjenigen zugute, die keine Gruppen- oder Sondertarife, sondern den vollen Zimmerpreis zahlen. Sie werden mit Einwegslippern, Bademänteln, Kosmetika, Hosenbügler und der täglichen Morgenzeitung verwöhnt.

Und weil sich die Planer wohl vorstellen konnten, daß man so schöne Zimmer gar nicht mehr verlassen mag, hat der Zimmer-Service ein ganz besonderes Angebot: das Champagnerfrühstück „Tête-à-tête / von 11 bis 11 für zwei". Wenn das kein Service ist . . .

### Raum für 800 Personen – Technik der neunziger Jahre

Für die Tagungs- und Konferenzräume wählte das Canadian Pacific Namen, die ganz der Tradition der hanseatischen Handelsstadt Bremen entsprechen: Baumwoll-Börse, Kaffee-Börse und Tabak-Börse, und die besonders edel eingerichteten Suiten, die auch Raum für kleine Konferenzen bieten, heißen „Senator" und „Konsul". Eingerichtet sind die Tagungsräume allerdings ganz und gar nicht traditionell, sondern mit allem, was die moderne Technik heute zu bieten hat, bis zur Anlage zum Aufbau von Simultananlagen. Außerdem verfügt das Haus schon jetzt über einen Satellitenanschluß, der es in absehbarer Zeit (abhängig von der Post) ermöglicht, Satellitenkonferenzen durchzuführen.

Zwischen 750 und 800 Personen können im „Blauen Saal" mit dem dazugehörigen „Spiegelfoyer" feiern oder tagen, „ein Angebot, das es in Bremen in dieser Form vorher nicht gab", sagt Verkaufsdirektor Peter Herweck. So kann er auch schon Buchungen für die Ballveranstaltungen der Ärzte und Apotheker und des Sportclubs Vahr verzeichnen, und im nächsten Jahr wird der Deutsche Fußball-Bund hier seine Jahreshauptversammlung abhalten. „Bremen ist ja eine sehr attraktive Stadt und hat auch touristisch viel zu bieten, zum Beispiel in diesem Jahr den 950. Freimarkt. Nun, da wir die Möglichkeiten haben, große Kongresse oder Veranstaltungen unterzubringen, werden sicherlich auch mehr Firmen und Verbände bei ihren Planungen Bremen berücksichtigen."

Wirtschaftsdirektor Roland Kaiser hat sich denn auch einiges einfallen lassen, um den Gästen etwas Besonderes zu bieten. Unter anderem gibt es (ab 50 Personen) ein kanadisches Spezialitätenbuffet, das außer dem direkt importierten kanadischen Silberlachs auch King Crabs, Hummer, Bärenschinken, Elchkeule und andere typisch kanadische Gerichte enthält.

Insgesamt ist Peter Herweck mit den Vorausbuchungen sehr zufrieden. „Volles Haus" hat das Plaza zum erstenmal im April während der Hannover-Messe. „Auch das internationale Geschäft läuft sehr gut, unter anderem im Zusammenhang mit der von der Deutschen Zentrale für Tourismus im Grimm-Jahr propagierten „Märchenstraße von Bremen bis Hanau".

Für die Bremer selbst sind natürlich auch attraktive Veranstaltungen wie verschiedene „Kulinarische Wochen" geplant. Versteht sich, daß schon sehr bald eine „Kanadische Woche" auf dem Programm steht.



### Der neue Gourmet-Treff Bremens

Horst Strasser ist, mit einer Brigade von 30 gelernten Köchen, der Küchenchef des Plaza. Der gebürtige Schwabe mit langjähriger Erfahrung in der Gastronomie renommierter Hotels – wie zum Beispiel dem Kempinski Berlin – ist begeistert von seiner neuen Aufgabe: Ihm untersteht nicht nur das Feinschmeckerrestaurant Belvedere mit 60 Plätzen, sondern er kümmert sich auch um das kulinarische Angebot im Bistro-Restaurant Hillmann's Garden und die Veranstaltungen. „Bei uns wird alles geboten, internationale und regionale Küche, wobei der Schwerpunkt durchaus auf der deutschen und norddeutschen Küche liegt, allerdings neuzeitlich gekocht. Das wichtigste ist, daß wir ausschließlich frische Marktprodukte und nichts anderes verwenden." Die attraktive Karte des Belvedere wird mit einer Tageskarte ergänzt, feste Angebote sind täglich ein Business Lunch (DM 39,50) und ein Gourmet-Menü mit sieben Gängen (DM 69,50) am Abend, und sonntags können Familien ein Mittagsmenü (DM 27,50) genießen. Seine vielen Auszeichnungen mag Horst Strasser lieber nicht nennen: „Ich möchte keine Diplome in die Küche hängen, sondern täglich durch Leistung überzeugen." Ein Testessen im Belvedere beweist, daß ihm das nicht schwerfallen dürfte.











Bei einer Gala anläßlich der offiziellen Eröffnung am 19. März übergab der Bürgermeister der Hansestadt Bremen, Hans Koschnick, symbolisch durch Öffnen eines Seetampens dem Chairman und President von CP Hotels Ltd., Herrn A. Gordon Cardy, das Hotel. Unter den 1200 geladenen Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport, die bei bester Stimmung bis in den frühen Morgen hinein feierten, sah man u. a. den Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, Oswald Brinkmann mit Gemahlin, Dr. Alfred Biolek sowie Hans Grothe und Gemahlin, Bauherr des Bremen Plaza.



### Das bierfreundlichste Luxushotel Deutschlands

Gleich drei Sorten frisches Zapfbier werden überall im Hotel angeboten: Beck's Bier, Jever Pils und König-Pilsener. Und das nicht, wie in manchen Luxushotels üblich, verschämt im Silberbecher, sondern frisch und schäumend auch im Gourmet-Restaurant Belvedere. „Damit sind wir das bierfreundlichste Luxushotel Deutschlands", hat Peter Herweck, Verkaufsdirektor des Bremer Hotels, festgestellt.

Das soll nun nicht heißen, daß es nicht auch eine besonders liebevoll zusammengestellte Weinkarte gibt. Hier hatten die Plaza-Einkäufer mit der Weinhandelsstadt Bremen natürlich einen Platzvorteil: Bei der Auswahl wurde mit den großen Weinhäusern Bremens zusammengearbeitet, und dort lagern die Weine auch „auf Abruf", so daß das Hotel keinen eigenen riesigen Weinkeller unterhalten muß.

**CP Hotels**

# Hamburg Plaza

Marseiller Straße 2
2000 Hamburg 36
Telefon: (040) 35 02-0
Telex: 214 400

## Ein heimliches Wahrzeichen der Stadt

Seit zehn Jahren ist die Canadian-Pacific-Hotelgruppe in Deutschland vertreten. Das erste Haus, das 1975 übernommen wurde, war das CP Hamburg Plaza – übrigens auch das erste Hotel der Kette außerhalb Canadas. Horst Trinkus ist stolz auf den Erfolg des vergangenen Jahrzehnts: „Unser Haus ist so etwas wie ein heimliches Wahrzeichen Hamburgs geworden." Das ist auch kein Wunder, denn das schlanke, elegante Hochhaus liegt mitten in der City und direkt an dem weltberühmten Pflanzengarten der Hansestadt, „Planten un Blomen". Über dessen Wege gelangt man in wenigen Minuten zum Messegelände, und der Intercity-Bahnhof „Dammtor" ist nur 50 m entfernt. Besonders für Teilnehmer von Tagungen, Kongressen und Veranstaltungen im Kongreßzentrum der Stadt Hamburg, dem CCH, gibt es eine Annehmlichkeit, die von Auto oder Taxis unabhängig macht: Das Plaza hat einen direkten Durchgang zum CCH.

Bei so idealer Lage ist es kein Wunder, daß die Auslastung des Hauses, so Trinkus, „sehr zufriedenstellend" ist. „Aber", fügt er hinzu „wir haben ja nicht nur die tolle Lage, sondern auch ein Hotel zu bieten, das allen Ansprüchen gerecht wird – ob unsere Gäste nun als Geschäftsreisende oder als Touristen kommen." Die 570 Zimmer, Appartements und Suiten sind alle mindestens 25 m² groß, vollklimatisiert (die Fenster lassen sich aber öffnen) und haben ein geräumiges Bad mit Dusche. Für Entspannung und Gemütlichkeit sorgen Farbfernseher, auf denen auch zwei Programme von atlas Hotel-Video empfangen werden können, und eine Mini-Bar oder der Zimmer-Service, der von 6.00 Uhr morgens bis Mitternacht zur Verfügung steht. In den höheren Stockwerken hat der Gast eine fantastische Aussicht auf die Stadt Hamburg, die übrigens nicht nur eine der grünsten, sondern mit 2200 Brücken auch die brückenreichste Stadt der Welt ist.

„Bei den Restaurationsbetrieben haben wir Wert darauf gelegt, daß wir für jeden Geschmack etwas bieten können", sagt Horst Trinkus. Da gibt es in der luftigen Höhe von 106 m die höchste Diskothek Hamburgs, „Blauer Satellit", die natürlich auch für das Hamburger Publikum attraktiv ist. Geruhsamer geht es in der kürzlich neugestalteten Galeonenbar in der Lobby zu. Dort kann man beispielsweise vor dem Essen im Gourmet-Restaurant English Grill einen Aperitif nehmen. Frühstück und rustikale Spezialitäten gibt es dann in den Vierländer Stuben. „Theoretisch müßte man das Hotel gar nicht mehr verlassen", lächelt Trinkus, „denn sogar braun werden kann man bei uns – entweder im Solarium neben dem großzügigen Schwimmbad oder im Sommer auf der Sonnenterrasse."

Aber das attraktive „Tor zur Welt" Hamburg wird die Gäste wohl doch aus dem komfortablen Hotel locken. Touristisch hat Hamburg gerade in diesem Sommer sehr viel zu bieten. Die Stadt Hamburg hat unter dem Motto „Hamburg hat den heißesten Sommer" eine Riesenpalette von Kunst-, Kultur- und Sportereignissen zusammengefaßt. Und so hat denn das Plaza auch ein Angebot für Gäste, die sich diese schöne Stadt einmal anschauen wollen: Ein sehr preisgünstiges Wochenendarrangement „Plaza Pause" enthält nicht nur Serviceleistungen des Hotels wie eine Flasche Sekt auf dem Zimmer, sondern es gibt auch noch einen Hamburg-Bummelpaß mit vielen kostenlosen Angeboten oder Preisermäßigungen. Es müssen also nicht immer Geschäfte sein, die nach Hamburg führen . . .





Ein Geheimtip für Theater- oder Konzertbesucher ist in Hamburg das elegante Abendrestaurant „English Grill" im Plaza wegen seiner Öffnungszeiten: Es ist täglich von 18.00 bis 23.00 Uhr geöffnet, so daß man einen festlichen Abend in angenehmer Atmosphäre beginnen oder ausklingen lassen kann. Die Spezialität des Küchenchefs Hans-Jürgen Klenz sind Fischgerichte, und Liebhaber eines saftigen und zarten Stücks Fleisch können die täglich angebotene Hochrippe vom Rind vom Wagen genießen. Ungewöhnlich präsentiert sich die große Auswahl von Wein, Sekt und Champagner direkt im Lokal: Dort lagern die Flaschen richtig temperiert in speziellen Klimaschränken. Für dezente musikalische Untermalung des festlichen Abends sorgt von 20 bis 24 Uhr der Sänger und Pianist Volteio Moretto.

Rustikale Küche, auch mit norddeutschen Spezialitäten, wird in den „Vierländer Stuben" des Hauses serviert. Hier wird auch täglich das umfangreiche und appetitliche Frühstücksbuffet aufgebaut, und es gibt saisonale Tagesgerichte zu akzeptablen Preisen. Besonders beliebt beim Hamburger Publikum ist jeden Sonn- und Feiertag das Brunch-Buffet für die ganze Familie von 11.30 bis 15.00 Uhr. Geöffnet sind die Vierländer Stuben täglich von 6.30 bis 23.30 Uhr.



**English Grill und Vierländer Stuben**
Rustikale oder Gourmet-Spezialitäten

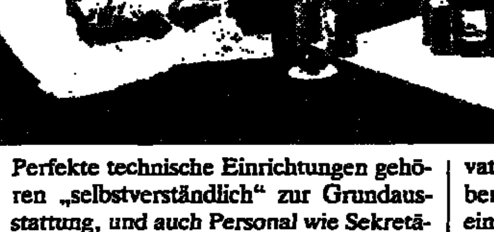
**Hamburgs neuer Treff:** Aperitif oder Nightcup in der neuen **Galeonenbar**



Nautische Dekorationen – ganz wie es einer Hafenstadt entspricht – und gediegenes Material prägen das Gesicht der kürzlich neugestalteten Galeonenbar des Hamburg Plaza. In dieser Tagesbar entspannen sich nicht nur die Gäste des Hauses, auch das Hamburger Publikum und Geschäftsleute haben hier Gelegenheit, sich zu treffen, ungestörte Gespräche zu führen oder einen Theaterbesuch stimmungsvoll ausklingen zu lassen. Mittelpunkt ist der große geschwungene Tresen, eine kleine Piano-Bar lädt zum Zuhören ein. Wer ungestört sein möchte, zieht sich in die bequeme Clubbar zurück. Besonders reizvoll ist der Blick auf Planten un Blomen, den man zum Beispiel von 11 bis 18 Uhr auch bei Kaffee und Kuchen genießen kann. Im Ausschank sind gepflegtes Astra Urtyp und Jever-Bier vom Faß, internationale Cocktails, Longdrinks, und für den kleinen Hunger gibt es appetitliche Snacks. Geöffnet ist der neue Treff von 10 bis 2 Uhr morgens.

## 1000 oder zehn Personen – für das Plaza Kongreß-Zentrum kein Problem

„Wir arrangieren alles", sagt Peter Schuhr, Verkaufsdirektor des Hamburg Plaza. „Ob es sich um intime Konferenzen für zehn Personen oder einen Kongreß für 700 Teilnehmer handelt – Räumlichkeiten und Service werden entsprechend geplant. So kann zum Beispiel der große Ballraum in vier kleinere Einheiten unterteilt werden, und das Foyer von 400 m² kann für messeartige Veranstaltungen genutzt werden. Für Konferenzen eignen sich der Salon Rostock oder das Stettiner Zimmer, ganz intime Räumlichkeiten sind das Hamburger Zimmer und das Bremer Zimmer." Die insgesamt 1400 m² großen Bankett- und Tagungsräume mit einer Kapazität von über 1000 Personen liegen im 1. Stock des Hotels und haben sogar eine eigene Bankettküche. Schuhr: „Das hat den Vorteil, daß alles abseits und ungestört vom normalen Hotelbetrieb abläuft."



Perfekte technische Einrichtungen gehören „selbstverständlich" zur Grundausstattung, und auch Personal wie Sekretärinnen oder Dolmetscher kann vermittelt werden.

Organisiert wird dieses „größte privatwirtschaftliche Kongreßzentrum neben dem CCH Hamburg" von einer eingespielten Crew, die jedes Problem lösen kann. Daß es in der Kommunikationsstadt Hamburg Profis sind, versteht sich von selbst.

**CP Hotels**

# Frankfurt Plaza

Hamburger Allee 2–10
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon: (069) 77 07 21
Telex: 412 573

## Wer hier wohnt, schwebt über den Wolken

### Das Frankfurt Plaza: Europas höchster Hotelbau

„Wir fangen da an, wo andere aufhören." Peter Radizi, Generaldirektor des Frankfurt Plaza, kann in der Tat mit einigen Superlativen seines Hauses aufwarten, denn die Zimmer des höchsten Hotelbaus Europas liegen in den Etagen 26 bis 44, darunter werden die Stockwerke als Büros genutzt. „Zum Vergleich – das Hamburg Plaza hat insgesamt 26 Stockwerke. Wer hier bei uns in Frankfurt wohnt, schwebt also wirklich über den Wolken." Das zeigt sich dann nicht nur in der himmlischen Ruhe, die in diesen luftigen Höhen herrscht, es zeigt sich auch in dem atemberaubenden Panoramablick über „Mainhattan" und seine grüne Umgebung.

In die Innenstadt mit den Geschäfts- und Bankenzentren ist es ein Katzensprung, und die meisten touristischen Sehenswürdigkeiten liegen ebenfalls in der Nähe, so wie das berühmte naturwissenschaftliche Senckenbergmuseum, das direkt nebenan ist. Um in das berühmte Vergnügungsviertel Frankfurts, Sachsenhausen, zu gelangen, muß nur der Main überquert werden, dann ist man mittendrin im Geschehen. Heute wird dort längst nicht mehr nur das Nationalgetränk der Frankfurter, der „Äppelwoi", ausgeschenkt, sondern Bierlokale, Diskos, Bistros und Restaurants und die Apfelweinlokale reihen sich aneinander. Mit seiner zentralen Lage ist das Frankfurter Plaza also gleichermaßen geeignet für Touristen und Geschäftsleute. Besonders attraktiv ist es natürlich für Besucher der Frankfurter Messe. Denn wer hier wohnt, ist unabhängig von den zu Messezeiten in Frankfurt so gefürchteten Verkehrsstaus, von Taxis und Autos. Er kann in wenigen Schritten den Messehaupteingang gegenüber dem Plaza erreichen und ist abends gleich wieder in einem der 600 luxuriös ausgestatteten Zimmer oder kann sich in Sauna, Solarium und Health Club wieder fit für die Frankfurter Nächte machen.

Mit seiner Kapazität von 600 Zimmern und Suiten ist das Frankfurt Plaza das drittgrößte Hotel der Stadt. „Gerade bei dieser Größenordnung ist es wichtig", sagt Radizi, „den Gast nicht in der Anonymität verschwinden zu lassen. So legen wir besonderen Wert auf ganz persönlichen Service. Bei der Auswahl unserer Mitarbeiter ist das entscheidende Kriterium, ob sie Freude daran haben, mit Menschen umzugehen – das Fachliche bringen wir ihnen sowieso bei. Anders ausgedrückt: Der Wille zum ‚Dienen' in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes muß dasein."



Unter dem Leitmotiv „Ihre Freunde am richtigen Platz" läuft in allen CP-Hotels der Kette seit etwa einem Jahr eine Mitarbeiter-Motivations-Kampagne. Alle Angestellten eines Hauses, ob „vor" oder „hinter" den Kulissen, werden in Teams mit jeweils einem „Captain" eingeteilt, diese werden dann aufgrund von Gästekommentaren nach einem Punktesystem bewertet. Wer die höchste Punktzahl erreicht, wird zum „Freund des Monats" gekürt und darf sich von den Kollegen verwöhnen lassen. Auch Regionalsieger werden ermittelt, sie können dann ein Wochenende in einem der CP-Häuser in Deutschland verbringen. Für alle Teams richten die Direktoren in regelmäßigen Abständen ein Bankett aus. „Das wirkt ungeheuer motivierend auf unsere Mitarbeiter", lobt Peter Radizi diese Aktion, „Und wenn sie einmal selbst Gast im eigenen Haus sein können, beurteilen sie auch den Service nach ganz anderen Kriterien. Das hilft ihnen, ihre eigene Leistung noch zu verbessern."





## CP BEDEUTET: CANADAS GRÖSSTE GESELLSCHAFT

Hotels, Versicherungen, Minen, eine Fluggesellschaft, Speditionen, Schiffe, Telekommunikationsfirmen, Ölfirmen und viele andere Unternehmen gehören zur Canadian-Pacific-Gruppe, die heute die größte Gesellschaft Canadas ist. Die international bekannte Kurzform sind die beiden Buchstaben „CP". CP-Air beispielsweise verbindet Canada mit fünf Kontinenten und fliegt aus Europa von Amsterdam aus sieben Ziele in Canada an. CP-Ships betreiben Transportschiffe, die alle Handelsrouten der Welt befahren, und CP-Telecommunications verbindet Canada untereinander. Und schließlich gibt es CP-Rail, die Eisenbahngesellschaft, in der die Gruppe eigentlich ihre Wurzeln hat. Denn vor über hundert Jahren, 1880, wurde die „Canadian Pacific Railway Company" gegründet: Eine kleine Gruppe von Unternehmern hatte das Wagnis auf sich genommen, quer durch das unwegsame Land Canadas mit dem schier unüberwindlichen Hindernis der Rocky Mountains eine transkontinentale Eisenbahnlinie zu bauen. Die Bahnlinie mit ihren Stationen war für damalige Zeiten in einer Rekordgeschwindigkeit von 53 Monaten fertiggestellt – aber der Aufbau des Unternehmens hatte gerade erst begonnen. Telegraphen- und Expreßdienste hatten die Gründer schon etabliert, bevor überhaupt die ersten transkontinentalen Züge regelmäßig verkehrten. 1886 engagierte man sich – folgerichtig – im Schiffstransportwesen über den Pazifik von Vancouver in den Orient. Und es war auch nur logisch, daß das Unternehmen an den Eisenbahnstationen Übernachtungs- und Verpflegungsmöglichkeiten schuf. Das erste der heute 23 CP-Hotels in Canada, Deutschland und Israel wurde 1886 eröffnet, den kleineren Häusern folgten dann große und schloßartige Luxushotels in den landschaftlich schönsten Gegenden Canadas, wie das Banff Springs oder das *Chateau Lake Louise*. Denn schon damals setzte das Management auf den Tourismus. Der damalige General Manager und Vice President, Sir William Van Horne, erklärte: „Da wir Landschaft nicht exportieren können, müssen wir eben Gäste importieren."

Diese Weitsichtigkeit war wohl auch das Erfolgsrezept der Gruppe für ein Jahrhundert erfolgreicher Expansion und Diversifikation. Das jüngste Unternehmen, das die Deutschen nun im zweiten Jahrhundert der CP-Geschichte bewundern können, ist das Bremen Plaza Hotel.





## Kreativität im Veranstaltungsbereich

### Die Plaza-Bankettabteilung läßt sich einiges einfallen

Als das CP Plaza 1977 in Frankfurt eröffnet wurde, war damit für den Tagungs- und Kongreßbereich ein Hotelangebot entstanden, das der Weltstadt und Wirtschaftsmetropole Frankfurt gerecht wird. „Die Räumlichkeiten, die wir zu bieten haben, sind die größten ihrer Art der Frankfurter Hotels", sagt Verkaufsdirektor Holger Berghold. In der Tat ist die „Westendhalle" mit ihrer Größe von 775 m² und der Höhe von 5,80 m ein eleganter und beeindruckender Raum. Sie kann für Cocktailempfänge für 1450 Personen, Bankette für 600 Gäste an runden Tischen oder mit einer Theaterbestuhlung für 1000 Personen genutzt werden. Dazu bieten sieben weitere Konferenzräume Kombinationsmöglichkeiten zwischen 55 und 230 m². Berghold: „Ein Galaabend zum Beispiel könnte so ablaufen: Die Gäste werden in unserem riesigen Foyer im 1. Stock, dem ‚Westendplatz', mit einem Cocktail begrüßt. In der ‚Westendhalle' sind dann Tische für 300 Personen gedeckt, und es gibt eine Tanzfläche mit Podium für die Kapelle. Das Buffet können wir dann in den Salons Schönberg, Königstein und Bad Homburg aufbauen, denn sie lassen sich mit der ‚Westendhalle' verbinden. Bei einer Tagung dagegen kann man in dem ‚Westendplatz' eine große Ausstellung aufbauen, gleichzeitig im großen Teil der ‚Westendhalle' ein Symposium für etwa 300 Teilnehmer abhalten und im abgeteilten kleineren Bereich ein Abendessen für 140 Personen an runden Tischen vorbereiten." Daß dazu eine perfekte technische Ausstattung gehört, versteht sich von selbst, sogar die Lautsprecheranlage hat einen eigenen Kontrollraum, und die Beleuchtung wird – auch mit Spots – ganz nach Wunsch arrangiert.

„Aber wir sind nicht nur technisch perfekt ausgerüstet und können alles besorgen", erklärt Holger Berghold, „wir haben uns auch zur Gestaltung von Galaabenden und zu den Dekorationen einiges einfallen lassen." Daß das Frankfurter Haus natürlich hessische Dekorationen besitzt und ein Hessisches Spezialitätenbuffet im Angebot hat, dürfte nicht weiter verwunderlich sein. Genausogut kann man aber auch eine „Brasilianische Nacht" dort feiern, denn auch dafür stehen die Requisiten zur Verfügung. Etwas ganz Besonderes können Veranstalter ihren Gästen aber bieten, wenn sie ein Rittermahl bestellen. „Wir machen dann die ‚Westendhalle' zu einem Rittersaal und gestalten einen mittelalterlichen Abend unter dem Motto: ‚Ja, so war'n s', die alten Rittersleut'. Da servieren wir dann einen Festschmaus nach alten Originalrezepten, zum Bespiel gefüllte Wachtel mit Leber oder ganze Schlegel einer Bauernsau im Rohr gebraten und zum Nachtisch Brunhildes Grießpudding mit Himbeersoße. Als Getränke gibt es natürlich Bier aus dem Humpen und Met oder Beerenbowle und Schnaps. Die Gäste verkleiden sich alle als Ritter oder Burgfräulein. Wer im Haus wohnt, bekommt die Kostüme vorher aufs Zimmer." Der Ablauf eines solchen Abends ist für die Teilnehmer – so die Erfahrung Bergholds – eine „Mordsgaudi". Bei dem „Kaiser-", „Siegfried-" oder „Rittermahl" ertönen Schalmeien und Hörner als musikalische Untermalung. Ein Herold wacht über die guten Sitten, und wer sich „unflätig benehmet", wird an den Pranger gestellt. Die Edelsten der Runde dagegen werden feierlich zum Ritter geschlagen. Dieses Spektakel kann für 50 bis 500 Personen arrangiert werden und ist besonders für Gäste aus dem Ausland sicherlich ein unvergeßlicher Abend.

## Geistige und leibliche Genüsse

### Bar und Restaurants im Frankfurt Plaza

„Bibliotheke" heißt die Tagesbar des Frankfurt Plaza, und dieser Name ist durchaus wörtlich zu nehmen: Hier bestehen die Wanddekorationen aus über 1000 echten Büchern. Die Gäste sind herzlich eingeladen, sich nicht nur bei einem Drink, sondern auch bei guter Lektüre zu entspannen. Eine Idee, die neulich sogar einen Kriminalschriftsteller aus Hong Kong anregte, der „Bibliotheke" eines seiner Werke zu übersenden und zu widmen.

Hier kann man in gelöster und eleganter Atmosphäre zum Beispiel auch einen Aperitif nehmen, bevor man zum Essen im exklusiven Gourmet-Restaurant „Die Geheimratsstube" Platz nimmt. Küchenchef Karl-Dieter Pusekker hat sich ganz der „neuen Küche" französischer Richtung verschrieben, bietet natürlich aber auch regionale Spezialitäten der Saison an. Besonders empfehlenswert ist seine Bouillabaisse, die er jeden Freitag frisch zubereitet.

Jederzeit für den kleinen und großen Appetit (und für das Frühstück) bereit ist die „Bäckerei", das rustikale



Restaurant des Plaza, das von 6.00 bis 23.30 Uhr geöffnet ist. Hier kommen Brot, Brötchen und Croissants tatsächlich frisch aus dem Backofen, und es werden internationale Snacks ebenso angeboten wie das Frankfurter Nationalgericht „Rippchen mit Sauerkraut".

Bleibt noch die schicke Diskothek „Blue Infinitum" zu erwähnen, die auch „New York in Frankfurt" genannt wird. Auch Frankfurts Insider wissen Stil und Atmosphäre hier zu schätzen – das „Blue Infinitum" gehört zu den beliebtesten Treffs der Stadt für Nachtschwärmer.

## Giftiges in Büchern

P. Jo. – „Betrug und Bleivergiftung" überschreibt Horst Kliemann in seinem „Stundenbuch für Letternfreunde" (Die bibliophilen Taschenbücher, Dortmund, 200 S., 9,80 Mark), das allerhand Sentenzen zum Lob des gedruckten Worts enthält, eines seiner Kapitel. Darin findet man auch einen Auszug aus Georg Paul Hönns „Betrugslexikon" von 1743. Unter „Bücher-Schreiber betrügen" nennt Hönn als 20. Punkt: „Wenn sie eine neuere Jahr-Zahl auf das Titul-Blatt setzen, als das Buch herausgekommen ist."

In Dortmund muß der Lektor diesen Satz übersehen haben, denn im Impressum finden sich nur die Jahreszahl 1984 und der Hinweis: „Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Linotype GmbH." *Wann* die Firma diese hübsche Kompilation ihren „Letternfreunden" einst wirklich zugedacht hatte, verrät der Verlag – entsprechend einer weitverbreiteten Unsitte bei solchen Nachdrucken – nicht. Einer Anmerkung ist lediglich zu entnehmen, daß es zum „hundertsten Geburtstag des Erfinders der Linotype-Setzmaschine, Ottmar Mergenthaler," geschah (und das war schon 1954).

Unter Punkt 11 erwähnt Georg Paul Hönn noch eine andere „Bücher-Schreiber-Betrügerey": „Wenn sie ihren Büchern, so unter dem ersten Tituln nicht abgehen wollen, andere Mäntelgen umthun, und einen neuen Titul geben." Auch dieser Brauch ist bis heute nicht ausgestorben. Da erschienen etwa 1983 bei Kiepenheuer in Leipzig und Weimar „Ostjüdische Legenden". Im Jahr darauf bot der Frankfurter Inselverlag „Wie der Baalschem ins Heilige Land reisen wollte und andere ostjüdische Legenden" an. Das war zwar nicht das gleiche, aber dasselbe.

„Verleger sind die Quartiermacher der Ritter vom Geist", hat Adolf von Kröner, selbst Verleger, einmal gesagt. Er kannte offenbar seine Kollegen schlecht. Oder kannte er sie nur allzu gut?

Ljubimow inszeniert Dostojewskijs „Dämonen"

# Nattern, Höllenhunde

Leonid Breschnew brachte das Kunststück fertig, noch aus dem Grab heraus der Kunst ein Bein zu stellen. Zum Stolpern brachte er Jurij Ljubimows Inszenierung des „Boris Godunow", dessen Parallelen und Analogien zum Machtkampf im Kreml nach Breschnews Abgang den Moskauer Zensoren allzu zeitgemäß erschienen. Solche politischen Imponderabilien sind in der sozialistischen Welt Künstlerpech. Schlimmer erging es Ljubimow mit seinem Projekt, am Moskauer Taganka-Theater Dostojewskijs „Dämonen" herauszubringen. Schon nach der zweiten Probe folgte der Bannstrahl der Zensur. Ljubimow definiert die Hürde heute so: „Es gab eben keine offizielle Interpretation dieses Buches. Es war keine empfohlene Lektüre. Ja, sie hassen es."

Sieben Jahre nach der Inangriffnahme dieses in jedem Sinne kühnen Projekts konnte Ljubimow jetzt, inzwischen als Direktor des Taganka gefeuert und aus der Sowjetunion ausgebürgert, seine „Dämonen" endlich realisieren – im Westen.

Es ist Ljubimows erste Original-Theaterinszenierung nach der Emigration. Man kann dieser Transposition eines 700-Seiten-Romans in eine entfesselte Bilder- und Bühnensprache wohl nur gerecht werden, wenn man sich, wie Ljubimow selbst, über Dostojewskijs prophetischen Blick voll im klaren ist. „Wie konnte er", staunt der Regisseur, „nur damals schon wissen, daß die Welt so bald den Besessenen in die Hände fallen würde!" Ljubimow zeigt, Dostojewskij inszenierend, nicht mehr und nicht weniger als eine Genese des Totalitarismus. Über die Brisanz der Bühnenwirkung, die er damit in Moskau erzielt hätte, läßt sich nur spekulieren.

Mit den „Besessenen", der bekannten Bearbeitung von Camus, hat Ljubimows Version nichts gemein. Auch den Erwartungen eines englischen Publikums, auf der Bühne vollplastische Charaktere vorzufinden, kommt der Russe nicht entgegen. Er inszeniert diesen wohl politischsten Roman Dostojewskijs als eine Mischung aus Grand Guignol, kabarettistischer Revue und chaplinesker Groteske. Die Gemeinschaftsproduktion des Londoner „Almeida Theatre" mit dem Pariser „Théâtre de L'Europe", dem „Piccolo Teatro" Mailand und Englands kommerziellem Fernsehen *Channel 4* gab Ljubimow die Möglichkeit, Regie-Theater in Reinkultur vorzuführen.

Die in beißende Ironie getauchte Geschichte von den russischen Revolutionären, die das sozialistische Paradies durch Mord und Terror herbeiführen wollen, wird als dämonischer Tanz am Rande des Abgrunds in Szene gesetzt. Ljubimow entdeckt die tödliche Schlagkraft der einst von Ionesco gepflegten Gattung der tragischen Farce wieder. Er zeigt in greller Überbelichtung, wie die Saat der Gewalt gesät wird. Und er zeigt in satirischer Verzerrung, wie „herrlich weit" es die Erben des frühen Terrorismus mit der Diktatur des Proletariats inzwischen gebracht haben.

Das Bühnenbild besteht aus Wänden schwarzer Latten, die in Wirklichkeit elastische Gurte sind, zwischen denen die Akteure immer wieder buchstäblich ins Nichts verschwinden, aus denen heraus sie aber auch regelrecht auf die Bühne katapultiert werden können. Die Technik der verzerrten Bewegung wird als Indiz für eine aus den Fugen geratene Welt virtuos genutzt. Das Visuelle und das Akustische haben bei Ljubimow den Primat vor dem Wort. Atmosphäre und Stimmung sind ihm wichtiger als das Nachzeichnen des Handlungsgerüsts, das er, zu seinem Schaden übrigens, als bekannt voraussetzt.

Dem expressionistischen Film ist die Technik der hektischen Reihung von Kurzszenen entlehnt. Ein stilisierter Schlagabtausch läuft in Zeitlupe ab. Die Bühne wird plötzlich in Dunkel getaucht. Die Akteure lassen den Schein von Taschenlampen über Gesichter mit Grimassenmasken flimmern. Sie erhalten durch Aufkleben weißer Zettel auf den Mund Schweigegebot. Ljubimow variiert furios Brechts Spruchbänder und Transparente (mit den Kapitelüberschriften des Romans), nutzt sie als Requisiten.

Wie schon in seiner Bühnen-Einrichtung von Dostojewskijs „Schuld und Sühne" ist auch hier die Musik ein integraler Bestandteil der Inszenierung, von Ljubimow bis auf den Takt genau kalkuliert. Bevorzugt werden Kompositionen Alfred Schnittges mit widerborstigen Rhythmen, schreienden Dissonanzen und messerscharfem Stakkato. Auch der Sprechstil hat etwas grell Deklamatorisches. Das verbale Sperrfeuer muß freilich auf die Dauer auch den gutwilligsten Zuschauer ermüden. Großartig aber die akustischen Anleihen bei Tierlauten: das dämonische Natterngezücht zischt sich an, es gibt animalisches Grunzen, das Gebell von Höllenhunden. In den vielen Grotesk-Szenen haben solche Laute durchaus ihren Platz.

Dennoch, Ljubimow hat diesmal die Geschlossenheit früherer Inszenierungen nicht erreicht. Er hat lediglich vorgeführt, wie man eine Truppe zu einem virtuosen Ensemble zusammenschweißen kann, aus dem nicht einmal der glaubens- und gefühllose „Übermensch" Stawrogin (Nigel Terry) herausragt.

Man sollte aber nicht vergessen, daß Ljubimow eine ursprünglich für Moskau bestimmte Inszenierung gewissermaßen „nachgeholt" hat. Es bleibt bewundernswert, mit welcher Loyalität man diesem Regisseur in europäischer Gemeinschaftsinitiative dabei geholfen hat, wobei seinem Bewunderer Giorgio Strehler besondere Verdienste gebühren. Ljubimow wird demnächst in Nizza Opern inszenieren. Man sollte ihm auch bei uns regelmäßig Chancen geben – mit Themen aus der verlorenen Heimat.

SIEGFRIED HELM




Brechtsche Plakatdramaturgie ironisch gewendet: Szene aus Ljubimows „Dämonen" in London FOTO: SAD

Hörspielpreis der Kriegsblinden an Friederike Roth

# Die Besinnung auf den einzelnen

Die Leute vom Hörspiel fassen einander seit einigen Jahren in Abständen furchtsam am Ärmel – ob sie wirklich noch alle da sind. Gerüchte über die geplante Einstellung ganzer Hörspielabteilungen geistern durch die Funkhäuser. Hörerbefragungen scheinen durch düstere Ahnungen ersetzt.

Dem darf man nun endlich wieder Tröstliches entgegenhalten. Das deutsche Hörspiel scheint zaghaft sein Haupt zu erheben. Zum erstenmal seit vielen Jahren hatte die 19köpfige Jury des traditionsreichen Hörspielpreises der Kriegsblinden, diesmal in Saarbrücken beieinander, eine schwere Wahl – nicht, weil es zu wenige, sondern weil es zu viele preiswürdige Stücke aus der Produktion des Jahres 1984 gab.

Die Kanonade aus dialogisierten Revolutionen und Katastrophen, die sich zuletzt – ob nun herbeigesehnt oder herbeigefürchtet – statt in der Wirklichkeit in den Gehörgängen der tapfer Lauschenden austobten, ist abgeebbt.

Nicht, daß da nun ringsum Friede und Innerlichkeit ausgebrochen wären. Keine simple Tendenzwende, sondern hier und da und dort endlich Rückbesinnung auf die vielfältigen Möglichkeiten der totgesagten Gattung, aufs Detail, auf Phantasie, Musik und Charaktere.

An vier durchaus gegensätzlichen Beispielen unter den 20 der Jury vorgeschlagenen Hörspielen soll diese neue Vielfalt des Bemühens deutlich gemacht werden. Alle vier standen bis zuletzt in der engeren Wahl. Zwischen den letzten beiden wählte die aus Kritikern und Kriegsblinden bestehende Jury schließlich mit 10:9 Stimmen.

Da ist zunächst die Preisträgerin Friederike Roth mit ihrem Hörspiel „Nachtschatten" (Süddeutscher Rundfunk). Über die Autorin, 1948 in Sindelfingen geboren, in Philosophie promoviert, inzwischen durch Lyrik, Prosa und Theaterstücke weitberühmt und mit Preisen fast überhäuft, braucht nicht mehr viel gesagt zu werden.

Das preisgekrönte Stück ist der Dialog einer Frau, die sich nach gescheiterter Partnerbeziehung einen neuen Mann sozusagen ersinnt, einen mit eigener Biografie kunstvoll ausstaffierten Wunschpartner. Aber auch dieser Versuch scheitert. Die erdachte Figur tritt wieder in den Schatten zurück.

Ob man hier nun mehr das wachsende Selbstbewußtsein einer an sich selbst lernenden und arbeitenden Frau sieht oder – tiefenpsychologisch – das unbewußt gewollte Scheitern einer zu wirklicher Beziehung Unfähigen: Hier wird in einer sehr poetischen, leisen und doch unsentimentalen Sprache mehr vom Denken und Zweifeln der modernen Frauen sichtbar als in allen feministischen Kampf- und Krampfprodukten zusammen.

Es ist wirklich Zufall und nicht Symptom einer neuen Tagesmode, daß auch beim zweitplacierten Stück die Gefühle und Gedanken einer Frau im Mittelpunkt stehen, ganz anders freilich in Gestalt und Problematik. „Frau Zarik" von Ludwig Fels (Westdeutscher Rundfunk) betritt im Gegensatz zu „Nachtschatten" stilistisches Neuland. Fels versucht hier, das fast Unmögliche darzustellen: Eine ihr ganzes Leben lang geschundene Frau aus der sozialen Unterschicht, hin- und hergeschubst zwischen einem fast bis ins Groteske hinein tyrannischen Mann und der psychiatrischen Anstalt, in die sie immer wieder halb gedrängt wird, halb selber flüchtet.

Es sind Schrecknisse, wie sie einem sonst nur in der Realität (etwa im Gerichtssaal) begegnen. Dutzende von Autoren haben sich daran versucht und sind in peinlichster O-Ton-Nachahmung, plattester Gesellschaftsanklage oder unfreiwilliger Komik untergegangen. Fels stattet seine beiden Figuren mit einer überhöhten, ganz unnaturalistischen Sprache aus. Und das Seltsame geschieht: Die beiden Personen gewinnen (fast) überall eindrückliche Kraft, ohne die ausweglose Primitivität ihres Menschseins abzustreifen.

Ganz anders ist Tankred Dorsts „Der verbotene Garten" (ebenfalls vom Süddeutschen Rundfunk) angelegt. Es ist ein sprachlich überaus eindrucksvoller Versuch über den italienischen Dichter Gabriele D'Annunzio und sein narzißtisches, schwülstigwehleidiges, den Verwüstungen der Wirklichkeit unzugängliches Verhältnis zu Politik, Faschismus und Geschichte.

In diesem Hörspiel wird neben einer sehr differenzierten Sprachkunst auch Zeitgeschichte deutlich, etwa jene vom Nationalsozialismus weit entfernte, ästhetisierende Variante des Faschismus in Italien, der teilweise aus anderen kulturellen Wurzeln stammt und deswegen auch in seinen äußeren Manifestationen heute vielen unverständlich erscheint. Faszination und Gefährlichkeit dieser Variante kommen auf intelligente Art zur Geltung.

Geschickt wird hier auch die Musik eingesetzt, fast ausschließlich aus Kompositionen von Ottorino Respighi, bekanntlich einer Gestalt mit vielen Ähnlichkeiten zu D'Annunzio. Leider wird Respighis Name weder in der Ansage noch im Begleittext erwähnt. Statt dessen erscheint unter dem Rubrum „Komposition" der Name von Peter Zwetkoff, der da gewiß einfühlend und kunstvoll montiert, aber eben doch nicht komponiert hat. Diese Unsitte ist leider bei Hörspielen häufiger zu beobachten.

Wiederum gänzlich anderswo liegt das Verdienst von Gerhard Köpfs „Landfunk" (Sender Freies Berlin). Köpf stammt aus dem Allgäu und ist Professor für Literatur in Oldenburg, scheint aber zumindest, was seinen Witz betrifft, dabei keinen Schaden genommen zu haben.

„Landfunk" ist eine Montage aus Texten über die Veränderungen und Zerstörungen der Landschaft, speziell des Allgäus, artikuliert von einer Reihe teils altertümelnder, teils utopischer Personen. Eine Stimme ertönt (ganz geographiewidrig) in Schwyzerdütsch, vermutlich war diese Schauspielerin gerade greifbar.

Es stört nicht. Ein zugleich schmerzhafter und doch distanzierender Witz breitet sich gleichermaßen über die Zerstörer wie über die selbsternannten Ankläger und „Überwinder" dieser Zerstörung aus. Da treten „miteinander tanzende, weißgewandete Waldorfschülerinnen" auf, da wird das Energiesparen bis zu einer utopischen Mühle fortentwickelt, die nur noch vom Gesang der Müllergesellen angetrieben wird usw.

Allein schon die Chance, daß sich solcherart Witz wieder über den Äther verbreitet, müßte die entlaufenen Zuhörer zum Hörspiel zurückführen. Denn ganz ohne Hörer, wie sich das einige in der Zeit der Dürre vorzustellen schienen, kann auch das beste Hörspiel nicht existieren.

JOACHIM NEANDER

Tagung zu Werk und Leben Franz Fühmanns

# Ein gescheiterter Großer

Vom 22.–24. 3. 1985 veranstaltete der „Arbeitskreis für Literatur und Germanistik in der DDR" bei der Karl-Arnold-Stiftung ein Seminar zu Person und Werk von Franz Fühmann. Ein gelungenes Unternehmen, getragen von der Kompetenz der Referenten wie von den persönlichen Beziehungen einiger zu dem jüngst verstorbenen Autor. So konnte ein nüchtern-kritisches und zugleich recht lebendiges Fühmannbild vermittelt werden – trotz gelegentlicher literaturwissenschaftlicher Analysen, die einem Sektionsbefund nahe kamen.

Im Zentrum stand Fühmanns zweite Lebenshälfte, wie sie als entscheidender Einschnitt durch „22 Tage oder die Hälfte des Lebens" markiert wird. Es ist der Fühmann der quälenden Auschwitzfrage, der dem Selbstbetrug einer nur scheinbaren Wandlung durch bloße Identifikation auf die Spur gekommen war, nun zu neuer Position gelangt und sich befreit, *diese Position auch öffentlich zu* beziehen. Aber es ist auch der Fühmann, der die Einheit seiner Person und seines Werks nurmehr als Diskontinuität erleben konnte. Um diese Einheit aufzusprengen, brauchte es eine anarchische Kraft – die Dichtung Trakls (Sturz des Engels).

Es versteht sich, daß angesichts solcher Biographie auch Fühmanns Scheitern zu thematisieren war, zumal sich der Autor in großer Ehrlichkeit und Bescheidenheit selbst dazu bekannt hat. Dieses Scheitern betrifft nicht nur seine Lyrik und Teile der frühen Erzählprosa, sondern auch sein Bergwerk-Projekt, das Fühmanns letzte Lebenskraft verzehrt hat, ohne seine literarische Form zu finden.

Das Eingeständnis des Scheiterns ist indes Teil der Größe Fühmanns, wohl auch eine Grundvoraussetzung für die Schutzfunktion, die er für die Generation junger, von staaticher Kulturpolitik verfemter Literaten übernommen hatte und für die sein Tod, wie es scheint, ein unersetzbarer Verlust ist. Auch davon war auf der Tagung die Rede – im persönlichen Zeugnis zweier anwesender Autoren sowie durch übersandte Texte; Texte übrigens, die bei der Sache blieben: beim Anspruch der Literatur unter den gegebenen Bedingungen im anderen Teil Deutschlands.

Wie eng Fühmanns Spätwerk mit der Kritik der Verhältnisse im realen Sozialismus verbunden ist, wurde noch einmal im Schlußreferat des Kieler Germanisten Prof. Mannack deutlich, der Fühmanns E. T. A.-Hoffmann-Rezeption untersuchte. Fühmann gelang es nicht nur, den Erbe-Kanon der „DDR" zu erweitern, sondern er fand damit vor allem ein literarisches Mittel, das Gespenstische im Alltag des realen Sozialismus hellsichtig zu machen.

THEO MECHTENBERG



Abbildungen der großen Stille: Illustration zu A. Trollops „Orley Farm" (1866) von John Everett Millais FOTO: KATALOG

Wolfenbüttel zeigt englische Buchillustrationen

# Distanz zum Biederen

Diese Ausstellung fordert geradewegs zu einer Ethnographie des Lesers heraus. Denn „The Art of Illustration" im Wolfenbüttler Zeughaus, dem stimmungsvollen Entree der Herzog-August-Bibliothek, lenkt das Augenmerk auf die Eigenheiten der englischen Buchillustration im 19. Jahrhundert, die in starkem Maße nationale Züge trug und sich im Anspruch und Ausdruck erheblich vom zeitgenössischen Buchschmuck in Deutschland und Frankreich unterschied.

Die Wolfenbüttler Bibliothek kann diesen Überblick dank der Stiftung Ulrich von Kritter zeigen. Und da mit der Stiftung die Bedingung eines wissenschaftlichen Ausstellungs-/Sammlungskataloges verbunden war, darf *der Besucher ein instruktives,* gut bebildertes Kompendium mit nach Hause tragen.

Am Anfang steht natürlich William Hogarth, der die Grundlinien britischer Illustrationskunst bereits im 18. Jahrhundert festlegte. Es war jene Verbindung von moralisierenden und karikierenden Elementen, die sich bis in die Gegenwart verfolgen läßt.

Und nicht nur die großen Karikaturisten Rowlandson und Cruikshank (Vater und Söhne) haben jenen Stil der komischen, auch ernsthafte Stoffe ins Groteske wendenden Illustration fortgeführt, er findet sich ebenso bei den Dichtern und (Amateur-)Illustratoren ihrer eigenen Werke – wie Thackeray und Edward Lear – oder bei den Fortsetzungsromanen von Charles Dickens, die Robert Seymour und „Phiz" (d. i. Hablot Knight Browne) mit Bildern begleiteten.

In Deutschland herrschte dagegen die moralisierende Illustration vor, die mit Daniel Chodowiecki begann und bei seinen Nachfolgern – Peter Cornelius, Schnorr von Carolsfeld, Ludwig Richter – ins Biedere oder Gekünstelte geriet.

Davon war allerdings auch die englische Illustration in der zweiten Jahr*hunderthälfte nicht frei. Der viktori*anische Leser wollte Erbauung finden, auch im Bild. Dem zahlten die Präraffaeliten ihren Tribut, ehe sich das Arts and Crafts Movement eines William Morris und Walter Crane oder die Art-Nouveau-Decadence eines Aubrey Beardsley gegen die triviale Illustration der Massenauflagen wandten und ihnen als Gesamtkunstwerk durchkomponierte Bücher in wenigen sehr edel und möglichst von Hand gedruckten Exemplaren entgegensetzten.

Dabei dachten sie an die Codices des Mittelalters, obwohl die direkten Einflüsse eines John Flaxman (der mit seinen Umrißstichen auch auf dem Kontinent eine Illustrations-Mode auslöste, z. B. die populären Klassiker-Serien von Moritz Retzsch oder Genelli) und eines William Blake und seiner vom Künstler nicht nur illustrierten, sondern auch geschriebenen Bücher nicht zu verkennen ist.

Beide Richtungen zeichnet ein Hang zum Mystizismus und zur pathetischen Ernsthaftigkeit aus, der sonst der britischen Illustration weitgehend fremd ist – was sie jedoch prädestinierte, auf dem Kontinent nachgeahmt zu werden. Die dritte Linie, die exotischen Märchenillustrationen aus dem Geist des Jugendstils von Arthur Rackham oder Edmund Dulac, gewann dagegen erst in unseren Tagen eine neue Beliebtheit. Denn auch die Leselandschaften bleiben von den Moden nicht verschont. (Bis 21. April; Katalog 25 Mark).

PETER DITTMAR

Jeannot Szwarc' Superman-Pendant „Supergirl"

# Brave Heldin aus dem All

Dreimal schon hat ihr Vetter „Superman" im Kino die Welt gerettet. Jetzt ist sie dran, das Mädchen aus dem Weltall: „Supergirl". Denn im Zeitalter der Emanzipation dürfen auch die Frauen Muskeln zeigen und das Böse siegreich bekämpfen. Wird das Gute in diesem Film durch ein weibliches Wesen verkörpert, muß dementsprechend folgerichtig auch das Böse von einer Frau dargestellt werden. Faye Dunaway spielt in Jeannot Szwarc' Film (nach dem gleichnamigen Jugendbuch von Norma F. Mazer) eine moderne Hexe. Gegen diese rothaarige Schurkin tritt nun das zierliche Mädchen aus einer anderen Welt zum Kampfe an. Helen Slater heißt die charmante Neuentdeckung. Dabei ist Supergirl eigentlich auf die Erde hinunter- oder hinaufgesaust, das wird nicht so ganz klar, um das sogenannte Omegahedron wieder zu erlangen. Dieser kleine Energieball versorgt ihre Heimatstadt Argos City auf dem *kleinen Satelliten des zerstörten* Planeten Krypton, von dem auch ihr Vetter Superman stammte, mit allen lebenswichtigen Energien. Aber das Ding entfleucht ins Weltall, worauf der unaufmerksame Obertechniker der Luftstadt, Zaltar (Peter O'Toole), sehr lebensecht und realistisch zum einsamen Trinker auf dem Phantomplaneten wird, dem Gestirn der Verbannten. Kara aber, das Supergirl, macht sich auf die Suche nach dem magischen Ball und stößt dabei auf Madame Serena, die von der Eroberung der Welt durch Magie und wilde Tricks träumt.

Wie weiland ihr Vetter Superman in die Rolle des etwas versponnenen Reporters Clark Kent schlüpfte, um auch mal unerkannt ein Privatleben haben zu dürfen, verkleidet sich Supergirl, blond und blauäugig, als *das dunkelgelockte Schulmädchen* Linda Lee. „Schulmädchenreport" made in USA sind derzeit im Kino in – aber keine Angst, es geht bei „Supergirl" immer brav und adrett zu.

„Supergirl" ist ein hübscher Film, der sich selbst verulkt und ganz im Stil von „Superman" Gags und Parodien fröhlich und unverkrampft aneinanderreiht. Auch die Schauspieler nehmen sich nicht allzu ernst, und Faye Dunaway in der Rolle der hüftenschwingenden, wimpernklappernden Hexe ist ein wahrer Genuß. Aber der Film kleckert im Grunde hoffnungslos hinter der großen Comic-Welle hinterher, die zur Zeit gerade verebbt. Das Kinopublikum hat inzwischen neue Helden auf der Leinwand gefunden, mannhafte Archäologen wie Indiana Jones oder tollkühne Geisterjäger wie in dem Film „Ghostbusters". Dagegen wirkt das Märchen von dem Supergirl aus dem Weltall schon fast anachronistisch.

M. v. SCHWARZKOPF

## JOURNAL

### Gemälde von van Dyck in Spanien entdeckt

AFP, Saragossa

Ein bisher als verschollen erachtetes Gemälde des niederländischen Malers und Rubens-Schülers Anthonis van Dyck (1599 - 1641) ist jetzt über dem Altarblatt der Kirche von Pedrola in der spanischen Provinz Saragossa entdeckt worden. Das 112 mal 94 Zentimeter große Bild, das die Jungfrau mit dem Kind und die heilige Katharina darstellt, wurde von einer Expertin für Kunstgeschichte an der Universität von Saragossa als Werk des niederländischen Meisters identifiziert. Van Dyck hatte zwei identische Exemplare dieses Werkes gemalt. Eines davon hängt im Metropolitan Museum in New York. Das zweite, das in Antwerpen entstand, galt bis jetzt als verloren.

### Die EKD feiert Schütz, Bach und Händel

DW. Hannover

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) wird am 28. April der Werke Heinrich Schütz', Johann Sebastian Bachs und Georg Friedrich Händels in der Lüneburger St.-Johannis-Kirche gedenken. Der Satz „Soli Deo gloria – allein Gott die Ehre", den Bach immer über seine Partituren schrieb, ist zum Motto des Festaktes geworden. Der Ratsvorsitzende der EKD, Lohse, wird die Festpredigt halten.

### Bolschoi-Ballett tanzt Bulgakow

AFP, Moskau

Das Moskauer Bolschoi-Theater studiert auf der Grundlage des Romans „Der Meister und Magarita" von Michael Bulgakow ein Balett ein. Das grotesk-fantastische Werk kam ungekürzt erst 1973 in der UdSSR heraus. Die künsterlische Leitung hat der Choreograph Juri Grigorowitsch übernommen; die Musik stammt von dem polnischen Avantgarde-Komponisten Krzysztof Penderecki.

### Wettbewerb für junge Komponisten

DW. Köln

Die Internationale Jury für den von Köln, Venedig und Paris in Zusammenarbeit mit dem WDR ausgeschriebenen Kompositionswettbewerb „Junge Generation in Europa" beschloß in Köln, keine Preise zu verleihen, sondern die Gesamtsumme von 33 000 Mark an elf Komponisten gleichmäßig zu verteilen. Die Uraufführungen der ausgewählten Werke werden im Herbst *dieses Jahres im Rahmen des Festi*val d'Automne in Paris, bei der Biennale in Venedig und in der Konzertreihe „Musik der Zeit" in Köln stattfinden.

### Chinesische Künstler ausgezeichnet

AFP, Peking

Zwei chinesische Künstler, der Lyriker Ai Qing und der Maler Wu Zuoren, sind mit der Medaille des französischen Kulturordens „Des Arts et des Lettres" ausgezeichnet worden. *Die Zeremonie wurde in* der französischen Botschaft in Peking vorgenommen. Ai Qing würdigte in seiner Dankesrede die französische Kultur und vor allem das Werk von Victor Hugo und Auguste Rodin. Er kündigte eine Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Victor Hugo an, die der chinesische Schriftstellerverband im Mai organisiert. Den französischen Kulturorden erhielten auch die Dirigentin Liu Xiaoying, die die Pekinger Aufführungen von Bizets „Carmen" leitet, sowie der stellvertretende Leiter *der Pekinger Zentraloper. Liu* Shirong.

### Brief von Mark Twain entkräftet Vorwürfe

dpa, New York

Mark Twain, der Autor des in den USA wegen angeblich rassistischer Tendenzen heftig umstrittenen Klassikers „Huckleberry Finn", scheint rehabilitiert zu sein. Ein kürzlich entdeckter Brief des Schriftstellers, dessen 150. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert wird, hat erstmals den konkreten Beweis dafür geliefert, daß Mark Twain zumindest einem farbigen Studenten durch Geldzuwendungen geholfen hat, sein Jurastudium abzuschließen. Der Brief enthält sogar eine klare Verurteilung des Rassismus in den USA. Das Schreiben, datiert vom 24. Dezember 1885, ist an den Dekan der Juristischen Fakultät der Yale University, Francis Wayland, gerichtet, der Mark Twain zuvor um Hilfe für den farbigen Studenten Warner T. McGuinn gebeten hatte. Der Autor finanzierte die Unterhaltskosten des Studenten bis zu *seinem Examen im Jahre 1887.* McGuinn wurde später ein bekannter Anwalt und Bürgerrechtskämpfer. Die Veröffentlichung des Briefes dürfte die seit kurzem wieder aufgeflammte Diskussion über „Huckleberry Finn" beeinflussen. Das vor genau hundert Jahren erschienene Jugendbuch gilt vielen Schwarzen – vor allem wegen des Wortes „Nigger" – als „rassistischer Schund".

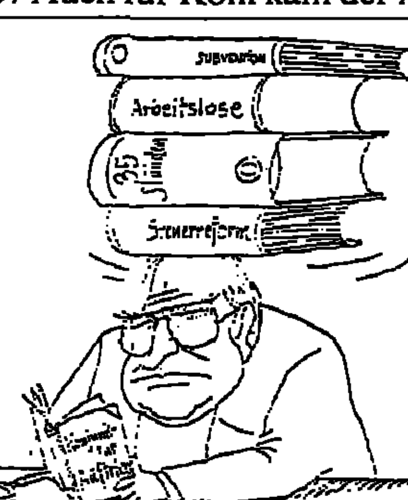
## Karikaturen – Leuchtbojen im großen Meer der Zeitungsdruckerschwärze / Auch für Kohl kam der Aufschwung nach der Wende / Schmidt nicht mehr in der Liste der Top Ten



Gilt schlechthin als die klassische Karikatur: Bismarcks Abgang

ZEICHNUNG: PUNCH









# Gest(r)icheltes zum Kanzler

Wer in der Zeitung steht, ist „in", wer karikiert wird, ist „inner", hat den publizistischen Olymp erreicht. Gemäß dieser Erkenntnis werden täglich annähernd 120 in- und ausländische Zeitungen und Zeitschriften ausgewertet. 60 000 Karikaturen stapeln sich bisher im Pressearchiv des Bundestages.

Die '84er Bonner Karikaturen-Hitliste führt Bundeskanzler Helmut Kohl mit weitem Abstand an. 930mal waren er und seine charakteristische Kopfform Ziel und Opfer der spitzen Feder. An zweiter Stelle folgt mit 340 Karikaturen Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Gest(r)icheltes Merkmal: die großen Ohren. Der lederhosige Bayer Franz Josef Strauß (300) und der falten- wie listenreiche Willy Brandt (220) halten sich zusammen als einzige seit Jahren unter den „Top Ten". Knapp dahinter belegt der Kühle aus dem Norden, Finanzminister Gerhard Stoltenberg (200), den fünften Rang, während Verteidigungsminister Manfred Wörner (150) – durch die Kießling-Affäre karikaturwürdig geworden – und der mit strengem Blick und Tolle ausstaffierte Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (140) abgeschlagen auf den Plätzen sechs und sieben liegen.

Mit nur wenig Unterschied belegen der durch den Katalysator bekannt gewordene Innenminister Friedrich Zimmermann (95), Hessens Landesvater Holger Börner (90), dem hier die Zusammenarbeit mit den Grünen nützte, und der rentengeplagte Arbeitsminister Norbert Blüm (80) die Ränge acht bis zehn.

Lediglich zwei Nicht-Bonner, die Ministerpräsidenten von Bayern und Hessen, befinden sich in dieser A-Riege der politischen Vorturner. Und außer den Oppositionsführern Brandt und Vogel sind es nur Regierungsmitglieder, die derart wortlos zu Ehren kommen.

*Auch fällt auf, daß die Grünen fast* nur typisiert werden, etwa als Frosch oder Heinzelmann. Das unterstreicht die allgemeine Misere, wonach, wie Insider bedauern, „eckige, kantige und somit greifbare" Persönlichkeiten, wie Adenauer und Wehner, die auch über Jahrzehnte hinweg die Polit-Zeichner beschäftigten, fehlen.

Um karikiert zu werden, ist schon ein erheblicher Bekanntheitsgrad notwendig. Der „Kanzler-Bonus" spielt dabei eine große Rolle. So hat Kohl auch erst nach der Wende seinen Aufschwung erfahren, während Helmut Schmidt, Vorgänger in der „Hitliste", sein „Karikatur-Image" verloren hat.

„Leuchtbojen im großen Meer der Zeitungsdruckerschwärze" waren für den ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann die Karikaturen, die „schlaglichtartig Vorgänge erhellen, für deren Beschreibung Leitartikler mehrere Spalten brauchen", ohne diesen Effekt zu erreichen. Da Zeitgeist und Erregung des Augenblicks in den Bildern spürbar sein müssen – wollen sie zeitlose Qualität erreichen – sind solche „Strichleistungen" äußerst rar. Als schlichtweg klassisches Exemplar gilt immer noch, seit nunmehr 95 Jahren, die „Punch"-Zeichnung zu Bismarcks Abgang: „Der Lotse geht von Bord."

ALBRECHT v. der HAGEN



Die Karikaturen v. l. n. r.: „Punch" 1890; Hicks; Ironimus; Haitzinger; Schöpper; untere Reihe: Hanel; Böhle.

# Ein Lob für die Tüftler

## Patentamtspräsident Häußer legte Jahresbericht vor

AP, München

Eine „erfreuliche Leistungsfähigkeit" hat der Präsident des Deutschen Patentamtes, Erich Häußer, den deutschen Erfindern bescheinigt, als er gestern in München den Jahresbericht 1984 vorlegte. „Die Leistungsfähigkeit der technisch-kreativen Leute in unserem Lande ist unverändert", sagte er. Seit 1980 ist nach dem Jahresbericht die Zahl der Inlandsanmeldungen beim Deutschen Patentamt um zehn Prozent von rund 29 000 auf 31 984 angestiegen. Insgesamt wurden im Vorjahr 45 209 Patentanmeldungen eingereicht. In der Statistik folgen auf die 31 984 Anmeldungen aus der Bundesrepublik Deutschland Japan mit 4231, die USA mit 3095 und die Schweiz mit 1003 Anmeldungen.

Patentamtspräsident Häußer forderte vor der Presse ein „erfinderfreundlicheres Klima" in der Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Anreize und rasche Umsetzung von Erfindungen durch Unternehmen mit Risikobereitschaft könnten dazu beitragen, die erfinderische Leistungsfähigkeit zu ermutigen. Private Stellen und Betriebe, aber auch staatliche Behörden sollten mehr für die Erfinder tun. In diesem Zusammenhang wies der Präsident darauf hin, daß es unter deutschen Erfindern bereits ein Geheimtip sei, mit einer Erfindung ins Ausland zu gehen, weil sie dort oft schneller umgesetzt und realisiert werde als im Inland.

Häußer berichtete, daß in letzter Zeit bei seinem Amt viele umweltrelevante Erfindungen angemeldet worden seien. „Der Umweltaspekt schlägt auf alle technischen Fachgebiete durch", sagte der Präsident.

Nach Fachgebieten aufgeschlüsselt war die Bundesrepublik Deutschland bei den Patentanmeldungen im Vorjahr im Bereich mechanische Technologien mit 10 644, auf dem Gebiet des Maschinenbaus mit 7508, in der Elektrotechnik mit 5872, in der Chemie mit 5011 und in der Physik mit 2949 Anmeldungen vertreten. Das Fachgebiet „Physik" nannte Häußer einen *„gewissen Schwachpunkt". Als „Sorgenkind"* bezeichnete er hingegen die Erfindungsleistungen in der Mikroelektronik.

Die Qualität deutscher und ausländischer Patentanmeldungen sei etwa gleichwertig, sagte er. 79 Prozent der Einreichungen stammten von Arbeitnehmern. Es vergehen durchschnittlich drei Jahre, bis eine Anmeldung bearbeitet ist.

# LEUTE HEUTE

## *Di gegen Denver*

Höhepunkt für die Fotografen auf einer erlesenen Modenschau mit Champagnerdiner für 1000 auserwählte Gäste war die Begegnung zweier Frauen, die für Schlagzeilen sorgen. Beide trugen Modelle des britischen Modeschöpfers **Bruce Oldfield**. Aber ansonsten haben sie wenig gemein. **Prinzessin Diana** lief Denver-„Biest" **Joan Collins** nach Meinung der Presse den Rang ab: Sie galt als die Schönste und Eleganteste. **Prinz Charles** hält sich zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland auf.

## *Zoll gegen Popzar*

Sein lebensgroßes Ebenbild soll demnächst im berühmten Wachsfigurenkabinett von Madame Tussaud zu sehen sein. Darum kam **Michael Jackson** zum Modellstehen in die britische Hauptstadt. Diese Popularität scheint die britische Zollpolizei jedoch nicht zu beeindrucken: Der US-Popstar wurde bei seiner Ankunft auf dem Londoner Flughafen 35 Minuten festgehalten und nach Rauschgift durchsucht: ohne Erfolg, wie sich herausstellte.

## *Mann gegen Frau*

Tennisfans ist der Schaukampf zwischen **Bobby Riggs** und der damaligen Wimbledon-Siegerin **Billie Jean King** im Houston Astrodome im Jahre 1973 in bester Erinnerung. Riggs verlor übrigens damals – immerhin vor 50 000 Zuschauern. Im Sommer soll es in Atlantic City zu einer Neuauflage des „Geschlechterkampfes" kommen. Der nunmehr 67jährige Riggs tritt zusammen mit **Vitas Gerulaitis** (31) im Kampf um die männliche Ehre zum Match gegen zwei Damen an, von denen eine erklärte, einen alten Mann und ein „Großmaul" schlagen zu wollen. So drückte sich **Pam Shriver**, Partnerin von **Martina Navratilova**, aus. Das „Großmaul" bezieht sich auf Gerulaitis, der sich im letzten Jahr kritisch übers Frauentennis geäußert hatte. Der Erlös soll karitativen Zwecken zugute kommen.

## *„Damen" gegen Polizei*

Rund hundert Pariser „Damen" protestierten gestern gegen ihre geplante Vertreibung aus dem früheren Hallenviertel. Eine dreiköpfige Abordnung der Demonstrantinnen wurde von einem Berater des Premierministers **Laurent Fabius** empfangen. Der Bürgermeister des Viertels, **Albert Dumait**, hatte ein „sauberes Stadtviertel" versprochen.

# „Mit Biß an die Bits"

## Start des Pilot-Projekts „Computerkurse für Mädchen"

H. HILDEBRANDT, Bonn

Junge Mädchen stehen zur modernen Technologie und vor allem zum Computer auf mehr Distanz als ihre männlichen Altersgenossen, für die er bereits zur Selbstverständlichkeit zu werden scheint. Die Beteiligungsquoten von Mädchen an Computerlehrgängen sind wesentlich geringer als die von Jungen, obwohl diese Technologie auch ihre berufliche Zukunft beeinflussen wird.

Gegenwärtig sind fast drei Viertel aller voll berufstätigen Frauen in Dienstleistungsberufen mit Organisations-, Verwaltungs- und allgemeinen Büroaufgaben beschäftigt – ein Bereich, in den der Computer mehr und mehr Einzug hält. Männliche Bewerber mit gewerblich-technischer Ausbildung drängen in diese Berufe und machen den Frauen in ihrer vermeintlich *angestammten Domäne* Konkurrenz. Frauen werden hier auf die Dauer aber nur mithalten können, wenn sie das Ausbildungsdefizit aufholen. Sie müssen die Schwellenangst gegenüber dem weitgehend unbekannten Instrument Computer zu überwinden.

Dies zu erreichen ist das Ziel von insgesamt sieben Pilot-Lehrgängen, die zeitlich gestaffelt in deutschen Großstädten stattfinden werden. Der erste lief jetzt in Gelsenkirchen an. Die Lehrgänge wurden von einer Frauenzeitschrift angeregt, sie werden technisch betreut von der Nixdorf Computer AG und vom Bundesministerium für Bildung und Wissenhhaft mitfinanziert. Jeweils 20 Schülerinnen und Auszubildende zwischen 15 und 20 Jahren nehmen an diesen Kursen teil.

Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend, nach einer kurzen Phase der Skepsis ist die Begeisterung groß. Es werden keine Grundkenntnisse im Programmieren vermittelt, sondern Möglichkeiten und Grenzen der Computer-Technologie aufgezeigt. „Wir wollen mit allen Mitteln vermeiden, daß Frauen die dienstbaren Geister der neuen Technologie werden", sagte Bundesminister Dorothee Wilms *auf der Eröffnungsveranstaltung in* Gelsenkirchen. „Der Umgang mit der modernen Elektronik muß für das weibliche Geschlecht so selbstverständlich werden wie die Hausarbeit an der Nähmaschine", sagte sie.

Für die ersten Pilotkurse meldeten sich bereits mehr als 4500 Interessentinnen, und eine der Teilnehmerinnen erklärte klar und deutlich: „Wir gehen mit Biß an die Bits."

# Wissenschaftler profitieren vom Beben in Chile

dpa/UPI, Berkeley

Das schwere Erdbeben in Chile, bei mm Anfang März 145 Menschen ums Leben kamen, hat der Wissenschaft eine Fülle von bisher noch nie gewonnenen Daten geliefert. Wissenschaftler hatten in der erdbebengefährdeten Region in Mittelchile vor einiger Zeit zahlreiche Meßinstrumente aufgestellt. So sei es erstmals möglich gewesen, ein Beben von der Stärke 7,7 auf der Richter-Skala aufzuzeichnen, sagte gestern der Seismologe Bruce Bolt von der Universität von Kalifornien in Berkeley. Die Daten von Chile füllen die Lücke zwischen den registrierten Erschütterungen des San-Andreas-Bruches in Kalifornien von 1971 (Stärke 6,5) und dem Erdbeben von San Francisco von 1906, das eine Stärke von 8,3 erreicht hatte. 20 Geräte registrierten in Chile die horizontalen und vertikalen Beschleunigungen eines Bebens im Bereich der Stärke sieben. Die Daten sollen dazu beitragen, Erdbeben vorhersagen zu können.

## Überschwemmungen

dpa, Moskau

12 000 Familien mußten wegen verheerender Überschwemmungen im südlichen Teil der Ukraine vorübergehend evakuiert werden. Mehr als 300 Siedlungen, Dörfer und Städte liegen in der „Gefahrenzone" des Hochwassers, berichtet die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija". Die Südukraine ist eine der wichtigsten Kornkammern der UdSSR. Westliche Beobachter vermuten, daß sich die Frühjahrsbestellung der Felder erheblich verzögern wird.

## Schafe in den Fluß gejagt

AP, Straßburg

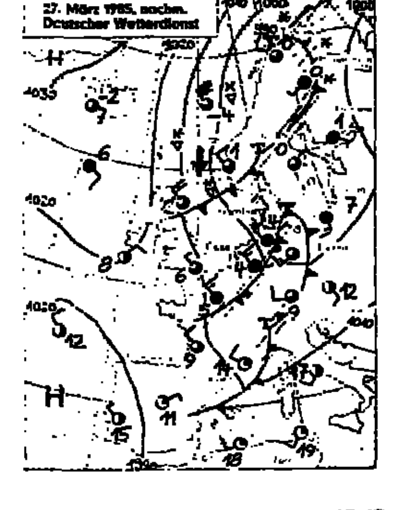
Rund 250 Schafe sind in der Nacht zum Dienstag in Waltenheim nördlich von Straßburg von wildernden Schäferhunden in das Flüßchen Zorn gehetzt worden und ertrunken. Nach den Spuren zu urteilen, müssen die Hunde vorher ein wahres Blutbad in der Herde angerichtet haben, hieß es gestern bei der zuständigen Gendarmerie. Den Behörden gelang es nicht, den Halter der eingefangenen Hunde zu finden, gegen den der Besitzer der Herde Strafanzeige eingereicht hat. Der Schaden wird mit 82 000 Mark beziffert.

## *ZU GUTER LETZT*

*„Sgduh" (Anrede eines Pressedienstes im Fernschreiben; Abkürzung für „Sehr geehrte Damen und Herren).*

# WETTER: Schneeschauer

**Wetterlage:** Meeresluft polaren Ursprungs fließt unter Mitführung von Schauerstaffeln über die Nordsee nach Mitteleuropa.




Stationen 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, soll. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete ▭ Regen ▨ Schnee ▨ Nebel ▲▲▲ Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete Luftströmung ⇒ warm ➡ kalt Fronten ▲▲▲ Warmfront ▲▲▲ Kaltfront ▲▲▲ Okklusion Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

**Vorhersage für Donnerstag:**
Am Alpenrand sowie im Südosten zum Teil länger andauernder Schneefall. Sonst wechselnd bewölkt mit einzelnen Schneeschauern, im Küstengebiet auch kurze Gewitter. Tagestemperaturen plus 1 bis 5 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen null und minus 4 Grad.

**Weitere Aussichten:**
Am Freitag Schauerhäufigkeit abnehmend. *Noch kalt. Abends von Westen* her Eintrübung und nachfolgend Milderung.

**Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 11° | Kairo | 29° |
| Bonn | 5° | Kopenh. | 3° |
| Dresden | 12° | Las Palmas | 21° |
| Essen | 4° | London | 6° |
| Frankfurt | 9° | Madrid | 11° |
| Hamburg | 4° | Mailand | 10° |
| List/Sylt | 3° | Mallorca | 18° |
| München | 9° | Moskau | 2° |
| Stuttgart | 9° | Nizza | 13° |
| Algier | 18° | Oslo | 1° |
| Amsterdam | 4° | Paris | 5° |
| Athen | 15° | Prag | 12° |
| Barcelona | 16° | Rom | 17° |
| Brüssel | 5° | Stockholm | 0° |
| Budapest | 13° | Tel Aviv | 30° |
| Bukarest | 7° | Tunis | 19° |
| Helsinki | 1° | Wien | 12° |
| Istanbul | 10° | Zürich | 7° |

**Sonnenaufgang* am Freitag:** 6.05 Uhr, Untergang: 18.50 Uhr; **Mondaufgang:** 9.40 Uhr, Untergang: 2.38 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

# *Der Glaube an Naturrätsel – Ausdruck der Urangst*

A. BÄRWOLF, Hamburg

In Chattanooga am Tennessee-River plaudern die Polizisten mit dem leiernden Singsang der Südstaatler. So konnten denn auch nur die anderen Polizisten verstehen, was Harold Hunger über den am Himmel vorüberziehenden Feuerball zu sagen hatte, der „größer und heller als eine Sternschnuppe" war. „Ich sah den Feuerball vom Himmel fallen", sprach der Polizist in sein Walkie-Talkie. Er glaubte an einen Flugzeugabsturz. Nach dem Eindruck des Polizisten flog das sehr helle Objekt, das zur selben Zeit auch über anderen US-Bundesstaaten gesichtet wurde, in geringer Höhe.

Es war kein Flugzeugabsturz. Das, was der Polizist in seinem Streifenwagen bei Chattanooga sah, war mit größter Wahrscheinlichkeit ein Na*turphänomen. Wir wissen seit mehr* als 15 Jahren, daß die meisten hochfliegenden und nicht zu identifizierenden Objekte sogenannte Astro-Objekte wie Kometen, Meteore, Sterne oder Planeten waren. Diese Astro-Objekte gleichen unter bestimmten atmosphärischen Bedingungen metallenen Körpern. Diese Objekte werden nicht nur von ernst zu nehmenden Personen wie Piloten oder Astronomen gesichtet, sie werden auch von Radar erfaßt und verfolgt. So hat es Situationen gegeben, die sogar einen Alarmstart amerikanischer Atombomber ausgelöst hatten. Zumeist waren Naturphänomene wie Meteoritenschwärme für den Radaralarm der arktischen Frühwarnlinie verantwortlich gewesen. Die amerikanischen Atombomber flogen ihnen mit Zielkurs einer gedachten Linie in Polnähe entgegen, die nur bei ausdrücklichem Befehl des amerikanischen Präsidenten hätte überflogen werden dürfen. Die Bomber kehrten immer um.

Die meisten nicht zu identifizierenden fliegenden Objekte, die nach Ansicht der Beobachter nicht hoch, sondern tief fliegen, lassen sich durch andere Phänomene erklären. Oft ist *die Erscheinung eine sogenannte Bü*schelentladung entlang den Hochspannungsleitungen. Es kann zu Plasmen ionisierter Luft oder Kugelblitzen entlang den Hochspannungsleitungen kommen. Die Kugelblitze können in vielen Farben auftreten, auch wenn Rot vorherrscht. Auf der Farbskala für das Kugelblitz-Phänomen folgen ein intensives Blau-Weiß und Grün. Auch haben Polizisten schon Objekte mit blinkenden roten oder weißen Lichtern bei übergroßen Geschwindigkeiten dahinziehen sehen. In Wirklichkeit waren dies sogenannte Elmsfeuer, wie sie an Kirchturmspitzen, Berggipfeln oder Schiffsmasten auftreten. Während der Entladung sind pfeifende und zischende Geräusche nicht selten, die rasch zunehmen; mit einem Blitz hören Geräusch und Lichterscheinung plötzlich auf.

Unter Elmsfeuern versteht man Büschel- oder Glimmentladungen, die von hervorstehenden Kanten und Spitzen ausströmen und bei hohem luftelektrischem Potentialgefälle, bei gewittriger Wetterlage, auch bei Schnee- und Staubstürmen auftreten. Der Name soll von St. Elms herstammen, ist jedoch etymologisch ungeklärt. *Seit der Antike gilt das Elms*feuer als Vorbote schlechter Nachrichten – sinnfälliger Ausdruck für die dem Menschen innewohnende Urangst.

Im Rahmen ihres Projektes „Bluebook" arbeitete die amerikanische Luftwaffe der Abteilung für auswärtige Technologie auf dem Luftstützpunkt Wright-Patterson in der Nähe von Dayton (Ohio) an der Erklärung „unidentifizierbarer Luftphänomene". Die amerikanische Luftwaffe war bald zu dem Ergebnis gekommen, daß nur rund zwei Prozent der Objekte tatsächlich unidentifizierbar geblieben sind. Fast alle Beobachtungen ließen sich nach Ansicht der Luftwaffe durch die Bewegung anderer Himmelskörper, Plasmaerscheinungen, Raketen, Wetterballons, Flugzeuge, Sinnestäuschungen oder gar betrügerische Fotos erklären.

Die US-Luftwaffe war mit dem Projekt „Bluebook" von 1948 bis 1969 12 018 gemeldeten Erscheinungen nachgegangen. Sogenannte fliegende Untertassen mit Besuchern von anderen Welten waren ebenso ausgeschlossen worden wie militärische Geheimentwicklungen, obgleich beim Stand der gegenwärtigen Tech*nik revolutionäre Antriebsformen* nicht ausgeschlossen werden können.

Alles in allem gesehen gilt: Die Natur überrascht uns gelegentlich mit Erscheinungen, für die wir keine Erklärung finden. Einer der ob solcher Visionen verblüfften Beobachter war niemand anderes als der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter.